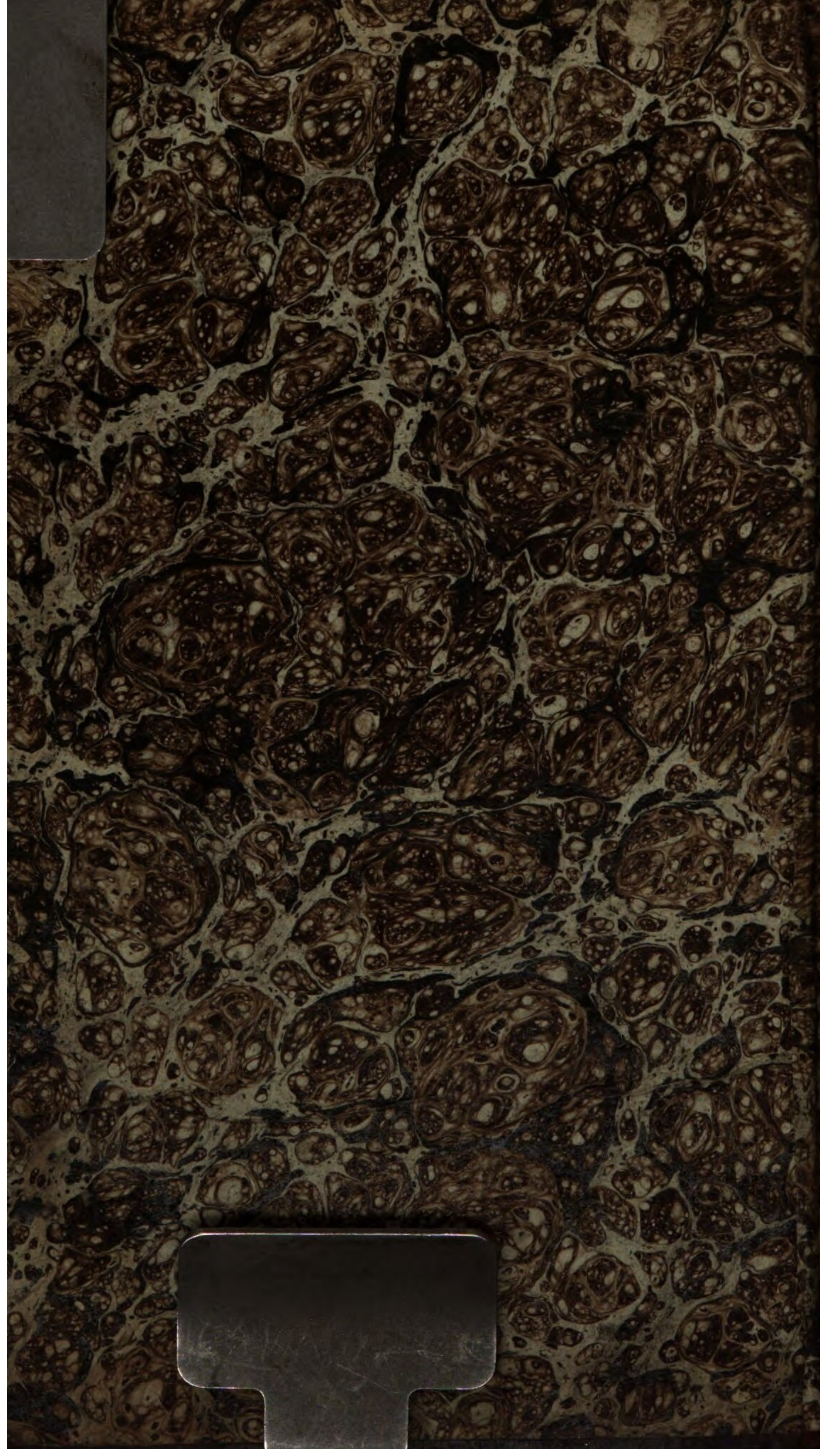






4781

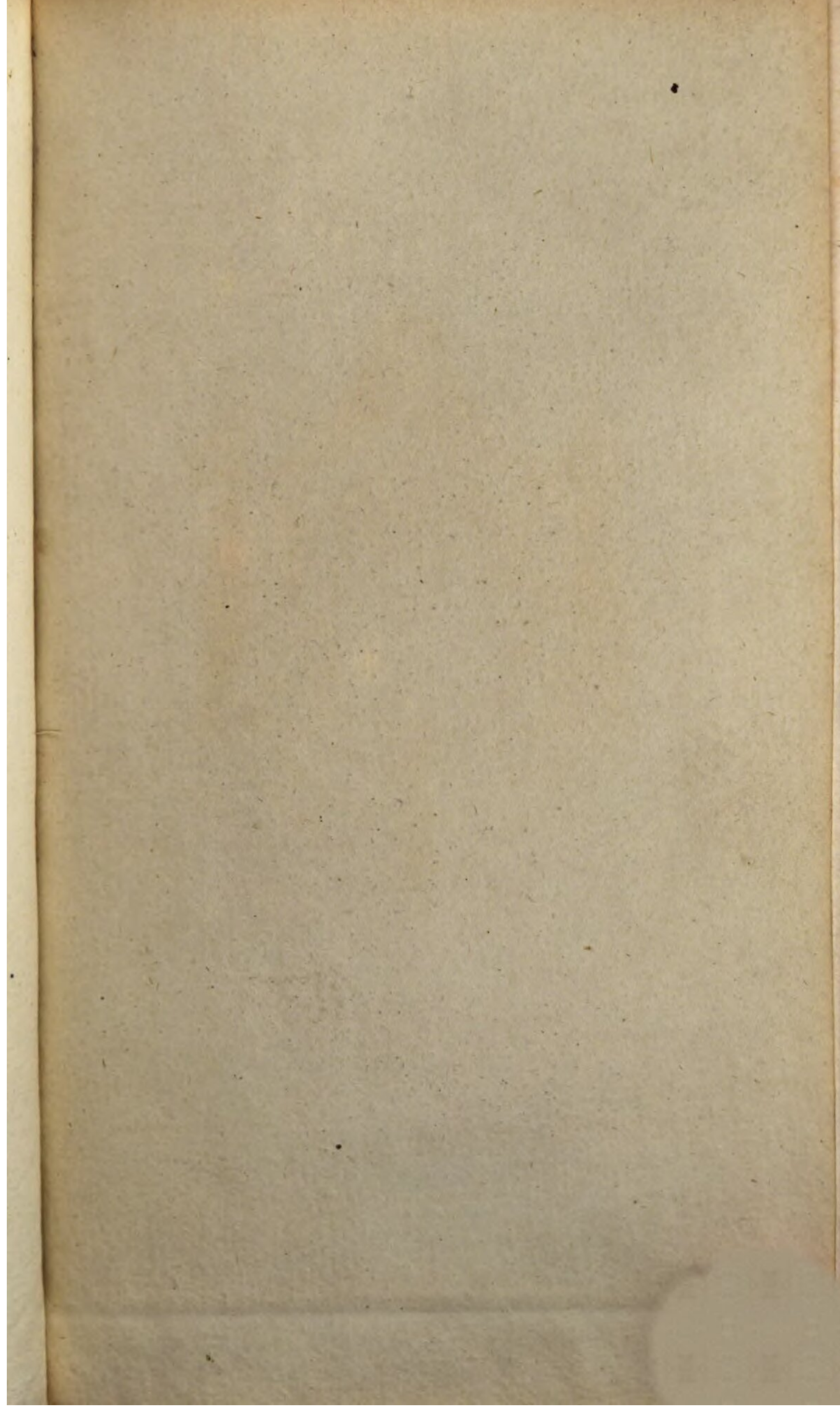
Bib l. Mont

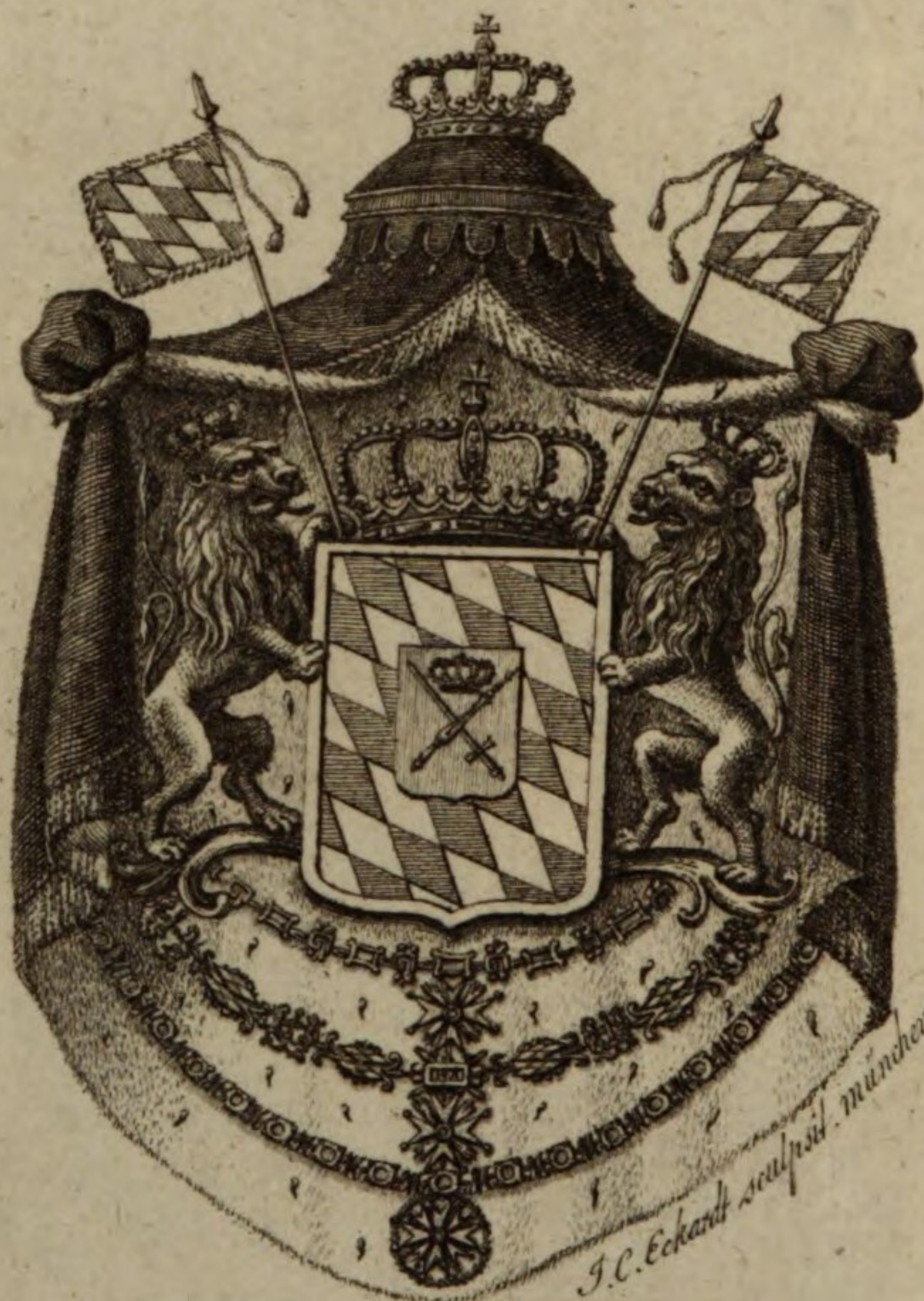
-1

<36632531250017

<36632531250017

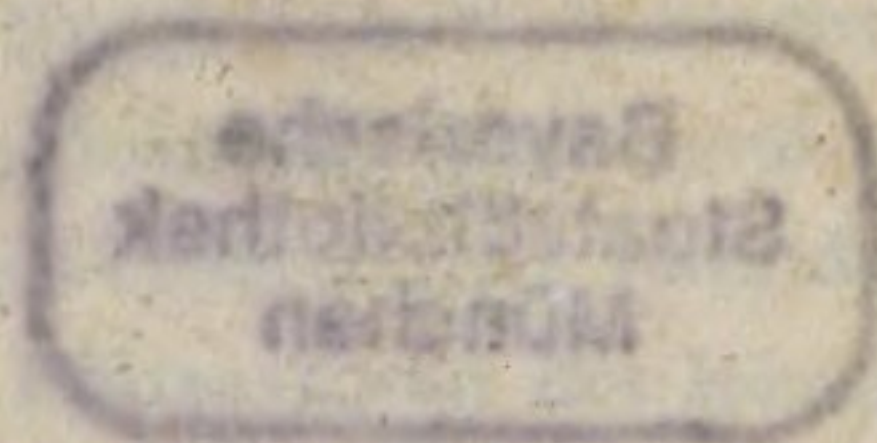
Bayer. Staatsbibliothek





J.C. Eckardt sculpt. münchen.

H a n d b u c h
der
Staatsverfassung
und
Staatsverwaltung
des
Königreichs Baiern.



I. Band.

1 8 0 9.

München, verlegt von der Redaktion des Regierungsblatts.

Mutatis moribus etiam leges mutari debent, consequen-
ter jura quandoque, secundum varietatem tempo-
rum et rerum indigentiam, intenduntur vel re-
mittuntur.

Aulus Gellius in noct. attic.
Lib. 20. cap. I.

Bayerische
Staatsbibliothek
München

Inhaltsverzeichnis.

Einleitende Bekanntmachungen.

	Seite
I. Bekanntmachung der angenommenen Königs- würde. - - - - -	1 bis 2
II. Genealogie des königlichen Hauses von Bayern. - - - - -	3 — 6
III. Verordnung, das königliche Wappen und Siegel betreffend. - - -	7 — 8
Beschreibung derselben. - -	8 — 12
IV. Instruktion für sämtliche königliche ad- ministrative Landesstellen und Justiz- kollegien, die Form ihrer Berichte und die königliche Titulatur betreffend.	13 — 14
V. Verordnung, die Wappen und Titel der Prinzen und Prinzessinen des könig- lichen Hauses betreffend. - - -	15 — 18
A. Für den Kronprinzen von Bayern.	16
B. Für den zweitgebornen Prinzen, Karl Theodor, so wie für alle nach- gebornen Prinzen und Prinzessi- nen der königlichen Linie -	17
C. Für den Herrn Herzog Wilhelm in Bayern, und seine Nachkommen.	18

	Seite
VI. Verordnung, das öffentliche Kirchengebet für die königliche Familie betreffend.	19 — 20

Konstitution

für das

Königreich Baiern.	21 — 40
1ster Titel. Hauptbestimmungen.	23 — 26
2ter — Von dem königlichen Hause.	26 — 30
3ter — Von der Verwaltung des Reichs.	30 — 35
4ter — Von der Nationalrepräsentation.	35 — 57
5ter — Von der Justiz.	37 — 38
6ter — Von dem Militärstande.	38 — 40

Beilagen zur Konstitution.

Zu dem I. Titel, §. II.

I. Verordnung, die Auflösung der dermaligen landschaftlichen Korporationen betreffend.	41 — 43
II. Einführung einer Nationalkokarde für das ganze Königreich.	44 — 45
III. Erklärung einer allgemeinen Freizügigkeit im Innern des Reichs.	46

Zu dem I. Titel, §. III.

IV. Edikt über die Aufhebung der Leibeigenschaft.	47 — 51
---	---------

Zu dem I. Titel, §. 4.

V. Verordnung, die Territorialeintheilung des Königreichs betreffend.	52 — 74
1. Mainkreis.	53
2. Pegnitzkreis.	53

	Seite
3. Naabkreis. - . - -	53
4. Rezatkreis. - - - -	54
5. Altmühlkreis. - - - -	54
6. Oberdonaukreis. - - - -	54
7. Lechkreis. - - - -	55
8. Regenkreis. - - - -	55
9. Unterdonaukreis. - - - -	56
10. Isarkreis. - - - -	56
11. Salzachkreis. - - - -	56
12. Illerkreis. - - - -	56
13. Innkreis. - - - -	57
14. Eisackkreis. - - - -	57
15. Etschkreis. - - - -	57

Zu dem I. Titel, §. V.

VI. Deklaration, die Verhältnisse der, der königlichen Souverainität unterwor- fenen Fürsten, Grafen und Herren be- treffend. - - - - -	75 — 106
A. Allgemeine persönliche Vorzüge, Rechte und Verbindlichkeiten der mediatisirten Fürsten, Grafen und Herren. - - - - -	77 — 84
B. Auswärtige Verhältnisse. -	84 — 85
C. Allgemeine Obergerichts- und Ge- setzgebung. - - - - -	85 — 86
D. Staatsjustizgewalt. - - -	86 — 88
E. Staatspolizeigewalt. - -	88 — 92
F. Staatskirchengewalt. - -	92 — 94
G. Militärgewalt. - - -	94 — 95
H. Staatsfinanzgewalt, und Aus- scheidung der an den Souverain	

übergehenden, oder den mediatisirten Herren verbleibenden Gefälle.	95 — 99
I. Ausscheidung der Schulden.	99 — 100
K. Ausscheidung der Diener.	100 — 101
L. Künftige Anstellung der Diener und ihr Verhältniß zu den Landesstellen des Souverains.	101 — 104
M. Lehensverband.	104 — 106
VII. Edikt über die Verhältnisse des Adels.	107 — 125
I. Titel. Von dem Adel überhaupt.	107 — 112
1. Kap. Von Erlangung des Adels.	107 — 108
2. — Von der Vererbung des Geburts- und Adoptionsadels.	108 — 109
3. — Von der Erwerbung des Adels durch Gnadenbriefe.	109 — 110
4. — Verlust des Adels.	110
5. — Matrikel für sämtliche Adelige des Königreiches.	111 — 112
II. Titel. Bildung künftiger Majorate.	
1. Kap. Allgemeine Vorschriften.	113 — 116
2. — Von den Wirkungen des errichteten Majorats.	116
In Ansehung der Personen.	116 — 117
3. — In Ansehung der Güter.	117 — 118
4. — Von dem Genusse der Majoratsgüter.	118 — 119
5. — Von der Veräußerung der Majoratsgüter, den dabei zu beobachtenden Förmlichkeiten, und der Ersetzung derselben.	119 — 121

6. Kap. Von der Wiederanlegung des aus den veräußerten Gütern erlösten Geldes.	121 — 122
7. — Von der gänzlichen Auflösung des Majorats.	123 — 124
8. — Anwendung der gegenwärtigen Dispositionen über die Majorate auf die Fideikomnisse der in dem Königreiche angesessenen adelichen Geschlechter.	124 — 125
VIII. Edikt über die gutsherrlichen Rechte.	126 — 149
I. Abschnitt. Rechte, welche den Gutsherren in Beziehung auf die verschiedenen Zweige der Regierungsgewalt übertragen sind.	126
1. Titel. Gesetzgebung und Oberaufsicht.	127
2. — Justizgewalt.	128
3. — Polizeigewalt.	128 — 136
4. — Kirchengewalt.	136 — 139
5. — Finanzgewalt.	140 — 143
6. — Militärgewalt.	144
II. Abschnitt. Rechte der Gutsherren, welche sich auf das Eigenthum beziehen.	144 — 149
A. Volles Eigenthum.	144 — 145
B. Getheiltes Eigenthum.	145 — 149
IX. Verordnung über die Gleichheit der Abgaben, Aufhebung der Steuerfreiheiten, und allgemeine Steuerrektifikation.	150 — 165
I. Festsetzung der allgemeinen Theilnahme an den Staatsauflagen.	152 — 154
II. Steuerrektifikation.	154 — 155

III. Konzentrirung der Staatskassen, und Absonderung der zur Zahlung der Staats- schulden und Zinsen bestimmten Fonds.	155 — 165
--	-----------

Zu dem I. Titel, §. VI.

X. Verordnung über die Generaladministra- tion des Stiftungs - und Kommunal- vermögens im Königreiche Baiern.	166 — 175
Beilage. Organisches Edikt über diese Generaladministration.	- 176 — 196

Zu dem I. Titel, §. VII.

XI. Die Aufhebung des Johanniterordens und Dotation der Bisthümer.	- - - 197 — 206
XII. Verordnung, die Ansässigmachung der Nichtkatholischen in Baiern betreffend	207 — 208
XIII. Verordnung, die Gewissensfreiheit und Ansässigmachung anderer Religions- verwandten betreffend.	- - - 209 — 211
XIV. Edikt, die Religionsfreiheit in den Pro- vinzen Franken und Schwaben be- treffend.	- - - 212 — 216
XV. Verordnung, die Religionsverhältnisse der Kinder bei vermischten Ehen be- treffend.	- - - 217 — 219
XVI. Edikt, die Freiheit der Presse und des Buchhandels betreffend.	- - - 220 — 229
XVII. Verordnung, die Zensur der politi- schen Zeitschriften betreffend	- - 230 — 232
XVIII. Verordnung, die politischen und sta- tistischen Zeitschriften betreffend.	233 — 234
XIX. Ueber das Indigenat.	- - - 235

Zu dem I. Titel, §. VIII.

XX.	Verordnung, das Verhältniß der Foren-	
	sen zur Staatsgewalt. - - -	236 — 238
XXI.	Edikt, über das Reisen in das Ausland,	
	und das Pafswesen überhaupt - -	239
XXII.	Verordnung, über das Wandern der	
	Handwerker. - - - - -	240 — 247
XXIII.	Verbot des Besuchs auswärtiger Schulen	248 — 249
XXIV.	Erneuertes Verbot, die ausländischen	
	Schulen zu besuchen. - - -	250 — 251
XXV.	Verordnung, das Eintreten in auslän-	
	dische Klöster betreffend. - -	252 — 253
XXVI.	Edikt, die Bestimmungen über Aus-	
	wanderungen und Vermögensexporta-	
	tionen im Allgemeinen betreffend.	254 — 268
	I. Die Auswanderungen betreffend.	255 — 260
	II. Vermögensexportation. - -	260 — 268
XXVII.	Verordnung, die Auswanderungen	
	und Vermögensexportationen betreffend.	269 — 270
XXVIII.	Verordnung, das Auswandern in	
	fremde Dienste betreffend. - -	271 — 272
XXIX.	Verordnung, das Auswandern und	
	Uebertreten in fremde Kriegsdienste	
	betreffend. - - - - -	273 — 274
XXX.	Verbot, fremde Würden, Titel und	
	Dekorationen anzunehmen. - -	275
XXXI.	Verordnung, das Tragen auswärtiger	
	Titel, Uniformen und Dekorationen	
	betreffend. - - - - -	276 — 277
XXXII.	Verordnung, das Tragen auswärtiger	
	Ziviluniformen und Dekorationen be-	
	treffend. - - - - -	278 — 279

	Seite
XXXIII. Verordnung, die Gerichtsbarkeit fremder Staaten betreffend. - -	280 — 281
Zu dem II. Titel, §. IV.	
XXXIV. Familiengesetz. - - -	282
Zu dem II. Titel, §. X.	
XXXV. Reglement, die Kronämter des Reichs betreffend. - - - - -	285 — 287
Zu dem II. Titel, §. XI.	
XXXVI. Pragmatik über die Unveräußer- lichkeit der Staatsgüter. - - -	288 — 316
Akzessionsurkunde Seiner Durch- laucht des Herrn Churprinzen Lud- wig Karl August etc. - - -	
	317 — 319
XXXVII. Edikt über die Lehenverhältnisse in dem Königreiche Baiern. - -	320 — 369

A n h a n g.

Zu dem I. Titel, §. II.	
Königliche allerhöchste Erklärung über die konstitutionellen Geseze, wodurch Rechte der Privaten aufgehoben werden. -	371 — 372
Zu dem I. Titel, §. V.	
Gesez, die Aufhebung der Edelmannsfreiheit betreffend. - - - - -	373 — 375
Gesez, die Aufhebung der Siegelmässigkeit betreffend. - - - - -	376 — 380
Verordnung, die Fideikomnisse der nicht adelichen Familien betreffend. - -	381 — 382
Königliche Erklärung des Edikts über den Adel im Königreiche Baiern. - -	383 — 388

Einleitende Bekanntmachungen.

I.

Bekanntmachung der angenommenen Königswürde.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Durch die unerschütterliche Treue Unserer Unterthanen, und die vorzüglich bewiesene Anhänglichkeit der Baiern an Fürst und Vaterland, hat der Baierische Staat sich zu seiner ursprünglichen Würde emporgehoben. Wir haben Uns daher entschlossen, zur Begründung der Unabhängigkeit der Uns von der Vorsehung anvertrauten Nation, den den vormaligen Beherrschern derselben angestammten Titel eines Königs von Baiern anzunehmen, und diesen Entschluß durch eine feierliche Proklamation heute öffentlich in Unserer Residenzstadt bekannt machen zu lassen.

Unsere feierliche Krönung und Salbung
haben Wir auf eine günstigere Jahrszeit vor-
behalten, welche Wir in Zeiten öffentlich be-
kannt machen werden.

München den 1. Jänner 1806.

MAX JOSEPH.

Freiherr von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl.
von Flad.

(Regierungsblatt 1806. I Stück Seite 3.)

II.

Genealogie des Königlichen Hauses von Baiern.

K ö n i g.

Maximilian Joseph, König von Baiern;
geboren den 27sten Mai 1756. Herzog von
Pfalzweibrücken den ersten April 1795. Kur-
fürst von Pfalzbaiern den 16ten Hornung 1799.
Als König von Baiern proklamirt den ersten
Jänner 1806.

G e m a h l i n n e n.

Wilhelmine Auguste, Prinzessin von
Hessendarmstadt etc.; geboren den 14ten April
1765, vermählt den 30sten September 1785, ge-
storben den 30sten März 1796.

Friederike Wilhelmine Karoline,
Prinzessin von Baaden und Hochberg etc.; ge-
boren den 15ten Juli 1776, vermählt den 9ten
März 1797, als Königin von Baiern ausgerufen
den ersten Jänner 1806.

K i n d e r.

1. Ludwig Karl August, königlicher Kronprinz von Baiern; geboren den 25ten August 1786.

2. Augusta Amalia, königliche Prinzessin von Baiern; geboren den 21ten Juni 1788, vermählt mit Eugen Napoleon, kaiserlichem Prinzen von Frankreich, und Vizekönig von Italien, den 14ten Jänner 1806.

3. Charlotta Augusta, königliche Prinzessin von Baiern, geboren den 8ten Hornung 1792, vermählt mit Friedrich Wilhelm Karl, Kronprinzen von Württemberg den 8ten Juni 1808.

4. Karl Theodor, königlicher Prinz von Baiern; geboren den 7ten Juli 1795.

5. Maximilian Joseph Friedrich, Pfalzgraf bei Rhein und Herzog in Baiern; geboren den 27ten Oktober 1800, gestorben den 12ten Hornung 1803.

6. Elisabetha Ludovika, und

7. Amalia Augusta, Zwillinge; königliche Prinzessinnen von Baiern; geboren den 12ten November 1801.

8. Friederika Sophia, und

9. Maria Anna Leopoldina, Zwillinge, königliche Prinzessinnen von Baiern; geboren den 27ten Jänner 1805.

G e s c h w i s t e r.

1. Maria Amalia Augusta, Pfalzgräfin bey Rhein; geboren den 10ten Mai 1752, vermählt mit Friedrich August, König von Sachsen etc., den 17ten Jänner 1769.

2. Maria Anna, Pfalzgräfin bei Rhein und Herzogin in Baiern; geboren den 18ten Juli 1753, vermählt mit Wilhelm, Herzog in Baiern den 30sten Jänner 1780.

B r u d e r s G e m a h l i n.

Maria Amalia, kurfürstliche Prinzessin, und Herzogin von Sachsen; geboren den 26sten September 1757, vermählt den 12ten Hornung 1774, Witwe den ersten April 1795.

V a t e r s S c h w e s t e r.

Christiane, geboren den 16ten November 1725, vermählt mit Karl August, Fürsten von Waldeck, den 19ten August 1741, Witwe den 29sten August 1763.

V e r w i t w e t e K u r f ü r s t i n v o n B a i e r n.

Maria Leopoldina, Prinzessin und Erzherzogin von Oesterreich etc.; geboren den

10ten September 1776, vermählt den 15ten
Hornung 1795, Witwe den 16ten Hornung 1799.

H e r z o g i n B a i e r n.

Wilhelm, Herzog in Baiern; geboren
den 10ten November 1752.

G e m a h l i n.

Maria Anna, Pfalzgräfin und Herzogin
in Baiern. Siehe Seite 5.

K i n d e r.

1. Maria Elisabetha Amalia Fran-
ziska, Herzogin in Baiern; geboren den 5ten
Mai 1784, vermählt mit Alexander, souverä-
nen Fürsten und Herzog von Neufchatel und
Valengin, Viceconnetable von Frankreich, den
9ten März 1808.

2. Pius August, Herzog in Baiern;
geboren den ersten August 1786, vermählt mit
der Herzogin Amalia Louisa Julia von
Aremberg den 26sten Mai 1807.

S c h w e s t e r.

Luise Christiane, geboren den 17ten
August 1748, vermählte Fürstin von Reuß zu
Plauen, den 18ten Oktober 1773.



III.

Verordnung, das königliche Wappen und Siegel betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Durch die nach Abschluß der Rheinischen Bundesakte angenommene Souverainität finden Wir uns bewogen, unser bisher geführtes königliches Wappen in einigen Stücken abzuändern. Unsere Generallandeskommissariate erhalten daher hiemit den Auftrag, strenge darauf zu halten, daß in den Siegeln der administrativen Stellen sowohl, als der untergeordneten Behörden und Aemter nicht mehrere Wappenattribute und Verzierungen als hiermit verordnet wird, angebracht werden, um nach den verschiedenen Abstufungen eine respective Gleichförmigkeit allenthalben zu beobachten.

Unser Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten hat den Auftrag, die nöthigen Amtssiegel verfertigen und dieselben den betreffenden Stellen zukommen zu lassen.

Gegenwärtige Verordnung ist durch das Regierungsblatt bekannt zu machen, und demselben eine in Kupfer gestochene richtige Zeichnung des Wappens beizulegen.

München den 20sten Dezember 1806.

MAX JOSEPH.

Freiherr von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl.
von Flad.

B e s c h r e i b u n g
des neuen königlich baierischen Wappens
und Siegels.

Das neue königliche Wappen besteht aus einem einzigen Hauptschilde, und einem Herz- oder Mittelschilde. Beide sind länglichte unten an den Ecken etwas zugerundete und in der Mitte in eine kleine Spitze auslaufende Vierecke.

Das Erstere enthält theils silberne, theils lazurne Rauten oder Wecken, welche

(eigentlich zwei und vierzig an der Zahl) von der Linken zur Rechten in einer Diagonallinie aufsteigen. In dem inserirten oder aufgelegten **Herzschild** befindet sich auf zinnoberrothem Felde ein goldenes Szepter, und ein blankes Schwert mit einem goldenen Griffe; beide stehen, jenes rechts, dieses links, kreuzweise übereinander. Oben zwischen denselben schwebt eine goldene mit Halbzirkeln geschlossene Königskrone. Auf dem Hauptschild ruht ebenfalls eine goldene, mit Edelsteinen und Perlen gezierte, geschlossene und oben mit einem Reichsapfel besetzte Königskrone. Durch die zwei und vierzig, theils sichtbaren theils durch das Herzschild, welches das Symbol der Souveränität, der vollkommenen Unabhängigkeit und unumschränkten Herrschersmacht ist, verdeckten Rauten sind alle mit Baiern vereinigten, in Franken, Schwaben und Tirol gelegenen Provinzen und Bezirke, Herzog- und Fürstenthümer, Graf- und Herrschaften als wahre einverleibte Bestandtheile des Königreiches angedeutet und ausgesprochen, ohne daß für dieselben noch besondere Symbole oder Wappenzeichen aufgeführt werden.

Um das Hauptschild hängen die drei königlichen Hausorden, nämlich der des

heiligen Hubert, des heiligen Georg, und des goldenen Löwen. *)

Die Schildhalter sind zwei mit den Köpfen einwärtsgekehrte und mit goldenen Kronen gezierte Löwen, mit ausgeschlagenen rothen Zungen, vorgestreckten rothen Klauen, und gespaltenen Schweifen.

Jeder Löwe hält an einer goldenen Lanze ein mit goldenen Tressen und Quastenschnüren geziertes und auswärts gewendetes Panier, auf dessen Flagge ein und zwanzig silberne und lazurne, von der Linken zur Rechten aufwärts-geschobene Rauten angebracht sind.

Das Ganze ist mit einem königlichen, auf beiden Seiten in ungebundenen Knoten aufgeschlungenen auswendig purpurnen, inwendig mit Hermelin ausgeschlagenen, an der Kuppel und am Saume mit goldenen Quasten, Krèpinen und Tressen besetzten Gezelte umgeben, auf dessen Gipfel sich wieder eine goldene Königs-krone befindet.

Aus diesem auf solche Art gebildeten und gezierten Wappen besteht auch das Majestäts-siegel und grofse geheime Siegel, wel-

*) Nunmehr der baierischen Krone.

ches bei den königlichen geheimen Ministerialdepartements und dem geheimen Kriegsbureau geführt wird.

Die Umschrift auf demselben ist: *Maximilianus Josephus Dei gratia Rex Bojoariae*. Die auf beiden Seiten gesetzten Buchstaben bezeichnen das betreffende Departement, von welchem die allerhöchsten Befehle ausgefertigt werden.

Die größern Siegel der königlichen obersten Hofstäbe, welche unmittelbar unter der allerhöchsten Person Seiner königlichen Majestät stehen, unterscheiden sich von den geheimen Departementssiegeln dadurch, daß sie im Umfange etwas kleiner, und die drei Hausorden weggelassen sind, und anstatt des Allerhöchsten Namens die Umschrift von dem betreffenden Stabe geführt wird.

Bei den Dikasterial- und Kollegial-siegeln, nämlich der königlichen Landesdirektionen, obersten Justizstellen und königlichen Hofgerichte sind die drei Hausorden, das Gezelt und die zwei Panier weggelassen; die mit den Köpfen einwärts gekehrten und gekrönten Löwen aber halten den Schild. Die Umschrift bezeichnet die administrative Stelle, und in der

Exergue ist der Name der Stadt, worin dieselbe ihren Sitz hat, angezeigt.

In den Siegeln aller untergeordneten Behörden und Aemter bleiben auch die Schildhalter (Löwen) weg. Der Hauptschild, worin der Mittelschild, enthalten, ist oben mit einer Königskrone geziert; übrigens aber lediglich mit einem Lorbeer- und Palmenzweige umkränzt. Die Umschrift zeigt das Amt an.

Wenn aber bei einer untergeordneten Behörde, bei einem Bureau oder Amte zwei Siegel herkömmlich und nöthig sind, so unterscheiden sie sich lediglich durch die Grösse oder den äussern Umfang, ohne dass bei einem derselben der Inhalt des Wappens oder die Verzierungen desselben reichhaltiger seyn dürfen.

In Hinsicht auf die Grösse der verschiedenen Siegel bleibt es bei der vorigen Bestimmung.

(Regierungsbl. 1807. III Stück, S. 135 — 139.)

IV.

Instruktion für sämtliche königliche administrative Landesstellen und Justizkollegien, die Form ihrer Berichte und die königl. Titulatur betreffend.

Es ist eine nothwendige Folge der von Seiner königlichen Majestät Unserm allergnädigsten Herrn neu angenommenen Würde, daß sämtliche obere Landesstellen sich künftig in ihren Berichten, so wie einzelne Unterthanen in ihren Bittschriften und Vorstellungen einer dieser Würde angemessenen und entsprechenden Form bedienen.

Um allen Anfragen hierunter bevorzugen, und Mißgriffe zu vermeiden, wird daher andurch verordnet:

1. Die Anrede an Seine königliche Majestät in Berichten und Vorstellungen heißt:

**Allerdurchlauchtigster großmächtigster
König !**

Allergnädigster König und Herr !

2. Im Kontexte schreibt man:

Euer königlichen Majestät,
und
Allerhöchstdieselbe

3. Am Schlusse bedient man sich der Subjek-
tionsformel:

Allerunterthänigst treu gehorsamst.

4. Die Aufschrift lautet endlich:

An Seine königliche Majestät von Baiern.

Sämmtliche Landesstellen und Behörden
werden sich nach gegenwärtiger Vorschrift
schuldigt zu achten wissen.

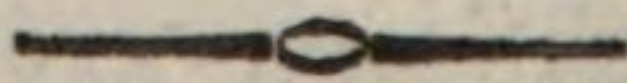
München den ersten Jänner 1806.

Auf Seiner königlichen Majestät besondern
allerhöchsten Befehl.

Freiherr von Montgelas.

von Flad.

(Regierungsblatt 1806. I Stück, Seite 7. 8.)



V.

V e r o r d n u n g,
die Wappen und Titel der Prinzen und
Prinzessinnen des königlichen Hauses
betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Die veränderten politischen Verhältnisse, welche in Beziehung sowohl auf das vormalige deutsche Reich, als insbesondere auf Unsere Staaten und Unser königliches Haus eingetreten sind, machen einige Abänderungen in den Wappen und in den Titeln der Prinzen und Prinzessinnen Unsers Hauses nothwendig, so wie Wir ähnliche Abänderungen bereits in Unserm Wappen beschlossen, und durch das Regierungsblatt (III Stück vom 17ten Jänner laufenden Jahres) haben bekannt machen lassen.

Die hiernach von Uns genehmigten Bestimmungen sind in der nachstehenden Beschrei-

bung enthalten, und sollen gleichfalls durch das
Regierungsblatt bekannt gemacht werden.

München den 7ten Hornung 1807.

MAX JOSEPH.

Freiherr von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
von Flad.

Bestimmungen der Wappen und Titel.

A) Für den Kronprinzen von Baiern.

I. W a p p e n.

Dieses soll künftig enthalten einen Hauptschild von 42 silbernen und lazurnen Rauten, und einen rothen Mittelschild, in welchem eine königliche geschlossene, aus zwei Halbzirkeln bestehende Krone sich befindet.

Die Schildhalter sind die zwei Löwen, aber ohne Paniere. Auf dem Hauptschilde ist oben eine solche Krone, wie in dem Mittelschilde, — das ganze Wappen steht unter einem Gezelte, und ist mit denjenigen Orden umgeben, mit welchen der Kronprinz von Seiner Majestät dem König dekorirt worden.

II. Der

II. Der Titel des Kronprinzen ist in der
Anrede :

Durchlauchtigster Kronprinz!
gnädigster Herr!

Im Kontexte:

Euere königliche Hoheit.

B) Für den zweitgeborenen Prinzen,
Karl Theodor, so wie für alle nach-
geborne Prinzen und Prinzessin-
nen der königlichen Linie.

I. W a p p e n

besteht aus dem einzigen Hauptschilde mit 42
Rauten (ohne Mittelschild), auf dem Haupt-
schilde eine königliche Krone, wie die obige
mit zwei Halbzirkeln geschlossen, aber ohne
Reichsapfel, statt dessen steht oben ein doppel-
tes Laub, (Eichenlaub.)

II. T i t e l:

Anrede:

Durchlauchtigster Prinz,
gnädigster Herr!

Durchlauchtigste, gnädigste
Prinzessin!

Im Kontexte:

Euere königliche Hoheit etc.

Da der königliche Prinz Karl Theodor die Würde eines Großpriors der Baierischen Zunge des Johanniterordens besitzt, so kann derselbe auch einen Mittelschild mit dem gewöhnlichen Ordenskreuze führen, und seinem obigen Titel wird das Prädikat Hochwürdigst beigesezt.

C) Für den Herrn Herzog Wilhelm in, Baiern, und seine Nachkommen.

I. W a p p e n.

besteht künftig, mit Weglassung des pfalzgräflichen Löwen, aus einem einzigen Hauptschilde mit 42 Rauten, wie bei den königlichen Prinzen, welcher aber statt der Krone mit einem herzoglichen Hute besetzt ist. Die Schildhalter sind zwei Löwen. Das ganze Wappen steht unter einem herzoglichen Purpurmantel.

II. T i t e l

wie vormals: —

Durchlauchtigster Herzog!

Im Kontexte:

Euerer herzoglichen Durchlaucht.

Er selbst schreibt sich:

Herzog in Baiern.

(Regierungsblatt 1807. VII Stück, Seite 257 — 260.)

VI.

V e r o r d n u n g,
das öffentliche Kirchengebet für die Kö-
nigliche Familie betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Da es Pflicht christlicher Unterthanen ist, ihre Gesinnungen und Wünsche für das Wohl ihres Landesherrn durch öffentliche und religiöse Handlungen zu beweisen, so verordnen Wir hiemit, daß in allen katholischen Pfarrkirchen Unserer sämtlichen Erbstaaten bei dem feierlichen Gottesdienste das Kirchengebet: *Salvum fac Regem nostrum Maximilianum Josephum etc.* künftig entrichtet, und dem gewöhnlichen allgemeinen Gebete nach der Pfarrpredigt an Sonntagen und gebotenen Feiertagen ein besonderes Gebet für Uns und Unsere königliche

Familie nach dem vorgeschriebenen Formular
beigefügt werden soll.

München den 27sten Hornung 1806.

MAX JOSEPH.

Freiherr von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
von Flad.

(Regierungsblatt 1806. XII Stück, Seite 109. 110.
Man vergleiche auch damit die Verordnung vom 20sten
März 1806. Regierungsblatt 1806. XIV Stück, Seite
122. 123.)

K o n s t i t u t i o n
für
d a s K ö n i g r e i c h B a i e r n.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Von der Ueberzeugung geleitet, daß der Staat, so lange er ein bloßes Aggregat verschiedenartiger Bestandtheile bleibt, weder zur Erreichung der vollen Gesamtkraft, die in seinen Mitteln liegt, gelangen, noch den einzelnen Gliedern desselben alle Vorthelle der bürgerlichen Vereinigung, in dem Maasse, wie es diese bezwecket, gewähren kann, haben Wir bereits durch mehrere Verordnungen die Verschiedenheit der Verwaltungsformen in Unserm Reiche, so weit es vor der Hand möglich war, zu heben, für die direkten Auflagen sowohl, als für die indirekten ein gleichförmigeres Sistem zu gründen, und die wichtigsten öffentlichen

Anstalten dem Gemeinsamen ihrer Bestimmung durch Einrichtungen, die zugleich ihre besondern sichern, entsprechender zu machen gesucht. Ferner haben Wir, um Unsern gesammten Staaten den Vorthail angemessener gleicher bürgerlicher und peinlicher Geseze zu verschaffen, auch die hiezu nöthigen Vorarbeiten angeordnet, die zum Theil schon wirklich vollendet sind. Da aber diese einzelnen Ausbildungen besonderer Theile der Staatseinrichtung nur unvollkommen zum Zwecke führen, und Lücken zurücklassen, deren Ausfüllung ein wesentliches Bedürfnis der nothwendigen Einheit des Ganzen ist; so haben Wir beschlossen, sämtlichen Bestandtheilen der Gesetzgebung und Verwaltung Unsers Reichs, mit Rücksicht auf die äussern und innern Verhältnisse desselben, durch organische Geseze einen vollständigen Zusammenhang zu geben, und hiezu den Grund durch gegenwärtige Konstitutions - Urkunde zu legen, die zur Absicht hat, durch entsprechende Anordnungen und Bestimmungen den gerechten, im allgemeinen Staatszwecke gegründeten Forderungen des Staats an seine einzelnen Glieder, so wie der einzelnen Glieder an den Staat, die Gewährleistung ihrer Erfüllung, dem Ganzen feste Haltung und Verbin-

dung, und jedem Theile der Staatsgewalt die ihm angemessene Wirkungskraft nach den Bedürfnissen des Gesamtwohls zu verschaffen.

Wir bestimmen und verordnen demnach, wie folgt:

Erster Titel.

Hauptbestimmungen.

§. I. Das Königreich Baiern bildet einen Theil der rheinischen Föderation. *)

§. II. Alle besondern Verfassungen, Privilegien, Erbämter und Landschaftliche Korporationen der einzelnen Provinzen sind aufgehoben. Das ganze Königreich wird durch eine Nationalrepräsentation vertreten, nach gleichen Gesezen gerichtet und nach gleichen Grundsätzen verwaltet; dem zu Folge soll ein und dasselbe Steuersystem für das ganze Königreich seyn. Die Grundsteuer kann den fünften Theil der Einkünfte nicht übersteigen.

§. III. Die Leibeigenschaft wird da, wo sie noch besteht, aufgehoben.

*) Ein französischer und deutscher Abdruck der Föderationsakte findet sich in dem Regierungsblatte 1807, III Stück, Seite 97 — 134.

§. IV. Ohne Rücksicht auf die bis daher bestandene Eintheilung in Provinzen, wird das ganze Königreich in möglichst gleiche Kreise, und, so viel thunlich, nach natürlichen Gränzen getheilt.

§. V. Der Adel behält seine Titel und, wie jeder Gutseigenthümer, seine gutsherrlichen Rechte nach den gesetzlichen Bestimmungen; übrigens aber wird er in Rücksicht auf die Staatslasten, wie sie dermal bestehen oder noch eingeführt werden mögen, den übrigen Staatsbürgern ganz gleich behandelt. Er bildet auch keinen besondern Theil der Nationalrepräsentation, sondern nimmt mit den übrigen ganz freien Landeigenthümern einen verhältnißmäßigen Antheil daran. Eben so wenig wird ihm ein ausschließliches Recht auf Staatsämter, Staatswürden, Staatspfründen zugestanden. Die gesammten Statuten der noch bestehenden Korporationen müssen nach diesen Grundsätzen abgeändert, oder seiner Zeit eingerichtet werden.

§. VI. Dieselben Bestimmungen treten auch bei der Geistlichkeit ein.

Uebrigens wird allen Religionstheilen, ohne Ausnahme, der ausschließliche und vollkommene Besiz der Pfarr-, Schul- und Kirchen-

güter, wie sie nach der Verordnung vom ersten Oktober 1807 *) unter die drei Rubriken: des Kultus, des Unterrichts und der Wohlthätigkeit in einer Administration vereinigt sind, bestätigt. Diese Besizungen können weder unter irgend einem Vorwande eingezogen, noch zu einem fremden Zwecke veräußert werden. Dasselbe gilt auch von den Gütern, welche seiner Zeit den zu errichtenden Bisthümern und Kapiteln zur Dotation angewiesen werden sollen.

§. VII. Der Staat gewährt allen Staatsbürgern Sicherheit der Personen und des Eigenthums — vollkommene Gewissensfreiheit **) — Pressfreiheit nach dem Zensuredikt vom 13ten Juni 1803, und den wegen der politischen Zeitschriften am 6ten September 1799 und 17ten Februar 1806 erlassenen Verordnungen.

Nur Eingeborne, oder im Staate Begüterte, können Staatsämter bekleiden.

*) Regierungsblatt 1808. V Stück. Seite 209 — 392.

**) Verordnung vom 26ten August 1801 im Regierungsblatt 1801. XXXVI Stück. Seite 559 — 562. Edikt vom 10ten Jänner 1803. III Stück. Seite 25 — 28.

Das Indigenat kann nur durch eine königliche Erklärung, oder ein Gesetz, ertheilt werden.

§. VIII. Ein jeder Staatsbürger, der das einundzwanzigste Jahr zurückgelegt hat, ist schuldig, vor der Verwaltung seines Kreises einen Eid abzulegen, daß er der Konstitution und den Gesezen gehorchen — dem Könige treu seyn wolle. Niemand kann ohne ausdrückliche Erlaubniß des Monarchen auswandern, in das Ausland reisen oder in fremde Dienste übergehen, noch von einer auswärtigen Macht Gehalte oder Ehrenzeichen annehmen, bei Verlust aller bürgerlichen Rechte. Alle jene, welche außer den durch Herkommen oder Verträge bestimmten Fällen, eine fremde Gerichtsbarkeit über sich erkennen, verfallen in dieselbe Strafe, und können nach Umständen mit einer noch schärfern belegt werden.

Zweiter Titel.

Von dem königlichen Hause.

§. I. Die Krone ist erblich in dem Mannsstamme des regierenden Hauses, nach dem Rechte der Erstgeburt und der agnatisch - linealischen Erbfolge.

§. II. Die Prinzessinnen sind auf immer von der Regierung ausgeschlossen, und bleiben es in der Erbfolge in so lange, als noch ein männlicher Sprosse des regierenden Hauses vorhanden ist.

§. III. Nach gänzlicher Erlöschung des Mannsstammes fällt die Erbschaft auf die Töchter und ihre männliche Nachkommenschaft.

§. IV. Ein besonderes Familiengesetz wird die Art, wie diese Erbfolge eintreten soll, bestimmen; jedoch mit Vorbehalt der im §. 34. der rheinischen Föderationsakte erwähnten erblichen Ansprüche, in so weit sie anerkannt und bestimmt sind.

Der Leztlebende vom königlichen Hause wird durch zweckmäßige Maasregeln die Ruhe und Selbstständigkeit des Reichs zu erhalten suchen.

§. V. Die nachgebornen Prinzen erhalten keine liegende Güter, sondern eine jährliche Appanagialrente von höchstens Einmal Hundert Tausend Gulden aus der königlichen Schatzkammer in monatlichen Raten ausbezahlt, die nach Abgang ihrer männlichen Erben dahin zurückfällt.

§. VI. Zweimal Hundert Tausend Gulden jährliche Einkünfte, nebst einer anständigen Residenz, sind als Maximum für das Witthum der regierenden Königin bestimmt; das Heurathgut einer Prinzessin ist auf Einmal Hundert Tausend Gulden festgesetzt.

§. VII. Alle Glieder des königlichen Hauses stehen unter der Gerichtsbarkeit des Monarchen, und können bei Verlust ihres Erbfolgerechts nur mit dessen Einwilligung zur Ehe schreiten.

§. VIII. Die Volljährigkeit der königlichen Prinzen tritt mit dem zurückgelegten achtzehnten Jahre ein.

§. IX. Einem jeden Monarchen steht es frei, unter den volljährigen Prinzen des Hauses den Reichsverweser während der Minderjährigkeit seines Nachfolgers zu wählen. In Ermangelung einer solchen Bestimmung gebührt sie dem nächsten volljährigen Agnaten. Der weiter Entfernte, welcher wegen Unmündigkeit eines Nähern die Verwaltung übernommen hat, setzt sie bis zur Volljährigkeit des Monarchen fort. Die Regierung wird im Namen des Minderjährigen geführt; alle Aemter, mit Ausnahme der Justizstellen, können während der

Regentschaft nur provisorisch vergeben werden. Der Reichsverweser kann weder Krongüter veräußern, noch neue Aemter schaffen. In Ermangelung eines volljährigen Agnaten verwaltet der erste Kronbeamte das Reich. Einer verwitweten Königin kann die Erziehung ihrer Kinder unter Aufsicht des Reichsverwesers, nie aber die Verwaltung des Reichs übertragen werden.

§. X. Es sollen vier Kronämter des Reichs errichtet werden. Ein Kronobersthofmeister — ein Kronoberstkämmerer — ein Kronoberstmarschall — ein Kronoberstpostmeister, die den Sitzungen des geheimen Raths beiwohnen.

Alle wirklich dirigirenden geheimen Staatsminister genießen alle mit der Kronämterwürde verbundenen Ehren und Vorzüge.

§. XI. Die am 20sten Oktober 1804 wegen Unveräußerlichkeit der Staatsgüter erlassene Pragmatik wird bestätigt; jedoch soll es dem König frei stehen, zur Belohnung großer und bestimmter, dem Staate geleisteter Dienste, vorzüglich die künftig heimfallenden Lehen oder neu erworbene Staatsdomainen dazu zu verwenden, die sodann die Eigenschaft von Mann-

lehen der Krone annehmen, und worüber keine Anwartschaft ertheilt werden kann.

Dritter Titel.

Von der Verwaltung des Reichs.

§. I. Das Ministerium theilt sich in fünf Departements: jenes der auswärtigen Verhältnisse, der Justiz, der Finanzen, des Innern, und des Kriegswesens. Die Geschäftssphäre eines jeden ist und bleibt durch die Verordnungen vom 26sten Mai 1801, 29sten Oktober 1806, und 9ten März 1804 bestimmt.

Mehrere Ministerien können in Einer Person vereinigt werden. Das Staatssekretariat wird von einem jeden Minister für sein Departement versehen; daher müssen alle königliche Dekrete von demselben unterzeichnet werden, und nur mit dieser Formalität werden sie als rechtskräftig angesehen. Die Minister sind für die genaue Vollziehung der königlichen Befehle sowohl, als für jede Verletzung der Konstitution, welche auf ihre Veranlassung oder ihre Mitwirkung Statt findet, dem König verantwortlich. Sie erstatten jährlich dem Monarchen einen ausführlichen Bericht über den Zustand ihres Departements.

§. II. Zur Berathschlagung über die wichtigsten inneren Angelegenheiten des Reichs wird ein geheimer Rath angeordnet, der neben den Ministern aus zwölf oder höchstens sechzehn Gliedern besteht. Die geheimen Räthe werden von dem König anfänglich auf Ein Jahr ernannt, und nicht eher, als nach sechsjährigem Dienste als permanent angesehen. Der König und der Kronerbe wohnen den Sizungen des geheimen Raths bei: in beider Abwesenheit präsidiert der älteste der anwesenden Staatsminister. Der geheime Rath entwirft und diskutirt alle Gesetze und Hauptverordnungen nach den Grundzügen, welche ihm von dem König durch die einschlägigen Ministerien zugetheilt werden, besonders das Gesetz über die Auflagen, oder das Finanzgesetz. Er entscheidet alle Kompetenzstreitigkeiten der Gerichtsstellen und Verwaltungen, wie auch die Frage: ob ein Verwaltungsbeamter vor Gericht gestellt werden könne oder solle?

Zur Führung der Geschäfte wird der geheime Rath in drei Sektionen getheilt: jene der bürgerlichen und peinlichen Gesetzgebung, der Finanzen, und der innern Verwaltung. Eine jede Sektion besteht wenigstens aus drei

Mitgliedern, und bereitet die Geschäfte zum Vortrage im versammelten Rathe vor.

§. III. Der geheime Rath hat in Ausübung seiner Attributen nur eine berathende Stimme.

§. IV. An der Spitze eines jeden Kreises steht ein königlicher Generalkommissär, dem wenigstens drei, höchstens fünf, Kreisräthe untergeordnet sind; ferner besteht in einem jeden Kreise

- a) eine allgemeine Versammlung, und
- b) eine Deputation.

Erstere wählt die Nationalrepräsentanten; letztere wird vom König aus der Mitte der Kreisversammlung gewählt, und bringt

- 1) die zur Bestreitung der Lokalausgaben nöthigen Auflagen in Vorschlag, welche gesondert in den jährlichen Finanzetat aufgenommen, von den Rent- und Steuerbeamten mit den Auflagen des Reichs erhoben, und ausschließlich zu dem Zwecke, wozu sie bestimmt sind, verwendet werden müssen.
- 2) Läßt sie die, die Verbesserung des Zustandes des Kreises betreffenden Vorschläge
und

und Wünsche, durch das Ministerium des Innern an den König gelangen.

Die Stellen bei der allgemeinen Versammlung werden von dem König auf Lebenszeit vergeben: sie werden aus denjenigen vierhundert Landeigenthümern, Kaufleuten oder Fabrikanten des Bezirks, welche die höchste Grundsteuer bezahlen, nach dem Verhältniß von 1 zu 1000 Einwohnern gewählt, und versammeln sich, so oft die Wahl eines Repräsentanten vorfällt, oder es der Monarch befiehlt. Ihre Versammlungen dauern höchstens acht Tage. Der König ernennt den Präsidenten und die übrigen Offizianten auf eine oder mehrere Sessionen: erstere Stelle kann auch dem Generalkommissär des Kreises übertragen werden.

Die Kreisdeputation wird jährlich zu dem dritten Theile erneuert. Der König ernennt die Glieder derselben aus den Deputirten der allgemeinen Versammlung. Der Name der Austretenden wird durch das Loos bestimmt. Die Deputation versammelt sich jährlich auf höchstens drei Wochen. Zeit und Ort des Zusammentrittes werden von dem Monarchen bestimmt. Mit dem Vorstande und den Sekretärs wird es so, wie bei der Generalversammlung gehalten.

§. V. Die Landgerichte *) üben die Lokalpolizei unter der Aufsicht der Generalkommisariate aus, und erhalten zu diesem Behufe einen oder mehrere Polizeiaktuarien. Für eine jede Städtische- und Ruralgemeinde wird eine Lokalverwaltung angeordnet werden.

§. VI. Die Gefälle, Steuern und Auflagen des Reichs werden, so wie die Lokalnebenbeis schläge, durch die Rentämter und die übrigen zur Einnahme der Auflagen bestimmten Beamten erhoben.

§. VII. Alle Verwaltungsbeamte, von dem wirklichen Rathe an, unterliegen den Bestimmungen der Hauptverordnungen vom ersten Jänner 1805, und 8ten Juni 1807; jedoch werden alle künftig Anzustellende nur dann als wirkliche Staatsbeamte angesehen, wenn sie ein Amt, welches dieses Recht mit sich bringt, sechs Jahre lang ununterbrochen verwaltet haben.

*) Die organische Verordnung über die Einrichtung der Landgerichte vom 24sten März 1802 findet sich in dem Regierungsblatt 1802. XIII Stück, Seite 196 — 199. XIV Stück, Seite 211 — 224.

Wegen der Unterstützungsbeiträge der übrigen königlichen Diener und ihrer Witwen, wird eine eigene zweckmässige Verordnung erlassen werden.

Vierter Titel.

Von der Nationalrepräsentation.

§. I. In einem jeden Kreise werden aus denjenigen zweihundert Landeigenthümern, Kaufleuten und Fabrikanten, welche die höchste Grundsteuer bezahlen, von den Wahlmännern sieben Mitglieder gewählt, welche zusammen die Reichsversammlung bilden.

§. II. Der König ernennt einen Präsidenten, und vier Sekretärs aus den Mitgliedern der Versammlung auf eine oder mehrere Sitzungen.

§. III. Die Dauer der Funktionen der Deputirten wird auf sechs Jahre bestimmt; jedoch sind sie nach Verlauf dieser sechs Jahre wieder erwählbar.

§. IV. Die Nationalrepräsentation versammelt sich wenigstens einmal im Jahre auf die vom König erhaltene Zusammenberufung, welcher die Versammlung eröffnet und schliesst. Er kann sie auch vertagen oder auflösen;

jedoch muß im letzten Falle wenigstens innerhalb zwei Monaten eine neue zusammenberufen werden.

§. V. So oft die Wahl eines Deputirten oder auch der ganzen Reichsrepräsentation vorzunehmen ist, werden entweder alle oder die betheiligte Kreisversammlung durch königliche offene Briefe, welche der Minister des Innern expedirt, hiezu aufgefordert.

§. VI. Die Versammlung wählt unter sich Kommissionen von drei, höchstens vier Mitgliedern, jene der Finanzen, der bürgerlichen und peinlichen Gesetzgebung, der innern Verwaltung, und der Tilgung der Staatsschulden. Diese versammeln sich und korrespondiren mit den einschlägigen Sektionen des geheimen Rathes über die Entwürfe der Geseze und Hauptreglements sowohl, als den jährlichen Finanzetat, so oft es die Regierung von ihnen verlangt.

§. VII. Die auf solche Art vorbereiteten Geseze werden an die Repräsentation durch zwei, höchstens drei Mitglieder des geheimen Rathes gebracht; die Versammlung stimmt darüber durch den Weg des geheimen Skrutiniums nach der absoluten Mehrheit der Stim-

men. Niemand ist befugt, das Wort zu führen, als die königlichen Kommissärs aus dem geheimen Rathe und die Glieder der einschlägigen Kommission der Repräsentation.

Fünfter Titel.

V o n d e r J u s t i z.

§. I. Die Justiz wird durch die, in geeigneter Zahl bestimmten Ober- und Untengerichte verwaltet. Für das ganze Reich besteht eine einzige oberste Justizstelle.

§. II. Alle Gerichtsstellen sind verbunden, bei Endurtheilen die Entscheidungsgründe anzuführen.

§. III. Die Glieder der Justizkollegien werden von dem König auf Lebenszeit ernannt, und können nur durch einen förmlichen Spruch ihre Stellen verlieren.

§. IV. Der König kann in Kriminalsachen Gnade ertheilen, die Strafe erlassen oder mildern; aber in keinem Falle irgend eine anhängige Streitsache oder angefangene Untersuchung hemmen, vielweniger eine Parthei ihrem gesetzlichen Richter entziehen.

§. V. Der königliche Fiskus wird in allen streitigen Privatrechtsverhältnissen bei den königlichen Gerichtshöfen Recht nehmen.

§. VI. Die Güterkonfiskation hat in keinem Falle, den der Desertion ausgenommen, Statt; wohl aber können die Einkünfte während der Lebenszeit des Verbrechers sequestirt und die Gerichtskosten damit bestritten werden.

§. VII. Es soll für das ganze Reich ein eigenes bürgerliches und peinliches Gesetzbuch eingeführt werden.

Sechster Titel.

V o n d e m M i l i t ä r s t a n d e.

§. I. Zur Vertheidigung des Staats, und zur Erfüllung der durch die rheinische Bundesakte eingegangenen Verbindlichkeiten, wird eine stehende Armee unterhalten.

§. II. Die Truppen werden durch den Weg der allgemeinen Militärkonskription ergänzt,

§. III. Die Armee handelt nur gegen äussere Feinde; im Innern aber nur dann, wenn es der Monarch in einem besondern Falle aus-

drücklich befiehlt, oder die Militärmacht von der Zivilbehörde förmlich dazu aufgefordert wird.

§. IV. Die Militärpersonen stehen nur in Kriminal- und Dienstsachen unter der Militärgerichtsbarkeit; in allen übrigen aber sind sie, wie jeder Staatsbürger den einschlägigen Zivilgerichten unterworfen.

§. V. Die Bürgermiliz wird bestätigt. Zur Erhaltung der Ruhe in Kriegszeiten wird eine Nationalgarde, und zur Handhabung der Polizei eine Gensd'armerie errichtet werden.

Diefs sind die Grundlagen der künftigen Verfassung Unsers Reichs. Ihre Einführung wird hiemit festgesetzt auf den ersten Oktober dieses Jahrs. In der Zwischenzeit werden die hienach zu entwerfenden Gesezbücher, so wie die einzelnen organischen Geseze, welche obigen Bestimmungen theils zur nähern Erläuterung dienen, theils die Art und Weise ihres Vollzugs vorzeichnen, nachfolgen.

Völker Unsers Reichs! Die Befestigung eurer gemeinschaftlichen Wohlfahrt ist unser Ziel. Je wichtiger euch dasselbe erscheint, und je durchdrungener ihr von der Erkenntniss

seyd, dafs kein besonderes Wohl sich anders, als in der engsten Verbindung mit dem allgemeinen dauerhaft erhalten kann, desto sicherer wird dieses Ziel erreicht, und Unsere Regensorge belohnt werden.

So gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt München, am ersten Tage des Monats Mai, im Ein Tausend Acht Hundert und Achten Jahre, Unsers Reiches im Dritten.

MAX JOSEPH.

Freiherr v. Montgelas. Graf Morawitzky.

Freiherr v. Hompesch.

(Regierungsblatt 1808. XXII Stück. S. 985—1000.)



Beilagen zur Konstitution.

I.

(Zu dem I Titel, §. II.)

Verordnung, die Auflösung der dermaligen landschaftlichen Korporationen betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Wir haben für zweckmässig gefunden, Unserem Reiche eine neue, allgemein gleiche Konstitution zu geben, und statt der bisher nur in einigen Provinzen bestandenen besonderen landschaftlichen Verfassungen eine allgemeine Repräsentation einzuführen.

Als Folge dieses Beschlusses müssen alle bisherige landschaftliche Korporationen aufge-

hoben werden, und solche werden auch hierdurch als aufgehoben erklärt.

In weiterer Folge desselben wird die bisherige Versammlung der landschaftlichen Deputirten hiemit gänzlich aufgelöst, und diese aller ihrer von der ehemaligen Landschaft überkommenen Funktionen entlediget.

Da aber die gedachten Deputirten, so wie ihre Kommittenten in der Eigenschaft als begüterte Eigenthümer in Unserm Reiche auch an der neuen Repräsentation einen eben so ehrenvollen Antheil zu nehmen befugt sind, so vertrauen Wir auf dieselben, daß sie auch fernerhin die nämliche ausgezeichnete Treue und Anhänglichkeit an ihren König und ihr Vaterland bethätigen werden, welche ihre Vorfahrer seit Jahrhunderten und sie selbst Unsern Regierungsvorfahren und Uns bewiesen haben.

Indem Wir diesen Unsern allerhöchsten Entschluß durch das Regierungsblatt zur allgemeinen Kenntniß bringen, den landschaftlichen Deputirten aber durch Unsere Generallandeskommissäre insbesondere eröffnen lassen, fügen Wir den Befehl bei, gedachten Generallandeskommissären alle landschaftlichen Ar-

chive, Registraturen und Gebäude auf der Stelle zu übergeben, und das Protokoll über den Akt des Vollzugs mit zu unterzeichnen. *)

München den ersten Mai, 1808.

MAX JOSEPH.

Freiherr v. Montgelas. Graf Morawitzky,
Freiherr v. Hompesch.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl.
v. Melzl.

*) Dieser Befehl wurde bei sämtlichen landschaftlichen Korporationen den 16ten Mai in Vollzug gesetzt.

(Regierungsblatt 1808. XXI Stück. Seite 961, 962.)

II.

(Zu dem I Titel, §. 2.)

Einführung einer Nationalkokarde für das ganze Königreich.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Seit dem Antritte Unserer Regierung waren Wir unablässig beschäftigt, bei der baierischen Nation den für das Vaterland so wohlthätigen Gemeinsinn anzufachen, und ihr den eigenthümlichen Nationalcharakter wiederzugeben, durch welchen sie sich immer ausgezeichnet hat.

Dieser angelegentliche Wunsch ist in Erfüllung gegangen, und Wir haben dadurch die süßesten der Regentenfreuden erlebt.

Damit sich die Baiern als Brüder erkennen, und im Auslande die ihnen durch ihre Anhänglichkeit an ihren König und das Vaterland gebührende Auszeichnung erhalten, ver-

ordnen Wir: daß alle Staatsdiener künftig mit ihren Uniformen eine blaue und weisse Kokarde auf dem Hute tragen, und daß es auch allen übrigen Unterthanen, wessen Standes sie sind, erlaubt seyn soll, die Nation, zu welcher sie gehören, durch die Nationalfarbe auf dem Hute zu bezeichnen.

Um allen Unterthanen Unserer Monarchie, welche künftig mit Baiern einen Staatskörper ausmachen sollen, einen Beweis dieses Wohlwollens zu geben, wollen Wir ihnen erlauben, gleichfalls dieses Zeichen zu tragen.

Wir hoffen, daß sie sich nach dem schönen Muster der Baiern desselben würdig machen werden.

München den 16ten Jänner, 1806.

MAX JOSEPH.

Freiherr von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl.
von Flad.

(Regierungsblatt 1806. IV Stück. Seite 25.)



III.

(Zu dem I Titel, §. II.)

Erklärung einer allgemeinen Freizügigkeit im Innern des Reichs.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

In Folge der bereits bei mehreren Gelegenheiten erklärten Grundsätze wollen Wir die zwischen Unseren älteren Staaten bereits gesetzlich bestehende Freizügigkeit auch auf die neu erworbenen Länder und Besizungen ausdehnen, so daß Unsere sämtliche Staaten im Inneren unter sich gänzlich freizügig seyn sollen.

Gegenwärtige allgemeine Verordnung soll durch das Regierungsblatt bekannt gemacht werden. München den 28sten September, 1806.

MAX JOSEPH.

Freiherr von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl.

von Flad.

(Regierungsblatt 1806. XXXXII Stück. S. 369.)

IV.

(Zu dem I Titel, §. III.)

Edikt über die Aufhebung der Leibeigenschaft.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Durch die Unserem Reiche gegebene Konstitution I. Tit. §. 3. haben Wir die Leibeigenschaft, wo sie noch besteht, für aufgehoben erklärt.

Um über die Anwendung dieser konstitutionellen Verordnung alle möglichen Streitigkeiten und Anstände zu beseitigen, und die Wirkungen der Leibeigenschaft, welche dadurch aufgelöst werden, genauer zu bezeichnen, treffen Wir nachfolgende nähere Bestimmungen:

§. 1. Unter der Leibeigenschaft, welche durch die Konstitution aufgehoben ist, wird das Verhältniß verstanden, nach welchem der Unterthan seinem Herrn auf solche Weise

dienstbar und unterwürfig war, daß ihm und seinen Kindern entweder kein, oder nur ein sehr beschränktes Recht über ihren Stand und Erwerb zustund.

§. 2. Durch die konstitutionelle Aufhebung dieses Verhältnisses werden nicht nur alle Gesetze, welche diesen Zustand bisher noch zugelassen haben, und die Leibeigenschaftsverträge, wo sie noch bestanden haben, aufgehoben, sondern auch die Bestimmung gegeben, daß auch in der Folge Niemand weder durch Vertrag, noch durch Geburt, noch durch Verjährung das Recht der Leibherrschaft über einen Unterthan erwerben, noch auch Jemand sich in den Stand der Leibeigenschaft begeben könne.

§. 3. Die Auflösung dieses Bandes tritt nicht bloß bei der persönlichen Leibeigenschaft ein, sondern sie erstreckt sich auch auf die Leibeigenschaft, welche mit dem Besitze eines Gutes verbunden ist, und daher von vermischter Natur angesehen wird.

§. 4. In dem ersten Falle der bloß persönlichen Leibeigenschaft hören alle Wirkungen derselben, sie mögen in Diensten, Abgaben, oder in andern Verbindlichkeiten bestehen, ohne Unterschied und ohne Entschädigung auf,
und

und der Leibeigene tritt aus dem bisherigen Unterthänigkeitsverhältnisse gegen seinen Herrn in den freien, bürgerlichen Zustand, mit Unterordnung unter die Geseze, über.

§. 5. Mit dieser Veränderung erlöschen daher von Seite des Leibeigenen aller Dienstzwang, die Entrichtung des Leibzinses, das Mortuarium, die Abzugs- und andere ähnliche Gebühren; er kann von seinem vorigen Leibherrn nicht mehr veräussert, oder avozirt werden; seine Standesveränderung hängt nicht mehr von dessen Bewilligung ab; — dagegen hören auch von Seite des Leibherrn alle Verbindlichkeiten auf, welche derselbe gegen den Leibeignen nach Gesezen, oder Herkommen getragen hat.

§. 6. Ist die Leibeigenschaft mit dem Besize eines Gutes verbunden, so sind die Verbindlichkeiten, welche aus der Leibeigenschaft fließen, von denen, welche auf dem Gute haften, und sonst den Gesezen nicht widersprechen, zu unterscheiden.

§. 7. Sind diese Verbindlichkeiten schon durch Gesez, Vertrag oder Herkommen ausgeschieden, und steht die Leibeigenschaft mit dem Besize des Gutes blofs in zufälliger Ver-

bindung, so, daß der Leibeigene besondere Verbindlichkeiten in dieser Eigenschaft zu leisten, und andere Dienste und Abgaben von dem Gute zu entrichten hat, so werden jene Verbindlichkeiten aufgelöst, die Grundprästationen aber werden in Folge des I Titel §. 5. der Konstitution, welche die grundherrlichen Rechte garantirt, nicht verändert.

§. 8. Wenn aber diese Lasten nicht durch eine bestimmte Norm unterschieden sind, und die Prästationen des Leibeigenen mit dem Besitze des Gutes selbst in unzertrennbarer Verbindung stehen, so wird zwar dem Leibeigenen ebenfalls seine Freiheit wieder gegeben, sein Verhältniß gegen den Grundherrn muß aber nach den Gesezen über das nuzbare Eigenthum gerichtet werden.

Dem Gutsherrn stehen über die freigelassene Person ferner keine andere Rechte zu, als welche die Geseze den Grundherren, rücksichtlich der Hintersassen, einräumen; er verliert die Ansprüche an seine Verlassenschaft, oder das Mortuarium, die Abzugelder bei der Verheurathung des Grundholden, und andere gleichartige Abgaben.

§. 9. Dagegen verbleibt ihm das *Dominium directum*, — die jährlichen Abgaben neh-

men die Natur und den Namen einer jährlichen Grundabgabe, oder Canon an, — die bedungenen Dienste werden wie andere Gilt- oder Grundfrohnen beurtheilt, und unterliegen gleichen Bestimmungen; — und dürfen die Güter, welche bisher kein Laudemium, Handlohn, Lehenreich, Antrittsgebühr, oder ähnliche Leistungen entrichtet haben, in Zukunft nicht damit beschwert werden.

§. 10. Da das in verschiedenen Provinzen Unsers Reiches noch bestehende Recht, oder Herkommen, nach welchem die Unterthanen, oder ihre Kinder auf gewisse Zeit den Grund- oder Gerichtsherren zu dienen angehalten werden, nur eine Art von Leibeigenschaft ist, so soll mit der Leibeigenschaft auch dieser Gesinde-dienstzwang überall ohne Entschädigung aufgehoben seyn, und keine persönliche Dienstbarkeit dieser Art in Unserm Königreiche mehr gesetzlichen Schutz finden.

München den 31sten August, 1808.

MAX JOSEPH.

Freiherr v. Montgelas. Graf Morawitzky.

Freiherr v. Hompesch.

(Regierungsbl. 1808. XXXXIX St. S. 1933 — 1936.)

V.

(Zu dem I Titel, §. IV.)

Verordnung, die Territorialeintheilung
des Königreichs betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Vermög der Konstitution Unsers Reichs I Titel §. 4. soll ohne Rücksicht auf die bisher bestandene Eintheilung in Provinzen das ganze Königreich in möglichst gleiche Kreise mit Rücksicht auf die natürlichen Grenzen eingetheilt werden.

Indem Wir hiebei den Zweck vor Augen hatten, Unsere lieben und getreuen Unterthanen aller Theile des Reiches mit dem wohlthätigen Bande eines gemeinschaftlichen Vaterlandes zu umfassen, haben Wir zugleich dahin getrachtet, ihnen die Vortheile näher gelegener unmittelbarer Administrationsbehörden zu verschaffen, und diejenigen Bezirke, welche durch gleichere Sitten und die Gewohnheit langer Jahre, oder

durch die von der Natur selbst bezeichnete Lage näher mit einander verbunden sind, in ihrer engeren Vereinigung zu belassen.

Von diesen Grundsätzen geleitet, haben Wir beschlossen Unser gesammttes Reich in folgende Kreise einzutheilen:

1. Mainkreis mit der Hauptstadt
Bamberg.

Dieser begreift in sich die Landgerichte: Lauenstein, Teuschniz, Kronach, Stadtsteinach, Weismain, Lichtenfels, Banz, Gleusdorf, Hallstadt, Schefsliz, Zeil, Schweinfurt, Sulzheim, Ebrach, Burgeberach, Bamberg I, Bamberg II, Höchstadt, Ebermannstadt und Weischenfeld.

2. Pegnitzkreis mit der Hauptstadt
Nürnberg.

Dieser umfasst die Landgerichte: Forchheim, Pottenstein, Gräfenberg, Schnaitach, Hersbruck, Altorf, Nürnberg, Schwabach, Kadolzburg.

3. Naabkreis mit der Hauptstadt
Amberg.

Dieser besteht aus den Landgerichten: Waldsassen, Tirschenreuth, Kemnath, Neustadt,

Parkstein, Eschenbach, Trefswiz und Pleystein, Neunburg vor dem Wald, Waldmünchen, Naburg, Amberg, Sulzbach und Pfaffenhofen.

4. Rezatkreis mit der Hauptstadt Ansbach.

Dieser besteht aus den Landgerichten: Marktsteft, Uffenheim, Rothenburg, Gerabronn, Kreilsheim, Dünkelsbühl, Wassertrüdingen, Feuchtwang, Gunzenhausen, Heilsbronn, Herrieden, Leutershausen, Ansbach; dann den Mediatgebieten von Hohenlohe - Schillingsfürst und Kirchberg, Schwarzenberg, Wiesentheid, Kastell, Limpurg - Speckfeld.

5. Altmühlkreis mit der Hauptstadt
Eichstädt.

Dieser enthält die Landgerichte: Neu- markt, Pleinfeld, Weisenburg, Heidenheim, Stauff und Geyer, Hilpoltstein, Raitenbuch, Beilngries, Kipfenberg, Eichstädt, Riedenburg, Ingolstadt, Karlskron, Neuburg, Rain, Donau- wörth und Monnheim, und die Grafschaft Pappenheim.

6. Der obere Donaukreis mit der Haupt-
stadt Ulm

ist zusammengesetzt aus den Landgerichten: Nördlingen, Höchstädt, Wertingen, Dillingen,

Burgau, Günzburg, Roggenburg, Illertissen, Söflingen, Elchingen, Alpeck, Geißlingen, dann den Besizungen der Herren Fürsten von Oettingen - Spielberg, Oettingen - Wallerstein, und Thurn und Taxis, und der Grafen Fugger - Kirchberg, Weisenhorn, Glött und Nordendorf.

7. Der Lechkreis mit der Hauptstadt Augsburg

bildet sich aus den Landgerichten: Schrobenhausen, Aichach, Friedberg, Göggingen, Zusmarshausen, Ursberg, Schwabmünchen, Landsberg, Buchloe, Türkheim, Mindelheim, Kaufbeuern, Ottobeuern, Stadt Memmingen, dann den Mediatbesizungen des Herrn Fürsten Fugger - Babenhausen, Grafen Fugger - Kirchheim, und den Herrschaften Buxheim, Winterrieden, Thanhausen und Edelstetten.

8. Der Regenkreis mit der Hauptstadt Straubing

faßt in sich die Landgerichte: Cham, Wetterfeld, Burglengenfeld, Parsberg, Hemau, Kellheim, Abensberg, Pfaffenberg, Stadt am Hof, Straubing, Mitterfels, Viechtach und Közting.

9. Der untere Donaukreis mit der Hauptstadt
Passau.

enthält die Landgerichte: Regen, Schönb-
berg, Wolfstein, Wegscheid, Passau, Vilshofen,
Griesbach, Pfarrkirchen, Landau und Deggendorf.

10. Der Isarkreis mit der Hauptstadt
München

enthält die Landgerichte: Pfaffenhofen,
Moosburg, Landshut, Erding, Freising, Dachau,
München, Schwaben, Starenberg, Wolfrats-
hausen, Miesbach, Weilheim, Tölz und Wer-
tenfels.

11. Der Salzachkreis mit der Hauptstadt
Burghausen

besteht aus den Landgerichten: Vilsbiburg,
Eggenfelden, Simbach, Mühldorf, Burghausen,
Wasserburg, Trofsburg, Rosenheim, Traunstein
und Reichenhall.

12. Der Illerkreis mit der Hauptstadt
Kempten

umfasst die Landgerichte: Leutkirch, Grö-
nenbach, Obergünzburg, Oberdorf, Schongau,
Füssen mit dem Amte Vils, Sonthofen, Kem-
pten, Immenstadt, Weiler, Wangen, Ravensburg,

Tetnang, Buchhorn, Lindau, Bregenz, Innerbregenzerwald, Dornbirn, Feldkirch, Sonnenberg, Montafon.

13. Der Innkreis mit der Hauptstadt
Innsbruck

bildet sich aus den Landgerichten: Kufstein mit dem Amte Auerburg, Ratenberg, Schwatz, Innsbruck, Reute, Telfs, Landeck und Fürstenburg.

14. Der Eisakkreis mit der Hauptstadt
Brixen

begreift in sich die Landgerichte: Meran, Botzen, Klausen, Brixen, Brunegg, Sillian und Lienz.

15. Der Etschkreis mit der Hauptstadt
Trient

enthält die Landgerichte: Cles, Male, Welschmetz, Vezzano, Trient, Civezzano, Pergine, Levico, Cavalese, Roveredo, Riva, Stenico, Condino und Tione.

Gegenwärtige neue Territorialeintheilung
Unseres Reichs lassen Wir hiemit durch das
Regierungsblatt mit dem Befehle zur allgemei-
nen Kenntniss bringen, das vom ersten Okto-

ber des gegenwärtigen Jahres anfangend, mit welchem Zeitpunkte dieselbe in allen Verwaltungszweigen in Wirksamkeit gesetzt wird, in allen öffentlichen Verhandlungen keine andere Benennungen, als wie sie oben bezeichnet sind, gebraucht, und die bisherigen Provinzialbenennungen durchgehends unterlassen werden sollen.

München den 21sten Juni, 1808.

MAX JOSEPH.

Freiherr v. Montgelas. Graf Morawitzky.
Freiherr v. Hompesch.

(Regierungsblatt 1808. XXXIII Stück. Seite 1481—1502.
XXXX Stück. Seite 1689—1700.)





Intern
18

Schweiz

Main El.

Sub

Bergame

Abgedruckt in der Königl. Baierf. allein privileg. St.
von A. Senefelder, F. Gleißner und Comp.

E i n t h e i l u n g

des Königreichs Baiern in 15 Kreise.

Mit möglichst annähernden Angaben des Flächeninhalts und der Bevölkerung.

K r e i s e.		Hauptstädte.	□ Mei- len.	Seelen- zahl.	Landge- richte.
I	Mainkreis	Bamberg	72 $\frac{1}{2}$	190,652	19
II	Pegnizkreis	Nürnberg	42	141,930	9
III	Naabkreis	Amberg	150 $\frac{1}{4}$	220,835	12
IV	Rezatkreis	Ansbach	67 $\frac{3}{4}$	190,077	13
V	Altmühl- kreis	Eichstädt	94 $\frac{1}{4}$	202,107	17
VI	Oberdonau- kreis	Ulm	79	258,589	12
VII	Lechkreis	Augsburg	91	223,176	13
VIII	Regenkreis	Straubing	121	237,095	13
IX	Unterdonau- kreis	Passau	118	215,661	10
X	Isarkreis	München	155 $\frac{3}{4}$	302,530	14
XI	Salzachkreis	Burghausen	103 $\frac{1}{2}$	190,967	10
XII	Illerkreis	Kempten	118	237,097	20
XIII	Innkreis	Innsbruck	176 $\frac{1}{4}$	202,751	9
XIV	Eisackkreis	Brixen	154 $\frac{3}{4}$	191,611	7
XV	Etschkreis	Trient	112 $\frac{1}{2}$	226,492	14
Zusammen			1636 $\frac{1}{2}$	3,231,570	192

I. Mainkreis. Hauptstadt Bamberg.

Landgerichte.	□ Meilen	Seelenzahl.
Hauptstadt Bamberg	$\frac{1}{2}$	19,385
Lauenstein u. Teuschniz	$6\frac{3}{4}$	9,850
Kronach	$5\frac{3}{4}$	17,011
Stadtsteinach	$4\frac{1}{4}$	7,269
Weismain	$4\frac{1}{4}$	11,496
Lichtenfels	$3\frac{1}{4}$	9,954
Banz	3	8,397
Gleusdorf (Baunach)	$2\frac{3}{4}$	10,316
Hallstadt	$2\frac{1}{4}$	9,047
Scheßlitz	$3\frac{1}{4}$	7,211
Zeil	$2\frac{1}{4}$	5,614
Schweinfurt	$1\frac{3}{4}$	7,760
Burgebrach	$4\frac{1}{2}$	7,462
Bamberg I und II	8	19,696
Ebermannstadt	$4\frac{1}{4}$	9,618
Weischenfeld	$4\frac{1}{2}$	11,490
Ebrach	$4\frac{3}{4}$	5,301
Höchstädt	$4\frac{1}{2}$	10,306
Sulzheim	2	3,469
19 Landgerichte.	$72\frac{1}{2}$	190,652

II. Pegnitzkreis. Hauptstadt Nürnberg.

Landgerichte.	□ Meilen	Seelenzahl.
Hauptstadt Nürnberg.	1	27,000
Forchheim	4	11,500
Pottenstein	$5\frac{3}{4}$	10,383
Gräfenberg	$5\frac{1}{2}$	13,718
Schnaitach	$3\frac{3}{4}$	12,033
Hersbruck	4	9,281
Altorf	$5\frac{1}{2}$	11,493
Nürnberg	$3\frac{1}{4}$	9,754
(Stadt Fürth)	$\frac{1}{2}$	12,705
Schwabach	$4\frac{1}{4}$	12,054
Kadolzburg	$4\frac{1}{2}$	12,009
9 Landgerichte.	42	141,930

III. Naabkreis. Hauptstadt Amberg.

Landgerichte.	□ Meilen	Seelenzahl.
Hauptstadt Amberg	$\frac{3}{4}$	8,889
Waldsassen	$5\frac{1}{2}$	12,331
Tirschenreuth	$9\frac{1}{2}$	13,443
Neustadt mit Parkstein	$14\frac{3}{4}$	21,608
Kemnath	16	24,081
Eschenbach	10	15,772
Treßwiz mit Pleistein	$14\frac{3}{4}$	22,073
Neunburg vorm Wald	12	26,037
Waldmünchen	$7\frac{1}{2}$	11,891
Nabburg	$9\frac{1}{4}$	16,380
Pfaffenhofen	8	13,568
Amberg	$13\frac{1}{2}$	21,432
Sulzbach	$8\frac{3}{4}$	13,330
12 Landgerichte.	$130\frac{1}{4}$	220,835

IV. Rezatkreis. Hauptstadt Ansbach.

Landgerichte.	☐ Meilen	Seelenzahl.
Hauptstadt Ansbach.	$\frac{1}{2}$	11,924
Marktsteft	$2\frac{3}{4}$	8000
Uffenheim	$4\frac{1}{4}$	12,225
Rothenburg	$6\frac{1}{2}$	18,231
Gerabronn	3	8000
Kreilsheim	3	9067
Dünkelsbühl	$4\frac{1}{4}$	16,761
Wassertrüdingen	3	9136
Feuchtwang	$3\frac{3}{4}$	9615
Gunzenhausen	4	14,670
Heilsbronn	4	10,185
Herrieden	$3\frac{3}{4}$	9794
Leutershausen	4	9738
Ansbach	$5\frac{1}{4}$	11,807
Mediatgebiete:		
Fürstlich Schwarzenbergische Besitzungen	$3\frac{1}{2}$	10,012
Wiesentheid, Kastell, Limburg - Spekfeld	$9\frac{3}{4}$	13,783
Hohenlohe - Kirchberg	$1\frac{1}{2}$	4191
Hohenlohe - Schillingsfürst	1	2938
13 Landgerichte,	$67\frac{3}{4}$	190,077

V. Altmühlkreis. Hauptstadt Eichstätt.

Landgerichte.	□ Meilen	Seelenzahl.
Hauptstadt Eichstätt	$\frac{1}{2}$	5,596
Neumarkt	13	25,860
Pleinfeld	4	11,000
Weisenburg	$3\frac{1}{2}$	8,880
Heidenheim	4	12,331
Stauf und Geyer	$2\frac{1}{4}$	7,117
Hilpoltstein	$5\frac{1}{4}$	12,010
Beilengries	$5\frac{3}{4}$	9,219
Kipfenberg	4	7,066
Raitenbuch	2	3,245
Eichstätt	5	11,189
Monheim u. Donauwörth	$10\frac{1}{4}$	27,353
Rain	$6\frac{1}{2}$	9,826
Neuburg	6	10,466
(Stadt Neuburg)		3,924
Ingolstadt	9	12,201
(Stadt Ingolstadt)		4,817
Donaumoosgericht	$3\frac{1}{4}$	1,643
Riedenburg	8	11,196
Mediatgebiet:		
Pappenheim	2	7,117
17 Landgerichte.	$94\frac{1}{4}$	202,107

VI. Ober-

VI. Oberdonaukreis.

Hauptstadt Ulm.

Landgerichte.	□ Meilen	Seelenzahl.
Hauptstadt Ulm	$\frac{1}{2}$	14,225
Nördlingen	9 $\frac{1}{4}$	30,600
(Nördlingen, Stadt)		5,804
Höchstädt	6	22,464
Dillingen	2 $\frac{1}{2}$	6,371
(Stadt Dillingen)	$\frac{1}{2}$	3,118
Wertingen	3 $\frac{3}{4}$	11,390
Burgau	3	11,497
Günzburg	3 $\frac{1}{2}$	13,619
Roggenburg	2 $\frac{1}{4}$	7,183
Illertissen	5 $\frac{1}{2}$	15,731
(Stadt Weisenhorn)	$\frac{1}{4}$	1,116
Söflingen	4 $\frac{1}{2}$	9,753
Elchingen	3	8,828
Alpeck	4 $\frac{1}{2}$	6,082
Geislingen	4 $\frac{1}{2}$	12,830
Mediatgebiete:		
Oettingen - Spielberg	4	14,917
Oettingen - Wallerstein	11 $\frac{3}{4}$	41,934
Dischingen	1	2,619
Neresheim	1 $\frac{1}{2}$	2,952
Fugger - Glött	2 $\frac{1}{2}$	3,962
Fugger - Nordendorf	1 $\frac{1}{4}$	2,251
Fugger - Kirchberg und Weisenhorn	3 $\frac{1}{2}$	9,343
12 Landgerichte.	79	258,589
I.	5	

VII. Lechkreis. Hauptstadt Augsburg.

Landgerichte.	□ Meilen	Seelenzahl.
Hauptstadt Augsburg	$\frac{1}{2}$	28,902
Schrobenhausen	5	9,177
Aichach	$10\frac{1}{2}$	18,541
Friedberg	$8\frac{1}{4}$	14,494
Göggingen	3	12,570
Zusmarshausen	$8\frac{1}{2}$	12,448
Ursberg	5	13,807
Schwabmünchen	$5\frac{3}{4}$	8,756
Buchloe	$2\frac{3}{4}$	7,214
Landsberg	$15\frac{3}{4}$	26,334
Türkheim	4	8,684
Mindelheim	$2\frac{3}{4}$	13,064
Kaufbeuern	4	12,346
Ottobeuern	$5\frac{1}{4}$	14,122
(Stadt Memmingen)	$\frac{1}{2}$	6,442
Mediatgebiete:		
Fürstlich - Fuggerisch	7	11,005
Fugger - Kirchheim	$1\frac{1}{4}$	2,324
Buxheim, Winterrieden	} $1\frac{1}{4}$	2,976
Thanhausen, Edelstetten		
13 Landgerichte.	91	223,176

VIII. Regenkreis. Hauptstadt Straubing.

Landgerichte.	□ Meilen	Seelenzahl.
Hauptstadt Straubing.	$\frac{1}{2}$	6,188
Cham	$7\frac{1}{2}$	16,867
Wetterfeld	7	14,904
Burglengenfeld	15	23,785
Parsberg	$4\frac{1}{2}$	5,920
Hemau	$4\frac{3}{4}$	10,947
Kellheim	$6\frac{1}{4}$	13,802
Abensberg	$7\frac{1}{2}$	15,330
Pfaffenberg	$13\frac{1}{2}$	25,649
Stadt am Hof	11	22,805
Straubing	$8\frac{1}{2}$	13,446
Mitterfels	15	29,114
Viechtach	$8\frac{1}{2}$	17,179
Kötzting	$11\frac{1}{2}$	21,159
13 Landgerichte.	121	237,095

IX. Unterdonaukreis. Hauptstadt Passau.

Landgerichte.	□ Meilen	Seelenzahl.
Hauptstadt Passau	$\frac{1}{2}$	6,161
Regen	$11\frac{1}{4}$	12,579
Schönberg	$12\frac{1}{2}$	9,924
Wolfstein	9	16,583
Wegscheid	12	23,125
Passau	$9\frac{1}{2}$	16,170
Vilshofen	12	21,836
Griesbach	14	27,471
Pfarrkirchen	$8\frac{1}{2}$	18,432
Landau	15	27,869
Deggendorf.	$13\frac{1}{2}$	25,511
10 Landgerichte	118	215,661

X. Isarkreis.

Hauptstadt München.

Landgerichte.	□ Meilen	Seelenzahl.
Hauptstadt München	1 $\frac{1}{4}$	48,000 (ohne Militär)
Pfaffenhofen	9	20,020
Moosburg	8 $\frac{1}{2}$	16,817
Landshut	12	24,699
(Stadt Landshut)		7,817
Erding	13	27,356
Freising	6 $\frac{1}{2}$	12,447
(Stadt Freising)		3,510
Dachau	14	21,556
München	11	25,282
Schwaben	10	16,187
Starenberg	7 $\frac{1}{2}$	10,957
Wolfrathshausen	7 $\frac{1}{2}$	12,054
Miesbach	20	20,712
Weilheim	23	18,850
Tölz	7 $\frac{1}{2}$	10,733
Wertenfels	5	5,533
14 Landgerichte.	155 $\frac{3}{4}$	302,530

XI. Salzachkreis. Hauptstadt Burghausen.

Landgerichte.	□ Meilen	Seelenzahl.
Hauptstadt Burghausen	$\frac{1}{2}$	3,010
Vilzbiburg	$10\frac{1}{2}$	23,296
Eggenfelden	10	22,566
Simbach	$2\frac{1}{2}$	7,638
Mühldorf	$12\frac{1}{2}$	26,186
Burghausen	$9\frac{3}{4}$	20,384
Wasserburg	10	20,643
Trofsburg	10	17,654
Rosenheim	15	23,886
Traunstein	$17\frac{1}{4}$	21,360
Reichenhall	$5\frac{1}{2}$	4,335
10 Landgerichte.	$103\frac{1}{2}$	190,967

XII. Illerkreis. Hauptstadt Kempten.

Landgerichte.	□ Meilen	Seelenzahl.
Hauptstadt Kempten	$\frac{1}{4}$	2,704
Leutkirch	}	6,679
(Stadt Leutkirch)		1,300
Grönenbach	$5\frac{3}{4}$	11,492
Obergünzburg	5	8,921
Oberdorf	$3\frac{3}{4}$	7,795
Schongau	20	15,661
Füssen	$8\frac{1}{4}$	15,600
Sonthofen	$5\frac{1}{2}$	14,358
Kempten	7	20,000
Immenstadt	$5\frac{1}{4}$	12,051
Weiler	$4\frac{3}{4}$	13,975
Wangen	1	3,270
Ravensburg	1	5,010
Tetnang	}	11,416
(Stadt Buchhorn)		361
Lindau	}	6,316
(Stadt Lindau)		2,701
Bregenz	$3\frac{1}{4}$	15,770
Innerbregenzerwald	$8\frac{1}{4}$	13,758
Dornbirn	$3\frac{1}{2}$	12,186
Feldkirch	$5\frac{1}{4}$	14,391
Sonnenberg	15	13,627
Montafon	9	9,755
20 Landgerichte.	118	237,097

XIII. Innkreis. Hauptstadt Innsbruck.

Landgerichte.	□ Meilen	Seelenzahl.
Hauptstadt Innsbruck	$\frac{1}{4}$	9,306
Kufstein mit dem Amte		
Auerburg	$21\frac{1}{2}$	30,025
Ratenberg	16	19,945
Schwaz	11	22,041
Innsbruck	$21\frac{3}{4}$	26,243
Reute	18	15,551
Telfs	$23\frac{1}{2}$	24,752
Landek	$39\frac{1}{2}$	32,198
Fürstenburg	$24\frac{3}{4}$	22,690
8 Landgerichte.	$176\frac{1}{4}$	202,751

XIV. Eisakkreis.

Hauptstadt Brixen.

Landgerichte.	☐ Meilen	Seelenzahl.
Hauptstadt Brixen	*)	*)
Meran	27	32,318
Botzen	$21\frac{1}{4}$	43,784
Klausen	$12\frac{1}{4}$	19,288
Brixen	$21\frac{1}{4}$	27,724
Brunegg	$41\frac{1}{4}$	41,675
Sillian	$12\frac{1}{2}$	12,545
Lienz	$19\frac{1}{4}$	1,277
7 Landgerichte.	$154\frac{3}{4}$	191,611
*) Flächeninhalt und Volkszahl sind dem Landgerichte zugezählt.		

XV. Etschkreis.

Hauptstadt Trient.

Landgerichte.	□ Meilen	Seelenzahl.
Hauptstadt Trient	*)	*)
Cles	9 $\frac{3}{4}$	17,719
Male	12	11,445
Mezzo lombardo	10	17,516
Vezzano	3 $\frac{1}{4}$	7,192
Trient	2 $\frac{1}{2}$	18,353
Civezzano	4	12,880
Pergine	5 $\frac{3}{4}$	12,731
Levico	12 $\frac{3}{4}$	19,942
Cavalese	18 $\frac{1}{4}$	23,278
Roveredo	9 $\frac{3}{4}$	43,721
Riva	4 $\frac{5}{8}$	16,202
Stenico	4 $\frac{1}{8}$	6,976
Tione	7 $\frac{5}{8}$	10,639
Condino	8 $\frac{1}{8}$	7,898
14 Landgerichte.	112 $\frac{1}{2}$	226,492
*) Flächeninhalt und Volkszahl sind dem Landgerichte zugezählt.		

(Regierungsbl. 1808. XXXIII Stück. S. 1481 — 1502.
XXXX St. S. 1689 — 1700.)

VI.

(Zu dem I. Titel, §. V.)

D e k l a r a t i o n,
die Verhältnisse der, der königlichen Sou-
verainität unterworfenen Fürsten, Gra-
fen und Herren betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Nachdem zufolge des zu Paris am 12. Juli 1806
geschlossenen rheinischen Bundes die vormalige
Reichsstadt Nürnberg mit ihren Gebieten
und die Deutschordenskommenden Rohr und
Waldstetten mit vollem Eigenthum und
Souverainitätsrechten, ferner verschiedene Für-
stenthümer, Grafschaften und Herrschaften, na-
mentlich

a. In Franken.

1. Das Fürstenthum Schwarzenberg,
2. die Grafschaft Kastell,

3. die Herrschaft Limpurg-Spekfeld,
4. die Herrschaft Wiesentheit,
5. jene Theile des Fürstenthums Hohenlohe, welche vom Ansbachischen und vom Gebiete der ehemaligen Reichsstadt Rothenburg eingeschlossen sind, namentlich die Oberämter Schillingsfürst und Kirchberg,
- b. in der oberen Pfalz,
6. die gefürstete Grafschaft Sternstein,
- c. in Schwaben,
7. das Fürstenthum Oettingen,
8. diejenigen Besizungen des Fürsten von Thurn und Taxis, welche gegen Norden des Fürstenthums Neuburg liegen,
9. die Grafschaft Edelstetten,
10. sämtliche Besizungen des Fürsten und der Grafen Fugger,
11. die Burggrafschaft Winterrieden,
12. die Herrschaft Buxheim,
13. die Herrschaft Thannhausen, endlich
14. der ganze Bezirk der Landstrasse von Memmingen nach Lindau, mit Souveränitätsrechten Uns zugewiesen worden sind, und in Unserm Namen bereits davon Besiz genom-

men worden ist, — so haben wir die staatsrechtlichen Verhältnisse dieser mediatisirten Gebiete und ihrer Besizer nach einem von Unserm Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten an Uns darüber erstatteten ausführlichen Vortrage zur Beseitigung aller künftigen Anstände und Zweifel nach der Grundlage des Konfoederationsvertrages genau bestimmt, wie in folgender Erklärung enthalten ist.

A. Allgemeine persönliche Vorzüge, Rechte und Verbindlichkeiten der mediatisirten Fürsten, Grafen und Herren.

1. Den Unserer Souverainität untergebenen Fürsten, Grafen und Herren werden alle jene persönliche Vorzüge und Rechte zugesichert, welche der ersten Klasse des Adels in Unserem Königreiche wirklich zustehen, oder welche diesen künftig werden ertheilet werden.

2. Es ist ihnen gestattet, den Titel fortzuführen, welchen sie vor ihrer Unterwerfung gehabt haben, jedoch mit Weglassung aller jener Beisätze und Würden, welche ein vormaliges Verhältniß zu dem deutschen Reiche ausdrücken, oder welche sie als Regenten des Landes bezeichnen.

Hiernach

3. ist ihnen nicht erlaubt, sich ferner Reichs-Fürsten, — Reichs-Grafen, sondern nur Fürsten — Grafen zu nennen; so wie auch ihren Herrschaften das Beiwort — Reichs — ferner nicht mehr vorgesetzt werden darf. Sie können sich zwar von ihren ursprünglichen Stammgütern und Herrschaften benennen (Fürst von N., Graf — Herr von N.) aber nicht als regierende, sondern als Patrimonialherren; wonach sie sich der Prädikate — von Gottes Gnaden — künftig nicht bedienen dürfen. Auch dürfen sie sich der ersten vielfachen Person (Wir) nur in Schriften und Handlungen bedienen, die nicht mit Uns oder unseren Behörden verrichtet, und an Uns oder an diese gerichtet werden.

4. In ihren Wappen müssen alle jene Zeichen weggelassen werden, welche auf das ehemalige teutsche Reich Beziehung haben.

5. Wir werden ein zwar ausgezeichnetes, jedoch ihren gegenwärtigen Verhältnissen angemessenes Kanzleizeremoniel gegen sie beobachten lassen. In den Erlassen Unserer oberen Landesstellen an die mediatisirten Herren selbst soll ihnen das Prädikat: Herr, (dem Herrn

Fürsten — Grafen) gegeben werden. In ihren Schriften, die entweder an Uns, an Unsere Ministerien, oder an Unsere übrigen höheren Landesstellen gerichtet sind, müssen sie nach dem Unseren Unterthanen vorgeschriebenen Zeremoniel sich achten.

6. Nach dem Kirchengebete für den Souverain kann dasselbe auch für die mediatisirten Fürsten, Grafen und Herren in den Kirchen ihrer Wohnorte entrichtet werden. Ein gleiches wird auch in ihren Wohnorten in Ansehung des Trauergeläutes gestattet. Eine eigentliche Landestrauer kann aber nur für den Souverain ausgeschrieben werden.

7. Es bleibt ihrer freien Wahl zwar überlassen, an welchem Orte sie ihre Wohnung nehmen wollen, wenn die in dem Artikel 31. des Bundesvertrags vorausgesetzten Bedingungen dabei eintreten. Jedoch sind sie verbunden, nach 6 Monaten a dato der Publikation der gegenwärtigen Deklaration den Aufenthaltsort, welchen sie sich gewählt haben, Uns anzuzeigen. Auch hat diese Freiheit bei denjenigen nicht statt, welche entweder in Unseren Diensten sich befinden, oder aus Unseren Staatskassen eine Pension beziehen. Diese müssen in

Ansehung der Wahl ihres Wohnorts nach den bestehenden Gesezen sich achten.

8. Die nämliche Freiheit mit den bemerkten Beschränkungen, welche sie in Ansehung der Auswahl ihres Wohnortes zu geniessen haben, kömmt ihnen auch zu, in Ansehung des Eintrittes in fremde Dienste.

9. In allen sie betreffenden Real- und Personalklagen haben sie ein privilegiertes Forum in erster Instanz bei dem einschlägigen Hofgerichte, in zweiter und letzter Instanz bei dem einschlägigen obersten Justiztribunal.

220
Sollten bei einem der oben angeführten mediatisirten fürstlichen oder gräflichen Häuser durch Familienverträge besondere Austrägalgerichte zeither eingeführt gewesen seyn, so werden Wir dieselben näher untersuchen lassen, und wegen ihrer Bestätigung besondere Entschliessung ertheilen.

10. Verlassenschaftsverhandlungen, welche Mitglieder der Familie betreffen, kann der Chef des Hauses durch seine Kanzlei vornehmen und erledigen lassen, in so lange kein Rechtsstreit darüber entsteht, in welchem Falle sie an das einschlägige Hofgericht zum geeigneten rechtlichen Verfahren abgeliefert werden müssen.

11. In

11. In peinlichen Fällen, mit Ausnahme der Militärverbrechen, geniessen die subjeirten Fürsten und Grafen und ihre Erben das Recht einer Austrägalinstanz, nämlich durch Richter ihres Standes gerichtet zu werden. Wenn ein solcher Fall sich ereignet, so kann zwar durch die gewöhnliche Obrigkeit nach Beschaffenheit der Umstände, und soweit der baierische Codex bei Adelichen es ohne speziellen allerhöchsten Befehl gestattet, die erforderliche vorläufige Bewachung, oder auch eine wirkliche Verhaftnehmung und Verwahrung des Angeschuldigten an einen sicheren und anständigen Orte verfügt werden. Es muß aber auf der Stelle davon sowohl an Uns unmittelbar, als an das Hofgericht, zu dessen Gerichtssprengel die Herrschaft des Angeschuldigten gehört, eine Anzeige darüber mit Beilegung des bei der Ergreifung des Inkulpaten abgehaltenen Protokolls, gemacht werden. Das Hofgericht untersucht hierauf in den ersten 24 Stunden nach der erhaltenen Anzeige die Rechtmässigkeit der Verhaftnehmung, und ob ein peinliches Verfahren statt habe. In dem letzten Falle wird die Untersuchung durch das Hofgericht unter dem Vorsiz des Präsidenten oder des Direktors geführt. So bald die Untersuchungsakten geschlossen sind, müssen

dieselben an Uns zur Anordnung des in dem Artikel 28. des rheinischen Bundesvertrags vorgeschriebenen Gerichts eingesendet werden. Wir werden hierauf durch Unsern Justizminister die gesetzliche Zahl von Beisizern aus dem Stande des Inquisiten in Unserer Residenz versammeln und diesen gleichfalls dahin verbringen lassen. Unser Justizminister wird in der Eigenschaft des Grofsrichters das Gericht eröffnen, und demselben vorsitzen. Der Direktor des hiesigen Hofgerichts ist dabei Referent, und derjenige geheime Referendär des Justizdepartements, welcher der gewöhnliche Ministerialreferent in Kriminalsachen ist, hat dabei das Correferat; der erste geheime Sekretär des Justizdepartements führt das Protokoll. — Die Referenten sind zwar schon nach dem Geseze verbunden, alles dasjenige anzuführen, was zur rechtlichen Vertheidigung des Inquisiten dienen kann; diesem bleibt indessen frei, auch einen eigenen rechtlichen Beistand sich zu wählen, welcher bei dem Gerichte seine Vertheidigung übernimmt. Das übrige Verfahren richtet sich nach Unseren Gesezen. Das von den Beisizern geschöpfte Urtheil muß vor der Publikation zur Bestätigung Uns vorgelegt werden. Das von Uns bestätigte Urtheil wird in hergebrachter Art, wenn

Wir hierüber nichts Besonderes bestimmen, durch das hiesige Hofgericht zum Vollzuge gebracht. Die Güter des Verurtheilten dürfen in keinem Falle konfisziert, wohl aber während seiner Lebenszeit sequestrirt werden.

Dieses privilegierte ausserordentliche Gericht kommt nach den Bestimmungen der Konfoederationsakte nur den Chefs der mediatisirten fürstlichen und gräflichen Häuser zu, welche wirkliche Besizer der Patrimonialherrschaften sind; die übrigen Mitglieder dieser Familien sind in peinlichen Sachen dem gewöhnlichen privilegierten Foro untergeben.

12. Ihre Familienverträge und eingeführten Successionsordnungen müssen Uns zur Bestätigung vorgelegt werden.

13. Alle Vormundschaften und Kuratelen der mediatisirten fürstlichen oder gräflichen Häuser müssen bei den einschlägigen Hofgerichten bestätigt werden.

14. Alle Privilegien und Freiheiten, welche die subjicirten Fürsten und Grafen aus ihren vormaligen Verhältnissen zum teutschen Reiche genossen haben, können nur durch Unsere Bestätigung künftig eine Wirkung haben; ausserdem sind sie als erloschen anzusehen.

15. Die persönliche Huldigung der Unserem Königreiche subjecirten Fürsten und Grafen wird vorbehalten. Alle sind aber verbunden, schon jezt eine Subjektionsurkunde eigenhändig unterzeichnet an Uns einzusenden, welche die Verpflichtung enthält:

„Uns als Besizer des Unserer Souveränität untergebenen Fürstenthums N. (Grafschaft N., Herrschaft N., Gebietes N.,) getreu und gehorsam zu seyn, alles das abzuwenden und zu thun, wozu sie in obiger Eigenschaft, als getreue und gehorsame Unterthanen Uns und Unseren Nachkommen als ihrem allergnädigsten Souverain verpflichtet sind.“

B. Auswärtige Verhältnisse.

1. Die repräsentative Gewalt gegen andere Staaten kömmt einzig dem Souverain zu.

2. Keinem subjecirten Fürsten, Grafen oder Herrn ist demnach erlaubt, an auswärtige Regierungen Agenten mit diplomatischem Charakter abzusenden, oder solche von auswärtigen bei sich anzunehmen, und mit ihnen zu unterhandeln.

3. Was sie in ihren Angelegenheiten an auswärtige Regierungen zu bringen haben, müssen sie uns als ihrem Souverain anzeigen, wo

Wir sie sodann durch Unsere Gesandtschaften werden vertreten lassen.

4. Unter dieser Beschränkung sind aber jene Angelegenheiten nicht begriffen, welche mit auswärtigen Staaten rücksichtlich ihrer darin liegenden Besizungen zu verhandeln haben; z. B. wenn ein subjicirter Fürst oder Graf Besizungen unter mehreren Souverainen hat, — bei einem andern Souverain in Lehen- oder Dienstverhältnissen sich befindet.

C. Allgemeine Oheraufsicht und Gesezgebung.

1. Die allgemeine Oheraufsicht, so wie die allgemeine Gesezgebung des Souverains erstreckt sich über alle Landesangelegenheiten, und kommt allein dem Souverain zu.

2. Den mediatisirten Fürsten und Grafen verbleibt nur die Befugniss, Reglements und Verfügungen über Gegenstände zu erlassen, welche die Verwaltung ihrer Patrimonial- und Eigenthumsrechte betreffen. Diese dürfen aber in keinem Falle den allgemeinen Gesezen entgegen seyn.

3. Da die Verleihung von Privilegien in der That eine Gesezgebung ist, so können Pri-

vilegien nur bei dem Souverain nachgesucht werden.

4. Die bestehenden Geseze und Gewohnheiten behalten vor der Hand ihre verbindliche Kraft; sollen aber revidirt und mit Unseren allgemeinen Landesgesezen in Uebereinstimmung gebracht werden.

5. Auf gleiche Art sollen die Formen der öffentlichen Verwaltung und der öffentlichen Anstalten den in den übrigen Theilen der Monarchie eingeführten assimilirt werden.

6. Das Regierungsblatt, durch welches alle allgemeine Geseze und Verordnungen bekannt gemacht werden, soll auch in den mediatisirten Landen eingeführt werden.

D. Staatsjustizgewalt.

1. Wenn die subjizirten Fürsten und Grafen die niedere und mittlere Gerichtsbarkeit in bürgerlichen und peinlichen Fällen hergebracht haben, soll ihnen dieselbe als erste und respektive zweite Instanz, nämlich als zweite für die Unprivilegirten, und als erste für die Privilegirten verbleiben.

2. Sie sind aber gehalten, die mittlere Gerichtsbarkeit durch ein förmlich konstituirtes

Kollegium unter dem Namen: Königlich baierische N. (z. B. fürstlich Oettingische etc.) Justizkanzlei, von gesezmässig qualifizirten Personen verwalten zu lassen. Zu dem Ende

3. müssen die für die Justizverwaltung in der mittleren Instanz angestellten Individuen nach Berichtigung des Qualifikationspunktes bei dem einschlägigen Hofgerichte durch den Weg des Justizministeriums die Genehmigung erhalten.

4. Die Subalternen in den Kanzleien, und die Justizbeamten werden von den mediatisirten Herren ohne besondere Bestätigung ernannt; jedoch hat

5. die Mediatjustizkanzlei bei der Verpflichtung und Einweisung solcher Subjekte die Beweise über die zu ihren Stellen erforderliche Qualifikation ad acta zu bringen, und jährlich dem einschlägigen Hofgerichte eine Liste darüber vorzulegen.

6. Dieser Justizstelle kommt es überhaupt zu, von den Akten der Mediatjustizkanzleien Kenntniss zu nehmen, Visitationen anzuordnen, und insgemein alles dasjenige zu verfügen, was

dem Begriffe einer Oberaufsicht über die Justizpflege entspricht.

7. An eben diese Unsere Justizstellen sind die von den Mediatjustizkanzleien bis zum Straf-erkenntnisse einschliessig verhandelten Akten vor der Publikation des Erkenntnisses zur Bestätigung einzusenden.

8. Das Begnadigungsrecht kommt allein dem Souverain zu.

9. Der Appellationszug ist bereits bestimmt worden.

10. Vor der Hand noch wird in den mediatisirten Landen nach den Provinzialgesetzen, Statuten und Gewohnheiten und in subsidium nach den gemeinen bairischen Gesetzen, Recht gesprochen.

E. Staatspolizeigewalt.

1. Die obere Polizei im allgemeinen kommt dem Souverain zu, und wird von der einschlägigen oberen administrativen Landesstelle entweder unmittelbar oder aus besonderem Auftrage durch einen Kommissär ausgeübt.

2. Die gewöhnliche untere Polizei verbleibt dem mediatisirten Herrn, welcher solche

durch seine nachgeordnete Beamte, jedoch nur nach Unseren Gesezen auszuüben befugt ist. In so weit ihm die Polizei zusteht, kann er seine Beamte über Gegenstände derselben mit Bericht vernehmen, und auf die Berichte nach dem Sinne der allgemeinen Landesgeseze Resolutionen ertheilen.

3. Die Annahme neuer Unterthanen jeder Glaubenskonfession, folglich auch der Juden, verbleibt den mediatisirten Fürsten und Grafen; jedoch müssen sie sich dabei nach den bestehenden, und künftig noch zu erlassenden Gesezen achten.

4. Auswanderungen der Unterthanen sind ganz den nämlichen Bedingungen unterworfen, welche bei Unseren übrigen unmittelbaren Unterthanen eintreten. Die Mediatbehörde darf ohne Bestätigung Unserer oberen administrativen Stelle dergleichen nicht bewilligen.

5. Die obere Leitung und Aufsicht über alle Gegenstände der Bildung und des öffentlichen Unterrichtes stehet Unserer einschlägigen Landesstelle; die unmittelbare Leitung und Aufsicht aber der einschlägigen Behörde des mediatisirten Fürsten oder Grafen nach den eingeführten Gesezen und Verordnungen zu.

6. Vormundschafts - und Kuratelssachen werden zwar durch die Beamten und durch die Justizkanzlei des mediatisirten Fürsten oder Grafen besorget. Die gesetzgebende Anordnung darüber aber, so wie die obere Aufsicht kommt dem Souverain zu, welcher befugt ist, durch die einschlägige Behörde den Zustand des Pupillenwesens, so wie des Hypotheken - und Depositenwesens untersuchen zu lassen.

7. Die Sicherheitspolizei, in so weit sie sich auf allgemeine Anstalten bezieht, wird von Unseren obern Behörden angeordnet und geleitet. Alle Gegenstände der Lokal - und Distriktpolizei aber werden durch die Beamte und Kanzlei des Patrimonialherrn nach Unseren Verordnungen, für deren genaue Vollziehung sie verantwortlich sind, besorgt.

8. Die Oberaufsicht über Heerstrassen und Flüsse, so wie die Anordnung und Leitung des Strassen - und Wasserbaues kommt Unserer eigens dafür angeordneten Oberdirektion zu: die Vollziehung der getroffenen Anordnungen bleibt der Mediatpolizeibehörde überlassen.

9. Alle Anordnungen und Einrichtungen zur Beförderung des Handels, folglich auch die

Maut- und Zollgesetzgebung, ferner die obere Leitung des Zunftwesens, die Bestätigung neuer Zunft- und Handwerksordnungen, die Verleihung neuer Gewerbskonzessionen, gehören als Theile der oberen Polizei dem Souverain und seinen dafür angeordneten höheren Landesbehörden. Die untere Aufsicht, die Vollziehung der Geseze, Anordnungen und Verfügungen in dem Sinne Unserer Geseze und Verordnungen, die Entscheidung der Streitigkeiten der Zünfte, mit Vorbehalt des Rekurses an die obere Landesstelle, verbleiben dem mediatisirten Fürsten und Grafen, und seinen Polizeibehörden.

10. Die Anordnungen in Absicht auf allgemeine Landeskultur gehören zu Unserer Oberpolizei, ihre Vollziehung, wie auch die erste Instanz in Kulturstreitigkeiten bleibt der Mediat-Polizeibehörde überlassen.

11. Da der Eintritt zur allgemeinen Feuerassekuranzanstalt freiwillig ist, so können die in den mediatisirten Landen bereits eingeführten Feuerassekuranzsozietäten fortbestehen, bis diese, von dem Vortheile ihrer Vereinigung mit der allgemeinen überzeugt, ihren Beitritt selbst nachsuchen werden, oder ein Anderes verordnet werden wird.

12. Die Forst- und Jagdpolizei, so wie die Forstgerichtsbarkeit, verbleibt den Mediatbehörden, jedoch sind sie verbunden, nach Unseren Forst- und Jagdordnungen sich zu achten.

13. Das Medizinalwesen in den mediatisirten Landen steht unter der Anordnung und Aufsicht der einschlägigen Medizinaloberbehörde, welcher auch das ärztliche Dienstpersonal mit Ausweisung ihrer Qualifikation zur Bestätigung angezeigt werden muß. Die untere Aufsicht in diesem Administrationszweige verbleibt dem Mediatherrn.

F. Staatskirchengewalt.

1. Die oberste Kirchenpolizei steht dem Souverain zu; die Mediat- weltlichen und geistlichen Obrigkeiten müssen die in Kirchenpolizeisachen erlassenen Verordnungen des Souverains vollziehen, und für ihre Beobachtung wachen.

2. Wo eigene Konsistorien bestehen, da bleibt diesen die Verhandlung der Konsistorialsachen wie bisher, mithin auch die Aufsicht auf Pfarreien und Schulen, die Anordnung der Verwesung derselben, die Verfügung schriftlicher oder mündlicher Admonitionen; jedoch sind sie

Unseren einschlägigen Konsistorien untergeordnet, und hienach gehalten:

- a) bei strengen Graden von Korrekturen oder bei Dienstsuspensionen an dieses ihren Antrag zu machen.
- b) Es können von den Aussprüchen des Mediatkonsistoriums über die Examina pro ministerio, über die Präsentationen etc. Rekurse an Unser Konsistorium genommen werden.
- c) Alljährlich müssen an dieses die Konduittenlisten der Geistlichen und Schullehrer eingesendet werden.

3. Wo keine eigenen Konsistorien bestehen, ist für die Konsistorialsachen Unser einschlägiges Konsistorium die geeignete Behörde.

4. Die Ehegerichtssachen werden bei der Mediatjustizkanzlei verhandelt, von welcher an Unser einschlägiges oberstes Justiztribunal appellirt wird.

5. Zu eben dieser Kanzlei gehören auch die Dienstentsezuungen von Pfarrern und Schullehrern, welche im Wege Rechts allda angebracht und salva appellatione entschieden werden.

6. Die Verwaltung des Kirchen-, Schul- und milden Stiftungsvermögens bleibt unter der unmittelbaren Leitung und Aufsicht der einschlägigen Mediatbehörde; diese ist aber verbunden, alljährlich eine genaue tabellarische Uebersicht derselben Unserer Oberbehörde einzusenden, und die Verordnungen pünktlich zu befolgen, welche über die Verwaltung und Verrechnung des Stiftungsvermögens im Allgemeinen werden erlassen werden.

7. Jedem Mediatherrn steht in seinem Gebiete, abgesondert von den Episkopalrechten, die Ausübung der Patronatsrechte zu; über die Qualifikation der Subjekte müssen Unsere Geseze beobachtet werden.

G. Militärgewalt.

1. Alles, was mit der Militärgewalt in Verbindung steht, kommt dem Souverain ausschliessend zu, und kann nur durch ihn angeordnet werden.

2. Die Einführung der Konskription nach dem Kantonsreglement und nach den übrigen über diesen Gegenstand erlassenen Verordnungen ist bereits befohlen. Die Vollziehung dieser Geseze kann eigenen von Uns aufgestellten

Kommissarien, oder in so lange dergleichen nicht eingeführt sind, auch der Mediatskanzlei aufgetragen werden.

3. Keinem mediatisirten Fürsten und Herrn ist gestattet, ohne Unsere allerhöchste Bewilligung Militär zur Bewachung seiner Person und seiner Schlösser zu halten. Polizeiwachen kann derselbe aber zur Handhabung der Sicherheit und inneren Landespolizei anordnen; wobei er sich jedoch nach den allgemeinen Einrichtungen, die hierüber für Unser ganzes Königreich werden getroffen werden, achten muß.

H. Staatsfinanzgewalt, und Ausscheidung der an den Souverain übergehenden, oder den mediatisirten Herren verbleibenden Gefälle.

1. Alle aus dem Unterthansverbande zeither entrichtete oder künftig zu entrichtende Abgaben und Landessteuern fließen in Unsere Staatskasse. — Dergleichen Abgaben sind als Landessteuern für den Souverain in Anspruch zu nehmen:

a) wenn sie in die Landessteuerkasse zeither geliefert worden;

b) wenn sie nach Simplis, Mafsen ausgeschrieben oder umgelegt, bald in höheren, bald in niedern Quantis erhoben, verrechnet, und zu Landesbedürfnissen verwendet werden.

2. Alle Abgaben, wozu die Bewilligung des ehemaligen Reichssouverains erforderlich war, oder die nach der vormaligen teutschen Verfassung nur erhoben werden durften zur Bestreitung der Bedürfnisse des Landes und der Regierung, gehören dem Souverain. — In die Kategorie solcher öffentlichen Abgaben gehören nicht nur die direkten, sondern auch alle persönlichen und indirekten Steuern, die Stempeltaxen, die Judenschazungen, Accise, Umgeld etc. — Kein Patrimonialherr darf hienach künftig von seinen Unterthanen eine Konsumtionsabgabe unter welchem Namen es geschehe, erheben. Wir werden aber auf den Verlust, den sie dadurch an ihren Einkünften leiden, eine billige Rücksicht nehmen, und ihnen im Verhältniß ihres bisherigen Bezuges einen Theil davon überlassen.

3. Alle Territorialgefälle, die zur Unterhaltung von öffentlichen Anstalten bewilliget werden, welche eine Zentralleitung erfordern, wie Münzen, Zölle, Chausseen, Brückengelder, u. dgl.

u. dgl. gehen an den Souverain mit den darauf haftenden Lasten über.

4. Alle Umlagen zur Unterhaltung des Militärs, alle Ausschläge zur Tilgung der Kriegskosten und Schuldenzahlung, in so ferne erstere nicht von den Gemeinden privatim unter sich geschehen, sind zu Unserer Kasse zu verrechnen.

5. Alle Ausgaben, welche, wie grundherrliche Zinsen, in einem beständig unveränderlichen Quanto entrichtet werden, wie der Fall bei Beeden und bei der sogenannten Ordinärsteuer in einigen Herrschaften ist, die folglich nur abusive den Namen von Steuern führen, verbleiben den mediatisirten Fürsten und Grafen, sollen aber künftig unter der Rubrik von grundherrlichen Abgaben, und nicht von Steuern, vorgetragen werden. Treffen aber bei dergleichen Abgaben die oben angezeigten Charaktere wahrer Steuern ein, so sind sie, wie alle übrigen, in Unsere Kassen einzuziehen.

6. Die Nachsteuer verbleibt den mediatisirten Herren, jedoch nur gegen auswärtige Staaten, mit welchen keine Freizügigkeitsverträge geschlossen sind. Ferners

I.

7

7. verbleiben ihnen alle Konzessionsgelder, wo sie die Konzessionen zu ertheilen haben.

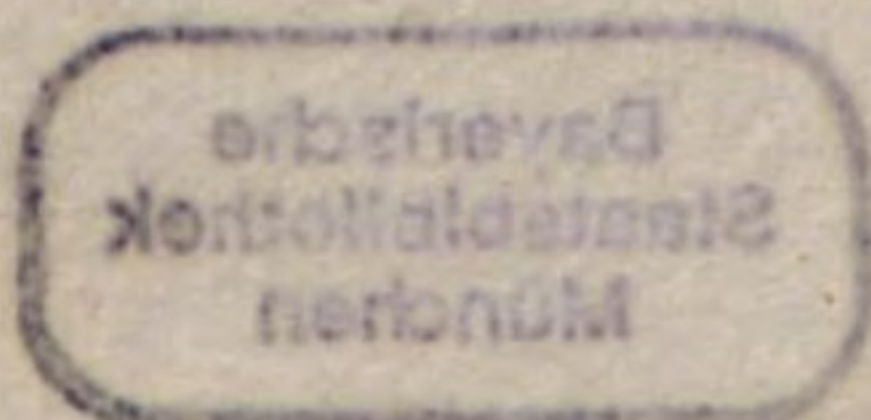
8. Die Steuern, welche in Unsere Kasse fließen, werden zwar vor der Hand nach dem bisherigen Fusse erhoben; es soll aber, sobald es geschehen kann, eine Berichtigung derselben vorgenommen, und ein so viel möglich gleichförmiger Steuerfuß eingeführet werden.

9. Die Etatskuratel der einschlägigen Landesdirektion hat Gutachten zu erstatten, wie die in den mediatisirten Landen zu erhebenden Steuern und übrigen Gefälle auszuscheiden, zu erheben, und wie das Kasse- und Rechnungswesen dabei einzurichten sey.

10. Es hat in den mediatisirten Landen keine Steuerfreiheit statt.

11. Die Domainengüter und Gefälle der mediatisirten Herren sind provisorisch nach dem Mafsstabe des Steuerbeitrages der baierischen Stände zu belegen.

12. Die mediatisirten Herren geniessen die Zollbefreiung von allen, zu ihren eigenen Hausbedürfnissen erforderlichen Konsumptibilien; jedoch müssen sie sich den Verfügungen gemäß benehmen, welche zur Verhütung des Unterschleifes werden getroffen werden.



13. Auch sind sie für sich und ihre Familien von der Entrichtung der Chausseegelder innerhalb des mediatisirten Gebietes frei.

14. Damit die Domainen nicht gegen den Sinn des Artikels 27. der Konföderationsakte veräußert werden, muß, wo es nicht schon geschehen ist, sämmtlichen Aemtern verboten werden, dergleichen Veräußerungen zu protokollieren.

I. Ausscheidung der Schulden.

Die verfassungsmässig kontrahirten Schulden, welche auf den mediatisirten Fürstenthümern, Grafschaften und Herrschaften haften, werden zwischen dem Souverain und den mediatisirten Herren nach Verhältniß der Einkünfte getheilet, welche jener erhält, und diesen verbleiben. Hiernach

- a) muß der Stand solcher Schulden vor Allem hergestellt, dann eine genaue Bilanz zwischen den Einkünften des einen und andern Theiles gezogen, und nach dem Verhältnisse der reinen Einkünfte die Repartition gemacht werden;
- b) sind alle Gemeindsschulden davon zu sondern, und den Gemeinden, welche sie treffen, zuzuweisen;

c) auch bleiben dem Mediatisirten seine persönlichen Schulden zur Last.

K. Ausscheidung der Diener.

1. Es kann nur die Frage seyn von solchen Dienern, welche in der öffentlichen Landesadministration durch förmliche Dekrete zeit-her angestellt waren. Diejenigen, welche zum besonderen Dienste des Mediatisirten gehören, als: Hofdiener etc. bleiben diesem ausschliessend zur Last.

2. Die durch ordentliche Dekrete in auswärtigen Verhältnissen angestellt gewesenen Individuen, als: Kreisgesandte, Agenten bei den Reichsgerichten, gehen an den Souverain, entweder zu einer anderweitigen Anstellung, oder zur Pensionirung über. Dahin gehören auch die Beiträge zur Sustentation des Kammergerichtes: wogegen der Souverain auch die eingehenden Steuern zur Bestreitung der Kammerzieler, der Kreiskosten etc. zu beziehen hat.

3. Was in den Diensten des Mediatisirten zur Verwaltung seiner Privateinkünfte, zur Ausübung der niedern und mittlern Gerichtsbarkeit, der gewöhnlichen Polizei, verbleibt, muss auch von ihm besoldet werden.

4. Diejenigen Individuen, welche zur Verwaltung der Rechte und Einkünfte angestellt waren, die an den Souverain übergehen, als: Steuereinnehmer, Zollaufseher etc. werden von diesem besoldet oder pensionirt. Die Besoldungen und Pensionen derjenigen Staatsdiener, welche für die Administration des Ganzen angestellt, und insbesondere auf die Steuerkasse angewiesen waren, fallen dem Souverain zur Last, wenn diese nicht von dem Mediatisirten nach dem Artikel 3. für seinen Dienst verwendet werden.

5. Das Militär, so wie auch alle Militärpensionisten, werden von dem Souverain übernommen; das Dienstfähige wird unter Unsere Regimenter eingetheilt, die Unbrauchbaren werden zu anderen Diensten verwendet, oder auf die Militärkasse als Pensionisten angewiesen.

L. Künftige Anstellung der Diener und ihr Verhältniß zu den Landesstellen des Souverains.

1. Den mediatisirten Fürsten und Grafen kömmt die Befugniß zu, das zur Verwaltung der ihnen bleibenden Rechte und Einkünfte erforderliche Personal zu ernennen, und mit geeig-

neten Titeln und durch eine passende Uniforme auszuzeichnen. Jedoch muß die gewählte Uniforme zu Unserer Bestätigung angezeigt, und dabei die Baierische Nationalkokarde getragen werden.

2. Sie können nebst den Lokalbeamten ein eigenes Kollegium für Justiz und Polizei unter dem Namen: Justizkanzlei, und für die Verwaltung ihrer Patrimonialeinkünfte unter dem Namen: Domainialkanzlei, anordnen, und dieselbe mit einem Direktor und der erforderlichen Anzahl von Räthen, Sekretären, Kanzellisten, und Rechnungsverständigen besetzen. Ausser diesen Aemtern und Titeln ist ihnen nicht erlaubt, andere zu verleihen.

3. Wegen der Qualifikation der für die Justizverwaltung angeordneten Individuen ist das Erfoderliche Lit. D. Nro. 3. bestimmt worden.

4. Unsere oberen Landesstellen, oder der von Uns angeordnete Kommissär, erlassen unmittelbare Befehle und Weisungen an die Kanzleien der Mediatisirten, welche verbunden sind, solche entweder selbst, oder durch ihre Unterbehörden vollziehen zu lassen; auch erstatten sie Berichte an die nämlichen Stellen, und zwar

in der in Unseren Staaten vorgeschriebenen Art nach dem Verhältnisse einer unteren Stelle gegen eine höhere, der sie untergeordnet ist.

5. Unsere Landesstellen dürfen keine unmittelbaren Befehle den Mediatunterbehörden ertheilen, sondern müssen diese allezeit an die Mediatkanzlei richten, welche hienach das Geeignete an die Unterbehörde zu erlassen hat, so wie auch diese nur an die Mediatkanzleien in der Regel Berichte zu erstatten haben.

6. Unsere Landgerichte stehen mit den Beamten und Kanzleien der Mediatisirten in der Regel in keiner unmittelbaren Geschäftsberührung; was sie in Beziehung auf diese anzuzeigen haben, müssen sie der einschlägigen Landesstelle zur geeigneten Verfügung berichten. Doch ist ihnen in Fällen, wo sie es nothwendig finden, eine Amtskorrespondenz erlaubt.

7. Die von den mediatisirten Herren ernannten Beamten und Kanzleien werden dem Souverain als Unterthanen, und in Beziehung auf ihre Dienstverhältnisse gegen den Souverain verpflichtet; nebst dem leisten sie den Dienst eid ihrem Mediatherrn. Die Verpflichtung der Kanzleimitglieder geschieht durch Unseren Kommissär, der Beamten, aus Auftrag durch die

Mediatkanzlei, welche das Verpflichtungsprotokoll nebst der Ausweisung der gehörigen Qualifikation des Beamten an die einschlägige Landesdirektion einzusenden hat.

8. Die Mediatbeamten und übrigen Diener haben ihren Gerichtsstand in erster Instanz bei der Mediatjustizkanzlei, und in zweiter Instanz bei Unserer obersten Justizsstelle. Bei Entlassung und Entsezung der für die Justiz und Polizei angestellten Beamten und Räthe muß nach Unseren Gesezen verfahren werden.

M. Lehensverband.

1. Wenn mediatisirte Fürsten und Grafen in dem Unserer Souverainität unterworfenen Gebiete Lehen besizen, welche entweder ehemals vom Kaiser und Reiche, oder von fremden Lehenherren, oder von anderen durch den Prefsburgerfrieden, oder durch den Pariser Staatsvertrag Uns zugetheilten Landen herrühren, und Gegenstände betreffen, welche nicht an die Souveraine übergegangen sind, so sind dieselbe an Uns gefallen, und die mediatisirten Herren sind aufzufodern, innerhalb der in den Lehenrechten zur Muthung vorgeschriebenen Zeit von einem Jahre, sechs Wochen, und drei Ta-

gen, vom Tage der Ausfertigung der Deklaration, oder des an sie zu erlassenden Monats an zu rechnen, bei dem Ministerio der auswärtigen Angelegenheiten, als obersten Lehenhofe, unter Beibringung des jüngsten Lehenbriefes, und eines Verzeichnisses aller Lehenstücke, gebührend zu muthen, auch alle übrigen Erfordernisse zu beobachten.

2. Was die Aktivlehen betrifft, so werden ihnen dieselben ferner belassen; jedoch geht in allen streitigen Lehensachen die Appellation an Unser oberstes Justiztribunal, und die Ritterdienste können nur für den Souverain verlangt werden; alle übrigen Lehengefälle bleiben dem Mediatherrn.

Nach dieser Erklärung sind die künftigen staatsrechtlichen Verhältnisse sowohl der Mediatherren als ihrer Herrschaften in Unserm Königreiche zu beurtheilen und zu reguliren; Unsere sämtlichen Landeskollegien und übrigen Behörden, so wie die Unserer Souverainität untergebenen Fürsten, Grafen und Herren, ihre Kanzleien, Konsistorien, Beamte und sämtliche Unterthanen haben dieselbe in allen ihren Artikeln als ein pragmatisches Staatsgesetz zu befolgen.

Die Verhältnisse der Stadt Nürnberg und ihres Gebietes werden besonders reguliret werden, so wie wegen der Kommende Rohr und Waldstetten mit Rücksicht auf dem Artikel 33. der Konföderationsakte das Geeignete bereits verfügt ist.

München den 19ten März, 1807.

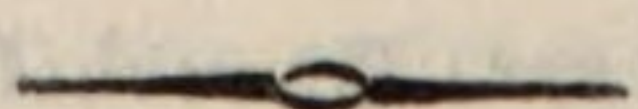
MAX JOSEPH.

Freiherr von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl.

von Flad.

(Regierungsblatt 1807. XIII Stück. S. 465—490.)



VII.

(Zu dem I Titel, §. 5.)

Edikt über die Verhältnisse des Adels.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Wir haben in Gemäfsheit des I. Titels §. V.
der Konstitution Unsers Königreiches über die
künftigen Verhältnisse des Adels beschlossen
und verordnet, wie folgt:

I. T i t e l.

Von dem Adel überhaupt.

1. K a p i t e l.

Von Erlangung des Adels.

§. 1. Der Adel kann nur durch eine königliche Konzession erlangt werden.

§. 2. Dessen politische Verhältnisse sind durch die Konstitution bestimmt.

§. 3. Die Befugniss, Majorate zu errichten, steht ihm ausschliesslich zu.

§. 4. Den mediatisirten Fürsten, Grafen und Herren verbleiben die Rechte, welche Wir ihnen in Unserer Erklärung vom 19ten März 1807 zugesichert haben, in so weit sie den ausdrücklichen Bestimmungen der Konstitutionsakte Titel I. §. 5. nicht widersprechen.

§. 5. Denjenigen Majoratsbesitzern, welche Wir mit diesem Rechte für ihre Person allein, oder ihre Erben zu begünstigen für gut finden werden, gebührt der privilegierte Gerichtsstand, wie er in dem §. 9. ersten Absatz und §. 11. der erwähnten Deklaration enthalten ist.

2. K a p i t e l.

Von der Vererbung des Geburts- und Adoptionsadels.

§. 6. Der Adel wird durch die rechtmässige eheliche Geburt von adelichen Eltern, oder durch Adoption vererbt.

§. 7. Alle, die in Unserm Königreiche als Adelige anerkannt sind, behalten für sich und ihre ehelich geborne Kinder ihre bisherigen Adelstitel.

§. 8. In den Fällen, in welchen die Adoption nach den Gesezen statt hat, kann auch mit Unserer Genehmigung der Adelstitel auf den adoptirten Sohn vererbt werden.

3. K a p i t e l.

Von der Erwerbung des Adels durch Gnadenbriefe.

§. 9. Derjenige Unserer Unterthanen, welcher einen Adelstitel durch einen Gnadenbrief von Uns erwerben will, muß in einer an Uns gerichteten, und bei Unserm Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten übergebenen motivirten Vorstellung durch glaubwürdige Zeugnisse, oder Urkunden darthun:

- 1) Nebst Namen, Vornamen, Alter, Wohnort, seine bisherigen Dienstes - oder sonstige Funktionen ;
- 2) seine und seiner Familie Verdienste um den Staat ;
- 3) die Zahl seiner Kinder beiderlei Geschlechts ;
- 4) ein hinlängliches schuldenfreies Vermögen.

§. 10. Genanntes Ministerium prüft die in der Vorstellung enthaltenen Angaben, und

erstattet an Uns darüber einen ausführlichen motivirten Antrag.

§. 11. Wenn das Gesuch Unsere allerhöchste Genehmigung hierauf erhält, so wird durch das nämliche Ministerium der Adelsbrief, mit der Beschreibung des bewilligten Wappens, in der hergebrachten Form ausgefertigt, und nach erlegter Taxe in das hierüber zu führende besondere Register eingeschrieben, dem Supplikanten sodann zugestellt, und durch das Regierungsblatt bekannt gemacht.

4. K a p i t e l.

Verlust des Adels.

§. 12. Der Verlust der bürgerlichen Rechte hat zugleich den Verlust des Adels zur Folge; jedoch nur für die Person des Titulaire, und nicht für dessen rechtmässige Erben.

§. 13. Die Erneuerung des Adelstitels ist eine neue Verleihung, und muß unter den nämlichen Bedingungen, wie in dem 3. Kapitel vorgeschrieben ist, geschehen.

5. K a p i t e l

Matrikel für sämtliche Adelige des Königreiches.

§. 14. Sämmtliche Adelige Unsers Königreiches, sowohl der alten Geschlechter, als auch diejenigen, welche erst in neueren Zeiten die Adelstitel erhalten haben, sollen in eine besondere Matrikel eingetragen werden.

§. 15. Zu dem Ende sind alle adeliche Familien gehalten, innerhalb 6 Monaten nach der Publikation des gegenwärtigen Edikts, bei Unserm Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten in beglaubten Abschriften einzugeben:

- a) ihre Adelstitel und die Diplome, oder sonstige Urkunden, durch welche derselbe bewiesen wird;
- b) ihre Familienwappen;
- c) den Vor- und Zunamen aller Familienglieder, ihr Alter, ihren gegenwärtigen Wohnort, mit einer Anzeige der Stellen, die sie bekleiden.

§. 16. Bei jeder adelichen Familie werden diese Angaben, nachdem ihre Beglaubigung untersucht und richtig gefunden worden ist, in die Matrikel eingetragen.

§. 17. Eben so werden in der nämlichen Matrikel alle Veränderungen vorgemerkt, die mit einer Familie sich ergeben.

§. 18. Wer in diese Matrikel nicht eingetragen ist, wird in Unserm Königreiche in den öffentlichen Akten nicht als adelich erkannt.

§. 19. Die Extrakte aus dieser Matrikel geben vollkommenen Beweis für den Adelstitel.

§. 20. Diese Matrikel wird unter der Aufsicht Unsers Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten geführt.

§. 21. Die über den Adel vorkommenden streitigen Fälle aber werden bei den einschlägigen Appellationsgerichten verhandelt und entschieden.

§. 22. Sollte das gerichtliche Erkenntniß Veränderungen in dem Adelstitel zur Folge haben, so müssen diese dem genannten Ministerium angezeigt werden, damit durch dasselbe die den Vorschriften gemässen Verfügungen veranlaßt werden können.

II. T i t e l.

Bildung künftiger Majorate.

I. K a p i t e l.

Allgemeine Vorschriften.

§. 23. Die Majorate können zukünftig nur gegründet werden auf Einkünfte eines freien, in Unserm Königreiche gelegenen Landeigenthums.

§. 24. Dieses muß von allen Schulden und sonstigen Lasten frei seyn, worüber die obrigkeitlichen Beurkundungen und Auszüge der Hypothekenbücher vorgelegt werden müssen.

§. 25. Durch das Majorat darf der Pflichttheil derjenigen, welchen ein solcher nach den Gesezen gebührt, nicht verletzt werden.

§. 26. Unter dem Betrage von vier Tausend Gulden reiner Renten darf kein Majorat konstituiert, oder bestätigt werden.

§. 27. Die Errichtung der Majorate erfordert allezeit Unsere besondere Bewilligung.

§. 28. Diese wird in einer an Uns gerichteten, und bei Unserm Justizministerium übergebenen Vorstellung nachgesucht.

§. 29. Es müssen in der Supplik die Motive zur Errichtung eines Majorats angegeben seyn, und derselben beurkundete Ausweisungen über den Vermögensstand beiliegen.

§. 30. Genanntes Ministerium hat die vorgelegten Motive und Beweise, nach vorläufiger Vernehmung der geeigneten Justizstelle zu untersuchen, und Vortrag an Uns zu erstatten.

§. 31. Erfolgt hierauf Unsere Genehmigung, so wird über die Errichtung des Majorats eine Urkunde, in welcher

- a) die Motive des errichteten Majorats,
- b) der Adelstitel desjenigen, welcher es konstituiert,

c) die Anzeige, woraus es besteht, enthalten sind, unter Unserm grösseren Siegel ausgefertigt, in eine Matrikel eingetragen, und nach erlegter Taxe durch das Regierungsblatt bekannt gemacht. Auch muß der Majoratsbrief in dem Hypothekenbuche des Gerichts, wo die Güter gelegen sind, eingetragen werden.

§. 32. Es wird ferner bei der einschlägigen Gerichtsstelle eine eigene Matrikel über die in ihrem Bezirke befindlichen Majorats-

güter mit einer genauen Beschreibung derselben geführt.

§. 33. In denjenigen Fällen, in welchen Wir eine Adelsverleihung, oder Standeserhöhung mit einer Majoratsdotations ertheilen, werden Wir Unser darüber ertheiltes Dekret, nebst einem Verzeichnisse der das Majorat konstituierenden Güter, Unserm Ministerium der Justiz und der auswärtigen Verhältnisse zufertigen, welche ersterem sodann obliegt, hiernach die Majoratsurkunde auszufertigen, und die Eintragung in das Hypothekenbuch sowohl, als in die Matrikel des einschlägigen Gerichtes, und die Bekanntmachung durch das Regierungsblatt zu verfügen; letzterem aber die Adelsverleihung, oder Standeserhebung in das Adelsregister einzutragen zu lassen.

§. 34. Wenn die Dotation nur zum Theile durch Uns geschieht, so muß wegen des andern Theiles die vorgeschriebene Untersuchung der erfüllten Bedingungen vorangehen, ehe die Majoratsurkunde ausgefertigt wird.

§. 35. Die Güter, welche das Majorat bilden, erhalten übrigens keine besondere Befreiung von Staatslasten, sondern sie sind die-

sen, wie das Eigenthum der anderen Bürger, unterworfen.

2. K a p i t e l.

Von den Wirkungen des errichteten Majorats.

In Ansehung der Personen.

§. 36. Das Majorat wird auf die männliche leibliche, oder bei Abgang derselben, durch Adoption nach den Gesezen berufene Descendenz in der Linealordnung nach der Erstgeburt vererbt.

§. 37. Damit aber die Adoption die Wirkung der Vererbung auf das Majorat erhalte, ist Unsere ausdrückliche Bewilligung durch ein besonderes Dekret hiezu erforderlich.

§. 38. Diejenigen, welche in das Majorat eintreten, müssen folgenden Eid ablegen:

„Ich schwöre Treue dem König und dem königlichen Hause, Gehorsam gegen die Konstitution, die Geseze und Verordnungen des Reiches, und ich verspreche, die Waffen zu ergreifen, zur Vertheidigung des Vaterlandes in allen Fällen, in welchen demselben Gefahr droht, und ich von dem Monarchen dazu aufgefordert werde.“

§. 39. Von den Fürsten und Grafen wird dieser Eid in Unsere eigenen Hände abgelegt; die übrigen Adelichen leisten denselben an Unserer Statt Unserm Minister der auswärtigen Angelegenheiten, oder demjenigen, welchen derselbe auf Unsern Befehl hiezu beauftragen wird.

3. K a p i t e l.

In Ansehung der Güter.

§. 40. Die Güter, welche das Majorat bilden, erhalten oder behalten die Eigenschaft der Stammgüter.

§. 41. Hienach sind sie unveräusserlich, und dürfen weder mit Schulden, noch mit sonstigen Lasten von dem Nuzniesser belegt werden.

§. 42. Alle durch den Besizer derselben vorgenommenen Veräusserungen, von welcher Art sie seyn mögen, alle darauf konstituirten Rechte, oder Hypotheken sind nichtig, und kein Gericht darf sie als gültig erkennen.

§. 43. Würde von einem Gerichte dagegen gehandelt, so sollen seine Erkenntnisse auf Anrufen des Nachfolgers im Majorate von dem unmittelbar höheren Tribunale kassirt, und

der ursprüngliche Stand des Majorats hergestellt werden.

§. 44. Unserm Ministerium der Justiz liegt ob, für die Erhaltung der bei ihm einregistrierten Majorate zu wachen.

4. K a p i t e l.

Von dem Genusse der Majoratsgüter.

§. 45. Der Genuss der Majoratsgüter kommt demjenigen zu, welcher durch die Gesetze zur Erbfolge nach der eben bestimmten Ordnung berufen ist.

§. 46. Er hat die Verbindlichkeit, die darauf liegenden Staatslasten zu entrichten, und die Güter in gutem Stande zu erhalten.

§. 47. Wenn der letzte Besizer zur Bezahlung seiner Schulden, ausser dem Majorate, kein anderes hinlängliches Vermögen zurücklässt, so haftet der Majoratsnachfolger für die in den Gesetzen privilegirten Forderungen, welche er aus den Einkünften des Majorats zu tilgen verpflichtet ist; jedoch dergestalt, dass nie mehr, als der dritte Theil der jährlichen Einkünfte dafür angewiesen werden dürfe, wonach der ganze Betrag dieser Forderungen in verhältnissmässige Fristen eingetheilt werden muss.

§. 48. Wenn der Majoratsbesizer eine Witwe zurücklässt, die weder ein zu ihrem Unterhalte hinlängliches eigenes Vermögen besitzt, noch dafs andere Güter ausser dem Majorate vorhanden sind, auf welchen ihr standesmässiger Unterhalt angewiesen werden könnte, so geht, in Ermanglung beider obiger Hilfsquellen, die Verbindlichkeit an die Majoratsbesizer über, ein verhältnissmässiges Witthum aus den Majoratseinkünften zu leisten.

§. 49. Dieses Witthum darf jedoch den dritten Theil der Einkünfte des Majorats in keinem Falle überschreiten, und sollten mehrere zu leistende Witthume und zu tilgende privilegierte Forderungen bei einem Majoratsbesizer zusammen treffen, so muss diesem allezeit ein Drittheil der Einkünfte frei bleiben.

§. 50. Auch hört das Witthum durch die zweite Verheurathung auf.

5. K a p i t e l.

Von der Veräusserung der Majoratsgüter, den dabei zu beobachtenden Förmlichkeiten, und der Ersetzung derselben.

§. 51. Diejenigen Adelichen, welche ein Majorat errichtet haben, können in Fällen der

Nothwendigkeit, oder eines besonderen Nuzens die Veräusserung der Güter, auf welche das Majorat gegründet worden ist, und ihre Ersetzung durch andere entweder im Ganzen, oder zum Theile nachsuchen.

§. 52. Sie müssen die Motive in einer bei der einschlägigen Justizstelle übergebenen Vorstellung anzeigen, und derselben ein Verzeichniss der zu veräussernden und dagegen einzutauschenden Güter, mit einer genauen Beschreibung derselben, nebst einem Auszuge aus den Hypothekenbüchern, beilegen.

§. 53. Nach dem von dieser Stelle hierüber erstatteten Berichte werden Wir, auf Vortrag unsers Ministeriums der Justiz, eine den Uns dargelegten Verhältnissen der Sache angemessene Entschliessung erlassen.

§. 54. Wenn diese dem Gesuche des Supplikanten günstig ist, so treten im Falle eines Tausches die eingetauschten Güter an die Stelle der dafür abgetretenen, unter Beobachtung der im Artikel 31 und 32 vorgeschriebenen Förmlichkeiten.

§. 55. Im Falle eines ohne Tausch von Uns gestatteten Verkaufes müssen die Kaufsbedingungen Uns angezeigt werden.

§. 56. Wenn diese von Uns, nach Vernehmung der einschlägigen Justizstelle, genehmiget werden, so werden die veräusserten Güter unter Beobachtung der nämlichen Förmlichkeiten von dem Majoratsverbande gelöset, unter welchen sie demselben übergeben worden waren, und sie treten dann in das freie Kommerz zurück.

§. 57. Nach vollzogenem Verkaufe ist der Majoratsbesizer berechtigt, die gesetzlichen Zinsen von dem Kaufschillinge so lange zu fodern, bis derselbe baar erlegt ist, wenn auch keine Zinsen stipulirt worden wären.

§. 58. Der Kaufschilling wird an einen öffentlichen Fond entrichtet, den Wir besonders bestimmen werden, welcher dem Titulaire dafür haftet, und an denselben die hergebrachten Zinsen einstweilen bezahlt.

6. K a p i t e l.

Von der Wiederanlegung des aus den veräusserten Gütern erlösten Geldes.

§. 59. Die erlöste Kaufsumme muß innerhalb 6 Monaten, nach vollzogenem Verkaufe, zur Erwerbung ähnlicher Güter verwendet wer-

den, welche zur Bildung eines Majorats nach dem §. 11. erfordert werden.

§. 60. Die von dem Titulaire zur Erwerbung in Vorschlag gebrachten Güter müssen Uns, mit einer genauen Beschreibung und mit den gerichtlichen Ausweisungen über das freie Eigenthum derselben, ihren Werth und ihren wirklichen Ertrag, nach vorläufiger Untersuchung der einschlägigen Justizstelle, angezeigt werden.

§. 61. Sollten die Ausweisungen nicht richtig und gegründet befunden worden seyn, so werden Wir dem Titulaire einen weitem Termin zur Ersezung der veräusserten Güter gestatten.

§. 62. Finden Wir aber in der Erwerbung der angezeigten Güter, nach obiger Untersuchung der gesetzlichen Bedingungen, einen hinreichenden Ersatz, so werden Wir darüber ein genehmigendes Dekret ertheilen, und ihre Einregistrirung, unter den im §. 31. und 32. bemerkten Förmlichkeiten, verfügen.

§. 63. Die auf solche Art surrogirten Güter treten in allen gesetzlichen Wirkungen an die Stelle der veräusserten.

7. K a p i t e l.

Von der gänzlichen Auflösung des Majorats.

§. 64. Das Majorat, welches von einem Titulaire auf seinen Gütern errichtet worden ist, wird aufgelöst:

- a) wenn die leibliche, oder adoptirte männliche Descendenz desselben erlöscht. Der letzte Besizer genießt alsdann alle Rechte einer freien Disposition nach den Gesezen, und wenn derselbe davon keinen Gebrauch macht, so tritt nach seinem Ableben die gemeine Intestaterbfolge ein; ferner
- b) durch die Einwilligung sämtlicher lebenden Majoratserben, welche gerichtlich erhoben werden muß, mit Unserer darauf erfolgten Genehmigung.

§. 65. Bei gänzlichem Abgange eines anderen Vermögens wird die Alimentation der nachgeborenen Kinder beiderlei Geschlechts auf die Einkünfte des Majorats nach der Zahl derselben angewiesen; jedoch in einem solchen Verhältnisse, daß sie die Hälfte derselben in keinem Falle übersteigen, und mit Einrechnung aller übrigen Lasten der dritte Theil der Einkünfte dem Besizer frei bleibe. Die Verhand-

lung wird von den Justizstellen berichtet, und von Uns bestätigt.

§. 66. Das Majorat wird allezeit in den Pflichttheil des Nachfolgers im Majorate eingerechnet.

§. 67. Die Auflösung geschieht mit Beobachtung der bei der Errichtung der Majorate vorgeschriebenen Förmlichkeiten.

§. 68. Wenn Wir selbst das Majorat im Ganzen, oder zum Theile, unter Vorbehalte des Rückfalles nach erloschenem Mannsstamme des Titulaire, dotirt haben, so fallen diese Güter in dem eintretenden Falle der wirklichen Erlöschung der ehelichen männlichen Descendenz desselben zu Unserer weiteren Disposition zurück.

8. K a p i t e l.

Anwendung der gegenwärtigen Dispositionen über die Majorate auf die Fideikomnisse der in Unserm Königreiche angesessenen adelichen Geschlechter.

§. 69. Die dermaligen Fideikomnisse Unserer adelichen Familien sind in allen ihren dermaligen rechtlichen Wirkungen aufgehoben, wenn sie auch in der Voraussetzung anderer staatsrechtlichen Verhältnisse von Uns bereits bestätigt worden sind.

§. 70. Sie nehmen jedoch die Eigenschaft eines Majorats mit allen demselben durch die gegenwärtige Verordnung beigelegten rechtlichen Eigenschaften an, wenn sie

- a) von Adelichen errichtet sind,
- b) in liegenden Gütern bestehen,
- c) von Uns bestätigt und immatrikulirt sind,
- d) die Summe von 4000 fl. jährlich reiner Einkünfte erreichen, und
- e) wenn sich die Besizer innerhalb 6 Monaten, von dem Tage der Kundmachung dieser Verordnung, schriftlich bei Uns mit der Erklärung melden, dafs sie wünschen, ihre Fideikomnisse mögen in ein Majorat übergehen.

§. 71. Zur Berichtigung der Verhältnisse einer jeden Familie wird eine besondere Kommission von Uns ernannt werden.

§. 72. Die Regredientansprüche werden ganz aufgehoben.

München den 28sten Julius, 1808.

MAX JOSEPH.

Freiherr v. Montgelas. Graf Morawitzky.

Freiherr v. Hompesch.

(Regierungsbl. 1808. LI. St. S. 2029 — 2044.)

VIII.

(Zu dem I Titel, §. V.)

Edikt über die gutsherrlichen Rechte.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

In Erwägung des Titel I. §. V. der Konstitution, wo festgesetzt ist:

„Der Adel behält — wie jeder Gutseigen-
thümer — seine gutsherrlichen Rechte
„nach den gesetzlichen Bestimmungen“ etc.

haben Wir beschlossen, wie folgt:

I. Abschnitt.

Rechte, welche den Gutsherren in Beziehung auf die verschiedenen Zweige der Regierungsgewalt übertragen sind.

§. 1. Die Ausübung der in gegenwärtigem Abschnitte begriffenen Rechte kömmt nur jenen Gutsherren zu, welche ein eigenes Gericht zu bilden vermögen.

I. T i t e l.

Gesezgebung und Oberaufsicht.

§. 2. Das Recht der Gesezgebung und allgemeinen Oberaufsicht ist in seinem ganzen Umfange und mit allen seinen Wirkungen dem Souverain, nach dem Inhalte der Konstitution, allein vorbehalten.

§. 3. Alle in den mediatisirten Besizungen bestehenden Geseze und Gewohnheiten, oder Partikularrechte, welche auf alten Mediatgütern noch gelten könnten, unterliegen den Bestimmungen des allgemeinen bürgerlichen Gesezbuches, insofern sie im gegenwärtigen Edikte nicht ausdrücklich bestätigt sind.

§. 4. Das Regierungsblatt ist als allgemeines Organ der Geseze und Verordnungen des Reiches bei den gutsherrlichen Gerichten ebenso, wie bei den Landgerichten zu sammeln und aufzubewahren.

§. 5. In Fällen, wo eine besondere Bekanntmachung einzelner Geseze, oder Verordnungen befohlen wird, soll diese durch das gutsherrliche Untergericht, oder durch die Seelsorger des Ortes vorgenommen werden.

II. Titel.

Justizgewalt.

§. 6. In der Ausübung der Justizgewalt haben sich die Gutsherren nach den über die Justizverfassung Unsers Reiches im Allgemeinen und über die Patrimonialgerichte insbesondere kundgemachten organischen Edikten zu achten.

III. Titel.

Polizeigewalt.

§. 7. Alle Polizeifunktionen, welche dem gutsherrlichen Beamten nach gegenwärtigem Edikte obliegen, müssen von dem nämlichen Subjekte, welches die gutsherrliche Gerichtsbarkeit verwaltet, ausgeübt werden. Der Patrimonialrichter soll gehalten seyn, in Polizeisachen Anzeigen an den Gutsherrn zu machen, und wenn derselbe in dem Sizze des Gerichts anwesend ist, seine Aufträge hierüber zu erholen.

A. Bevölkerungspolizei.

§. 8. Die Gutsbesitzer haben das Recht, neue Hintersassen anzunehmen; jedoch ist die Genehmigung bei jedem Falle durch den gutsherrlichen Gerichtsbeamten von dem General-
kreis-

kreiskommissär hiezu einzuholen, und von keiner Seite zu erschweren.

§. 9. Wegen des Judenschuzes bleibt es bei den bestehenden Verordnungen, bis hierüber anders bestimmt wird.

§. 10. Die Auswanderungen gutsherrlicher Hintersassen in das Ausland sind den nämlichen Bedingungen unterworfen, welche bei Unsern übrigen Unterthanen eintreten.

§. 11. Die Register und Akten des Zivilstandes werden, nach dem allgemeinen Zivilgeseze von den gutsherrlichen Gemeindevorstehern und Gerichtshaltern besorgt.

B. Unterrichtspolizei.

§. 12. Die Einrichtung neuer Schulen stehet den Gutsherren, insoferne das Bedürfnis aus dem allgemeinen Schulorganismus hervorgeht, nach eingeholter Bewilligung Unserer Oberschulbehörde zu.

§. 13. Schon bestehende gutsherrliche Schulen können ohne die eben bemerkte Bewilligung weder unterdrückt, noch versezt werden.

§. 14. Die gesammten gutsherrlichen Schulanstalten sind der Aufsicht Unserer General-

kreiskommissariate und Inspektionen untergeordnet.

§. 15. Von den dahin gewidmeten Fonds darf ohne Bewilligung des Generalkreiskommissariates nichts veräußert werden.

§. 16. Die Anstellung der Schullehrer bleibt den Gutsbesitzern, wo sie dieselbe hergebracht haben, zwar vorbehalten; der ernannte Kandidat muß aber die in der Schulordnung vorgeschriebenen Eigenschaften besitzen, und zur Untersuchung derselben der angeordneten Behörde präsentiert werden.

§. 17. Nach dem Resultate dieser Untersuchung erfolgt die Bestätigung, oder die Auflage an den Gutsherrn, ein taugliches Subjekt zu stellen.

C. Sicherheitspolizei.

§. 18. Allgemeine Sicherheitsanstalten werden allein von den Generalkreiskommissariaten und den Landgerichten, als Unterkreiskommissariaten, angeordnet und geleitet, sofort von den gutsherrlichen Beamten in Vollzug gebracht.

§. 19. In gemischten Orten, wo die Gerichtsbarkeit mehrerer Gutsherrn, oder die gutsherrliche und jene Unserer Untergerichte

konkurriert, haben letztere die Sorge für die Lokalsicherheit und die hiezu erforderlichen Anordnungen, namentlich die Löschanstalten zu übernehmen. An ungemischten Orten hingegen kommt die Lokalsicherheitspolizei dem gutsherrlichen Gerichte zu.

§. 20. Die Gestattung öffentlicher Tänze, Schauspiele, Scheibenschiessen, Wettrennen, und anderer öffentlichen Unterhaltungen, dann die Aufsicht über dieselben kommt nach den diefalls bestehenden Verordnungen, jedoch mit dem eben festgesetzten Unterschiede, den Gutsherren zu.

§. 21. Die Bewilligung zur Errichtung von Lotterien, oder des sogenannten Glückshafens gebührt den Gutsherren nicht.

D. Dorfs- und Gemeindepolizei.

§. 22. Die Dorfs- und Gemeindepolizei, welche auf die Verwaltung des Gemeindeguts, auf die Einrichtung, Erhaltung der Armenanstalten, der Gemeindewege, auf die Leitung der Gemeindeversammlungen, und überhaupt auf die Handhabung der öffentlichen Ruhe sich bezieht, stehet in Dörfern, welche ungemischt sind, dem gutsherrlichen Gerichte zu.

§. 23. In gemischten Dörfern bleibt sie gemeinschaftlich, so weit es dabei auf die Verwaltung des Gemeindevermögens, und auf die Leitung der Armenanstalten ankommt. Die Sicherheitspolizei auf dem Felde und im Dorfe hingegen steht in solchem Falle mit dem Rüge- und Strafgerichte Unserm Landgerichte zu.

E. Gewerbs- und Handelspolizei.

§. 24. Die Aufsicht über das Zunftwesen, die Bestätigung, oder Einführung von Zunft- und Handwerksordnungen, die Entscheidung der Streitigkeiten der Zünfte und Zunftgenossen unter sich, in Beziehung auf diese Verbindungen und auf die Ausübung ihrer Gewerbe, steht ausschliessend Unsern Generalkreiskommissariaten und Landgerichten, als Unterkreiskommissariaten zu.

§. 25. Bei der Annahme der Handwerker, bei Verleihung neuer, oder Wiederbesetzung erlöschender Gewerbsgerechtigkeiten kommt den gutsherrlichen Gerichten bloß die Instruktion des Gesuches nach der Verordnung vom 5ten Jänner 1807 (Regierungsblatt S. 55 — 58.) zu; die Bewilligung, oder Entscheidung hingegen ist nach den Bestimmungen der angeführten

Verordnung bei dem Generalkreiskommissär selbst nachzusuchen.

§. 26. Die Aufsicht über den Handel im Allgemeinen unterliegt den bestehenden Gesetzen, und ist Unsern oberen Landesstellen vorbehalten, wohin auch

§. 27. die Annahme neuer Handelsleute, und die Ertheilung der Fabrik - und Manufakturkonzessionen geeignet ist.

§. 28. An Orten, wo die Gutsherren Jahrmärkte hergebracht haben, sollen die hierauf sich beziehenden Landesverordnungen befolgt werden. Die Gutsgerichte behalten aber die Lokalpolizeiaufsicht, und sind verantwortlich für die Vollziehung der angeführten Verordnungen.

§. 29. Der Grundsatz des freien Verkehrs soll zwischen den gutsherrlichen Hintersassen und Unsern übrigen Unterthanen allenthalben in Anwendung kommen.

Kein sogenanntes Bann - oder Zwangsrecht soll jemals dagegen geltend gemacht werden können.

§. 30. Die Aufsicht und Untersuchung über Elle, Maas und Gewicht, über die Güte

der Arbeiten und Feilschaften, insbesondere die Mühlbeschau, steht der gutsherrlichen Lokalpolizei zu.

§. 31. Die Bestimmung der Taxen der Lebensmittel, des Arbeitslohnes u. s. w. stehet, insoferne diese statt finden, den Generalkreiskommissariaten zu. Die Aufsicht über die Beobachtung der festgesetzten Taxen liegt den gutsherrlichen Beamten ob.

F. Strassen- und Wasserpolizei.

§. 32. Die Oberaufsicht auf die Heerstrassen und Flüsse gehört einzig zu dem Geschäftskreise Unserer General-Strassen- und Wasserbaudirektion.

§. 33. Die Polizeiaufsicht hingegen auf die Brücken und Wege, welche die Verbindung einzelner Gemeinden unterhalten, gebührt der Lokalpolizeibehörde.

G. Kulturpolizei.

§. 34. Die Anordnungen in Ansicht auf allgemeine Landeskultur gehören zur Oberpolizei, und stehen den Generalkreiskommissariaten nach der ihnen ertheilten Instruktion zu; ihre Vollziehung, wie auch die erste In-

stanz *) in Kulturstreitigkeiten, insoferne der Gutsherr nicht selbst dabei betheiligt ist, bleibt den gutsherrlichen Patrimonialgerichten überlassen.

H. Forst- und Jagdpolizei.

§. 35. Die Forst- und Jagdpolizei, so wie die Forstgerichtsbarkeit, verbleibt den Gutsherren in ihren eigenen, und in den Gemeindeforsten; jedoch sind sie verbunden, Unsere Forst- und Jagdordnungen unter der Oberaufsicht Unsers obersten Forstamtes zu befolgen, und ihre Hintersassen dazu anzuhalten.

I. Gesundheitspolizei.

§. 36. Das Medizinalwesen hängt lediglich von der obersten Polizeigewalt ab, welcher auch alle Anordnungen über Gesundheitspolizei zustehen.

*) Durch das nachgefolgte Edikt vom 8ten September 1808, (Regierungsblatt 1808, LVII. Stück, Seite 2245 — 2257.) wird diese Befugniß dahin modificirt, daß den Patrimonialgerichten nur die gütliche Ausgleichung in Kultursachen zusteht; diese aber, sobald sie streitig werden, an die königlichen Landgerichte gewiesen werden müssen.

§. 37. Die Lokalpolizeibehörde ist mit ihrer Vollziehung beauftragt.

§. 38. Das ärztliche Dienstpersonal wird in der Regel nur von Uns ernannt; jedoch steht den Gutsherren der Vorschlag der Individuen für ihre Gerichtsbezirke zu.

§. 39. Die Polizei der Nahrungsmittel, die Sorge für die Reinigung der Strassen, die Anstalten gegen Verbreitung ansteckender Krankheiten unter Menschen und Vieh, und alle übrigen auf die Erhaltung der Gesundheit sich beziehenden Lokalanstalten gehören gleichfalls zu den gutsherrlichen Polizeiämtern; jedoch unter der Aufsicht und Leitung der oberen Polizeistelle, und insoferne der Titel II. §. 19. nicht entgegen steht.

IV. Titel.

Kirchengewalt.

§. 40. Die oberste Kirchenpolizei steht dem Souverain zu; die weltlichen und geistlichen Obrigkeiten auf den gutsherrlichen Besizungen müssen die in Kirchenpolizeisachen erlassenen landesfürstlichen Verordnungen vollziehen, und für ihre Beobachtung wachen.

§. 41. Die Errichtung neuer Konsistorien bleibt der Staatsgewalt vorbehalten.

§. 42. Die Konsistorialgerichtsbarkeit wird bloß von Unsern Apellationsgerichten ausgeübt. Jedoch bleibt es in Ansehung jener Grundherren, welche förmliche Justizkanzleien mit Unserer Bewilligung halten, bei der Deklaration vom 10ten März 1807, Lit. F. n. 4. (Regierungsblatt XIII, Stück, Seite 465 — 490.) wonach sie in dergleichen Fällen die Stelle Unserer Apellationsgerichte vertreten.

§. 43. Die nicht gerichtlichen Konsistorialsachen der Protestanten aus jenen gutsherrlichen Bezirken, wo keine besonderen Konsistorien bestehen, gehören vor Unsere Konsistorien, oder die an deren Statt tretende Behörde.

§. 44. An jenen Orten, wo noch besondere gutsherrliche Konsistorien vorhanden sind, bleibt diesen, oder den dafür anzustellenden Speziaisuperintendenten die Verhandlung der Konsistorialsachen wie bisher, mithin auch die Aufsicht auf Pfarreien und Schulen, die Anordnung der Verwesung derselben, die Verfügung schriftlicher, oder mündlicher Admonitionen; jedoch sind sie Unsern Konsistorien, oder Ge-

neralsuperintendenten untergeordnet, und gehalten

- a) strengere Grade von Korrekturen, Dienstsuspensionen etc. dieser anzuzeigen, und die Bestätigung einzuholen.
- b) Von den Aussprüchen dieser besonderen Konsistorien, oder Spezialsuperintendenten über die Examina pro ministerio, über die Präsentationen etc. kann der Rekurs an Unser Konsistorium ergriffen werden.
- c) Alljährlich müssen an dieses die Konduitslisten der Geistlichen und Schullehrer eingesendet werden.

§. 45. Das Recht der Besiegung, Beschreibung und Verhandlung der geistlichen Verlassenschaften kann von den gutsherrlichen Gerichten nur da, wo es hergebracht, oder wo es besonders zugestanden worden ist, ausgeübt werden.

§. 46. Das Patronatrecht bleibt den Gutsbesitzern da, wo sie es hergebracht haben, mit, oder ohne Verbindung von Gerichtsbarkeit. Ueber die Qualifikation der Subjekte müssen Unsere Geseze beobachtet werden; insbesondere für die katholischen Geistlichen die Verordnung vom 30. Dezember 1806 (Regierungsblatt vom

Jahr 1807, St. VII. S. 270 fgg.), für die Protestanten die neu einzuführende Examinationsordnung.

§. 47. Das Installationsrecht kann von jenen Gutsbesizern, welchen es bisher zugestanden hat, nur in Unserm Namen auf den von Uns hiezu erhaltenen Possessionsbefehl ausgeübt werden.

§. 48. Jene Gutsbesizer, welche als Kirchenpatronen gewisse Ehrenrechte hergebracht haben, werden hierin bestätigt; jedoch sollen in dem Kirchengebete keine auf die vormalige Regenteneigenschaft der mediatisirten Gutsherren sich beziehenden Ausdrücke vorkommen. Das Trauergeläute nach dem Tode eines solchen Gutsherrn darf nicht über drei Tage dauern.

§. 49. Die Verwaltung des Kirchen- Schulen- und milden Stiftungsvermögens bleibt unter der unmittelbaren Leitung und Aufsicht des einschlägigen gutsherrlichen Gerichts; dieses ist aber verbunden, nach den Bestimmungen des organischen Edikts vom 1. Oktober 1807 über die Administration des Stiftungs- und Kommunalvermögens, und den über diesen Gegenstand künftig noch zu erscheinenden Verordnungen sich zu achten.

V. Titel.

F i n a n z - G e w a l t.

A. Besteuerung.

§. 50. Sämtliche Gutsbesitzer und ihre Hinterlassenen sind in Folge der Konstitution Titel I. §. 2. und 5. mit den übrigen Staatsbürgern zu einer ganz gleichen Theilnahme an den Staatslasten, wie sie dermal bestehen, oder künftig bestimmt werden mögen, verbunden.

Sie haben daher zu den Staatsbedürfnissen, wie auch zu den zur Errichtung und Erhaltung allgemeiner Landesanstalten bestimmten Abgaben verhältnissmässig zu konkurriren, sofort die hierüber schon bestehenden sowohl, als die künftig erscheinenden Finanzgesetze zu befolgen.

§. 51. Die Staatsgewalt allein hat das Recht, Steuern und andere öffentliche Abgaben in der konstitutionellen Form auszuschreiben und einzuziehen.

§. 52. Ihre Erhebung geschieht durch die von Uns angeordneten Rezepturen.

§. 53. Die nämlichen Grundsätze gelten von der Akzise, oder den Konsumtionsauflagen.

§. 54. Die geistlichen und milden Stiftungen der gutsherrlichen Besizungen sollen wie die übrigen Stiftungen besteuert werden.

B. Fiskale oder sonstige Territorial-
Gefälle.

§. 55. Wege-Gelder und Brückenzölle, wo sie noch bestehen, gehören zu den landesfürstlichen Gefällen.

§. 56. Auch das Heimfallsrecht, die konfiszierten Güter, das erblos gewordene Privateigenthum stehen als Rechte der Landeshoheit dem Staate zu. Die sich hierauf beziehenden Verhandlungen werden von Unsern Gerichtsstellen vorgenommen.

§. 57. Die Einführung und Beziehung der Stempeltaxe hängt gleichfalls bloß von der Staatsgewalt ab, ferner

§. 58. Die Anlegung und der Bezug der Zölle.

§. 59. Uebrigens sind alle Gutsbesitzer mit ihren Hintersassen Unsern Maut- und Zollordnungen unterworfen, und es ist ihnen weder eine Zoll- noch Mautfreiheit ferner zu gestatten.

§. 60. Nur allein den mediatisirten Fürsten und Grafen gestatten Wir noch ferner die ihnen in Unserer Erklärung vom 19. März 1807. Nro. 12. 13. bewilligte Zoll- und Chaussee- oder Weggeldsbefreiung, wie sie in der Mautordnung

vom 8. März l. J. VII. Abschnitt §. 106 c und m näher bestimmt ist.

Endlich

§. 61. Die Umlagen zur Unterhaltung des Militärs, zur Tilgung der Kriegskosten und der unter diesem Titel kontrahirten Schulden, insoferne erstere nicht von den Gemeinden privatim unter sich geschehen, sind zu den diesem Zwecke gewidmeten öffentlichen Kassen zu verrechnen.

§. 62. Dagegen bleiben den Gutsbesizern alle Geldstrafen als Früchte der Grund- und Polizeigerichtsbarkeit; jedoch sind sie an die Bestimmungen der darüber bestehenden Geseze gebunden.

§. 63. Der Bezug von Taxgeldern in Justiz- und Polizeigegenständen, welche zur Kompetenz ihrer Gerichte gehören, oder für Ausfertigungen bey Ausübung der ihnen im gegenwärtigen Edikte zugestandenen Rechte, z. B. für die Pfarrpraesentationen, verbleibt ihnen nach den bestehenden oder künftig erscheinenden Taxordnungen.

§. 64. Der Vogthaber, wo er Herkommens ist, gehört gleichfalls zu den gutsherrlichen Gefällen, die Gutsherren behalten ihn, wenn

auch die Gerichtsbarkeit an die Landgerichte übergeht.

§. 65. Wenn Gutsbesizer das Nachsteuerrecht hergebracht haben, so soll ihnen dasselbe gegen auswärtige Staaten, mit welchen keine Freizügigkeitsverträge bestehen, verbleiben; im Innern des Reichs hingegen und gegen Auswärtige, gegen welche Freizügigkeitsverträge bestehen, soll es aufgehoben seyn.

§. 66. Die Entschädigung jener Gutsherren, welche durch den Verlust der zur Souverainität gezogenen Steuern, öffentlichen Abgaben und anderer Hoheitsgefälle einen bedeutenden Entgang an Einkünften leiden, insoferne sie noch nicht ausgemittelt, oder der Titel hiezu durch gegenwärtiges Edikt erst entstanden wäre, richtet sich nach den Bestimmungen, welche in Unserer Erklärung vom 31. Dezember 1806, die der königlichen Souverainität unterworfenen Ritterschaft betreffend, enthalten sind.

§. 67. Alle übrigen Abgaben, welche zu den Domanial- und Privatgefällen gehören, insbesondere die aus Bergwerken, Jagden, Forsten, Fischereien, fließenden Abgaben, verbleiben den Gutsherren da, wo sie dieselben hergebracht haben.

VI. Titel.

M i l i t ä r g e w a l t.

§. 68. Alles, was mit der Militärgewalt in Verbindung steht, ist dem Souverain ausschliessend vorbehalten. Alle Anordnungen hierüber können nur von ihm ausgehen.

§. 69. Die Verordnungen über Militärkonscription, über das Bürgermilitär, über die Gensd'armerie müssen von den Gutsherren und Hintersassen als allgemeine Landesgesetze befolget werden. Ihre Gerichts- und Polizeibehörden nehmen an diesen Anstalten nach den Bestimmungen der angeführten Gesetze Theil.

§. 70. Keinem Gutsherrn ist gestattet, ohne Unsere Bewilligung Militär zur Bewachung seiner Person und seiner Schlösser zu halten.

Die Anordnung von Polizeiwachen ist ihnen aber nach der Erklärung vom 19. März 1807, Lit. G. n. 3, und in so ferne sie den Gesetzen über die Gensd'armerie nicht entgegen ist, gestattet.

II. Abschnitt.

Rechte der Gutsherren, welche sich auf das Eigenthum beziehen.

A. Volles Eigenthum.

§. 71. Die Gutsherren haben sich, so viel das Eigenthum ihrer Güter, dessen Erhaltung, Benü-

Benützung, Verbesserung, Veräusserung, oder Verschreibung an Dritte betrifft, nach dem allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuche in allen jenen Fällen und Geschäften zu achten, worüber dieses Bestimmungen enthält.

§. 72. Bei Ausübung der Fischerei, des Jagd - und Forst-, des Bergrechtes haben sich die Gutsherren an die hierüber bestehenden besonderen Verordnungen zu halten, und nach dem Inhalte der hiezu etwa nöthigen landesfürstlichen Konzessionen zu achten.

B. Getheiltes Eigenthum.

§. 73. Wenn der Gutsherr seinen Grund und Boden nicht selbst und auf eigene Regie oder von Andern unter einer von dem allgemeinen bürgerlichen Gesetze anerkannten Form bewirthschaften läßt, sondern einen sogenannten Kolonar - oder andern ähnlichen grundherrlichen Vertrag über die Bebauung und Benützung seines eigenthümlichen Grundes eingegangen hat, so soll es bei diesen Verträgen nach den am Orte, wo die Güter liegen, vor dem 1sten Jänner 1809 geltenden Gewohnheiten und Gesetzen sein Bewenden haben; jedoch werden alle in den grundherrlichen Verträgen konstituirten

ständigen und nicht ständigen Renten und Bürden für ablösbar erklärt.

Die Vereinbarungen hierüber sollen der freien Unterhandlung der Betheiligten überlassen seyn, ohne daß dergleichen Ablösungen als eine Verletzung der ehemaligen Fideikomnisse und gegenwärtigen Majoratsverhältnisse oder anderer gerichtlichen Bestimmungen angesehen, und von den Gerichtsstellen behandelt werden sollen, wenn das dafür zu leistende Surrogat in Geld nach den Gesezen hergestellt seyn wird.

Zugleich werden für diese Verträge folgende Bestimmungen festgesetzt:

§. 74. Bei keinem Veränderungsfalle — es mögen viele oder wenige Theilhaber dabei konkurriren — kann mehr als ein doppeltes Handlohn (Laudemium) berechnet, mehr als ein doppelter Leib angesetzt werden.

Das Quantum bestimmt sich nach den bisherigen Lokalstatuten.

§. 75. Vieh und Fahrniß (fahrende Habe), baares Geld, dürfen bei der Schätzung zur Behandlung des Laudemiums oder des Leibfalles nicht angeschlagen werden.

§. 76. Das Laudemium vom Werthe der Häuser, wo es herkömmlich ist, darf nicht erhöht, wo es aber nicht hergebracht war, darf es gar nicht angesetzt werden.

§. 77. Von dem Austrage, Alttheile, Gutsabtrage, oder von Abfindungen im Gelde darf kein Laudemium, kein Leibfall besonders angesetzt werden.

§. 78. Die Kosten der Schätzung bei Laudemial - und Leibfällen bezahlt derjenige, der sie fodert.

§. 79. Rückstandszinsen oder die Foderung eines höhern Betrages wegen Rückstand grundherrlicher Gaben, haben in keinem Falle Platz.

§. 80. Grundherrliche Foderungen an Stiften und Gilten, oder anderen jährlichen Prästationen richten sich vom 1sten Jänner 1809 an nach den allgemeinen Gesezen über die Verjährung jährlicher Renten.

§. 81. Die Heimfälligkeit (Kaduzität) eines Gutes wird hiemit als aufgehoben erklärt.

§. 82. Bei dem Abzuge vom Gute muß dem Grundholden der Gutswerth nach Abrech-

nung der darauf haftenden Foderungen, und nach öffentlicher Versteigerung an den Meistbietenden vergütet werden.

§. 83. Der Gutsherr kann in Fällen, wo sonst die Kaduzität statt hatte, — wenn er durch die hiezu anlassgebenden Handlungen beschädigt wurde, — auf Schadensersatz klagen.

§. 84. Das grundherrliche Einstandsrecht hat künftig nicht mehr statt.

§. 85. Wenn Klagen von gutsherrlichen Hintersassen gegen ihren Gutsherrn wegen übermässiger grundherrlicher Foderungen erhoben werden, so sollen sie von den ordentlichen Gerichten verhandelt werden.

C. Gutsherrliche Rechte, welche auf getheiltem, oder auf fremdem Eigenthume ausgeübt werden.

a) Scharwerk.

§. 86. Die ungemessene Scharwerk soll durchgehends in gemessene, oder bestimmte Dienste verwandelt werden.

§. 87. Diese Verwandlung soll kein Entschädigungsgesuch begründen können.

§. 88. Alle gemessene Scharwerk soll nach einem durch besondere Verordnung näher zu bestimmenden Maasstabe in eine Geldabgabe verwandelt werden.

b) Zehendrechte.

§. 89. Der Zehend ist eben so, wie andere grundherrliche Rechte, auf eigenen Gütern dem Loskaufe unterworfen.

§. 90. Bis zur Ablösung, die auf einem beiderseitigen Einverständnisse beruht, verbleibt der Zehend den Zehendberechtigten nach den jedes Orts üblichen Gesezen, Gewohnheiten, oder nach den bestehenden Verträgen.

c) Bodenzinse.

§. 91. Alle, wo und wie immer bestehenden Bodenzinse in Frucht oder in Geld, können nach beiderseitiger Vereinbarung abgelöset werden.

München den 28sten Julius, 1808.

MAX JOSEPH.

Freiherr v. Montgelas. Graf Moráwitzky.

Freiherr v. Hompesch.

(Regierungsblatt 1808. XXXXV. St. S. 1833 -- 1852.)



IX.

(Zu dem I. Titel, §. V.)

V e r o r d n u n g,
über die Gleichheit der Abgaben, Auf-
hebung der Steuerfreiheiten, und all-
gemeine Steuerrektifikation.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Wir haben aus einem ausführlichen Vortrage, welchen Unser geheimes Finanzministerium Uns über den vorherigen und jezigen Zustand der Finanzen Unseres Königreiches erstattet, und den es mit allen dazu erforderlichen Erörterungen und Rechnungsbelegen begleitet hat, zwar die Ueberzeugung geschöpft, daß, ungeachtet der Schwierigkeiten, womit, unter dem Drange der Zeitumstände, und äusserer gebieterischer Verhältnisse, seit Unserem Regierungsantritte die Finanzen Unseres Reiches ununterbrochen zu

kämpfen hatten, dennoch nicht allein diese Schwierigkeiten bisher glücklich überwunden, und die Zahlungen immer gehörig gesichert, sondern auch durch Anwendung der zweckmässigsten Mittel eine beruhigende Ordnung in Unseren Finanzen stets aufrecht erhalten worden.

Allein! da die Fortdauer dieses Dranges der ausserordentlichen Staatsbedürfnisse die fortdauernde Anstrengung aller Finanzkräfte Unseres Reiches in Anspruch nimmt, und das Gleichgewicht zwischen den Einnahmen und Ausgaben eines Staates, welches die nothwendige Bedingung seiner Erhaltung, und seines Wohlstandes ist, nie verrückt werden darf; so können Wir Uns nicht begnügen, zur Vermehrung der Staatseinnahmen, und Verminderung der Staatsausgaben diejenigen Maasregeln, die Uns der gewöhnliche Finanzgang als die beförderlichsten hiezu darboth, theils wirklich schon zur Ausführung gebracht, theils die Ausführung derselben angeordnet, und eingeleitet zu haben; sondern Wir halten Uns zugleich durch Unsere Regentenpflicht verbunden, dem Einflusse der jezigen ausserordentlichen Zeitverhältnisse und Umstände auf die Finanzen Unseres Reiches noch besondere, diesen ausserordentlichen Ver-

hältnissen angemessene Hilfsmittel entgegen zu setzen, welche wirksam genug sind, das verderbliche Uebel eines bleibenden Defizits von Unseren Finanzen zu entfernen.

Sollen diese Hilfsmittel ihrem Zwecke entsprechen; so müssen sie nicht allein sich jährlich erneuern können, sondern auch in der Gerechtigkeit gegründet, und von solcher Beschaffenheit seyn, daß sie den Privatwohlstand zugleich mit dem öffentlichen befördern.

Nach reifer Ueberlegung haben Wir Uns überzeugt, daß keine Mittel diese verschiedenen Bedingungen vollständiger zu erfüllen vermögend sind, als die Aufhebung der bisherigen Befreiungen von den Staatsauflagen, insbesondere von der Grundvermögenssteuer, — sodann die genaue Regulirung der letzteren nach dem Vermögen der Beitragspflichtigen, — und endlich die ausschließliche Konzentrirung ihrer Erhebung und Verwendung zu den Staatsbedürfnissen, in den Händen Unserer Finanzverwaltungsstellen.

I. Festsetzung der allgemeinen Theilnahme an den Staatsauflagen.

Was den Grundsatz der allgemeinen Theilnahme an den Staatslasten betrifft,

so ist derselbe so gerecht, so sehr in dem Wesen des Staatsverbandes gegründet, fließt so evident aus der Verbindlichkeit eines jeden Staatsbürgers, die ihm der gemeinschaftliche Genuß seiner persönlichen Sicherheit, und des öffentlichen Schutzes seines Eigenthumes mit den übrigen Staatsbürgern auferlegt; die bestehenden Ausnahmen und Befreiungsvorrechte hingegen sind so sehr in einer nunmehr ganz veränderten inneren und äusseren Lage der Dinge gegründet; waren ursprünglich bloß die Folge von so lästigen besonderen Pflichten und Verbindlichkeiten, die von dem Befreiten dafür übernommen werden mußten, und deren Leistung grösstentheils längst aufgehört hat, — daß die Aufhebung solcher Befreiungsvorrechte eine unverkennbare Pflicht des Staates geworden ist, und Wir dürfen von jedem Billigdenkenden selbst des befreiten Standes mit Zuversicht erwarten, daß er bereitwillig das Opfer dieser Vorrechte auf den Altar des Vaterlandes bringen, und dadurch zu seinem eigenen Besten, so wie zum Besten des Staates die Bande befestigen werde, welche alle Stände und alle Bürger desselben zur Erhöhung seiner Gesamtkraft auf das Engste aneinander schließen müssen.

Wir verordnen demnach und wollen, daß in Zukunft jedes Grundvermögen, ohne Unterschied, es mag bisher befreit gewesen seyn, oder nicht, und zu Unseren eigenen Domainen, oder zu jedem andern Eigenthume gehören, seinen verhältnißmässigen Antheil an der Grundvermögenssteuer tragen soll; wogegen sich von selbst versteht, daß diejenigen besonderen Auflagen, welche als ein Surrogat der bisherigen Befreiungen entrichtet worden sind, für die Zukunft aufzuhören haben.

II. Steuerrektifikation.

Mit der Allgemeinheit der Entrichtung der Grundvermögenssteuer muß sich die Rektifikation des Steuerfußes nothwendig verbinden; weil auch hierin die größten Ungleichheiten herrschen, und der Eine nach dem Maasse seiner Kräfte bei weitem noch nicht beiträgt, was er zu leisten verbunden wäre, indessen der Andere durch den jezigen Steuerfuß schon über seine Kräfte angestrengt wird. — Wir werden demnach unverzüglich eine Steuerrektifikationskommission anordnen, und dieser die Leitung des Geschäftes, nebst der Oberaufsicht darüber in allen Provinzen Unseres Königreiches, übertragen. — Die Schwierigkeiten, die

mit dessen Ausführung verbunden sind, werden zwar von Uns nicht verkannt; wenn aber von allen übertriebenen Subtilitäten, welche die Sache nur verwickeln, Umgang genommen, und sie auf einfache Grundsätze von praktischer Brauchbarkeit zurückgeführt wird; so wird sich die Vollendung des Geschäftes in einem hinlänglichen Grade der Richtigkeit in kurzer Zeitfrist erreichen lassen; und Wir werden gedachter Steuerrektifikationskommission, hierauf ihr Ziel zu richten, besonders auftragen.

III. Konzentrirung der Staatskassen, und Absonderung der zur Zahlung der Staatsschulden und Zinsen bestimmten Fonds.

Allein, nicht bloß im Steuerfusse, und in der Vertheilung der direkten Auflagen, sondern auch in der Art ihrer Erhebung zeigen sich Abweichungen und sehr auffallende Anomalien, nach der Verschiedenheit der Provinzen Unseres Königreiches.

In den meisten werden die Steuern, so wie die übrigen Staatsabgaben durch Unsere Beamten erhoben; in anderen aber existiren eigene landschaftliche Steuererheber, und besondere landschaftliche Kassen, worein

die Steuergelder fließen, ehe sie zu Unseren Staatskassen gelangen. Offenbar werden durch diese letzte Einrichtung die Erhebungskosten unnöthiger Weise vermehrt, die Beitreibung der Steuern, und das Rechnungswesen über dieselben mit überflüssigen Umständen und Weitläufigkeiten verwickelt, und Uns die jedesmalige freie Disposition über die Steuergelder, wie sie sukzessiv in die ständischen Steuerkassen einfließen, zu den Staatsbedürfnissen, nach dem Maasse ihres jedesmaligen grösseren, oder minderen Dranges entzogen; der übrigen Mißbräuche nicht zu erwähnen, die sich in die Führung solcher abgesonderten, der unmittelbaren allgemeinen Rechnungsaufsicht der obersten Staatsgewalt sich entziehenden Kassen nur gar zu leicht einzuschleichen pflegen. — Weder nach der Geschichte, noch nach den Begriffen einer ständischen Verfassung, gehört die eigene Erhebung und Verrechnung der Staatsauflagen zur Wesenheit dieser Verfassung. — Sie ist vielmehr als eine Verrückung der Scheidewand der Gewalten, und als ein Ueberschritt des repräsentativen Körpers in das Gebiet der exekutiven Macht überall, wo sie existirt, zu betrachten; lähmt diese, und hat ihren Ursprung in Zeiten und Verhältnissen, die von den ge-

genwärtigen durchaus verschieden waren, und worin man von den Steuern überhaupt ganz andere Begriffe, als die aus den letzteren fliessen, hatte.

Was die ständische Verfassung selbst, ihre Erhaltung, oder ihre Umformung nach den Erfodernissen höherer Staatszwecke, und der Einheit des Reiches betrifft; so behalten Wir Uns vor, diese wichtige Materie, worauf die Wohlfahrt des Staates und seine Stärke beruhet, in die reifste Ueberlegung zu nehmen, und hier-nach Unsere Entschliessung darüber zu fassen — Unabhängig von dieser Entschliessung gestatten Uns aber die dermaligen dringenden finanziellen Rücksichten und Verhältnisse nicht, weder die bisherigen besonderen landschaftlichen Kassen, noch die Erhebung der Steuern durch eigene ständische Steuereinnehmer länger bestehen zu lassen.

Wir verordnen vielmehr zur Aufhebung der hieraus entstehenden Nachtheile und Unregelmässigkeiten, wie folgt:

1) Alle landschaftlichen und ständischen Steuerkassen, wo sich deren in Unseren Provinzen finden, werden gleich nach Empfang dieser Verordnung an Unsere dortigen

Provinzialetatsskuratellen förmlich extradirt, und unter die unmittelbare Aufsicht derselben gesetzt. — Das dabei angestellte Personal wird zwar beibehalten; zugleich aber in Unsere besondere Pflichten genommen. — Keine Anweisung auf diese Kassen ist in Zukunft gültig, welche nicht in der bei Unseren übrigen Kassen eingeführten Form und Ordnung verfügt wird. —

2) Alle Steuer- und Aufschlagserheber in Baiern, so wie alle landschaftlichen und ständischen Erheber in den Provinzen Unseres Königreiches, werden gleichfalls in Unsere besonderen Pflichten genommen; zur Ablage ihrer künftigen Rechnung an die von Uns bestellten geeigneten Behörden angewiesen; ihre Rechnungen der Revision Unserer Rechnungskommissariate unterworfen; und das Absolutorium darüber kann von keiner anderen, als von Unseren administrativen Stellen ertheilt werden.

3) Um den Staatskredit nicht allein in seinem bisherigen Ansehen zu erhalten, sondern ihn auch für die Zukunft noch mehr zu befestigen, und zu erhöhen, soll in jeder Unserer Provinzen ein eigener, von der ordinären Staats-

kasse abgesonderter Schuldentilgungsfond, nebst einer eigenen Schuldentilgungskommission, errichtet, und die Einsicht in das gesamte Schuldenwesen des Königreiches einer eigenen Zentralschuldenetatskommission anvertrauet werden. —

4) In den Provinzen Baiern und Neuburg bestehen schon seit vielen Jahren ansehnliche Schuldentilgungsfonds, welche zur Aufrechthaltung des dortigen Provinzialkredits gedient haben. — Auch für Unsere Provinz Tirol sind zur Errichtung eines solchen Fonds, und zu seiner Absonderung von den anderen Staatsgefällen schon unterm 27sten Januar d. J. die geeigneten Befehle erlassen worden. — Was aber die obere Pfalz, Schwaben, Bamberg und Ansbach betrifft, so verordnen Wir hiemit, daß die dem dortigen Zustande der Staatsschulden angemessenen eigenen Fonds Uns von Unseren Etatskuratelen unverzüglich in Vorschlag gebracht werden sollen.

5) Die Administration dieser Provinzialfonds theilt sich in ihre Erhebung, und in ihre Verwendung.

Die Erhebung steht ausschliessend der Landesdirektion einer jeden Provinz zu.

Sie bestellt hiezu, nach Unserer hierüber vorläufig erhaltenen Genehmigung, die Perzeptionsbeamten, so ferne eigene Beamten dazu wirklich erforderlich sind, und nimmt die Rechnungen derselben auf. — Die Gelder dieser Fonds aber fließen unmittelbar in die Provinzialschuldentilgungskasse, und wo ein eigener Schuldentilgungskassier bestellt ist, rechnet derselbe mit den Beamten nach den Resultaten der von der Landesdirektion aufgenommenen Rechnungen ab.

Die Verwendung der Provinzialfonds hingegen wird von einer besonderen Provinzialschuldentilgungskommission, unter der obersten Leitung, und nach den Bestimmungen Unseres geheimen Finanzministeriums besorgt.

6) In jeder Provinzialschuldentilgungskommission präsidiert der Generalkommissär der Provinz, als gleichzeitiger Provinzialetatsekretär. — Sie besteht aus zwei oder drei Räten, worunter der zeitliche Direktor der staatswirthschaftlichen Deputation, als gleichzeitiger Etatsmitsekretär, von Amtswegen mitbegriffen ist; — und in denjenigen Provinzen, in welchen Landschaften existiren, haben zugleich einige landschaftliche Deputirte den Beisitz in derselben.

7. Diesen

7) Diesen Provinzialschuldentilgungskommissionen liegt die strenge Liquidation aller Staatsschulden ob. — Sie haben, im Verhältnisse zu dem Tilgungsfond die Plane zur sukzessiven Tilgung der Schulden zu entwerfen, und hiernach die Zahlungstermine festzusetzen; so wie über den richtigen Vollzug der Entwürfe und Bestimmungen, wenn sie von Uns genehmiget sind, zu wachen. — Eigenmächtig können sie weder eine Schuld übernehmen, sondern müssen Unsere Authorisation dazu, nach vorläufiger Ausweisung der Zulänglichkeit des Fonds, erhalten; noch können sie eigenmächtig ein Kapital heimbezahlen, welches nicht zuvor in dem Uns vorgelegten, und von Uns genehmigten Tilgungsplane aufgenommen ist.

8) Den Versammlungen der Zentralschuldenetatskommission, welche das gesamte Schuldenwesen des Königreiches zu inspizieren hat, wohnen Unser Minister der auswärtigen Angelegenheiten, und Unser Finanzminister bei. — Sie bestehet aus einem oder zwei geheimen Referendären Unseres Finanzdepartements, als Unseren besonderen dazu bestimmten Kommissären, aus den Finanzetatskuratoren, oder Mitkuratoren sämtlicher Provinzen, und aus verschiedenen landschaftlichen Deputirten derjenigen Pro-

vinzen, worin Landschaften sind. — Die Zahl der leztern, so wie die Benennung derselben, behalten Wir Uns für jede Provinz besonders vor. — Sie versammelt sich regelmässig ein- oder zweimal des Jahres an dem Orte Unsers Regierungssizes; — ihr wird der gesamte Schulden- und Schuldentilgungsetat des Königreiches vorgelegt; — sie hat über den Etat des verflossenen Jahres den Hauptbericht zu erstatten, und über den Etat des künftigen Jahres, oder, wofern dieser schon auf mehrere Jahre voraus entworfen ist, über die darin nothwendigen Aenderungen zu deliberiren, und auch hierüber einen Hauptbericht an Uns zu erstatten. — In ausserordentlichen Fällen kann Unser Finanzministerium auch ausser den regelmässigen jährlichen Versammlungen eine Zusammenberufung dieser Zentralschuldenetatskommission veranlassen, und den Gegenstand, der diese Zusammenberufung nöthig macht, bei derselben zur geeigneten Deliberation einleiten. —

9) Auf den Hauptbericht, und auf die Deliberationsprotokolle wird Unsere allerhöchste Entschliessung von Unserem geheimen Finanzministerium erholt, und von diesem Unsere Entschliessung der Zentralschuldenetatskommission eröffnet. — Auch liegt gedachtem Ministerium

ob, unmittelbar durch die Provinzialschuldentilgungskommissionen den Vollzug dieser Entschliessung in jeder Provinz einzuleiten, und darüber auf das genaueste zu wachen.

10) Das Zentralschuldenrechnungswesen übergeben Wir Unserem Zentralrechnungskommisariate, welches Duplikate von allen Schuldbüchern der Provinzialschuldentilgungskommission hält, und in diese jede Heimbezahlung und Tilgung der Schulden einträgt.

11) Die landschaftlichen Ausschüsse und Deputationen, welche nicht einen besonderen und eigenthümlichen Bezug auf die Rechnungsaufnahme und Steuererhebung haben, bleiben, so lange die bisherigen ständischen Verfassungen keine andere Einrichtung erhalten, unverändert, und das Postulat wird in der nämlichen Form, wie bisher gestellt. — Auch wollen Wir den ständischen Deputirten das Recht der Einsicht in die jährliche Verwendung des Steuerfonds gestatten. — Die Modalität dieser Einsicht richtet sich auf eine ihrem Zwecke entsprechende Weise nach der eigenthümlichen Verfassung einer jeden ständischen Provinz.

12) Die landschaftlichen Ausschüsse und Deputationen behalten den Genuss ihrer Besoldungen und Diäten; und denjenigen landschaft-

lichen Personen, welche durch die Uebernahme der Steuerkassen, und der Steueradministration ausser Aktivität kommen, werden Wir eine nach ihrem dermaligen Besoldungs- und Emolumentengenusse bemessene lebenslängliche Pension ertheilen.

13) Die besonderen landschaftlichen und ständischen Ausgaben, welche bisher aus der Steuerkasse bestritten wurden, müssen vor dem Anfange eines jeden Etatsjahres von der landschaftlichen Verordnung, oder von den landschaftlichen Ausschüssen in einen besonderen Etat oder Renner gebracht, und Uns vorgelegt werden. — Wir werden alsdann zu ihrer Honorirung an die betreffenden Steuerkassen jedesmal den geeigneten Befehl erlassen, und dadurch den eigenen ständischen Kollegial- und Besoldungsausgaben die erforderliche Sicherheit verschaffen.

IV.

Sämmtliche landschaftliche Stellen sind in die nöthige Kenntniss vorstehender Verordnung, und der damit verbundenen Verfügung gesetzt worden, und Unsere Generallandeskommissariate haben sie nicht allein öffentlich bekannt zu machen, sondern sie auch in allen Theilen, de-

ren Vollzug von ihnen abhängt, genau, und ohne Aufschub dazu zu bringen.

Wir glauben übrigens, durch diese Verordnung einen neuen Beweis gegeben zu haben, wie sehr Uns die Verbesserung des Finanzzustandes Unseres Reiches, von welcher dessen Wohlstand und innere Stärke unzertrennlich sind, am Herzen liegt, und wie sehr Wir Unsere Aufmerksamkeit darauf richten, diese Verbesserung durch solche Mittel zu erzielen, die nicht allein dem individuellen Wohlstande nicht nachtheilig, sondern auch zu dessen progressiver Erhöhung vorzüglich geschickt und wirksam sind.

In die Anerkennung dieser Unserer landesväterlichen Gesinnung setzen Wir insbesondere den Lohn Unserer Regierungssorgen, und sie wird sich Uns auf die wohlgefälligste Art durch die Bereitwilligkeit beweisen, womit dem Vollzuge dieser Verordnung in allen und jeden Punkten entgegen gegangen wird.

München den 8ten Junius, 1807.

MAX JOSEPH.

Freiherr v. Montgelas. Graf Morawitzky.

Freiherr v. Hompesch.

(Regierungsbl. 1807. XXV. St. S. 969 — 982.)

X.

(Zu dem I Titel, §. VI.)

Verordnung über die Generaladministra-
tion des Stiftungs - und Kommunal-
vermögens im Königreiche Baiern.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Wir haben Unserem Ministerium des Innern, welches bei der organischen Division Unseres Gesamtstaatsministeriums vom 29ten Oktober 1806 seine erste Konstituierung erhalten hat, unter seinen Attributionen auch jene wichtige einer administrativen Kompetenz gegeben.

In diese administrative Kompetenz haben Wir die Verwendung, und die Verwaltung jenes ganzen Spezialvermögens im Staate eingewiesen, welches sowohl nach seinen Quellen, als nach seinen Zwecken von dem allgemeinen Staatsvermögen sich unterscheidet, und

in zwei Haupttheile, nämlich in das Stiftungs- und in das Kommunalvermögen zerfällt.

Wir haben geglaubt, diese grosse Demarkation zwischen dem Finanzvermögen auf der einen, und dem Stiftungs- und Kommunalvermögen auf der anderen Seite nicht nur allein der in allen wesentlichen Beziehungen sich aussprechenden Verschiedenheit dieser wechselseitigen Vermögen, sondern noch ganz besonders jenen obervormundschaftlichen Regierungspflichten schuldig zu seyn, welchen die Nation die ganze Masse jener Mittel anvertrauet hat, aus welchen das Bedürfnis dreier der Gesellschaft so angelegentlicher Zwecke der Kirche, der Schule, und der Wohlthätigkeit, in allen ihren Ramifikationen geschöpft werden sollen; und deren Stätigkeit und Unabhängigkeit daher durch eine vollkommene Entfernung aus dem Gebiete eines Vermögens, welches aus der Natur seiner Bestandtheile, und nach den gebieterischen Forderungen der Zeit nothwendig zu einem ganz anderen Zwecke gehört, gegründet werden muß.

Wir haben selbst bei dieser Demarkation Uns noch nicht beruhigen zu dürfen geglaubt,

sondern Wir haben das durch dieselbe gebildete selbstständige Gebiet des Stiftungs- und Kommunalvermögens wieder einer vollkommenen Separation unter sich selbst unterworfen, und dadurch das Stiftungsvermögen gegen alle Eingriffe und Abflüsse, welche aus der bisherigen Kollision hervorgingen, daß die mächtigeren Verwalter des Kommunalvermögens nur als schwache Vertreter des Stiftungsvermögens auftraten, gänzlich sicher gestellt.

Wir haben auch auf diesem Standpunkte das Ziel Unserer obersten Staatskuratel noch nicht gefunden, sondern Wir haben dieser äusseren und inneren Theilung der Vermögensgebiete auf dem Wege der Purifikation endlich ihre vollendete Ausbildung gegeben.

In Folge dieser ist den verschiedenen Religionstheilen eine gewissenhafte Garantie des ihnen ausschliessend gewidmeten Vermögens geleistet;

einer jeden Orts- und Familienstiftung ist die isolirte Erhaltung in dem Orte, und für die Familie zugesichert;

das der Patrimonialgerichtsherrschaft anvertraute Stiftungsvermögen erfährt

keine Vermischung mit dem übrigen Stiftungsvermögen;

das Kommunalvermögen gehört al-
lenenthalben ausschliessend dem Bedürfnisse,
dem Wohlstande, und der örtlichen Verschöne-
rung derselben Kommunität;

kein Vermögen wird also einem
fremdartigen Theile oder Zwecke ge-
widmet;

kein Zweck auf Kosten eines ihm frem-
den Vermögens erreicht werden.

Nun erst, wenn diese Purifikation her-
gestellt ist, tritt die Konsolidirung desjeni-
gen Vermögens ein, welches keine besondere
und ausgesprochene Bestimmung erhalten hat,
mithin durch die Gleichheit der Zwecke zur
Fundirungsgemeinschaft geeigenschaftet ist.

Dieser Konsolidirung muss nothwendig
eine Vermehrung der den einzelnen Stiftun-
gen angehörigen Kräfte, und eine Vermin-
derung der Verwaltungskosten entspre-
chen.

Aus dem Zusammenflusse dieser Kräfte bil-
det sich die Zentralkasse des Stiftungsvermögens

des ganzen Reiches, woraus theils die dem Ganzen angehörigen Anstalten erhalten werden, theils dem augenblicklichen Abgange der Mittel derjenigen Stiftungen und öffentlichen Anstalten, welche daran Mangel leiden, abgeholfen wird.

Nachdem Wir aus dem in dem Eingange gegebenen Begriffe des Spezialstaatsvermögens das Gebiet desselben bezeichnet, und getrennet, und nachdem Wir auf dem vorstehenden Stufengange die Prinzipien der Verwendung des Vermögens entwickelt, und festgesetzt haben, sind Wir zur Bestimmung der Verwaltungsformen übergegangen.

Wir haben denselben die charakteristische Modalität der Zentralisirung gegeben.

In Folge derselben ist Unser Ministerium des Innern mit unserer obersten Staatskuratel bekleidet, und die ihm anvertraute Generaladministration des Stiftungs- und Kommunalvermögens ist in eine äussere und innere Verwaltung abgetheilt.

Die äussere Verwaltung des Stiftungsvermögens ist eigenen Stiftungsadministratoren übertragen.

Die Rentämter der Finanzen, und die Verwaltungsstellen der Magistrate, in welchen bisher die Stiftungsadministration vereinigt war, sind auf ihre eigentliche Sphäre, also jene auf die Renten des Finanz-, und diese auf die Renten des Kommunalvermögens zurückgewiesen, und beschränkt.

Die i n n e r e Verwaltung wird durch ein Zentralrechnungskommissariat als Bureaustelle der Ministerialkuratel ausgeübt; an welches sich die Zentralstiftungskasse anschliesst.

Die innere und äussere Verwaltung sind in unmittelbaren Kontakt gesetzt; und keine Kollegialzwischenstelle, weder des Befehls, noch des Empfangs, hemmt den Lauf des Dienstes.

Eine instruktive Inventarisatio n wird die innerste Kognition des Stammvermögens; eine strenge Etatsformatio n die Bilanz zwischen Renten und Lasten gewähren.

Eine durchgreifende und umfassende Komptabilität wird über die Exekution der Verwendungsprinzipien und der Verwaltungsformen wachen.

Endlich eine offizielle Publizität der wesentlichen Resultate des Vermögensstandes und Verwandes wird der Mitwelt eine reine Rechenschaft über die Schätze der Vorwelt darlegen, und aus dieser beruhigenden Ehrung aller Glaubensgenossen und so vieler menschenfreundlicher Stifter, die vertrauungswürdige Auffoderung entwickeln, die Masse jener Nationalkräfte zu vermehren, welche so hohen Zwecken geweiht, und mit einem so starken Schuze umgeben sind.

Wir haben diese Verwendungsprinzipien und diese Verwaltungsformen in ein organisches Edikt über die Generaladministration des Stiftungs- und Kommunalvermögens in Unserem Königreiche zusammen fassen lassen, und demselben unterm 1sten Oktober 1807, als mit welchem, für das Beginnen eines Rechnungsjahres schicklichsten, Zeitpunkte für die Verwaltung des genannten Vermögens das erste Etatsjahr beginnt, Unsere allerhöchste Sanktion ertheilt.

Wir haben dieses organische Edikt mit vollständigen Instruktionen für den Dienst, und zwar:

- a) des geheimen Zentralrechnungskommissariates des Innern;
- b) der Zentralstiftungskasse;
- c) der Generallandeskommissariate;
und
- d) der Stiftungs- und Kommunaladministratoren,

begleitet, und dieser letzten Instruktion für das vorübergehende Werk des Ueberganges aus dem Kalender- in das Rechnungsjahr einen besondern Nachtrag beigefügt.

Wir haben dieses organische Edikt durch ein allerhöchstes Reskript vom ersten November 1807 Unseren sämtlichen Generallandeskommissariaten mitgetheilt, und darin vorzüglich den auf den ersten Jänner 1808 festgesetzten Vollziehungsakt des wirklichen Aus- und Eintritts der bisherigen und künftigen Stiftungsadministratoren, so wie die Ranges- und Uniformsverhältnisse dieser letzten bestimmt.

Wir haben zu diesem Ende das angeführte Reskript mit einem durch Unsere allerhöchst eigenhändige, und Unseres Staatsministers des Innern Unterschrift sanktionirten Aktivitäts-

etat der nominirten äusseren Stiftungs-
administratoren begleitet; und in einem
ferneren Reskripte von demselben Tage die
Nomination der Extraditionskommis-
säre gegeben.

Wir haben endlich durch ein gleichzeiti-
ges allerhöchstes Reskript vom ersten No-
vember 1807, welches Wir an den Chef des
geheimen Zentralrechnungskommissariates des In-
nern erlassen haben, die Personalbestel-
lung der inneren Administration, mit
den Verhältnissen ihres Ranges und ihrer
Uniform, festgesetzt, und den Aktivitäts-
etat sowohl des genannten Zentralrech-
nungskommissariates des Innern als der
Zentralstiftungskasse, mittels Unserer al-
lerhöchst eigenhändigen, und Unseres Staatsmi-
nisters des Innern Unterschrift sanktionirt.

Indem Wir nunmehr diese neue admini-
strative Institution durch Unser Regierungsblatt
theils der allgemeinen Kenntniss, theils der ein-
schlägigen Exekution übergeben, überlassen Wir
Uns zugleich der gerechten Zuversicht, dass eine
solche Regierungsverfügung, durch welche Wir
die Rechte Unserer Souverainität mit den Pflich-
ten Unserer Obervormundschaft vollkommen ver-

einiget haben, und das heilige Eigenthum der Religion, des Unterrichtes, und der leidenden Menschheit zu schützen und zu mehrern bemühet sind, allenthalben mit einer beruhigenden Uezeugung und mit einem dankbaren Gefühle werde befolgt werden.

Mailand den 30sten Dezember, 1807.

MAX JOSEPH.

Freiherr von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl.
von Krempelhuber.



B e i l a g e.

Organisches Edikt
über die Generaladministration des Stif-
tungs- und Kommunalvermögens im
Königreiche Baiern.

I. Das Ministerium des Innern ist, in Folge der bei seiner Konstituierung erhaltenen Kompetenz mit der obersten administrativen Kuratel desjenigen Vermögens im Staate bekleidet, welches theils nach seinen Quellen, theils nach seinen Zwecken von dem allgemeinen Staats- oder Finanzvermögen sich unterscheidet, und daher von diesem bereits in den organischen Gesezen der Finanzformation getrennt, und nach seiner Natur eines Spezialvermögens auch als Objekt eines gesonderten Spezialetats bezeichnet worden ist.

II. Dieses Spezialvermögen zerfällt in zwei Haupttheile:

1. in

1. in das *Stiftungsvermögen*, und
2. in das *Kommunalvermögen*.

III. Das *Stiftungsvermögen*, welches in Beziehung auf seine Quellen, theils aus dem allgemeinen Staatsvermögen geschöpft, und hievon in Folge der speziellen Fundirung ausgeschieden, theils aus dem Vermögen von Privaten gewidmet, und hinterlassen worden ist, zerfällt in Beziehung auf seine Zwecke in drei Theile:

1. in jenes zum Behufe des Kultus;
2. in jenes zum Behufe der Erziehung und des Unterrichts; und
3. in jenes zum Behufe der Wohlthätigkeit.

IV. Das *Kommunalvermögen* zerfällt gleichfalls in drei Theile, nämlich

1. in jenes der Städte,
2. der Märkte, und
3. der Dorfgemeinden.

Es ist in Beziehung auf seine Quellen theils aus Gütern und Renten der Körperschaft, theils aus Beiträgen der Glieder, theils aus Kom-

munalantheilen an dem allgemeinen Staatsvermögen fundirt; und in Beziehung auf seine Zwecke für die Gesamtexigenz dieser Gemeinheiten in allen ihren Bestandtheilen bestimmt.

V. Das Stiftungs- und das Kommunalvermögen sind von dem allgemeinen Staats- oder Finanzvermögen in allen Beziehungen der Verwendung, und Verwaltung getrennt, und machen einen ihren Zwecken ausschliessend gewidmeten selbstständigen Theil der Staatsadministration aus.

VI. Die Obliegenheit der dem Ministerium des Innern übertragenen obersten Kuratel des Stiftungs- und Kommunalvermögens umfasst im Allgemeinen die *Verwendung* und die *Verwaltung* dieser beiden Vermögen; wovon jene zugleich die *Erhaltung*, und diese zugleich die *Vermehrung* von selbst in sich begreift.

VII. In Beziehung auf die *Verwendung* werden nachfolgende Prinzipien festgesetzt; und zwar

A. für das Stiftungsvermögen.

1. Jener Theil des Stiftungsvermögens, welcher aus dem Privatvermögen hervorgegangen,

und ausschliessend einem Kultus, einer Familie, oder einem Orte gewidmet worden ist, bleibt isolirt, und diesem Kultus, dieser Familie oder diesem Orte versichert.

2. Alle Quellen des übrigen Stiftungsvermögens werden zur Erzielung der Einheit, zur Vermehrung der Kräfte, und zur Ersparung der Verwaltungskosten, nach der Abtheilung des dreifachen Stiftungszweckes konsolidirt.

3. Diese Konsolidirung ist keine Vermischung des Vermögens der verschiedenen Religionstheile; sondern sie tritt bei jedem einzelnen Religionstheile in die demselben eigene Anwendung.

4. Die Masse des Stiftungsvermögens, welche sich nach dieser Konsolidirung für den Zweck des Kultus darstellt, wird mit dem Gesamtbedürfnisse des Kultus; jene, welche sich für den Zweck der Erziehung und des Unterrichts darstellt, mit dem Gesamtbedürfnisse dieser Anstalten; und endlich jene, welche sich für den Zweck der Wohlthätigkeit darstellt, mit dem Gesamtbedürfnisse der verschiedenen hiefür gewidmeten Anstalten in Bilanz gesetzt.

5. Die aus dieser Bilanz hervorgehenden Ueberschüsse des konsolidirten Stiftungsvermögens werden zentralisirt, und bilden die Fundirung einer Zentralstiftungskasse im Size der Ministerialkuratel.

6. Die Bestimmung der Zentralstiftungskasse ist dreifach :

a. sie liefert die Dotation jener Nationalanstalten, welche sich aus ihrem Zwecke und Umfange zu einzelnen Zentralinstitutionen eignen;

b. sie leistet die Zuschüsse jener ausserordentlichen Exigenz, welche ein Stiftungszweck, entweder als Ersatz eines erlittenen Verlustes, oder als Ergänzung seiner, zur Vollendung oder Erweiterung erforderlichen Fundierungsmittel, in einen vorübergehenden Anspruch nimmt;

c. sie giebt unter bestimmten Sicherheitsbedingungen die Vorschüsse zu jenen Unternehmungen von Privaten und Gemeinheiten, welche der Kultur, dem Gewerbe, oder der örtlichen Verschönerung, und also der Verbreitung theils

des Wohlstandes, theils des Geschmacks gewidmet sind.

B. Für das Kommunalvermögen.

1. Das Kommunalvermögen bleibt allenthalben isolirt.

Das Vermögen einer jeden Stadt, eines jeden Marktes, und einer jeden Gemeinde bleibt ausschliessend dieser einzelnen Stadt, diesem einzelnen Markte, und dieser einzelnen Gemeinde versichert, und wird keiner Konsolidirung unterworfen.

2. Das Kommunalvermögen jeder einzelnen Stadt, jedes einzelnen Marktes, und jeder einzelnen Gemeinde, wird mit dem Kommunalbedürfnisse derselben Stadt, desselben Marktes, und derselben Gemeinde in Bilanz gesetzt.

3. Die aus dieser Bilanz hervorgehenden Ueberschüsse des Kommunalvermögens einer einzelnen Stadt, eines einzelnen Marktes, und einer einzelnen Gemeinde werden nicht centralisirt; sondern bleiben ausschliessend derselben Stadt, demselben Markte, und derselben Gemeinde zu der doppelten Bestimmung gewidmet,

entweder für nützliche Unternehmungen einzelner Glieder derselben Gemeinheit, die Vorschüsse, oder für eine allgemeine Unternehmung derselben Gemeinheit, welche eine wirtschaftliche Verbesserung oder eine örtliche Verschönerung zum Zwecke haben kann, die Deckungsmittel zu leisten.

VIII. In Beziehung auf die Verwaltung wird nachfolgende Organisation festgesetzt:

1. Das Ministerium des Innern übt seine oberste Kuratel

in Beziehung auf das Stiftungsvermögen unmittelbar durch ein unter ihm konstituirtes geheimes Zentralrechnungskommissariat des Innern;

in Beziehung auf das Kommunalvermögen mittelbar durch die Generallandeskommissariate aus.

2. In Folge dessen schöpft das Ministerium des Innern

in Beziehung auf das Stiftungsvermögen durch das Zentralrechnungskommissariat,

a. die Kognition des Fundirungsvermögens aller Stiftungen mittels Inventarisation, und

b. die Kognition der aus dem Fundirungsvermögen fließenden Rente, und der auf dieser Rente ruhenden Lasten mittels Etatsformation.

Das Ministerium des Innern schöpft dieselbe Inventarisation und Etatsformation in Beziehung auf das Kommunalvermögen durch die Generallandeskommissariate.

3. Die Perzeption der Rente, die Prästation der Lasten, und die Verrechnung dieser Perzeption und Prästation sind eigenen Stiftungs- und Kommunaladministratoren anvertraut.

4. Die Stiftungs- und Kommunaladministrationen sind von den Rentämtern des Finanzvermögens getrennt.

Eben so sind die Stiftungs- von den Kommunaladministrationen getrennt.

5. Die Stiftungsadministrationen zerfallen in allgemeine und in besondere.

6. Die allgemeinen Stiftungsadministratio-
nen sind in Distrikte eingetheilt, deren Um-
fang sich entweder über eine Stadt, oder über
einen Geschäftskreis von dermaligen drei bis
fünf Rentämtern erstreckt.

7. Den allgemeinen Stiftungsadministrato-
ren ist in ihren Distrikten die Vereinnahmung,
Verausgabung und Verrechnung des ganzen
Stiftungsvermögens, welches theils darin ge-
legen, theils zu dem darin gelegenen gehörig
ist, anvertraut, es mag dasselbe dem Kultus, dem
Unterrichte, oder der Wohlthätigkeit gewidmet
seyn; doch wird für ein jedes dieser dreifachen
Vermögen eine besondere Rechnung geführt.

8. Der Siz der allgemeinen Stiftungs-
administratoren ist, so viel möglich, in die
Mitte ihrer Distrikte gelegt.

Für die Erhebung der Renten sind ihnen
mehrere, theils dem quantitativen Verhältnisse
dieser Renten, theils der Erleichterung der Rent-
pflichtigen angemessene Perzeptionsstatio-
nen bestimmt.

Den Administratoren liegt zur Zeit des
Rentenverfalles die Ambulanz in ihre ver-
schiedene Perzeptionsstationen ob; die Kasse

und die Registratur des Administrators gehört aber einzig, und ohne örtliche Theilung in den Siz des Distriktes.

9. Die besonderen Stiftungsadministrationen unterscheiden sich von den allgemeinen dadurch, daß ihnen nur allein die Vereinnahmung, Verausgabung und Verrechnung entweder einer isolirten Stiftung, oder eines einzelnen Stiftungszweckes, also entweder des Kultus, oder des Unterrichts, oder der Wohlthätigkeit ausschliessend anvertraut ist.

10. Alle für die allgemeinen Stiftungsadministratoren in Beziehung auf den Siz ihres Amtes, der Kasse, und der Registratur, auf die Perzeptionsstationen, und auf die Ambulanz in dieselben, gegebenen Bestimmungen erhalten bei den besonderen Stiftungsadministrationen die analoge Anwendung.

11. Die allgemeinen und die besonderen Stiftungsadministrationen, mit alleiniger Ausnahme der besondern Administrationen einer isolirten Stiftung, senden ihre Ueberschüsse monatlich zur Zentralstiftungskasse ein; alle allgemeinen und besonderen Stiftungsadministrationen, ohne Unterschied, senden die Monats-

extrakte des Kassemannuals, und die Jahresrechnungen mit ihren Belegen unmittelbar zum Zentralrechnungskommisariate des Innern ein; sie empfangen von diesem die Revisionserinnerungen; senden an diese die Beantwortung derselben zurück, und empfangen, wenn diese befriedigend erkannt worden ist, in der eingeführten allgemeinen Form das Absolutorium.

12. Die Zentralstiftungskasse unterliegt in Beziehung auf ihr Rechnungswesen denselben Bestimmungen, mit dem Unterschiede, daß sie den Extrakt ihres Bestandes wöchentlich liefert.

13. Die Kommunaladministratoren sind ausschliessend auf die Vereinnahmung, Verausgabung und Verrechnung des isolirten Kommunalvermögens beschränkt.

14. Alle für die allgemeinen, und besonderen Stiftungsadministratoren in Beziehung auf den Sitz ihres Amtes, der Kasse und Registratur, und auf die Perzeptionsambulanz gegebenen Bestimmungen erhalten bei den Kommunaladministratoren die analoge Anwendung.

15. Die aus der Einnahme der Kommunalrente über die Ausgabe auf die Kommunal-exigenz sich ergebenden Ueberschüsse bleiben in der einschlägigen Kommunalkasse zurück, und erwarten nach dem allgemeinen Prinzip der Verwendung ihre besondere Bestimmung.

16. Die Kommunaladministratoren senden die Monatsextrakte des Kassemannuals, und die Jahresrechnungen, mit ihren Belegen an das einschlägige, zu diesem Behufe mit einem eigenen Rechnungskommissariate versehene Generallandeskommissariatein, von welchem sie die Revisionserinnerungen empfangen, und an welches sie die Beantwortung derselben zurücksenden.

Die Generallandeskommissariate senden von den monatlichen Manualsextrakten der Kommunaladministratoren ein Duplikat, und die Jahresrechnungen derselben, ohne ihre Belege, jedoch mit den beantworteten Revisionserinnerungen, an das Zentralrechnungskommissariat des Innern zur Superrevision ein; nach welcher in der eingeführten allgemeinen Form das Absolutorium erfolgt.

IX. In Beziehung auf jenes Stiftungs- und Kommunalvermögen, welches der Administration der Patrimonialgerichtsherrschaften anvertraut ist, äussert sich die oberste Ministerialkuratel auf folgende Weise:

1. Die Patrimonialgerichtsherren sind verbunden:

a. Die Kognition des Vermögens, mittels Einsendung der Inventarisation, zu gewähren;

b. die Kognition der Verwendung der aus diesem Vermögen hervorgehenden Rente, mittels Einsendung eines Duplikates der Rechnung zu gewähren, und

c. in Beziehung auf die Verwaltung dieses Vermögens diejenigen Vorschriften in analoge Erfüllung zu setzen, welche denselben in Beziehung auf die Gerichtshaltung durch die allerhöchste Verordnung vom 6ten Junius 1807 gegeben sind.

2. Die Ueberschüsse der Administration der Patrimonialgerichtsherren anvertrauten Vermögens werden auf keine Weise mit dem, unter der königlichen Administration stehenden

Vermögen vermischt; sie unterliegen jedoch der analogen Anwendung der in Beziehung auf dieses letzte Vermögen festgesetzten Prinzipien der Verwendung.

3. Die Ausübung der Ministerialkuratel gegen die Patrimonialgerichtsherrn geschieht in allen Beziehungen durch die einschlägigen Generallandeskommissariate.

X. Die Kompetenz derjenigen Stellen, durch welche das Ministerium des Innern jene oberste Kuratel des gesamten Stiftungs- und Kommunalvermögens, mit welcher es bekleidet ist, ausübt, umfaßt demnach in Folge jener Bestimmungen, welche theils in den vorstehenden organischen Gesezen schon gegeben, theils aus einer vollkommenen Exekution derselben bedingt sind, nachstehende Funktionstheile, und Personalkonstituierung.

A. Das geheime Zentralrechnungskommisariat des Innern

1. führt die oberste Kontrolle über die Verwaltung des gesamten Stiftungs- und Kommunalvermögens;

2. in ihm konzentriert sich die Kognition des gesamten Fundirungsvermögens; es ist daher der Depositar aller Vermögensinventarisationen;

3. in ihm konzentriert sich die Kognition aller Renten und Lasten von allen Stiftungen und Kommunitäten; es ist daher der Depositar aller Stiftungs- und Kommunaletats;

4. in ihm konzentriert sich durch die Revision, Superrevision, und den Entwurf der Absolutorien die ganze Comtabilität der Stiftungs- und Kommunaladministration; es ist daher der Depositar aller Jahresrechnungen der Stiftungs- und Kommunaladministratoren.

Zur Erfüllung dieser Kompetenz ist das geheime Zentralrechnungskommissariat des Innern konstituiert;

1. aus einem Chef, welcher in allen Funktionsobjekten des Rechnungskommissariates bei dem Ministerium des Innern den unmittelbaren Vortrag führt,

die Repartition des Dienstes sowohl bei dem Rechnungskommissariate, als bei

der Zentralstiftungskasse besorgt, und über ihre Erfüllung wacht;

nach Verlaufe eines jeden Semesters einen Generalkonspekt über den Bestand des Stiftungs- und Kommunalvermögens vorlegt, und denselben am Schlusse des Etatsjahres mit einer kritischen Redaktion des statistischen und finanziellen Zustandes dieser beiden Vermögen begleitet, worin jedesmal eine Vergleichung mit den Resultaten des vorausgegangenen Jahres aufgenommen werden muß, damit sowohl die Fortschritte, als die Hindernisse, welche sich auf diesem Gebiete der Staatsadministration darstellen, gewürdigt, und für die Befestigung jener, wie für die Beseitigung dieser die zweckmässigen Maassregeln ergriffen werden können.

2. Aus zwei Rechnungssektionen, nämlich

der Stiftungssektion und der Kommunalsektion,

wovon eine jede, unter einem Oberrechnungskommissär mit der erforderlichen Anzahl von Rechnungskommissären und Kalkulatoren besetzt ist;

3. aus einem Sekretär, welcher zugleich den Ein- und Auslauf besorgt, und das Exhibitions- und Expeditionsprotokoll führt;

4. endlich aus der nöthigen Anzahl von Registratoren, Tabellisten, Kanzellisten, Dienern und Boten.

B. Die Generallandeskommissariate

1. üben im Namen des Ministeriums des Innern unmittelbar die ganze Kommunal- und Patrimonialkuratel aus;

2. sie erheben die Inventarisirung des gesamten einschlägigen Vermögens;

3. sie prüfen alle Kommunaletats, und bereifen sie zur allerhöchsten Sanktion;

4. sie ordnen die Revision aller Kommunalrechnungen, und die Prüfung der von den Patrimonialgerichtsherren einzusendenden Rechnungsduplikate an;

5. sie liefern nach Verlaufe eines jeden Monats den Konspekt der Manualsextrakte, und nach Verlauf eines jeden Semesters einen Generalkonspekt über den Bestand des Kommunalvermögens;

6. sie

6. sie begleiten diesen Konspekt am Schlusse des Etatsjahres mit der Einsendung der revidirten Kommunalrechnungen, und mit einem Generalberichte über die Resultate ihrer Kuratelfunktion, woraus der Chef des geheimen Centralrechnungskommissariates für die ihm übertragene kritische Redaktion des Ganzen die einschlägigen Materialien schöpfen kann.

Zur Erfüllung dieser Kompetenz sind die Generallandeskommissariate konstituiert;

1. aus dem Generalkommissär als Kommunal- und Patrimonialkurator;

2. aus einem Oberrechnungskommissär, welchem die erforderliche Anzahl von Rechnungskommissären, und Kalkulatoren beigegeben ist;

3. aus einem Sekretär, und zugleich Registrator, und Expeditor;

4. endlich aus der nöthigen Anzahl von Tabellisten, Kanzellisten und Boten.

XI. In Beziehung auf die Standes- und Dienstesverhältnisse der dem Stiftungs- und Kommunalvermögen dienenden Individuen werden nachfolgende Bestimmungen festgesetzt:

1. Jeder ursprünglichen Anstellung im Stiftungs- und Kommunaldienste geht eine Prüfung vorher, welche in Beziehung auf den Stiftungsdienst bei dem geheimen Zentralrechnungskommissariate, in Beziehung auf den Kommunaldienst bei dem einschlägigen Generalkommissariate vorgenommen wird.

2. Aus den Individuen des Stiftungsdienstes werden, nach dem Chef des geheimen Zentralrechnungskommissariates, nur noch die Rechnungskommissäre, der Sekretär, die Registratoren, und die Stiftungsadministratoren, dann der Zentralstiftungskassier und dessen Buchhalter, der Kategorie der Staatsdiener einverleibt.

Diese werden bei definitiver Verleihung der Stellen, mit einem Nominationsdekrete versehen, auf den Aktivitätsetat eingereiht, und hiedurch aller in der Pragmatik für den Staatsdienst vom 1sten Jänner 1805 mit dieser Würde verbundenen Bestimmungen theilhaftig, so wie allen hier aufgelegten Verbindlichkeiten unterwürfig gemacht.

3. Alle in den vorgenannten Stellen nur provisorisch dienenden, und alle in andern als den vorgenannten Stellen dienenden

Individuen stehen ausser der Kategorie der Staatsdiener; und die mit dieser Würde verbundenen Vortheile und Lasten treten bei ihnen nicht in Anwendung.

4. Aus den Individuen des Kommunaldienstes werden nach dem Generalkommissär, nur noch die Rechnungskommis-säre, der Sekretär, und jene Kommunaladministratoren, welche ausschliessend dem Dienerstande, und nicht zugleich dem Bürgerstande angehören, der Kategorie der Staatsdiener einverleibt.

5. Alle für die Staatsdiener im Stiftungsdienste gegebenen Bestimmungen treten für die Staatsdiener im Kommunaldienste in gleiche Anwendung.

6. Das Gehalt der Staatsdiener im Stiftungsdienste, und die Pensionen ihrer Hinterlassenen werden aus den Renten des Stiftungsvermögens;

das Gehalt der Staatsdiener im Kommunaldienste, und die Pensionen ihrer Hinterlassenen werden aus einer Konkurrenz des Kommunalvermögens geleistet.

7. Die ausser der Kategorie der Staatsdiener stehenden Individuen haben alsdann, wenn

sie aus Alter oder Unglück zur Fortsetzung der mit Zufriedenheit geleisteten Dienste unfähig werden, auf eine verhältnismässige Alimentation aus dem Vermögen, welchem sie gedient haben, Anspruch.

Ihre Hinterlassenen sind im Falle der Armuth, und einer erwiesenen Erwerbsunfähigkeit zur Unterstützung aus der Lokalarmenanstalt geeignet.

XII. Das gegenwärtige Edikt tritt mit dem 1sten Oktober 1807, mit welchem Zeitpunkte für die Administration des Stiftungs- und Kommunalvermögens das erste Etatsjahr eintritt, in vollkommene und allgemeine Wirkung, und ist zu diesem Ende mit den Instruktionen für den Dienst

1. des geheimen Zentralrechnungskommisariates des Innern,
2. der Zentralstiftungskasse;
3. der Generallandeskommissariate; und
4. der Stiftungs- und Kommunaladministratoren begleitet.

München, den 1sten Oktober, 1807.

(Regierungsbl. 1808. V. St. S. 209—231.)

XI.

(Zu dem I Titel, §. VII.)

Die Aufhebung des Johanniterordens und Dodation der Bisthümer.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

In der Erwägung, daß auf der einen Seite der Johanniterorden mit der Auflösung, welche er durch die Ereignisse der Zeit in seinen wesentlichsten innern und äussern Beziehungen erlitten, zugleich den eigenthümlichen Zweck seines Fortbestandes verloren hat, und daß auf der andern Seite die Erhaltungsmittel, worauf derselbe in Unsern Staaten gegründet war, theils von den Bedürfnissen des öffentlichen Unterrichts, zu dessen Beförderung sie schon ursprünglich verwendet wurden, theils von andern wichtigen Staatszwecken und Anordnungen, in dringenden Anspruch genommen werden, haben Wir beschlossen, nach dem vorausgegangenen Beispiele mehrerer Staaten, den ge-

nannten Orden in Unserm Reiche aufzuheben, und das gesamte Vermögen desselben dergestalt einzuziehen, daß jedoch den jezigen Mitgliedern und Genossen des Ordens der Betrag ihres bisherigen Bezuges gesichert bleiben, und dabei zur Sicherstellung der Zwecke, wozu jenes Gesamtvermögen künftig bestimmt ist, dasselbe nicht allein unveräußert erhalten, sondern auch von dem übrigen Staatsvermögen abgesondert, und als für sich bestehend, behandelt werden soll.

Zu diesem Ende verordnen Wir, wie folgt:

I. Der Johanniterorden wird in Unserm Reiche hiemit aufgehoben, und darin überall von seinem gesamten Vermögen, jenes des Großpriorats nicht ausgeschlossen, in Unserem Namen Besiz ergriffen.

II. Alle Vorräthe, Kassen, Archive und Registraturen werden daher sogleich unter Siegel, und die Beamten in Unsere Pflicht genommen. Alle bewegliche oder unbewegliche Habe wird getreulich beschrieben, oder wenn eine Beschreibung davon bereits vorhanden ist, diese nach dem gegenwärtigen Zustande berichtet.

III. Die Kasse des Provinzialkapitels und des Großpriorats wird nach vorgenommenen förmlichen Umsturze sogleich an Unsere Zentralstaatskasse übergeben, und von dieser nach den unten folgenden nähern Bestimmungen abge-sondert geführt.

IV. Die Verwaltung der Großpriorats- und Kommendebesizungen kann den hiezu aufgestellten Ordensbeamten einstweilen überlassen werden; oder, wenn ihre anderweitige Anstellung und andere besondere Gründe dieses nicht wohl ferner gestatten sollten, wird sie zwar den einschlägigen Rentämtern, jedoch zur abge-sonderten Verrechnung übertragen.

V. Die auf gedachten Besizungen, und den dabei befindlichen Unterthanen von den Inhabern der Güter ausgeübte Gerichtsbarkeit und Polizeigewalt geht an das einschlägige Landgericht über.

VI. Auch werden die auf Pfarreien und Benefizien von dem Orden, dem Großpriorate, oder den Kommandeurs bisher ausgeübten Rechte der Präsentation, Installation, Versieglung und Verhandlung der geistlichen Verlassenschaften, Unsern für diese Gegenstände verordneten Behörden vorbehalten.

VII. Die Gesamtheit dieser eingezogenen Güter wird, um den Zweck ihrer künftigen Bestimmung zu sichern, wie oben bereits erklärt ist, unveräussert erhalten, und mit dem übrigen Staatsvermögen nicht vermischt.

VIII. Die Bepfründeten des Ordens werden für den Entgang ihrer Kommendegefälle auf Lebensdauer durch Pensionen entschädigt, welche dem Betrage ihres gegenwärtigen Bezuges gleich kommen.

IX. Die Quantität dieses Bezuges wird durch vorschriftmässige Fassionen, nach Abzuge der auf dem Bezuge haftenden Lasten, und der ihn treffenden Steuern, in Uebereinstimmung mit Unsern Entschliessungen vom 20sten Januar 1807 und 2ten August gedachten Jahres bestimmt.

X. Die Bepfründeten treten mit dem 1sten Oktober d. J. als dem Anfange des Etatsjahres 1808^g in den Genuß ihrer Pensionen. Bis dahin verbleiben ihnen die, einem Nuzniesser nach vollständig hergestelltem fundus instructus rechtlich zuständigen Gefällsbeträge, Vorräthe und Ausstände.

XI. Die noch nicht bepfründeten Ritter, die Konventualpriester und übrigen Pensioni-

sten behalten die bisher bezogenen rechtlich erlangten Geldpensionen und Unterstützungen.

XII. Auf gleiche Art wird es mit den etwa noch vorhandenen pensionirten Exjesuiten gehalten.

XIII. Die gepfründeten Ritter und geistlichen Kommandeurs rücken in Gemäfsheit der Statuten, und der Stiftung von 1799 bei Erledigungsfällen in die höhern Pensionen, als Surrogate der bessern Kommanderien, nach.

XIV. Eben so treten die jezt vorhandenen Ritter und Konventualpriester, welche noch keine Präbende besizen, bei Erledigungsfällen der Ordnung nach in die Kommendepensionen ein, und rücken darin auf gleiche Art vor.

XV. Sämtliche Mitglieder und Ehrenkreuze des aufgehobenen Johanniterordens in Unserem Reiche behalten, das Befugnifs, das Zeichen desselben lebenslänglich zu tragen.

XVI. In Folge der wirklichen Aufhebung des Ordens erklären Wir ferner, dafs sämtlichen Ordensgenossen die volle Eigenthumsfähigkeit, mithin auch das Recht zu erben, und an Andere zu vererben, nach Inhalt Unserer

Verordnung vom 17ten November 1803 zustehen soll.

XVII. Die wirklichen Priester, oder in höhern Weihen stehenden Ordenskandidaten, so wie alle, welche zum geistlichen Stande adspiren, sind durch vorstehenden Absatz nur von den Beschränkungen in Absicht auf den bürgerlichen Stand befreit; nicht aber von der Verbindlichkeit, den Priesterstand beizubehalten oder anzutreten, so fern sie auf die Kommendepensionen Anspruch machen wollen.

XVIII. Die Entschädigung Unseres zweitgeborenen Prinzen Karl Theodor, als Großpriors des aufgehobenen Ordens, behalten Wir Uns vor, mit angemessener Rücksicht auf die dabei in Erwägung zu ziehenden besondern Verhältnisse und Hausgesetze näher zu bestimmen.

XIX. Die Ordensbeamten werden nach der Verordnung über die Verhältnisse der Staatsdiener vom 1sten Januar 1805, und nach den Bestimmungen der Konstitution Tit. III. §. 7. behandelt, wobei ihnen die Verbindlichkeit bleibt, sich zu den Gutsverwaltungen oder zu andern Staatsdiensten gebrauchen zu lassen.

XX. Die aus dem Vermögen des aufgehobenen Johanniterordens hervorgehenden Gefälle

werden an Unsere Zentralstaatskasse eingesendet, und Unser geheimes Finanzministerium wird über ihre Verwaltung und Berechnung die erforderlichen besondern Verfügungen treffen.

XXI. Die Pensionen der Bepfründeten bleiben auf den Kommenden, und dem gesamten eingezogenen Vermögen des Ordens versichert; und wenn der Fall der Verwendung dieser Güter zu den Zwecken eintritt, deren Bestimmung hier unten folgen wird, so geht diese Versicherung auf die gesamten Staatseinnahmen dergestalt über, daß besagte Pensionen zu jeder Zeit vorzüglich entweder bei Unserer Zentralstaatskasse, oder bei der dem Pensionirten zunächst gelegenen, dazu geeigneten Rezeptur in Vierteljahreszielen entrichtet werden sollen.

XXII. Sollten durch zufällige Ereignisse, z. B. niedrige Getreidpreise, Hagelbeschädigungen, u. s. w. die Renten der Kommenderien, und des übrigen Ordensvermögens, den festgesetzten Pensionen der Titularen nicht gleich kommen, so wird, wenn sie letztere aus jenen Renten beziehen, das Fehlende ihnen immer aus der Staatskasse ersetzt werden.

XXIII. Die Bepfründeten bleiben in dem Fortgenusse ihrer bisherigen Wohnung, in so

fern ihre Verwendung nicht zu andern Staatszwecken erfordert wird. In diesem Falle wird auf eine billige Entschädigung dafür Rücksicht genommen.

XXIV. Ausser oben bemerkten Entschädigungspensionen hat keine andere Abgabe an die Kommandeurs, Ritter, und Konventualpriester, oder Ordenspensionisten künftig mehr Statt. Alle sogenannte Rezeptionsgebühren, Respon- sionen, Mortuarien, Vakanzgelder u. s. w., so wie alle Reichnisse an die gemeine Ordensschaz- kammer, hören gänzlich auf.

XXV. Das gesamte Vermögen des Johan- niterordens wird zur künftigen Dotation der Baierischen Bisthümer und ihrer Kapitel be- stimmt, und was hievon an Gütern und Renten übrig bleibt, wird der Verbesserung des Schul- fonds gewidmet.

XXVI. Die Ueberschüsse, welche sich bis zum Vollzuge erwähnter Dotation der Bisthü- mer und ihrer Kapitel, nach Bezahlung der Pensionen und übrigen Lasten, an der Rente des gesamten Ordensvermögens durch eintretende Verminderungen der Ausgabe, oder Vermehrungen der Einnahme ergeben, sollen dem Schul-

fonde als ausserordentliche Unterstützung zugewendet werden.

XXVII. Die vollständigen Konspekte über den Werth der Johannitergüter sollen nach den Formularen, welche den Klosteraufhebungskommissären mitgetheilt wurden, sobald als möglich hergestellt, und an die Kreisfinanzdirektionen, von diesen aber an Unser Finanzministerium eingesendet werden, welches einen General-Vermögens-Einnahms- und Ausgabskonspekt hiernach entwerfen lassen, und Unserm Ministerium des Innern ein Exemplar davon mittheilen wird.

XXVIII. Uebrigens haben Unsere, bei diesen Gütern eintretende Administrationen vorzüglich darauf Bedacht zu nehmen, daß die ihnen anvertrauten Verwaltungsgegenstände nicht bloß bei ihrem jezigen Ertrage erhalten werden, sondern auch derselbe zur vollständigen Erreichung des wichtigen Zweckes, den Wir Uns bei dieser Maasregel vorgesetzt haben, so viel möglich vermehrt werde.

Wenn Wir durch gegenwärtige Verordnung, von höhern Staatszwecken und der veränderten Lage der Verhältnisse und Umstände bewogen, auch in Unsern Staaten das so lange

mit Auszeichnung bestandene, durch seine frühere Geschichte ehrwürdige Institut des Johannerordens aufgehoben haben, so überlassen Wir Uns dabei der Ueberzeugung, daß die bisherigen Mitglieder und Genossen desselben in obigen sie betreffenden Verfügungen nicht allein jede persönliche Billigkeitsrücksicht gegen sie sorgfältig wahrgenommen, sondern auch darin den Beweis des fortdauernden Wohlwollens und der Gnade finden werden, womit Wir ihnen zugethan bleiben.

München, den 8ten September, 1808.

MAX JOSEPH.

Freihr. v. Montgelas. Freihr. v. Hompesch.

(Regierungsbl. 1808. LIV. Stück. Seite 2157 — 2164.)



XII.

(Zu dem I Titel, §. VII.)

V e r o r d n u n g, die Ansässigmachung der Nichtkatholi- schen in Baiern betreffend.

MAXIMILIAN JOSEPH CHURFÜRST.

Wir haben bei verschiedenen Anlässen wahrgenommen, daß Viele die irrige Meinung hegen: die katholische Religionseigenschaft sey eine wesentliche Bedingniß der Ansässigmachung in Baiern, welches von den nachtheiligsten Folgen für die Beförderung der Industrie und Kultur in diesem Lande zeither gewesen ist.

Gleichwie aber weder in der Reichs- noch Landesverfassung einiger Grund für diese Meinung beruhet, so wollen Wir: daß bei der Ansässigmachung in Unsern sämtlichen herobern Staaten die katholische Religionseigenschaft nicht ferner als eine wesentliche Beding-

nifs anzusehen sey, und darnach andere Glaubensgenossen davon ausgeschlossen werden.

Auf diesem Grundsaze ist in Zukunft fest zu beharren, und sämtliche Landeskollegien sind darauf anzuweisen.

Amberg den 10ten November, 1800.

MAX JOSEPH.

Freiherr von Montgelas.



XIII.

(Zu dem I Titel, §. VII.)

V e r o r d n u n g,
die Gewissensfreiheit und Ansässigmachung anderer Religionsverwandten betreffend.

MAXIMILIAN JOSEPH CHURFÜRST etc.

Wir haben schon den 10ten November vorigen Jahres Unsere Landeskollegien anweisen lassen, daß bei der Ansässigmachung in Unseren sämtlichen herobern Staaten die katholische Religion nicht ferner als ein wesentliches Bedingniß anzusehen sey, und darnach andere Glaubensgenossen davon ausgeschlossen werden sollen. Zu dieser Verfügung sind Wir sowohl durch die Ueberzeugung, daß weder in der Reichs - noch in der Landesverfassung einiger Grund zu solcher Ausschliessung liege, als auch durch die Betrachtung bewogen worden, daß

die Konkurrenz anderer Religionsverwandten zu dem Erwerbe liegender Gründe und zur Ausübung der Gewerbe, der Landeskultur und dem Gewerbsfleisse nothwendig Aufnahme, Antrieb und Ermunterung verschaffen müsse. Dieses wird durch das Beispiel anderer in der Kultur fortschreitender Staaten bewährt, wo die Ausschliessung anderer Religionsverwandten wegen ihrer Religionseigenschaft, wenn sie übrigens alle Eigenschaften eines guten und nützlichen Bürgers besitzen, schon längst als der Vernunft und dem Geiste der christlichen Religion zuwider anerkannt worden ist. Obschon daher durch die gestattete Ansässigmachung anderer Religionsverwandten nichts verordnet wird, was den bestehenden rechtlichen Verhältnissen entgegen läuft, und wozu ein neues Gesetz nothwendig wäre, so haben Wir doch für zweckmässig gefunden, sämtlichen Unterthanen Unsere bestgemeinte Absicht zu eröffnen, in der Zuversicht, daß sie sich bestreben werden, mit Beseitigung alles Religionshasses anderer Religionsverwandten, welche sich in Unsern herobern Landen auf gesetzlichen Wegen ansässig machen werden, mit der Achtung und Liebe zu begegnen, welche eine jede Religion dem Menschen vorschreibt.

Sämmtliche Obrigkeiten des Landes werden zugleich erinnert, daß sie der Ansässigmachung anderer Religionsverwandten, so ferne dieselbe die gesetzliche Erfodernisse in Erfüllung bringen, sich durch Geschicklichkeit auszeichnen, oder sonst mit zureichendem Vermögen versehen sind, kein Hinderniß machen oder gestatten, sondern sich jederzeit Unserer Willensmeinung gemäß benehmen sollen. Uebrigens würde es eine Mißdeutung unserer landesfürstlichen Absicht seyn, wenn diese aus den Grundsätzen einer guten Staatspolizei fließenden Maassregeln als eine Kränkung des dermaligen Religionszustandes Unserer Unterthanen, wogegen Wir niemals eine Störung gestatten werden, angesehen werden würde.

München den 26sten August, 1801.

MAX JOSEPH.

Freiherr von Hertling.

Auf churfürstlichen höchsten Befehl,

von Rauffer.

(Regierungsbl. 1801. XXXVI. Stück. Seite 559—562.)



XIV.

(Zu dem I Titel, §. VII.)

E d i k t,

die Religionsfreiheit in den Provinzen
Franken und Schwaben betreffend.

MAXIMILIAN JOSEPH, CHURFÜRST etc.

Da in den Uns angefallenen Entschädigungs-
landen in Franken und Schwaben Einwohner
von verschiedenen Glaubenskonfessionen sich
befinden, die nicht überall gleiche bürgerli-
che Rechte geniessen, sondern an manchen Or-
ten noch unter dem Drucke harter einschrän-
kender Geseze stehen, da die Duldung fremder
Religionsverwandten an manchem dieser Orte
bisher entweder gänzlich verboten, oder doch
wenigstens sehr erschwert war, so halten Wir
Uns verpflichtet, diese den Grundsätzen des öf-
fentlichen Rechtes sowohl, als dem Geiste der
christlichen Religion, der Industrie, der sittli-
chen und wissenschaftlichen Kultur widerstre-

benden Geseze und Einrichtungen nicht ferner bestehen zu lassen, sondern Wir wollen, daß diejenigen Verordnungen, welche Wir über Religionsfreiheit und Duldung für Unsere alten Staaten erlassen haben, auch auf Unsere neuen in Franken und Schwaben erstreckt werden.

Darnach

1. bestätigen Wir nicht nur sämtlichen in Unsern Entschädigungslanden befindlichen, christlichen Konfessionen, nach dem §. 63. des Reichsdeputationsschlusses vom 23sten November vorigen Jahres, ihre bisherige Religionsübung mit allen ihren Annexis, und versprechen, sie gegen jede Kränkung darin sowohl zu schützen, als insbesondere den Besiz und Genuß ihres eigenthümlichen Kirchenguts (soweit solches keiner Säkularisation unterworfen) und ihres Schulfonds, nach Vorschrift des westphälischen Friedens, ihnen ungestört zu erhalten, sondern

2. Wir ertheilen auch allen christlichen Religionsverwandten, welche in genannten Unsern Erbstaaten schon wirklich wohnen, oder sich allda niederlassen wollen, den vollen Genuß bürgerlicher Rechte dergestalt, daß, wenn sie die übrigen gesetzlichen Erfordernisse dafür erfüllen, die Verschiedenheit ihrer Konfessionen

sie nirgends wo mehr, weder von dem Ankaufe und Besize liegender Gründe, noch von den übrigen Aktiv- und Passivrechten eines Bürgers ausschliessen sollen.

3. Auch bei künftiger Besezung der Staatsämter werden Wir jederzeit nur auf die Würdigsten ohne Unterschied der im deutschen Reiche eingeführten drei christlichen Religionen den Landesväterlichen Bedacht nehmen.

4. Keinem Unserer Unterthanen, von welcher Konfession er sey, soll je etwas zugemuthet werden dürfen, welches seiner Religions- oder Gewissensfreiheit entgegen wäre, daher sollen diejenigen, welche noch in keiner eigenen kirchlichen Gemeinde vereinigt sind, in ihrer Hausandacht nie gestört werden, auch soll ihnen kein Hinderniß in den Weg gelegt werden, wenn sie Kirchen ihrer Konfession in der Nachbarschaft besuchen, oder durch Geistliche daher in ihren Häusern in der Stille die Sakramente sich administrieren lassen wollen; jedoch werden sie in Allem, was ihre Gewissensfreiheit nicht beschränkt, zu der gewöhnlichen Ortspfarrei gerechnet, und müssen dahin die hergebrachten Stollgebühren entrichten.

5. Sobald sie aber eine hinreichende Anzahl zur Bildung einer eignen Gemeinde ausmachen, und die dazu erforderlichen Mittel besitzen, so werden Wir ihnen die Erlaubniß dazu nie versagen; wo alsdann ihre Einverleibung in eine Pfarrei anderer Konfession aufhört.

6. Kein Religionstheil soll schuldig seyn, die besondern Feiertage des Andern zu feiern, sondern es soll ihm frei stehen, an solchen Tagen sein Gewerbe, und seine Handthierung auszuüben, jedoch ohne Störung des Gottesdienstes des andern Theils, und ohne daß die Achtung dabei verletzt werde, welche man jeder versammelten Gemeinde bei Ausübung ihrer religiösen Handlungen und Gebräuche schuldig ist.

7. Wir werden Uns zwar in die innere konstitutionelle Gesetzgebung des Kirchenwesens, in eigentliche Lehr- und Glaubenssachen nie einmischen; über die Ausübung derjenigen Rechte aber, besonders der obersten Aufsicht, welche der höchsten Staatsgewalt sowohl nach dem allgemeinen als positiven teutschen Staatsrechte darüber zusteht, soll sorgfältig gewacht werden.

Alle Geseze und Herkommen, welche gegen die deutliche Bestimmung oder den Sinn die-

ses Edikts zeither eingeführt waren, sollen als ferner ungiltig, und aufgehoben angesehen werden.

Wir erwarten von unseren neuen Unterthanen, daß sie die wohlthätigen Landesväterlichen Absichten dieser Verordnung um so weniger mißkennen werden, als sie die Beförderung ihres Wohlstandes, und ihrer sittlichen Vervollkommnung allein zum Zwecke hat, und auf solchen Grundsätzen beruht, welche die Moral aller christlichen Religionen anerkennt, und ihre Ausübung zur Pflicht macht.

Unserm Generallandeskommissariate in Franken und Schwaben wird aufgetragen, dieselbe alsbald öffentlich bekannt zu machen, und sämtliche sowohl geistliche Vorsteher als weltliche Landesstellen und Beamte auf ihre genaue Beobachtung nachdrücklichst anzuweisen, und über ihre Vollziehung zu wachen.

München den 10ten Januar, 1803.

MAX JOSEPH.

Freiherr von Montgelas.

Auf churfürstlichen höchsten Befehl.

von Kraufs.

(Regierungsblatt 1803. III. Stück. Seite 25—28.)

XV.

(Zu dem I. Titel, §. V.)

V e r o r d n u n g,
die Religionsverhältnisse der Kinder bei
vermischten Ehen betreffend.

MAXIMILIAN JOSEPH, CHURFÜRST etc.

Da sowohl Unsere alten, als neuen Erbstaaten von verschiedenen Glaubensbekennern bewohnt werden, welche in dem Fall kommen können, Heurathen unter sich schliessen zu wollen, so sollen solche vermischte Ehen als Folge der in Unsern Erblanden eingeführten bürgerlichen Toleranz ungehindert, und jedem der Neuverlobten ohne Unterschied, ob sie sich bei dem Pfarrer des Bräutigams, oder der Braut trauen lassen wollen, wenn sie die hergebrachten Gebühren bezahlt haben, die Dimissoriales ertheilt werden. Damit aber auch allen Irrungen, welche über die Erziehung der aus dergleichen Ehen erzielten Kinder entstehen könnten, vorgebeugt werde, so verordnen Wir;

1. Den Neuverlobten soll eine uneingeschränkte Freiheit belassen werden, bei dem Eintritte in die Ehe mit Beirath ihrer Eltern oder Vormünder die Religionsverhältnisse ihrer künftigen Kinder in ordnungsmässigen Ehepakten nach den in jeder Provinz hergebrachten gesetzlichen Formen zu bestimmen.

2. Finden sie während ihrer Ehe aus wohl überlegten Ursachen rathlich, in ihrer eingegangenen Eheberedung Abänderungen zu treffen, so sollen ihnen dieses zwar gestattet seyn, jedoch nicht anders, als unter Beobachtung der nämlichen gesetzlichen Formen, welche für die Errichtung giltiger Ehepakten vorgeschrieben sind.

3. Wenn die Kontrahenten vor, oder bei ihrer Verehelichung über die Religionsverhältnisse ihrer künftigen Kinder auf die bemerkte Art nichts verabredet haben, so sollen weitere Verträge hierüber während ihrer Ehe nicht mehr Statt haben, sondern die Söhne sollen in dem Glaubensbekenntnisse des Vaters, und die Töchter in dem Glauben der Mutter bis zur Erreichung der Diskretionsjahre, welche für beide Geschlechter auf das zurückgelegte 18te Jahr festgesetzt werden, erzogen werden.

4) Nachdem sie aber zu diesem Jahresziel gelangt sind, soll es von ihrer freien Wahl ab-

hängen, zu einer, oder der andern, der im teutschen Reiche eingeführten drei christlichen Kirchen überzutreten.

5. Weder dem den andern überlebenden Ehegatte, noch den Vormündern ist erlaubt, in diesen gesezlich bestimmten Religionsverhältnissen eine Aenderung zu machen, sondern sie sind gehalten, die angefangene Erziehung in dem bestimmten Glaubensbekenntnisse bis zu den Diskretionsjahren ihrer Kinder vollenden zu lassen.

Unsere Generallandesdirektion hat diese Verordnung durch das Regierungsblatt bekannt zu machen, und sowohl die Zivil- als geistlichen Obrigkeiten darnach anzuweisen.

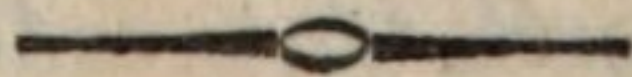
München den 18ten Mai, 1803.

MAX JOSEPH.

Freiherr von Montgelas.

Auf churfürstlichen höchsten Befehl
von Kraufs.

(Regierungsblatt 1803. XXI. Stück, Seite 321 — 323.)



XVI.

(Zu dem I. Titel, §. VII.)

E d i k t,

die Freiheit der Presse und des Buch-
handels betreffend.

MAXIMILIAN JOSEPH, CHURFÜRST etc.

Wir haben kurz nach dem Antritte Unserer Regierung in einer Verordnung vom 2ten April 1799 erklärt, daß die wahre Besserung des Herzens von der zweckmässigen Bildung des Verstandes größtentheils abhängen, und beide von einander nicht getrennt werden sollen, daß Wir darnach erachten, eine Unserer wichtigsten Regentenpflichten zu seyn, die Nation, welche zu regieren die Vorsicht Uns anvertraut hat, durch die geeignetesten Anstalten zu diesem doppelten Zwecke hinzuführen.

So wesentlich die beiden Grundpfeiler des öffentlichen Wohls, Religion und Sittlichkeit

seyen, eben so nothwendig sey die Erforschung jeder nützlichen Wahrheit, welche keineswegs erschwert, sondern vielmehr befördert werden müsse.

Darnach haben Wir damals das Zensurkollegium, weil es den liberalen Gang der Wissenschaften aufzuhalten schien, aufgehoben, und dafür eine Zensurkommission mit der Anweisung zu einem bescheidenen und liberalen Verfahren bei ihren künftigen Zensuren angeordnet.

Wir sind seitdem auf die Fortschritte der Geistesausbildung der verschiedenen Klassen der Bewohner Unserer Erbstaaten unausgesetzt aufmerksam geblieben; Wir haben bei dem freien Emporstreben mit Wehmuth die Ausartungen der gestatteten Pressfreiheit, eine Inurbanität und Zügellosigkeit mancher unreifer Schriftsteller wahrgenommen; allein Wir wollten nicht die ungerechte Maxime befolgen, den Mißbrauch der natürlichen Kräfte durch Untersagung und allgemeine Beschränkung des Gebrauches selbst verhüten zu wollen.

Wir übersahen desßhalb großmüthig strafbare Angriffe Unserer eigenen höchsten Person, um keinen guten und aufgeklärten Mann abzu-

halten, mit Freimüthigkeit und Redlichkeit seine Meinung öffentlich darüber zu äussern, was nach seiner besten Absicht, und seinem Dafürhalten beitragen könnte, das allgemeine Beste zu befördern.

Indessen sind Wir Unserer Regentenpflicht schuldig, in Unsern Staaten Ordnung und Sittlichkeit kräftigst zu handhaben, und einem jeden Unserer Unterthanen seinen guten Namen und Ruf unter dem Schutze des Gesetzes zu sichern.

Darum haben Wir mit Vernehmung Unseres geheimen Staatsraths in reife Erwägung gezogen, durch welche gerechte und zweckmässige Maassregeln die Lese- und Pressfreiheit in Unsern Erbstaaten in solchen Schranken erhalten werden könne, welche der Staatszweck erfordert.

Da Wir durch die bisherige Erfahrung überzeugt worden sind, daß die gewöhnliche Maassregel, zu welcher man gegen den Mißbrauch der Pressfreiheit seine Zuflucht zeither genommen hat, nämlich die Zensur, in ihrer Anwendung auf die einzelnen Fälle weder gerecht, noch zweckdienlich, noch hinreichend ist, so haben Wir beschlossen, die in Unseren

sowohl alten, als neuen Baierischen Landen noch bestehenden Zensurkommissionen aufzuheben, und in Ansehung der schon gedruckten Schriften für die offenen Buchhandlungen, und diejenigen, welche obrigkeitlich zu diesem Gewerbe berechtigt sind, einen freien Verkehr, so wie für die Verleger und Buchdruckereien im Lande eine solche Pressfreiheit zuzulassen, daß von nun an in der Regel keiner verbunden seyn soll, seine Bücher und Schriften, die er in Unsern Erbstaaten einführen, oder in Druck geben will, der bisher angeordneten Zensur und Approbation zu unterwerfen, oder zu dem Ende solche denjenigen zur Durchsicht einzuliefern, denen diese Verrichtung bisher übertragen gewesen war.

Damit aber die in Unsern Staaten nunmehr bewilligte Freiheit der Presse und des Buchhandels nicht in eine ungestrafte schädliche Freiheit ausarte, so wird eine allgemeine Aufsicht über die darin befindlichen Buchhandlungen, Offizinen der Antiquarien, der Leih-Bibliothek-Inhaber, Leseinstitute und Buchdruckereien der Polizeiobrigkeit jedes Orts, wo solche sich befinden, und die Bestrafung der Verbrechen, welche durch Schriften begangen

werden, den kompetenten Gerichten nach den Gesezen übertragen.

In Folge dessen:

1) sollen alle Buchhandlungen, Antiquarien, Leih-Bibliothek-Inhaber, die Vorsteher der Leseseinstitute, Kupferstich-, Bilder- und Kartenhändler unter einer Strafe von 100 Thaler verbunden seyn, ihre Kataloge der Polizeibehörde zu übergeben.

2) Diejenigen, welche keine obrigkeitliche Konzession haben, dürfen in Unsern Staaten, die Messzeit ausgenommen, weder mit Büchern noch Kupferstichen, Bildern etc. handeln. Jede Ortspolizei soll darnach wachsam seyn, damit nicht durch solche unberechtigte Mäkler, Krämer, Kolporteurs, Bänkelsänger und andere unangesessene Leute, Schriften, von welcher Art sie seyn mögen, besonders Bilder, Lieder, Kalender, religiöse, oder profane Volksblätter ins Publikum gebracht werden. Bei ihrer Entdeckung sind sie sogleich in Beschlag zu nehmen, und dasjenige Individuum, welches die Geseze überschritten hat, soll nebst dem nach Befinden der Umstände noch besonders bestraft werden.

3) Wenn

3) Wenn die Polizei in den Katalogen der berechtigten Buchhandlungen oder Druckereien Schriften wahrnimmt, oder der Verkauf solcher Schriften bei ihr angezeigt wird, deren Inhalt sich nicht bloß auf wissenschaftliche Untersuchungen, oder politische und statistische Notizen beschränkt, sondern was immer für illegale Angriffe einer physischen oder moralischen Person sich erlaubt, folglich durch denselben

- a. die Rechte eines Dritten wirklich gefährdet, die Ehre und der gute Name eines oder mehrerer Menschen gesezwidrig verletzt;
- b. verläumderische und beleidigende Urtheile über den Regenten ins Publikum gebracht;
- c. auf eine freche unehrerbietige Art die Landesgesetze oder Anordnungen im Staate mit böslichem Vorsatze getadelt oder verspottet werden;
- d. wirkliche Aufmunterungen zum Aufruhr, zu gewaltsamen Revolutionen, zur Herbeiführung der Anarchie geschehen;
- e. die im Staate bestehenden Kirchen gesezwidrig angegriffen werden;
- f. die Sittlichkeit offenbar untergraben wird, und der Schriftsteller zur Wollust und zum Laster zu verführen sucht;

g. offenbar schädliche Vorurtheile, besonders in einer an das gemeine Volk gerichteten Schrift gelehrt und fortgepflanzt werden:

(Was von Schriften gesagt wird, gilt auch von Gemälden und andern sinnlichen Darstellungen, welche in einer der eben bemerkten unerlaubten Absichten bekannt gemacht werden.)

so soll die Polizei sogleich die Verbreitung einer solchen Schrift oder sinnlichen Darstellung hemmen, und ein Exemplar derselben an die ihr vorgesezte obere Polizeibehörde, nämlich die einschlägige Landesdirektion, einsenden. Diese hat sodann die bezeichneten Charaktere eines illegalen Angriffes näher zu untersuchen.

4) Findet sie diese wirklich in der ihr vorgelegten Schrift oder sinnlichen Darstellung, so ist solche sogleich öffentlich zu verbieten, und nach Befinden der Umstände selbst in Beschlag zu nehmen.

5) Den auf eine illegale Art angegriffenen Privatpersonen bleibt überlassen, den Verfasser, und wenn dieser nicht bekannt oder falsch angegeben ist, den Verleger, und in sub-

sidium den Drucker oder jeden Verbreiter wegen der ihnen geschehenen Unbilde vor der kompetenten Justizbehörde zu verfolgen.

6) Sind hingegen in einer solchen Schrift oder sinnlichen Darstellung illegale Angriffe auf eine öffentliche, physische oder moralische Person auf die oben bemerkte Art gewagt worden, so soll der Verfasser, und, wenn dieser nicht bekannt oder falsch angegeben ist, der Verleger, und in subsidium der Drucker und jeder Verbreiter, der geeigneten Justizbehörde zur gesetzlichen Bestrafung ex officio angezeigt werden.

7) Bei anonymen Schriften, wo weder Verfasser, Verleger, noch Drucker bekannt sind, bleibt jederzeit derjenige, welcher eine solche Schrift debitirt, für ihren Inhalt verantwortlich.

8) Wird in der oberen Polizeibehörde vorgelegten Schrift oder sinnlichen Darstellung zwar kein gesetzliches Verbrechen gefunden, die Schrift ist jedoch offenbar entweder in Rücksicht auf Moralität oder auf physisches Wohl der Staatsbürger schädlich, so ist blos zu verhindern, damit sie nicht weiter in Umlauf gesetzt werde, und es soll sogleich ein Exemplar

davon demjenigen geheimen Ministerialdepartement eingeliefert werden, welchem die Aufsicht über den öffentlichen Unterricht und die Volksbildung anvertraut ist; dieses kann nach Umständen einen öffentlichen Verbot einer solchen Schrift oder sinnlichen Darstellung veranlassen; auch gehört zu seinen Pflichten das allenfalls irregeführte Volk durch zweckmässigere Schriften über den nämlichen Gegenstand belehren zu lassen.

9) Der Polizei kommt weder eine Zensur noch eine Bestrafung zu, wenn nicht ein blosses Polizeiverbrechen (wie Nro. 1. und 2.) begangen worden ist; sie soll eigentlich nur wachen, damit die Geseze beobachtet, und Uebel die entstehen könnten, noch in Zeiten verhütet werden.

10) Wenn Wir schon bei politischen und statistischen Schriften keine bestimmte Einschränkung gemacht haben, so versteht sich doch von selbst, daß Staatsdiener ihre Vorträge und Arbeiten über Gegenstände, die ihnen nach ihrem Geschäftskreise übertragen sind, so wie auch statistische Notizen und sonstige Bemerkungen, zu deren Kenntniss sie nur durch ihre Dienstesverhältnisse kommen konnten, nie ohne

Unsere besondere Erlaubniß dem Drucke übergeben dürfen.

Unsere Generallandesdirektion hat dieses Edikt zur schuldigen Befolgung öffentlich bekannt zu machen, und die einschlägigen Behörden darnach anzuweisen.

Der dadurch aufgelösten Zensurkommission ist aufgegeben worden, ihre Akten an das Landesarchiv abzuliefern; auch wird das dabei angestellt gewesene Kanzleipersonal erwähnter Generallandesdirektion zur Verwendung bei Kanzleiarbeiten überwiesen.

München, den 13ten Junius, 1803.

MAXIMILIAN JOSEPH CHURFÜRST.

Freiherr von Montgelas.

Auf churfürstlichen höchsten Befehl

von Kraufs.

(Regierungsblatt 1803. XXV. Stück, Seite 377—383.)



XVII.

(Zu dem I Titel, §. VII.)

V e r o r d n u n g, die Zensur der politischen Zeitschriften betreffend.

MAXIMILIAN JOSEPH CHURFÜRST.

Da Wir in Rücksicht der politisch- periodischen Blätter, welche in Unsern Erbstaaten wirklich erscheinen sollten, eine solche Einrichtung zu treffen für nöthig gefunden haben, wodurch ohne der vernünftigen Freiheit zu enge Grenzen zu sezen, jedoch jede Ausschweifung vermieden werde, so verordnen Wir:

1) dafs keine neue Zeitung oder sonstiges periodisches Blatt politischen Inhalts in die Zukunft in Unseren Erbstaaten mehr gedruckt werden soll, ohne Unsere gnädigste Spezialerlaubniß;

2) ist dieselbe bei Unserem geheimen Ministerialdepartement der auswärtigen Angelegenheiten unmittelbar nachzusuchen, welches die

betheiligte oberste Polizeibehörde darüber mit ihrem Gutachten zu vernehmen, sodann einen Vortrag an Uns zu erstatten hat;

3) wird allhier jederzeit ein Zensor unmittelbar von Unserem Departement der auswärtigen Angelegenheiten ernannt werden, welchem der erste Abdruck jedesmal vor der Austheilung in das Publikum vorgelegt werden muß, und ohne dessen Genehmigung nichts hineingesetzt, oder weiter eingeschaltet werden darf;

4) in den übrigen Provinzen hat der Chef der politischen Landesstellen aus dem Gremio einen einsichtsvollen bescheidenen und sprachkundigen Mann zu ernennen, welcher auf eben die Art dieses Geschäft über sich nehmen soll;

5) haben sich die Zeitungsschreiber

A. alles unanständigen Schimpfens und harter Ausdrücke gegen die allerhöchsten Höfe und alle bestehenden Regierungen auf das sorgfältigste zu enthalten;

B. die Thatsachen, so viel möglich einfach und ohne alle Bemerkungen und Raisonnement, in so weit sie nicht aus der Natur der Sachen fließen, oder zu ihrer besseren Aufklärung dienen, zu erzählen;

C. auch alle auffallenden und nicht genug verbürgten Nachrichten können zwar,

wegen des Werthes der Neuheit, welchen das Publikum gewöhnlich auf alle Nachrichten leget, angezeigt; jedoch muß jedesmal die Quelle, woraus dieselben geschöpft worden sind, genau angegeben werden;

D. alle offiziellen Stücke, ohne Unterschied, können ganz eingerückt werden, und sind ohne Anstand von der Zensur passieren zu lassen:

6) beschränkt sich gegenwärtige Verordnung bloß auf Zeitungen und politische Blätter; wegen der Zensur der Litterarischen und übrigen Periodischen bleibt es bei dem, was Wir hierüber an Unser geheimes Ministerialdepartement der geistlichen Angelegenheiten erlassen haben, in den übrigen Provinzen aber bei dem bisher beobachteten Herkommen.

München, den 6ten September, 1799.

MAX JOSEPH.

Freiherr von Montgelas.

Auf churfürstlichen höchsten Befehl.

von Kraufs.

(Intelligenzblatt, 1799. XLI. Stück, Seite 665. 666.)



XVIII.

(Zu dem I Titel, §. VII.)

Verordnung, die politischen und statistischen Zeitschriften betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Da Wir aus neuerlichen Erfahrungen die missfällige Ueberzeugung geschöpft haben, daß Unsere im Jahre 1799 gegebene und im XLI. Stücke des Münchner Intelligenzblattes, Seite 665 enthaltene Verordnung über die in Unserem Staate erscheinenden politischen Zeitschriften nicht allgemein beobachtet werde, so erneuern Wir dieselbe andurch, und befehlen demnach:

1) daß in Zukunft nicht nur keine politische Zeitung, sondern überhaupt keine periodische Schrift politischen oder statistischen Inhaltes in Unserem Reiche mehr herausgegeben werden solle, ohne daß vorher durch die betreffende Polizeibehörde der Plan derselben Un-

serem geheimen Ministerialdepartement der auswärtigen Verhältnisse vorgelegt und durch letzteres Unsere Genehmigung dazu erholet und ertheilet worden seyn wird;

2) Dafs jedes Blatt oder Heft solcher Schriften vor der Publikation der in jener Verordnung vorgeschriebenen Zensur unterworfen werden solle, welche für die in Unserer Haupt- und Residenzstadt zu verlegenden Zeitschriften der bemerkten Gattung dem geheimen Ministerialdepartement der auswärtigen Verhältnisse, — für die in den Provinzen erscheinenden aber den Provinzialchefs oder den von diesen dazu subdelegirten Individuen zustehet.

Sämtliche Unsere Unterthanen werden sich nach dieser Vorschrift achten, die Generalkommissäre der verschiedenen Provinzen aber dieselbe pflichtmässig zu handhaben, und über deren pünktliche Vollziehung zu wachen wissen.

München, den 17ten Februar, 1806.

MAX JOSEPH.

Freiherr von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
von Flad.

(Regierungsblatt 1806. IX. Stück. Seite 70. 71.)



XIX.

(Zu dem I. Titel, §. VII.)

Über das Indigenat.

Die Bestimmungen über das Indigenat sind enthalten in dem neuen bürgerlichen Gesetzbuche, I. Buch, I. Titel, 1. Kapitel, Artikel 11—20, 2. Kapitel, 1. Abschnitt, Artikel 21—26.

XX.

(Zu dem I. Titel, §. VII.)

V e r o r d n u n g,
das Verhältniß der Forensen zur Staats-
gewalt betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Wir haben in Unserer Deklaration über die Bestimmung der künftigen Verhältnisse der Unserer Souveränität unterworfenen Ritterschaft, mit ihren Hintersassen, zu den verschiedenen Zweigen der Staatsgewalt Lit. A. §. 6. verordnet:

Diejenigen adelichen Gutsbesizer, deren Familieneigenthum unter der Hoheit verschiedener Souveränen sich befindet, haben innerhalb sechs Monaten eine bestimmte Erklärung abzugeben, ob sie ihr ständiges Do-

mizilium in Unserem Königreiche festsetzen, oder als Forenses betrachtet und behandelt seyn wollen. Wir werden die Freiheit der Gutsbesizer hiebei nicht beschränken, so lange sie ihren Wohnsitz in den Staaten der Bundesgenossen, oder der mit dem Bunde Alliirten nehmen, und den Verbindlichkeiten, die ihnen aus dem Besitze eines land-sässigen Gutes obliegen, Genüge leisten.

Damit über die Verhältnisse solcher Forensen keine Zweifel entstehen, so wird die Stelle Unserer Deklaration dahin näher erläutert :

dass alle adelichen Gutsbesizer, welche in einem fremden Gebiete ihren ständigen Wohnsitz haben, sowohl von Unserem Fiskus, als von Unseren Unterthanen, auch bei Personalklagen vor Unseren Gerichten zwar belanget werden dürfen, wie von jeher in Baiern und andern geschlossenen Staaten eingeführt war; dieselben aber, in Ansehung des vollständigen Genusses der vom Indiginate abhängigen Rechte und Vorzüge als Fremde zu behandeln seyen.

Wornach Unsere Landesstellen sich zu achten haben.

München, den 3ten April, 1807.

MAX JOSEPH.

Freiherr von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl.

von Flad.

(Regierungsblatt 1807. XVI. Stück, Seite 609. 610.)



XXI.

(Zu dem I. Titel, §. VIII.)

E d i k t

über das Reisen in das Ausland, und das
Pafswesen überhaupt. *)

*) Folgt im Anhange.

XXII.

(Zu dem I Titel, §. VIII.)

V e r o r d n u n g über das Wandern der Handwerker.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Wir haben aus mehrfältigen Wahrnehmungen die Ueberzeugung geschöpft, daß die auswärtigen Wanderungen der Handwerker im Gegenhalte der schädlichen Folgen, welche zu gleicher Zeit aus denselben entspringen, dem Vaterlande einen sehr schwankenden Gewinn gewähren. Delswegen, und in der Erwägung, daß es bei dem gegenwärtigen Umfange und Gewerbsfleisse Unserer Staaten den meisten Klassen der Handwerker im Inlande selbst nicht an Gelegenheit zur erforderlichen Ausbildung in ihren Professionen gebrechen könne, haben Wir bereits in einer Generalverordnung vom 4ten März 1806 die herkömmliche Nothwendigkeit des Wanderns im Auslande als aufgehoben erklärt.

Da

Da aber die Gewohnheit noch fortwährend viele Handwerker ohne Noth in das Ausland zieht, und Wir auch anderer Seits unter gewissen Voraussetzungen nach dem Zwecke die Nachteile zu vermindern, ohne der Vortheile zu entbehren, den inländischen Professionisten die Theilnahme an der ausländischen Industrie nicht zu versperren gedenken, so haben Wir Uns bewogen gefunden, die erwähnte Verfügung näher zu bestimmen, und zu diesem Ende nach umständiger Berathung folgende Bestimmungen mit allgemein verbindender Gesetzeskraft ergehen zu lassen:

1) Für die Zukunft soll nur denjenigen Handwerkern in das Ausland zu wandern gestattet seyn, deren Professionen a) dem Vaterlande besonders wichtig sind, b) in fremden Staaten auf einem höheren Grade der Vervollkommnung betrieben werden, oder c) von der Art sind, daß sie nach Zeitumständen und Verhältnissen sowohl in der Materie als der Form ihres Bearbeitungsgegenstandes wesentliche Veränderungen erleiden, deren Kenntniß der inländischen Betriebsamkeit vortheilhaft seyn kann.

2) Die Kognition über diese Voraussetzungen überlassen Wir nebst der ausschließlichen

Ausstellung der Wanderpässe für das Ausland
Unseren administrativen Landesstellen mit der
Vorschrift, daß a) nach Umständen die Unter-
behörden und Zunftvorstände einvernommen,
b) die auswärtigen Wanderschaften, selbst bei
den hierzu geeigneten Handwerken, doch im-
mer nur vorzüglicheren Subjekten bewilliget,
c) in keinem Falle über drei Jahre ausgedehnt,
und d) vor der Hand vorzugsweise in die al-
liirten und rheinischen Bundesstaaten geleitet
werden sollen.

3) Ueber die Handwerker, denen die
Wanderschaft im Auslande bewilliget wird, ist
bei jeder Landesstelle ein eigenes Verzeichniß
oder Wanderbuch, in welches der Name des
Wandernden, sein Geburts- und Gerichtsort,
der Stand der Aeltern, sein Alter, seine Profes-
sion mit dem Anfange und Ende der Wander-
schaft etc. eingetragen werden, zu halten, und
ein Auszug hievon alljährlich mit den Jahrs-
berichten an Unser Ministerium des Innern
einzusenden.

4) Dem Wandernden selbst liegt ob, daß
er a) alle halbe Jahre seiner Geburtsobrigkeit
von seinem Aufenthalte Nachricht gebe, b) die
ihm verwilligte Wanderzeit in nützlicher Ar-

beit verbringe, und sich defshalb mit glaubwürdigen Zeugnissen versehe, c) sich da, wo es seyn kann, bei unseren Gesandtschaften zur Vormerkung melde, und d) binnen dem bestimmten Zeitraume wieder in seine Heimat zurückkehre. Die Individuen, welche sich hierin, namentlich in dem letzten Punkte fehlig bezeigen, sollen nicht nur der Rücksichten, die Wir anderen Handwerkern bei ihrer Zurückkunft nach Verdienst angedeihen zu lassen, geneigt seyn werden, verlustig seyn; sondern auch in dem Falle freiwilligen Ausbleibens mit Einziehung ihres Vermögens und anderen angemessenen Einschreitungen gestraft werden.

5) Jenen Handwerkern, auf welche die obigen Bedingnisse nicht anwendbar sind, ist das Wandern in fremden Staaten durchaus untersagt; das Wandern im Inlande bleibt Ihnen indessen nicht nur unverwehrt, sondern wird ihnen auch zur besonderen Verbindlichkeit gemacht, ohne deren Erfüllung keine Gewerbsantretung zulässig ist. Die Dauer dieser inländischen Wanderschaften kann sich gleichfalls nicht über drei Jahre erstrecken; nach der Verschiedenheit der Handwerke, und der grösseren oder geringeren Leichtigkeit ihrer voll-

ständigen Erlernung aber eine Verkürzung bis auf die Hälfte dieses Zeitraumes zugelassen werden.

6) Die Wanderpässe für das Inland werden von den Geburtsobrigkeiten, unter diesen jedoch nur von Unseren Landgerichten und unmittelbaren Polizeibehörden ausgefertigt. Bei jeder dieser Behörden ist gleichfalls ein besonderes Wanderbuch zu halten, und ein Auszug hievon alljährlich der vorgesetzten Landesstelle mit den Jahresberichten vorzulegen. Der Gewerbsmann, bei welchem ein inländischer Wandergeselle in Arbeit tritt, ist bei nachdrücklicher Strafe verbunden, dem Landgerichte oder der Polizeibehörde seines Orts hierüber alsbald die Anzeige zu machen, und ein Gleiches bei dessen Austritte zu beobachten. Die Behörde hat sodann den Namen, den Geburts- und Gerichtsort, die Profession des Wandernden und die noch übrige Dauer der Wanderschaft aus dem Wanderpasse in eigene Rollen überzutragen, und im letzten Falle die Austrittsbemerkung beizufügen, um sonach bei öffentlichen oder ämtlichen Aufforderungen die benöthigten Aufschlüsse geben zu können.

7) Während der Wanderzeit sind die Wandergesellen von der Konskription befreiet;

bei vorgehenden Militäraushebungen ist es aber die Pflicht sämtlicher Behörden, die in ihrem Distrikte befindlichen, und aus anderen Distrikten gebürtigen Wandergesellen, deren Wanderzeit bereits verflossen ist, in ihre Heimath zur Stellung bei der Kantonsbehörde zurück zu weisen, und gegen die Säumigen, oder Heimkehrsflüchtigen mit den geeigneten Zwangsmitteln einzuschreiten.

8) Damit der Handwerker seine vollständige Ausbildung frühezeitig erlange, und seinen übrigen Verbindlichkeiten desto leichter genügen könne, so verbieten Wir das zu späte eintreten in die Lehre mit der Bestimmung, daß in der Regel kein Bursche nach zurückgelegtem fünfzehnten Jahre mehr in die Lehre genommen, und nur bei solchen Handwerken, welche ausgebildeteren Leibeskräfte erfordern, der Eintritt noch im achtzehnten Jahre gestattet werden soll. Der Meister, bei welchem ein Junge in die Lehre gegeben werden will, hat daher vor dessen Annahme seiner Obrigkeit zur gehörigen Notiznahme hievon die Anzeige zu machen. Die Lehre selbst kann nicht länger als drei Jahre, und nicht weniger als anderthalb Jahre, dauern; im Uebrigen belassen Wir es bei den

bisherigen Observanzen mit der Verfügung, daß die Lehre durchgehends im Inlande genommen, und nach deren Beendigung alsbald die gesetzliche Wanderschaft angetreten werden müsse.

9) Handwerker, die sich der gegenwärtigen Verordnung zuwider in das Ausland begeben, unterliegen der Vermögenskonfiskationsstrafe, und anderen angemessenen Einschreitungen. Unsere Grenzbehörden sind auch beauftragt, über die austretenden Handwerker strenge zu wachen, und jedes Individuum, das entweder mit gar keinem Passe, oder nur mit einem Passe für das Inland, oder mit keinem legalen Passe der Landesstelle für das Ausland versehen ist, ohne weiters in seine Heimat zurückzuweisen. Der Handwerker, der in die Kategorie der inländischen Wanderungen fällt, kann den Staat nur aus besonderen Beweggründen, und nur auf Unsere besondere Bewilligung ungestraft verlassen.

10) Von den vorstehenden Anordnungen, die Wir durch das Regierungsblatt zu jedermanns Wissenschaft und Nachachtung öffentlich bekannt machen lassen, und wonach von den Landesstellen die untergebenen Behörden noch näher zu instruiren sind, bleiben allein

die in einigen Gebirgsgegenden Unseres Reiches im Frühlinge und Herbste gewöhnlichen Wanderungen auf Arbeitsverdienst unter der vorgesezten Aufsicht und Leitung der betreffenden Stellen und Aemter, vor der Hand ausgenommen.

München, den 11ten Oktober, 1807.

MAX JOSEPH.

Freiherr von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl.

Lampel.

(Regierungsbl. 1807. XXXXV. St. Seite 1610—1615.)

XXIII.

(Zu dem I. Titel, §. VIII.)

V e r b o t des Besuchs auswärtiger Schulen.

Auszug aus dem Edikte vom 24sten September 1799,
über die Organisation des Schulwesens.

Art. IV. V. und VI.

IV. **W**ir verbieten, daß keiner Unserer Landesunterthanen sich den lateinischen Studien auf ausländischen Schulen widmen soll. Und **W**ir befehlen:

V. daß alle in Unseren Landen geborne Schüler, welche nach Kundmachung gegenwärtiger Verordnung noch anderswo als auf einem Unserer Schulhäuser studieren würden, in der Folge bei keinem derselben mehr angenommen werden sollen, wenn sie nicht in die unterste oder erste grammatische Klasse eintreten.

VI. Kein Kandidat irgend eines Standes soll künftig zu Unsern Staatsdiensten angenommen werden, wenn er nicht beweisen kann, daß er nach dem bestehenden Studienplane auf einem Unserer Schulhäuser den vollständigen Unterricht genommen, oder wenigstens sogleich nach der Eröffnung dieses Unsers gnädigsten Willens seine Studien daselbst fortgesetzt und vollendet habe.

XXIV.

(Zu dem I. Titel, §. VIII.)

Erneuertes Verbot, die ausländischen Schulen zu besuchen.

Es ist zwar schon unterm 24sten September 1799, und 8ten Jänner vorigen Jahres den Söhnen churbaierischer Landesunterthanen verboten worden, sich mit Umgehung der im Vaterlande bestehenden Schulanstalten auf ausländische Schulen zu begeben; dessen ungeachtet hat man in sichere Erfahrung gebracht, daß diese höchst landesherrliche Verordnung noch immer überschritten worden ist.

Es wird daher obiges Verbot auf besondern höchsten Befehl dahin erneuert und erweitert, daß alle Uebertreter desselben der Freiheiten der Studierenden, besonders jener der Ausnahme von der Militärpflichtigkeit verlustig seyn sollen.

Ueberdies geht hiemit allen landgerichtlichen, ständischen und magistratischen Obrigkeiten, wie auch den Pfarrern, welche dergleichen Uebertretungen in Erfahrung bringen, die Weisung zu, dieselben bei unterzeichneter churfürstlichen Stelle gehörig anzuzeigen.

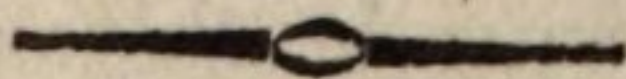
München den 26sten Julius, 1803.

Churfürstliche Generallandesdirektion.

Freiherr von Weichs.

Schmidt.

(Regierungsblatt 1803. XXXII. St. S. 534.)



XXV.

(Zu dem I. Titel, §. VIII.)

V e r o r d n u n g,
das Eintreten in ausländische Klöster
betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Wir haben über den Eintritt Unserer Unterthanen in ausländische Klöster folgendes allgemein zu verordnen beschlossen:

1) Keinem Unserer Unterthanen ist erlaubt, ohne Unsere Bewilligung in ein ausländisches Kloster zu treten.

2) In keinem Falle kann eine solche Bewilligung vor dem 25sten Lebensjahre nachgesucht werden; zu dessen Beweise ist dem Gesuche eine legalisirte Abschrift des Taufscheines beizulegen.

3) Dem in ein solches Kloster eingetretenen soll niemals etwas mehr, als die Zinsen seiner Aussteuer, welche jedoch die pragmatische Summe von 2000 fl. in keinem Falle übersteigen darf, ausgefolgt werden.

4) Das Kapital selbst darf niemi in das Ausland abgefolgt werden, und ist, so lange das damit ausgesteuerte Ordensindividuum lebt, unter gesetzliche Kuratel zu nehmen.

5) Nach dem Tode einer solchen Ordensperson geht es an die Intestaterben über.

6) Keiner Unserer Unterthanen männlichen Geschlechts kann überdies die Erlaubniß zum Eintritte in ein ausländisches Kloster erhalten, in so ferne er den Gesezen der Militärpflichtigkeit unterliegt.

München, den 4ten April, 1807.

MAX JOSEPH.

Freiherr von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
von Krempelhuber.

(Regierungsbl. 1807. XVI. Stück. Seite 608. 609.)

XXVI.

(Zu dem I. Titel, §. VIII.)

E d i k t,

die Bestimmungen über Auswanderungen
und Vermögensexportationen im All-
gemeinen enthaltend.

MAXIMILIAN JOSEPH, CHURFÜRST etc.

Wir haben aus mehreren von Unseren administrativen Landesstellen erstatteten Berichten entnommen, daß die über die Auswanderung, so wie über die Vermögensexportation in fremden Staaten in verschiedenen Verordnungen zerstreut bestehenden Grundsätze nicht immer richtig aufgefaßt und angewendet werden, wodurch zu verzögernden und die Geschäfte zwecklos vermehrenden Schreibereien die Veranlassung gegeben wird.

Wir haben daher, um den hieraus für die Geschäftsführung entstehenden Nachtheilen in

Zukunft vorzubeugen, den Beschluß gefaßt, die Hauptgrundsätze über die Auswanderung und die Vermögensexportationen in eine diesen Gegenstand umfassende Verordnung aufstellen, und den Wirkungskreis Unserer administrativen Landesstellen hiebei genau bezeichnen zu lassen, damit diese in vorkommenden Fällen sich pünktlich hienach zu achten wissen.

I. Die Auswanderungen betreffend.

In der Regel sind alle Auswanderungen in fremde Staaten ohne Unterschied der Person, des Geschlechtes und Gebietes, wohin sich der Auswandernde begibt, verboten.

Jeder aus Unseren Unterthanen, welcher auszuwandern Willens ist, hat daher sein Gesuch bei der betreffenden Provinziallandesstelle, und wenn er seiner Person zufolge der Militärpflichtigkeit unterliegt, worüber die Bestimmungen Unsers Militärkantonreglements entscheiden, bei seiner ihm unmittelbar vorgesetzten Obrigkeit einzuleiten.

Die zu diesem Ende einzureichende Vorstellung muß

- a) das mit einem legalen Taufschein erwiesene Alter,

- b) den Vermögensstand,
- c) ein legales Zeugniß über die wirkliche Ansässigmachung und Aufnahme im Auslande, dann
- d) wenn körperliche, die Untauglichkeit zum Feldkriegsdienste nach sich ziehende Gebrechen vorgeschützt werden, ein durch Unsere Lazareths-Inspektionskommission legalisirtes Zeugniß des nächsten Regimentschirurgen enthalten.

Die Jurisdiktionsbehörde, bei welcher dieses Gesuch eingeleitet wurde, hat dasselbe sodann berichtlich zur Kenntniß der ihr vorgesetzten Provinziallandesstelle zu bringen, und dabei aller Umstände zu erwähnen, welche entweder der Bewilligung des Gesuches zur Seite stehen, oder entgegen dessen Aberkennung räthlich oder nothwendig machen.

Bei einem jeden von Siegelmässigen entweder unmittelbar oder von Unsern übrigen Unterthanen mittelbar an Unsere Landesdirektionen gebrachten Auswanderungsgesuche, haben dieselbe entweder

- a) dem Gesuche sogleich zu willfahren, oder
- b) es geradehin von sich zu weisen, oder
- c) Be-

c) Bericht zu Unserm auswärtigen Ministerial-Departement zur Erholung weiterer Entschliessung zu erstatten.

ad a) Dem Gesuche ist ohne Anfrage zu willfahren, wenn

- 1) die Auswanderung von einem Weibe, oder
- 2) von einem Unterthanen nachgesucht wird, der durch persönlichen Militärdienst die Verbindlichkeit der Militärpflichtigkeit bereits erfüllet, oder das 40ste Jahr zurückgelegt hat.

ad b) Geradehin zur Abweisung eignen sich

- 1) alle Auswanderungsgesuche ganzer Familien, und
- 2) alle Gesuche von solchen, die der Militärpflichtigkeit ihrer Person zufolge unterliegen, und zum Dienste tauglich sind.

ad c) Alle übrigen Fälle, welche unter diese allgemeinen Grundsätze nicht subsumirt werden können, sind unter Anschluß der Akten Unserer unmittelbaren Entscheidung vorzulegen.

Da die Gewährung von Gesuchen ähnlicher Art von den hiebei eintretenden beson-

deren Rücksichten abhängt, so können Wir Unseren Landesstellen keine allgemeine Regel zur Richtschnur euers Benehmens vorzeichnen: um jedoch näher bemessen zu können, welche Umstände besonders zu einer Ausnahme von dem allgemeinen Auswanderungsverbote sich eignen, so eröffnen Wir denselben, daß Wir unter die vorzüglichen Gründe zu einer Ausnahme nachstehendes begreifen.

1) Persönliche Untauglichkeit zum Militär-Feldkriegsdienste, wenn sich zur Erlegung der Militärflichtigkeits-Redimirungssumme anerbotten wird.

2) Gänzliche Untauglichkeit sowohl zum Feld-Kriegs- als Fuhrwesensdienste.

3) Oertliche Lage des Ortes, wo sich der Bittsteller befindet, indem in den gemischten Territorien, welche Uns durch die Entschädigung zu Theile geworden sind, eine strenge Inhibition aller Auswanderungen, die eigentlich nur blosse Uebersiedlungen sind, allen Verkehr unter diesen Unterthanen und den Bewohnern desselben Ortes hemmen würde.

Die Erlegung der Redimirungssumme wird jedoch in solchen Fällen zur unerläßlichen Bedingung.

4) Landesabwesenheit in Begleitung von gänzlicher Vermögenslosigkeit, weil bei einem Zusammentreffen dieser Umstände der Regierung kein wirksames Mittel zu Gebote stehet, den Abwesenden zur Rückkehr in sein Vaterland zu vermögen.

5) Besondere Armuth in Verbindung mit dem glücklichen Umstande, daß der Bittsteller im Auslande eine vortheilhafte, und sonst nicht wieder zu erwartende Versorgung erhalten könne.

Jede Auswanderung, welche ohne Unsere unmittelbare oder von Unseren Provinziallandesstellen mittelbar hiezu ertheilte Bewilligung unternommen wird, zieht den Verlust des Vermögens, in Kraft der schon längst hierüber bestehenden Landesverordnungen nach sich, es möge übrigens der Ausgewanderte sich zugleich in fremde Kriegsdienste begeben haben oder nicht.

Die Strafe des vollständigen Ersazes an Unsern landesherrlichen Fiskum setzen Wir hiedurch gegen diejenigen fest, welche an solche ohne Unsere Bewilligung Ausgewanderte etwas von ihrem Vermögen ausfolgen lassen.

Damit durch diese Verfügungen zu keinem Mißverstand die Veranlassung gegeben

wird, so bestimmen Wir, daß mit dem Begriffe der Auswanderung jederzeit die Ansässigmachung oder Verehelichung in dem fremden Gebiete verbunden ist, und daß die hiedurch gegebenen Bestimmungen auf Wandernde keine Beziehung haben.

Es sollen jedoch die Wanderpässe anders nicht als nach den Verordnungen Unsers Militär-Kantonsreglements ertheilt werden, und besonders wird das Verbot zur Pafsertheilung unter dem Vorwande, ein Handwerk im Auslande zu erlernen, hiemit erneuert.

Die Ausfolglassung von Erbschaften und Vermögensantheilen an wandernde Handwerks-pursche ist ausdrücklich, und bei Strafe des Selbstersazes zu verbieten, und die Unterbehörden sind strenge anzuweisen, ein wachsames Auge zu haben, daß nicht durch ähnliche Unterschleife die Absichten Unserer Verordnungen vereitelt werden.

II. Vermögensexportation.

Die Vermögensexportation steht entweder

- a) mit der Auswanderung in Verbindung, oder
- sie ereignet sich

b) durch Schenkung, Erbschaft, Heurath etc.
an Auswärtige.

Kein gesetzliches Hinderniß steht derselben im Wege, wenn anders die Auswanderung gehörig nachgesucht, und die Bewilligung hiezu ertheilt worden ist. Beschränkung oder gänzliche Wirkungslosigkeit dieses als Regel vorgesezten Grundsazes, können bei der gewissenhaften Achtung, welche wir für das Privateigenthum hegen, nur die Folge von prohibitiven Gesezen fremder Staaten werden.

Von dem in das Ausland exportirten Vermögen werden dort, wo die bestehenden speziellen Verträge nicht etwas besonders verordnen, der Regel nach 10 Prozent erhoben.

Diese Abgabe bleibt sich gleich, die Exportation möge mit der Auswanderung der Person, oder auf eine andere Weise geschehen, nur gegen die gesamten K. K. Erbstaaten ist in Auswanderungsfällen nach den Bestimmungen der darüber bestehenden Verträge eine Taxe von 3 Procent unter dem Titel Auswanderungstaxe zu erheben.

Wenn jedoch derjenige aus Unsern Unterthanen, welchem Ausnahmsweise die Bewilli-

gung zur Auswanderung ertheilet wird, der Militärpflichtigkeit unterliegt, so wird die durch das Kantonsreglement festgesetzte Redimirungssumme von seinem Vermögen, als eine aus der Dienstpflicht herorgehende persönliche Abgabe erhoben, und muß aus diesem Grunde auch dann entrichtet werden, wenn die Auswanderung in ein sonst freizügiges Gebiet unternommen wird.

Die Freizügigkeit, vermög welcher das in fremde Staaten überziehende Vermögen von der Realabgabe des Freigeldes und der Abschofsgebühren frei ist, soll gegen alle jene Staaten, mit welchen bereits besondere Verträge bestehen, so wie gegen diejenigen, wo der freie Vermögensüberzug als eine Folge der daselbst bestehenden Landesgesetze reziprozirlich von Uns angeordnet wurde, strenge eingehalten werden.

Bei den Leztern haben jedoch die Unterbehörden genau darauf zu sehen, ob in einzelnen Fällen das Reziprokum gegen Uns beobachtet wird; und wenn sie Beweise des Gegentheils entnehmen, diese zur Kenntniß Unserer Provinzial-Landesstellen, der weitem Berichtserstattung an Uns halber, zu bringen.

Anträge auswärtiger Landesstellen zur Einführung der gegenseitigen Freizügigkeit sind an Unser Ministerialdepartement in auswärtigen Angelegenheiten einzusenden.

Damit eines Theils bei der Erhebung der Abschoßgebühren kein Unterschleif sich einschleichen könne, und andern Theils Uns die in statistischer Hinsicht richtige Kenntniß des Betrages des ausser Landes ziehenden Vermögens nicht entgehe, soll jede Vermögensexportation bei Unsern betreffenden Landesdirektionen mit ihrem Betrage genau angezeigt werden.

Alle Civilgerichte, Ortsobrigkeiten und Testamentsexekutionen sind daher zu dieser Anzeige, die Vermögensexportation geschehe in was immer für ein fremdes Gebiet, ausdrücklich verbunden.

Wer hiergegen sich verfehlt und den Betrag des an einen Fremden ausgeantworteten Vermögens anzuzeigen versäumt, hat zur Strafe (neben den Ersaz der Abschoßgebühren, wenn sie zu erheben gewesen wären) 5 Procent des exportirten Vermögens zu entrichten.

In allen Vermögensexportationsfällen haben die der Nachsteuer Erhebung berechtigten

Stände von dem Betrage des Vermögens in Kraft Unserer bestehenden Landesverordnung 5 Procent zu erheben.

Die Städte und Märkte können sich jedoch dieses Erhebungsrechtes nur dann erfreuen, wenn das Vermögen nach einem fremden nicht freizügigen Landesgebiete exportirt wird.

Die übrigen Stände entgegen geniessen, wenn sie des behauptlichen Erhebungsrechtes wegen sich hinreichend legitimirt haben, dieses Rechtes auch gegen andere freizügige Landesgebiete, bis Wir mit ihnen des Entganges wegen, den sie zu befahren haben können, eine billige Entschädigung werden behandelt haben.

Unsern administrativen Landesstellen gebührt das Recht, ohne weitere berichtliche Rückfrage an Unser Ministerialdepartement die nachgesuchte Bewilligung zur Vermögens-exportation zu ertheilen.

Hievon machen jedoch Gesuche,

- a) Von früher Ausgewanderten, bei welchen der Fall der Konfiskation eintreten könnte, so wie

b) von Weibern, Kindern und übrigen Verwandten dieser früher Ausgewanderten, welche im Auslande leben, eine Ausnahme, und in diesen Fällen ist entweder

1) nach den Bestimmungen über die Auswanderungen im Allgemeinen mit der Konfiskationsstrafe sogleich zu verfahren, oder

2) wenn Gründe zur Dispensation von der Strenge der Geseze obwalten, so sind diese Unserer unmittelbaren Entscheidung durch Bericht an Unser auswärtiges Ministerialdepartement zu unterstellen.

Von einer jeden Unserer Provinziallandesdirektion gewärtigen Wir zur Erhaltung der erforderlichen statistischen Uebersicht über personelle Ein- und Auswanderungen, Vermögens- Im- und Exportationen mit dem Verlaufe eines jeden viertel Jahres tabellarische Verzeichnisse, welche diesen Gegenstand erfüllen, und dem vorgesezten Zwecke entsprechen,

Da eine jede Auswanderung nachgesucht, und jede Vermögensexportation angezeigt werden muß, so wird es nicht schwer werden, diese Tabellen herzustellen, wenn jedes Hof-

marktsgericht den Auftrag erhält, die Anzeige an das betreffende Landgericht zu machen, wenn die Landgerichte ihre Tabellen den Landkommissären des Distriktes einantworten, und diese die Haupttabelle ihres Distrikts an die vorgesezte Landesstelle einzubefördern, angewiesen werden.

Unsere Landesdirektionen haben daher Formularien zu den Tabellen zu entwerfen, und zu derselben Einsendung die Unterbehörden strenge anzuhalten.

Am Schlusse bemerken Wir noch, wegen des Vermögens solcher Landesabwesender von welchen Niemand mehr eine Kenntniss hat, dass ein Unterschied

- a) zwischen jenen gemacht werden müsse, die mit förmlichen Pässen ausser Landes sich begeben haben, und
- b) jenen, die ohne alle Authorisation und ohne Vorwissen ihrer Ortsobrigkeit ausser Landes sich begaben.

ad a) Bei den erstern kann von der richterlichen Behörde auf Anrufen der Betheiligten die ediktale Vorladung unbedenklich vor-

genommen, und der Verschollenen Vermögen sodann gegen Kautio den Gesezen gemäfs an desselben Verwandte ausgeantwortet werden, wenn nicht durch diese richterliche Verfügung sich der Umstand erläutert, dafs der Abwesende im Auslande sich häuslich niederliefs, oder in fremde Kriegsdienste sich begab, indem in diesen leztern Fällen sodann die Strafe der Vermögenskonfiskation eintritt.

ad b) Bei Landesabwesenden entgegen, welche ohne Pässe und ohne Vorwissen ihrer Ortsobrigkeit Unsere Staaten verlassen haben, findet keine ediktale Zitation mehr statt, indem durch die vorgegangene Handlung der Auswanderung mit Umgehung Unserer landesherrlichen Bewilligung derselben Vermögen ohnehin schon der Konfiskationsstrafe unterliegt.

Eine gerichtliche Vorladung derselben und die Ausantwortung des Vermögens an ihre rückgelassene Verwandte kann demnach nur auf Unsere ausdrückliche Bewilligung Plaz greifen, weshalb Fälle, die aus besondern eintretenden Rücksichten zur Dispensation von der Strenge der Geseze sich eignen, Uns unter Anführung der Milderungsgründe zur Entscheidung vorzulegen sind.

Unsere Landesdirektionen haben sich in allen Auswanderungs- und Vermögensexportationsfällen nach diesen Bestimmungen zu achten, und dasjenige was von dieser Verordnung zur Kenntniß Unserer Unterthanen gebracht werden muß, mit Hinweglassung der bloß zur Instruktion Unserer Provinziallandesstellen dienenden Verordnungen durch den Weg des offiziellen Regierungsblattes bekannt zu machen.

München, den 4ten Junius, 1804.

MAX JOSEPH.

Freiherr von Montgelas.

Auf churfürstlichen höchsten Befehl.

von Flad.

XXVII.

(Zu dem I. Titel, §. VIII.)

V e r o r d n u n g,
die Auswanderungen und Vermögens-
exportationen betreffend.

MAXIMILIAN JOSEPH, CHURFÜRST etc.

Nachträglich zu Unserer über die Auswanderungen und Vermögensexportationen unterm 4ten Junius d. J. erlassenen allgemeinen Verordnung, befehlen Wir hiemit, daß von den Pfarreien keinem Unterthane, der sich ausser Landes ansässig machen und verheurathen will, ein Taufschein und Verkündungszettel ausgefolgt werden solle, wenn derselbe nicht zuvor das, von seinem betreffenden Landgerichte unentgeltlich auszustellende Zeugniß beibringt, daß Unsere landesfürstliche Bewilligung zum Auswandern gegeben sey.

Die Pfarreien werden um so mehr wissen, dieser höchsten Verordnung Folge zu leisten,

als sie im Uebertretungsfalle mit einer, der Militärpflichtigkeitsredimirungssumme, oder dem ausser Landes gehenden Geldbetrage angemessenen Geldstrafe unnachsichtlich belegt werden würden.

Diese Unsere gnädigste Verordnung ist auf gewöhnlichem Wege kund zu machen und zu verfügen, dass dieselbe sämtlichen Pfarreien durch die Landgerichte mitgetheilt und in genauen Vollzug gesetzt werde.

München, den 15ten Oktober, 1804.

MAX JOSEPH.

Freiherr von Montgelas.

Auf churfürstlichen höchsten Befehl

von Flad.

XXVIII.

(Zu dem I. Titel, §. VIII.)

V e r o r d n u n g, das Auswandern in fremde Kriegsdienste betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Es ist Unser Wille, daß die in Unseren älteren Staaten bestehenden Verordnungen wegen des verbotenen Auswanderns und Uebertretens in fremde Kriegsdienste *) auch in Unseren neu erworbenen Landestheilen und Provinzen durchgehends und nach allen Bestimmungen in genauem Vollzug kommen.

*) Verordnung vom 6ten Julius 1804. (Regierungsblatt 1804. 28stes Stück, Seite 633 — 642.) und vom 26sten Oktober 1804. (Regierungsblatt 1804. XXXXIV. Stück, Seite 919.)

Sämtliche Behörden haben sich daher
hiernach schuldigst zu achten.

München, den 12ten Julius, 1806.

MAX JOSEPH.

Freiherr von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
von Flad.

(Regierungsblatt 1806. XXX. Stück. Seite 258.)

XXIX.

(Zu dem I. Titel, §. VIII.)

Verordnung,
das Auswandern und Uebertreten in fremde
Kriegsdienste betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Wir haben bereits unterm 12ten Julius vorigen Jahres (Regierungsblatt 1806. Stück XXX. Seite 258.) bekannt machen lassen, daß die in Unseren älteren Staaten bestehenden Verordnungen wegen des verbotenen Auswanderns und Uebertretens in fremde Kriegsdienste, auch in Unseren neuerworbenen Landestheilen und Provinzen durchgehends und nach allen Bestimmungen in genauem Vollzug gebracht werden sollen.

Damit nun in dem ganzen Umfange Unserer Staaten, sohin auch in den erst seitdem Unserer Souveränität unterworfenen Gebieten

den Gesezen allenthalben schuldige Folge geleistet werde; so werden sämtliche Landgerichte und Ortsobrigkeiten hiemit angewiesen, diese Verordnungen, wo es noch nicht geschehen, allenthalben ordentlich publiziren zu lassen, dort aber, wo solches bereits geschehen, die Bekanntmachung zu wiederholen.

München, den 31sten März, 1807.

MAX JOSEPH.

Freiherr von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl.

von Flad.

(Regierungsblatt 1807. XVI. Stück, Seite 607. 608.)



XXX.

(Zu dem I. Titel, §. VIII.)

Verbot,
fremde Würden, Titel und Dekorationen
anzunehmen.

MAXIMILIAN JOSEPH, CHURFÜRST.

In Betrachtung des Mißbrauches fremder Ehren, Titel und Dekorationen, und der damit verbundenen Kollisionen, verordnen Wir hiemit, daß kein Staatsdiener oder Landesunterthan ohne zuvor erhaltener landesherrlicher Bewilligung eine fremde Würde, Titel oder Dekoration nachsuchen, oder gebrauchen solle.

Unsere Generallandesdirektion hat dieses durch das Regierungs- und Intelligenzblatt bekannt zu machen.

München, den 18ten August, 1801.

MAX JOSEPH.

Freiherr von Montgelas.

Auf churfürstlichen höchsten Befehl.

von Kraufs.

XXI.

(Zu dem I. Titel, §. VIII.)

Verordnung,
das Tragen auswärtiger Titel, Uniformen
und Dekorationen betreffend.

MAXIMILIAN JOSEPH, CHURFÜRST.

Es ist Uns die Anzeige gemacht worden, daß mehrere Unserer eingesessenen Unterthanen, und selbst solche, welche in Unserm Staatsdienste stehen, fremdherrische Ziviluniformen und sonstige Dekorationen tragen.

Da Niemand eine solche Auszeichnung sich eigenmächtig beilegen darf, ohne Unsere besondere Erlaubniß dazu nachgesucht und erhalten zu haben, so wird hiemit das Tragen dergleichen fremdherrischen Ziviluniformen und Dekorationen Unsern sämtlichen Unterthanen ohne Unterschied verboten.

Unsere Generallandesdirektion hat diese
Verordnung öffentlich bekannt zu machen, und
über ihre Vollziehung zu wachen.

München, den 20sten Julius, 1803.

MAX JOSEPH.

Freiherr von Montgelas.

Auf churfürstlichen höchsten Befehl.

von Kraufs.

XXXII.

(Zu dem I. Titel, §. VIII.)

V e r o r d n u n g,
das Tragen auswärtiger Ziviluniformen
und Dekorationen betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Auf die erhaltene Anzeige, daß mehrere Unserer eingessenen Unterthanen, und selbst solche, welche in Unserm Staatsdienste stehen, fremdherrische Ziviluniformen und sonstige Dekorationen tragen, haben Wir bereits unterm 20sten Julius 1803 verordnet, daß, da Niemand eine solche Auszeichnung sich eigenmächtig beilegen dürfe, ohne Unsere besondere Erlaubniß hiezu nachgesucht und erhalten zu haben, das Tragen dergleichen fremdherrischer Ziviluniformen und Dekorationen Unseren sämtlichen Unterthanen, ohne Unterschied verboten seyn soll.

Diese Verordnung finden Wir uns bewogen, nicht nur zu erneuern, sondern auf die seitdem erhaltene neuen Erwerbungen ausdrücklich auszudehnen, und Wir erwarten daher allenthalben genauen Vollzug.

München, den 25sten Julius, 1806.

MAX JOSEPH.

Freiherr von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl.

von Flad.

(Regierungsblatt 1806. XXXII. Stück. Seite 284.)



XXXIII.

(Zu dem I. Titel, §. VIII.)

V e r o r d n u n g,
die Gerichtsbarkeit fremder Staaten be-
treffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Bei allgemeinen Betrachtungen der Geseze fremder Staaten in Betreff des Gerichtsstandes, und bei einzelnen Fällen, wo die Rechte des Gerichtsstandes Unserer Unterthanen angegriffen waren, haben Wir erwogen, daß kein Staat berechtigt sey, seine richterliche Gewalt über die Grenzen seines Gebietes zu erstrecken, oder, wenn es nicht in besondern Verträgen zugestanden ist, zu fodern, daß ein von seinen Gerichtsstellen ausgesprochenes Urtheil an den in dem Gebiete eines andern Staats befindlichen Personen oder Gütern von den Behörden

dieses fremden Staats vollzogen würde; und Wir wollen, daß diese völkerrechtlichen Grundsätze von Unseren Gerichtsstellen, gegen alle fremde Staaten und ihre Gerichtsstellen, in soferne nicht mit denselben durch besondere Verträge oder Uebereinkunft der Staaten in Spezialfällen ein Anderes bedungen wäre, genau beobachtet werden sollen.

Unsere sämtlichen Gerichtsstellen und alle sonstigen Behörden Unseres Reiches haben sohin in vorkommenden Fällen ihr Verfahren darnach zu bemessen, und alle sonst Betheiligten sich darnach zu achten.

München, den 9ten Oktober, 1807.

MAX JOSEPH,

Graf Morawitzky.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl.

von Rauffer.

(Regierungsblatt 1807. XXXXV. St. Seite 1609. 1610.)

XXXIV.

(Zu dem II. Titel, §. IV.)

F a m i l i e n g e s e z.

*) Dasselbe wird im Anhange nachgetragen werden.

XXXV.

(Zu dem II. Titel, §. X.)

Reglement, die Kronämter des Reichs betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Nachdem in der Konstitution Unsers Reichs, II. Titel, §. 10. festgesetzt ist, daß die vier Kronämter, nämlich: ein Kronobersthofmeisteramt, ein Kronoberstkämmereramt, ein Kronoberstmarschallamt, und ein Kronoberstpostmeisteramt errichtet werden sollen, so haben Wir beschlossen, in Rücksicht derselben nachfolgende nähere Bestimmungen zu treffen:

§. 1. Diese Reichswürden sind Mannlehen der Krone und werden von Uns auf dem Throne verliehen.

§. 2. Sie können auf die Lebenszeit des Würdenträgers, oder auf dessen männliche Erben verliehen werden.

§. 3. Im letzten Falle tritt die Erbfolge nach dem Rechte der Erstgeburt und der agnatisch - linealischen Erbfolge ein.

§. 4. In Rücksicht der Belehnung, Lehsenserneuerung, Lehengebühren, so wie der Lehenverhältnisse überhaupt, sind die Vorschriften des Lehenediktes vom 7ten Julius l. J. zu beobachten.

§. 5. Bis der Kronbeamte das 21ste Jahr erreicht, muß er in seinen Obliegenheiten durch einen Lehenträger aus der nämlichen Klasse vertreten werden.

§. 6. Die Kronbeamten haben den Rang unmittelbar nach Unsern dirigirenden Staats- und Konferenzministern.

§. 7. Unter sich haben sie den Rang nach der Ordnung, in welcher sie oben genannt sind.

§. 8. Die Kronbeamten sind Mitglieder Unsers Familienrathes, nach den näheren Bestimmungen Unsers Familiengesetzes.

§. 9. Die Kronbeamten können, während ihrer Abwesenheit in Unserer Residenz, den Sizungen des geheimen Rathes beiwohnen.

§. 10. Die Kronbeamten erscheinen bei allen grösseren Hoffeierlichkeiten, und bei den Thronbelehnungen, wenn sie sich an Unserm Hoflager befinden, oder an dasselbe einberufen werden.

§. 11. Sie erscheinen bei der feierlichen Eröffnung der Reichsversammlung, ohne eine Einberufung zu erwarten.

§. 12. Bei diesen feierlichen Gelegenheiten stehen Unsere Kronbeamten auf der obersten Stufe an Unserm Throne, neben den Staats- und Konferenzministern.

§. 13. Unsere obersten Hofbeamten stehen eine Stufe tiefer an dem Throne.

§. 14. In Abwesenheit der Kronbeamten nehmen Unsere obersten Hofbeamten ihre Stelle ein.

§. 15. Die Insignien Unsers Reichs werden den Kronbeamten dergestalt anvertraut, daß dem Kronobersthofmeister die Krone, dem Kronoberstkämmerer der Scepter, dem Kronoberstmarschalle das Schwert, dem Kronoberstpostmeister der Reichsapfel übergeben wird.

§. 16. Der Kronobersthofmeister hat bei allen grossen Feierlichkeiten die oberste Polizei

in jenen Gebäuden zu besorgen, in welchen Wir Uns befinden.

§. 17. Der Kronoberstkämmerer führt die feierlichen Deputationen bei Uns ein, und bringt Unsere diessfallsigen Befehle an den Oberstzeremonienmeister.

§. 18. Durch den Kronoberstmarschall werden Wir Unsere Befehle über die öffentlichen Feierlichkeiten ausser dem Bezirke Unserer Residenzen und Schlösser ertheilen.

§. 19. Unserm Kronoberstpostmeister übertragen Wir die Oberaufsicht bei feierlichen Zügen und Auffahrten.

§. 20. Unsere Kronbeamten werden in der Ausübung dieser Attribute von Unseren obersten Hofbeamten unterstützt, und in ihrer Abwesenheit von ihnen supplirt.

§. 21. Den Kronbeamten werden eben dieselben Zivil- und Militärehrenbezeugungen erwiesen, wie den dirigirenden Staats- und Konferenzministern.

§. 22. Das feierliche Kostume der Kronbeamten besteht in folgender Kleidung:

Ein Kleid von dunkelkornblauem Sammt, oder Seidenzeug, auf allen Näthen mit einer

reichen Goldstickerei besetzt, mit weissem Unterfutter und goldenen Knöpfen. Weisse Beinkleider und Weste mit Gold gestickt; weisse Strümpfe und Schuhe, goldener Degen.

Ein Mantel von ponceaurothem Sammt, oder Seide mit der nämlichen Goldstickerei wie das Kleid, und in gleicher Länge mit Hermelin gefüttert.

Eine Halskrause von Spizen; der Hut vorne aufgeschlagen, mit drei weissen und zwei blauen Schwungfedern, oben an der Hutschlinge mit der Nationalkokarde.

München, den 28sten Julius, 1808.

MAX JOSEPH.

Freiherr v. Montgelas. Graf Morawitzky.

Freiherr v. Hompesch.

(Regierungsblatt 1808. LIII. Stück. Seite 2109—2112.)



XXXVI.

(Zu dem II. Titel, §. XI.)

Pragmatik
über die Unveräußerlichkeit der Staats-
güter.

MAXIMILIAN JOSEPH, CHURFÜRST.

Urkunden und bekennen hiemit für Uns, Un-
sere Nachfolger an der Regierung, Erben
oder Erbnehmer :

Veranlassung und Absicht dieses Ge-
seses.

Die fideikommissarische Eigenschaft der sämt-
lichen Besizungen Unseres Churhauses mit al-
lem Zugehöre, sie bestehen in Landen, Leuten,
Herrschaften, Gütern, Renten, Rechten und Ge-
rechtigkeiten, sie seyen Eigen oder Lehen, alte
oder neue Erwerbungen, ist zwar nicht nur in
der Natur der Stamm- und Staatsgüter, sondern
seit

seit 1328 in einer Reihe von Familienverträgen sowohl der einzelnen abgetheilten Linien unter sich, als des Gesamthauses, und in mehreren letzten Willensverordnungen hinreichend begründet, auch ist dieselbe in dem Teschner Friedensschlusse noch insbesondere befestiget worden, indem dieser in dem 8ten Artikel die Familienverträge von 1766, 1771 und 1774, so wie den über ihre Befolgung zwischen Unserem hochseligen Oheim, dem Herrn Churfürsten von der Pfalz, und Unserem hochseligen Bruder, Herrn Herzog Karl zu Zweibrücken geschlossenen Traktat, namentlich der Birkenfeldischen Linie garantirt, und in dem 9ten Artikel die mit Chursachsen über die Allodialforderungen geschlossene Konvention, folglich auch die dem 3ten Artikel dieser Konvention einverleibte fideikommissarische Klausel als einen Theil des Friedenstraktats erklärt; wornach eine weitere Fideikommisspragmatik überflüssig zu seyn scheint.

Allein in näherer Erwägung:

1) Dafs besonders in Unseren baierischen Erblanden über die rechtlichen Wirkungen Unseres Haus- und Staatsfideikommisses bei ihrer Anwendung auf vorgekommene einzelne Ver-

äusserungsfälle manche rechtliche Anstände sich ergeben, und deswegen die Landesstellen schon mehrmal auf die Bekanntmachung eines vollständigen pragmatischen Gesezes hierüber angetragen haben;

2) dafs die Vereinigung aller Theile der Landeshoheit in der Regierung des Erstgeborenen, so wie die ungeschmälerte Erhaltung des gesamten Staats - und Kameralvermögens für die Wohlfahrt Unserer sämtlichen Erbstaaten eine eben so wichtige Angelegenheit, als für das eigene Wohl Unseres Hauses ist, und in dieser doppelten Rücksicht die sorgfältigsten und kräftigsten Maasregeln gegen jede nachtheilige Schmälerung und Veräusserung derselben erfordert, die ungeachtet der in den Familienverträgen enthaltenen häufigen Verbote noch immer von Zeit zu Zeit versucht worden sind, und deren Gültigkeit durch unrichtige Auslegungen jener Verträge vertheidiget werden wollten ;

3) dafs es billig ist, zur Warnung aller künftigen Erwerber solcher Rechte oder Güter und zur Sicherstellung des Eigenthums derjenigen, welche dergleichen gegenwärtig besitzen, die Bestandtheile des Fideikommisses, so wie

bestimmte Grundsätze über die Gültigkeit ihrer Veräusserungen, und den Normalzifer, nach welchem sie mit der Hauptfideikommissmasse wieder vereinigt werden sollen, bekannt zu machen;

In fernerer Erwägung,

4) daß Wir durch diese Gründe geleitet in dem mit Unseres Herrn Schwagers, des Herzogs Wilhelm in Baiern Liebden zu Ansbach am 12ten Oktober 1796 geschlossenen Hausvertrage die feierliche Verbindlichkeit auf Uns genommen haben, für Unsere sämtlichen Erbstaaten mit Rücksicht auf die besondere Verfassung einer jeden Provinz, eine allgemeine Domanialpragmatik in den ersten Jahren Unserer Regierung zu publiziren;

haben Wir Uns zur Publikation einer solchen Pragmatik besonders verpflichtet gehalten, und den gegenwärtigen Zeitpunkt, wo Wir nach dem vom Kaiser und Reiche genehmigten Deputationshauptschlusse vom 25sten Februar 1803 zum Besize der Uns darin zugetheilten Entschädigungslande gekommen sind, und ihre Organisation und Assimilirung zu Unseren alten Erbstaaten nunmehr vollendet haben, den geeignetesten dafür gefunden.

Nach vorläufiger Vernehmung verschiedener Unserer höhern administrativen Landesstellen, und einer eigenen angeordneten Ministerialkommission sind Wir darnach zur Erhaltung und Wiederergänzung Unseres Haus- und Staatsfideikommisses in Gemälsheit der in Unserem Hause bestehenden älteren und neueren Familienverträge und sonstiger Dispositionen, folgendes als unabänderliches pragmatisches Gesez festzusetzen bewogen worden.

Bestätigung der älteren und neueren Familienverträge.

1. Bestätigen Wir sämtliche oben bemerkte Familienverträge und Dispositionen, insbesondere die von 1766, 1771 und 1774, wie solche in dem Teschner Friedensschlusse garantirt, und in Unserem Ansbacher Hausvertrage in Betreff der Veräusserung der Staatsgüter näher bestimmt und erläutert worden sind.

Bestimmung und Bestandtheile des Hausfideikommisses.

II. Darnach erklären Wir den ganzen gegenwärtigen Komplex Unserer sämtlichen Erbstaaten an Landen, Leuten, Herrschaften, Gütern, Regalien, Renten, mit allem Zugehöre

als eine einzige, untheilbare, unveräusserliche Fideikommissmasse, nämlich:

- a) alle Länder und altväterliche Stammgüter, wie solche nach der ersten Abtheilung und nach Inhalt des Pavischen Vertrages beschaffen gewesen, noch besessen werden, oder hätten besessen werden sollen;
- b) alle seitdem hinzugekommenen neuen unbeweglichen Erwerbungen, sie seyen Lehen oder Eigen, welche Unseren Stammgütern entweder einverleibt worden sind, oder worüber von den Akquirenten nicht besonders disponirt worden ist; —
- c) alle künftigen Erwerbungen dieser Art, sie mögen herrühren, woher sie wollen, sie mögen in der Haupt- oder Nebenlinie geschehen, wenn der erste Erwerber während seines Lebens nicht darüber disponirt hat, und sie in den Erbgang des Mannstammes gekommen sind, so sollen sie, unbeschadet des Genusses der erwerbenden Linie, dem allgemeinen Hausverbande einverleibt, und mit Unserem Gesamtfamilienfideikommiss vereinigt seyn; —
- d) das durch den Teschner Frieden zum Fideikommiss erklärte Allodium in Baiern; —

- e) alle in Gemäfsheit des Reichsdeputations-Hauptschlusses als Ersatz der abgetretenen ursprünglichen Stammlande und Herrschaften erworbene und noch ferner gebührende Entschädigungslande, wie in dem article séparé Unseres Ansbacher Hausvertrags für diesen Fall ausdrücklich bedungen worden ist;
- f) nach dem Sinne und dem Geiste sowohl der älteren Hausverträge, als des neueren Vertrags von 1771;
- 1) alle Archive und Registraturen;
- 2) alle öffentlichen Anstalten und Gebäude mit ihrem Zugehöre;
- 3) alles Geschütz, Munition, alle Militärmagazine, und was zur Landeswehr nöthig ist;
- 4) alle Einrichtungen der Hofkapellen und Hofämter mit allen Mobilien, welche der Aufsicht der Hofstäbe und Hofintendanten anvertraut sind, und zur Nothdurft oder zum Glanze des Hofes gehören;
- 5) Alles, was zur Nothdurft oder zur Zierde der fürstlichen Residenzen und Lustschlösser gehört;

6) der Hausschaz, und was von dem hohen Erblasser mit demselben bereits vereinigt worden ist;

7) alle Sammlungen für Künste und Wissenschaften, als: Bibliotheken, physikalische, Naturalien - und Münzkabinete, Antiquitäten, Statuen, Sternwarten mit ihren Instrumenten, Gemähldesammlungen und sonstiger Gegenstände, die zum öffentlichen Gebrauche oder zur Fortpflanzung der Künste und Wissenschaften bestimmt sind;

8) alle vorhandenen Vorräthe von Renten oder Gefällen an baarem Gelde oder Kapitalien in den Staatskassen, oder an Naturalien bei den Rezepturen, ferner die Ausstände der Gefälle, welche zur Führung und Fortsetzung der Staatsregierung und Hofhaltung erforderlich sind;

9) Alles, was aus Mitteln des Staats - und Kameralvermögens akquirirt worden ist, es mag darüber disponirt worden seyn oder nicht.

Alle diese Gegenstände können sonach im Falle einer Sönderung der Staats - und Pri-

vatverlassenschaft in das Inventarium der Allodien nicht gebracht werden.

Verbot aller Veräußerungen.

III. Damit nun die eben angezeigten Bestandtheile Unseres Staats - und Hausfideikommisses ungeschmälert zusammen erhalten, und nichts davon in fremden Besiz gebracht werde, so wiederholen und bestätigen Wir alle in den älteren und neueren Familienverträgen und besonders in Unserem Ansbacher Hausvertrage schon bereits enthaltene Veräußerungsverbote also und dergestalt, daß weder Uns, noch einem Unserer künftigen Nachfolger und Erben erlaubt seyn soll, von den dem Staats - und Hausfideikommissen einverleibten Landen, Herrschaften, Gütern, Gebäuden, Mobilien, Nuzungen, Renten, Rechten und Gerechtigkeiten etwas zu veräußern; geschehen solche Veräußerungen heimlich oder öffentlich, unter was Vorwand es wolle, wäre es auch mit der Formel wegen geleisteter treuen Dienste, so sollen sie keine Gültigkeit haben, sondern in Kraft dieses Gesezes null und nichtig, auch in Ansehung künftiger Sukzessoren unverbindlich seyn, sie seyen gleich des veräußernden oder darein konsentirenden Fürsten, Söhne, Brüder,

Agnaten, oder seine Privaterben, es mag dabei die gewöhnliche Kanzleiformel: Für Uns und Unsere Nachfolger — gebraucht worden seyn, oder der Vorfahrer mag dem Nachfolger die Verbindlichkeit auferlegt haben, seine Handlung anzuerkennen, oder der Nachfolger oder sein Vater mögen eine solche ungültige Handlung selbst bestätigt haben.

Dem nächsten und bei dessen Saumseligkeit einem jeden entfernteren Nachfolger, zu welcher Zeit es ihm beliebt wird (indem in Ansehung einer solchen willkührlichen Handlung zu ewigen Tagen keine Verjährung statt findet) bleibt immer frei und erlaubt, sich solchem Beginnen aus angestammten eigenen Rechten zu widersezen.

Besondere Anwendung dieses Verbots auf Rechte der Landeshoheit.

IV. Darnach sollen vorzüglich sämtliche Theile der Landeshoheit bei der Primogenitur untheilbar und unveräusserlich erhalten werden; Niemand soll weder davon befreit werden dürfen, noch hohe oder mindere Theile derselben auf was immer für eine Art in Zukunft rechtsgiltig erwerben können.

Sollten dieses Verbots ungeachtet noch ferner dergleichen Veräusserungen vorgenommen werden, so soll jedem Staats- und Fideikommissnachfolger der Wiederruf für ewige Zeiten frei bleiben.

Verbot der Schmälerung oder Verleihung der landesfürstlichen Gerichtsbarkeit.

V. Nach diesem Grundsatz machen Wir Uns und Unsere Nachfolger verbindlich, in keinem Unserer alten oder neuen Erbstaaten die landesfürstliche Gerichtsbarkeit zu schmälern. Es soll daher weder von Uns, noch von Unseren Nachkommen die niedere Gerichtsbarkeit weder auf lebenslange, noch viel weniger erblich, an irgend einen Unserer Unterthanen per modum concessionis gratuita vel onerosae verkauft, ertheilt oder überlassen werden dürfen; jedoch behalten Wir die Rechte derjenigen hier vor, die solche durch einen gültigen Ankunfts-titel erlangt haben.

Verbot der Errichtung neuer Edelsitze und Hofmarken.

VI. Auf gleiche Art verbinden Wir Uns und Unsere Nachfolger, keine sogenannte freie

und Edelsize mehr zu errichten, keine Besizungen zu einer Hofmark zu erheben, und also die Zahl der Jurisdiktionsverleihungen gänzlich zu schliessen.

Neue Bräukonzessionen ausserhalb der Städte und Märkte können nur an solche gegeben werden, welche den bürgerlichen Lasten und der landgerichtischen Jurisdiktion sich unterwerfen.

VII. Auch sollen in Zukunft ausserhalb der Städte und Märkte keine Bräugerechtigkeiten mehr verliehen werden, wenn nicht derjenige, welcher solche erwerben will, den bürgerlichen Lasten polizeiordnungsmässig und der landgerichtischen Jurisdiktion sich unterwirft.

Verbot der Ertheilung neuer Edelmannsfreiheiten und Beschränkung der gegenwärtigen.

VIII. Ferner verpflichten Wir Uns sowohl Selbst, als Unsere Erben und Nachkommen, die Edelmannsfreiheit an Niemand, wer es auch immer sey, zu verleihen, und diejenige, welche diese Gerechtigkeit von älteren Zeiten her erlangt haben, oder sonst *justo titulo* aus-

üben, wollen Wir an die verschiedenen Landeskonstitutionen, und in Baiern insbesondere an den Buchstaben des 6osten Freiheitsbriefes vom Jahre 1557 und der Verordnung weiland Churfürsten Max I. vom 1sten März 1641 genau anweisen, und nicht gestatten, daß im geringsten davon abgegangen werde.

Verbot aller Anwartschaften und Errichtung erblicher Aemter mit Ausnahme der Landerbämter.

IX. Sezen Wir als ein Hauptstaats- und Familiengrundgesez für Uns und Unsere Nachkommenschaft fest, daß nach den Schranken, welche die Natur der Macht eines zeitlichen Herrschers gesetzt hat, keinem regierenden Landesfürsten das Recht zustehe, seinen Nachfolger durch Anwartschaften, Errichtung neuer erblicher Aemter oder Verleihung der schon bestehenden zum voraus zu binden. Wir erklären demnach, daß nicht nur Wir in Unseren sämtlichen Erblanden keine Anwartschaften auf irgend einen Dienst oder eine Stelle, sie mögen Namen haben, wie sie wollen, und auch noch so gering seyn, weder selbst ertheilen, noch dieselbe unter irgend einem Vorwande je bestätigen werden, sondern Wir erklären zugleich

alle vormals ohne Unseren Konsens ertheilten dergleichen Konzessionen für nichtig und unverbindlich.

Von diesem Geseze nehmen Wir, jedoch einzig und allein, die in der Vorzeit blos zur Zierde bei grossen Feierlichkeiten errichteten Landeserbämter in den verschiedenen Provinzen Unseres Hauses mit der Verbindlichkeit aus, sie bei den wirklich inhabenden Familien zu erhalten, und nach dem bisherigen Herkommen für das jeweilige Haupt derselben zu bestätigen.

Verbot der Veräusserung der Staats- und Kamergüter, Staats- und Kamergefälle.

X. Die Unveräusserlichkeit sämtlicher Staats- und Kamergüter, so wie der Staats- und Kamergefälle ist eine gleichmässige Folge ihrer fideikommissarischen Eigenschaft, wornach der Nachkommenschaft der Widerruf ihrer Veräusserungen allezeit vorbehalten bleibt.

Welche Handlungen für eine wirkliche Veräusserung zu halten.

XI. Damit aber darüber, was unter der Veräusserung eigentlich zu verstehen sey, kein

Mißverstand sich ergeben möge; so erklären
Wir:

Verkauf, Schankungen, Vergebungen
durch letzte Willensdispositionen,
Verpfändungen etc.

- a) daß nicht nur ein wirklicher Verkauf, sondern auch eine Schankung unter den Lebendigen, oder eine Vergebung durch eine letzte Willensverordnung, oder eine Beschwörung mit einer ewigen Last, endlich selbst die Verpfändung und die Hingabe durch einen Vergleich gegen Annahme eines Stück Geldes, und was sonst für andere Arten einer Veräußerung erdacht werden möchten, unter dem Verbote begriffen seyn sollen;

Infeudation jeder Art.

- b) daß ferner alle Lehen ohne Unterschied, ob sie neuerdings konstituiert worden sind, oder von Alters her bestanden haben (*res ab antiquo infeudari solitae*) nach Abgang derjenigen, welche nach der Urkunde der ersten Verleihung ein Recht darauf erlangt haben, in Zukunft alsogleich eingezogen, und an Niemand, wer es auch immer sey,

unter keinerlei Vorwande, oder welchen Beweggrund man auch darstellen möchte, weiters vergeben werden sollen;

E x s p e k t a n z e n,

- e) dafs, weil die von einem andern Regenten ertheilte Exspektanzen keinen andern als ihn allein verbinden können, solche, zu welchen Wir Unsere agnatische Einwilligung nicht bereits ertheilt haben, für Uns so wie für jeden Nachfolger unverbindlich, und dem Wiederrufe unterworfen sind, auch in Zukunft weder von Uns, noch von Unserem Nachfolger dergleichen mehr ertheilt werden sollen;

Befreiungen von öffentlichen Lasten.

- d) dafs in keinem Unserer Erblande einem Unterthane, welches Standes und welcher Würde er auch immer seyn möge, von den eingeführten öffentlichen Bürden, wozu ein jedes Mitglied des Staates nach den Regeln der Gerechtigkeit verbunden ist, ferner eine Befreiung gestattet, oder bewilliget werden solle.

Alles dasjenige, was gegen diese Verordnung unter irgend einem Vorwande geschehen

möchte, erklären Wir zum voraus für null und nichtig, und es bleiben allezeit der Nachkommenschaft ihre Rechte dagegen vorbehalten; jedoch soll hiedurch denjenigen Unterthanen, welche dergleichen Exemtionen auf eine rechtmässige Art erlangt haben, nicht allein nichts benommen, sondern sie vielmehr dabei geschützt und erhalten bleiben.

A u s n a h m e n.

XII. Damit jedoch Wir oder Unsere Nachfolger an der Regierung unter dem Vorwande sothanen Verbots der Veräusserung nicht gehindert werden, dasjenige zu thun, was einem jeden Regenten nach guten Gründen der Staatswirthschaft und seiner Regentenrechte und Pflichten zu thun in gewissen Fällen obliegen, oder wenigstens räthlich scheinen möchte; so erklären Wir von diesem Verbote ausgenommen:

Giltige Staatshandlungen.

- a) alle Staatshandlungen des regierenden Fürsten, welche innerhalb der Gränzen des Ihm zustehenden Regierungsrechts, nach dem Zwecke und zur Wohlfahrt des Staates, mit Auswärtigen oder mit Unterthanen im Lande über Stamm- und Staatsgüter vorgenommen worden sind.

Abtre-

Abtretungen zur Beendigung von Prozessen oder zu Grenzberichtigungen gegen Aequivalente.

- b) insbesondere was an einzelnen Gütern oder Gefällen zur Beendigung eines anhängigen Rechtsstreites gegen Erhaltung oder Erlangung anderer Rechte, oder zur Grenzberichtigung mit benachbarten Reichsständen gegen andere der Konvenienz angemessene verhältnißmässige Aequivalente abgetreten wird;

Tausch gegen Objekte von gleichem Werthe.

- c) was gegen andere Realitäten von gleichem Werthe vertauscht wird;

Zessionen durch den Appanagialrezess.

- d) was in Gemäfsheit früherer Familienverträge des pfalzzweibrückischen Hauses durch den mit Unsers Schwagers des Herrn Herzogs Wilhelm in Baiern Liebden unterm 30sten November 1803 abgeschlossenen Appanagialrezess demselben und dessen Linie jedoch mit Vorbehalte der Landeshoheit und der höhern Regalien, dann mit aus-

drücklicher Verwahrung, daß in Zukunft nach dem Sinne und Geiste des Art. 5 des Hausvertrages von 1771 die Appanagen in Unserem Churhause allezeit nur in Geldrenten, und nicht in Ländern angewiesen werden sollen, in Unserem Herzogthume Berg abgetreten worden ist;

Veränderungen in Staats- und Kameralgütern nach Grundsätzen der Staatswirthschaft, und einer zweckmässigen Verwaltung.

- e) alle Abänderungen, welche der regierende Fürst oder dessen Nachfolger bei den Staats- und Kamergütern, dem Staatszwecke gemäß, nach richtigen Grundsätzen der fortschreitenden Staatswirthschaft, zur Beförderung der Landeskultur, folglich zur Wohlfahrt des Landes, oder nach einer weisen Oekonomie zum Nutzen seines eigenen aerarii und zur Aufhebung der allgemein als schädlich anerkannten Selbstregie gut finden wird, z. B. Erlassung gewisser den Unterthanen beschwerlichen Abgaben und Dienstbarkeiten gegen ein jährliches billiges Surrogat, — die Vererbleihung der Staatsgüter und Grundstücke gegen einen

jährlichen canonem, oder der Verkauf der Maierien gegen Bedingung einer ewigen Rente, — der Verkauf kleinerer Gründe an Landesunterthanen, Niederlegung oder Veräusserung unnützer und im Unterhalte kostbarer Gebäude, Allodifikationen der Beutel- oder kleinen Ritterlehen unter gewissen dem aerario vortheilhaften Bedingungen etc.

Nähere Modifikationen.

Jedoch ist in allen diesen Fällen der Bedacht darauf zu nehmen, daß die Staats- und Kamaleinkünfte nicht gemindert, sondern allezeit als ein Ersatz eine ewige Domainialrente, und zwar so viel möglich, in Frucht dafür bedungen, wie auch der erlöste Kaufschilling entweder zu neuen Erwerbungen, oder zur Bezahlung anerkannter giltiger Schulden, oder zu anderen das Wohl des Landes oder den Nutzen des Hausfideikommiss bezielenden Absichten verwendet werde.

- f) Auch versteht sich von selbst, daß dem regierenden Landesfürsten frei stehe, mit den unter dem Staatsvermögen begriffenen Mobilien nach Zeit und Umständen zweck-

mässige Veränderungen und Verbesserungen zu treffen.

Bestimmung der Normalzifer bei den vorzunehmenden Vindikationen.

XIII. Obgleich Wir berechtigt wären, die Vindikationen der geschehenen ungiltigen Veräusserungen auf die in den Familienverträgen von 1766 und 1771 festgesetzte Zeit zurück zu führen; so wollen Wir doch mit Rücksicht auf die Verhältnisse Unserer verschiedenen Erblande solche Normalzifer dafür festsetzen, welche Unsere Unterthanen nicht beunruhigen, und gegen welche keine gegründete Anstände erhoben werden können.

I n B a i e r n.

- 1) Für die Lande, welche der hochselige Churfürst in Baiern Max Joseph zurückgelassen hat, bestimmen Wir nach dem Art. 30. des Ansbacher Hausvertrages als Normalzifer, — die Zeit der Unterschrift des Teschner Friedens, nämlich den 13ten Mai 1779, nach welchem in Ansehung des Fideikommisses Alles in den Stand gesetzt werden soll, wie es zu dieser Zeit war; alle seit diesem Zeitpunkte quocunque titulo ver-

äusserten Fideikommissstücke, die nicht zu obigen Ausnahmen sich qualifiziren, sollen vindizirt werden. Da jedoch Unser neueres Gesez über Infeudationen zurückwirken kann, so sollen nur diejenigen als ungiltige Veräusserungen angesehen werden, welche bei Fideikommisstheilen, die nicht unter die *res infeudari solitas* gehörten, vorgenommen worden sind.

Im Herzogthume Neuburg.

2) Für das Herzogthum Neuburg sezen Wir als Normaljahr und respektive Tag den letzten December des Jahres 1570 fest, wo das Testament Unseres gemeinschaftlichen Stammvaters Herzogs Wolfgang hinreichend bekannt seyn mußte. Alle von diesem Zeitpunkte geschehene Veräusserungen der Staats- und Kameralgüter in dem Herzogthume Neuburg und Sulzbach sind als ungiltig, und einer Revokation unterworfen anzusehen, wenn nicht eine der obigen Ausnahmen eintritt, welche sogleich dargethan werden kann, unter welche auch die *infeudationes bei feudis infeudari solitis* gehören.

Es ist zwar nicht in Unserer Macht, die eben angeführte testamentarische Verordnung des Herzogs Wolfgang und das in derselben angeordnete pfalzneuburgische Hausfideikommiß abzuändern, zu modifiziren oder zu interpretiren; indessen wollen Wir doch für Unsere Person von den Uns nach derselben zustehenden Reklamationbefugnissen gegen Unsere Landsassen keinen Gebrauch machen.

Im Herzogthume Berg.

- 3) Für das Herzogthum Berg ist in dem Hauptrezesse vom 5ten November 1672. Art. 17. bestimmt verordnet: „daß die den Privilegiis zuwider verschenkten oder sonst vergebenen Güter, auf was Weg und Weise, oder unter was Prätext es immer geschehen seyn mag, auch die verpfändeten und veralienirten, darüber mit den Pfands- und Kaufsinhabern richtig zu liquidiren, wieder zur Kamer gebracht, und hinfüro gemeldten Privilegiis zugegen keine dergleichen Güter ohne Noth und der Landstände Mitkonsens mehr alienirt, versetzt oder verschenkt werden sollen.“

Dadurch ist das Normaljahr, nämlich 1672, zur Beurtheilung der Alienationen in diesem Lande genau bestimmt.

Für die Entschädigungslande.

- 4) Für die Entschädigungslande setzt der §. 44. des Reichsdeputationshauptschlusses vom 25sten Februar 1803, den 24sten August 1802 als Normaltag fest, und erklärt alle seitdem vorgenommenen Veräusserungen für ungiltig, welche nicht als Folgen der gewöhnlichen Verwaltungen anzusehen sind.

Auf Vindikationen gegen Auswärtige erstrecken sich die Normalziffer nicht.

XIV. Diese eben festgesetzten Normalziffern erstrecken sich jedoch nicht auf die Vindikationen solcher Veräusserungen, welche an Auswärtige geschehen sind; diese sind nach den allgemeinen Grundsätzen von Staats- und Stammgütern, und nach den Dispositionen Unserer Hausgesetze zu beurtheilen. Ferner bei älteren anhängigen Prozessen behalten Wir Uns nach genommener Einsicht der Akten Unsere besondere Entschliessung vor.

Die Vindikationen sollen für das Verfllossene im Wege Rechtens eingeleitet werden.

XV. Da selbst nach Unseren Familienverträgen giltige Veräusserungen möglich sind, und da Wir deßhalb in Unserem Ansbacher Hausvertrage Art. 30. Lit. B. ausdrücklich versprochen haben: „denjenigen, welche begründete Ansprüche vorzubringen haben, Rede und Antwort zu geben;“

so sollen in der Regel alle Vindikationen für das Verfllossene im Wege Rechtens eingeleitet werden.

Für künftige Fälle soll auf Klage des Fiskus die Wiedereinsetzung in veräusserte Staatsgüter und Rechte durch gerichtliches Mandat verfügt werden.

XVI. Hingegen für künftige Fälle schreiben Wir allen Unseren Gerichtsstellen hiemit als Gesez vor: „dafs sie auf Klage Unseres Fiskus die Wiedereinsetzung in die veräusserten Staatsgüter und Rechte alsbald ohne prozessualische Weitläufigkeiten durch gerichtliches Mandat verfügen sollen, wenn der Besizer dersel-

ben nicht auf der Stelle einen solchen Titel be-
urkunden kann, welcher nach dieser Pragma-
tik die Rechtmässigkeit der geschehenen Ver-
äusserungen zeigt."

Bestimmung der zu leistenden Schad- loshaltung.

XVII. Der Staats- und Fideikommissnach-
folger ist in solchen Vindikationsfällen nur
dann zu einer Schadloshaltung verbunden,

- a) wenn und insoweit eine versio in rem ge-
schehen ist,
- b) wenn der Nachfolger der Privaterbe sei-
nes Vorfahrers geworden ist, welcher Fall
sodann nach den eigenthümlichen Grund-
sätzen einer jeden Privaterbschaft zu beur-
theilen ist, ohne daß jedoch aus dem Grun-
de einer solchen Erbschaftsverbindung das
Staatsgut in Anspruch genommen werden
könne.

Maasregeln zur Wiederergänzung und Erhaltung des Fideikommisses.

XVIII. Damit das Staats- und Familien-
Fideikommiss Unseres Hauses so viel noch ge-
schehen kann, wieder ergänzt, und in Zukunft

desto sicherer ungeschmälert erhalten und befestigt werde, so verordnen Wir

Einlösung der Pfandschaften.

a) die alsbaldige Einlösung verpfändeter Realitäten, welche Bestandtheile desselben sind, so viel die Kräfte der Finanzen es nur immer gestatten;

Wiederruf der seit dem Normalzeitpunkte geschehenen ungiltigen Veräußerungen.

b) den Wiederruf der seit den festgesetzten Zeitpunkten geschehenen ungiltigen Veräußerungen der Fideikommisstheile und Rechte.

Herstellung eines Fideikommissgrundbuches.

c) die genaue Herstellung eines vollständigen Verzeichnisses sämtlicher Bestandtheile dieses Fideikommisses in seinem gegenwärtigen Zustande nach einer besonders darüber erfolgenden Instruktion dergestalt: „daß die eingelösten oder neu hinzugekommenen immer nachgetragen werden sollen.“

Verpflichtung aller Agnaten nach ihrer erlangten Großjährigkeit auf dieses Gesez.

d) Die Verpflichtung eines jeden aus Unserer Linie abstammenden Herzoges auf das gegenwärtige Gesez, so bald Er das in Unserem Hause zur Großjährigkeit bestimmte 18 Jahr zurückgelegt hat, über welchen Akzessionsakt ein unverwerfliches Dokument ausgefertigt, das Original davon in Unserem Hausarchive hinterlegt, den übrigen Agnaten aber eine beglaubte Abschrift mitgetheilt werden soll.

Verpflichtung der Staatsdiener.

e) Eben so sollen die sämtlichen Ministerien, Landesstellen mit ihren Subalternen, alle Vorstände, welchen Bestandtheile des Staats- und Familienfideikommisses zur Verwaltung oder Verwahrung anvertrauet sind, wie auch alle Beamte hierauf mit Einschaltung in ihre Pflichtsformeln beeidiget werden.

Zivilmitbesiz der Agnaten.

XIX. Endlich um Unseren gesamten Hausagnaten den Zivilmitbesiz Unserer vereinigten Erbstaaten nach dem Hausvertrage von 1774 noch besser zu versichern, sollen künftige Erb-

und Landeshuldigungen, nebst dem regierenden Landesfürsten allezeit auf das Gefamthaus gerichtet werden.

Dessen allen zu wahrer Urkund und stäter Festhaltung haben Wir diese pragmatische Verordnung eigenhändig unterschrieben, und mit Unserem grösseren geheimen Insiegel bedrucken lassen, wovon das Original in Unserem Hausarchive hinterlegt, eine vidimirte Abschrift aber Unseres Herrn Schwagers Liebden, sämtlichen Ministerialdepartements, dann den Landesdirektionen und Justizstellen Unserer sämtlichen Provinzen zur gehörigen Publikation und ihrer eigenen schuldigen Nachachtung, so wie auch Unseren lieben und getreuen Landschaften mitgetheilt werden soll.

So gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt

München, den 20sten Oktober, 1804.

MAX JOSEPH.

Freiherr von Montgelas.

Auf churfürstlichen höchsten Befehl.

von Flad.

(Regierungsblatt 1805. V. Stück Seite 161—179.)

Akzessionsurkunde

Seiner Durchlaucht des Herrn Churprinzen

Ludwig Karl August

von Pfalzbaiern.

LUDWIG CARL AUGUST, CHURPRINZ etc.

Urkunden und fügen hiemit zu wissen: Nachdem zwischen Unsers vielgeliebten und Hochgeehrtesten Herrn Vaters, des Herrn Churfürsten zu Pfalzbaiern, Maximilian Josephs Gnaden, und des Herrn Herzogs Wilhelm in Baiern Liebden, zu grösserm Flor und zur Aufnahme Unsers Hauses, und der demselben angehörigen Erbstaaten, durch freundvetterliche Benehmung, mit Beziehung auf die ältern Haupthausverträge, über verschiedene in diesen nicht hinreichend bestimmte oder nach den Zeitverhältnissen einer Abänderung unterliegende Punkte, am 12ten Oktober im Jahre 1796 zu Ansbach eine nähere Uebereinkunft nebst einem beigefügten acte séparé vom nämlichen Datum, als

ein auf immer verbindlicher Hausunionshauptvertrag abgeschlossen, und in Gemäfsheit desselben Art. 15. 16. 23. 30. 31 und 32. eine feierliche sowohl Schulden- als Fideikommisspragmatik von Unsers vielgeliebten und hochgeehrtesten Herrn Vaters, des Herrn Churfürsten zu Pfalzbaiern, Maximilian Josephs Gnaden, unterm 20sten Oktober dieses Jahres erlassen worden ist, und die darüber ausgefertigte drei Urkunden nach der Vorschrift des 56sten Artikels des angeführten Ansbacher Vertrages Uns, da Wir nunmehr zur Großjährigkeit gelangt, in ihrem ganzen Umfange in Original vorgelegt, nach ihren Zwecken und Folgen, auf Unseres Herrn Vaters Gnaden Spezialbefehl, bei versammeltem Ministerium, genau erklärt und auseinander gesetzt worden sind; so haben Wir, von dem Inhalte dieser drei Urkunden umständlich unterrichtet, und von den wohlthätigen Absichten, welche dadurch bezielet werden, vollkommen überzeugt, keinen Anstand genommen, denselben in Unserer Eigenschaft als Churprinz und nächster Stammsagnat, förmlich, wie hiemit geschieht, zu akzediren.

Wir genehmigen demnach den erwähnten Hausvertrag von 1796 mit dem acte séparé,

und die nach seiner Vorschrift entworfenen beiden Landespragmatiken in allen ihren Punkten und Klauseln, nichts ausgenommen, für Uns, Unsere Erben und Nachkommen, und treten denselben hiedurch förmlich, feierlich, mit gutem Vorbedachte und Wissen, eben so verbindlich bei, als wenn Wir allen bei ihrer Errichtung gepflogenen Handlungen in Person beige-wohnt, und sie gleich anfänglich mit abgeschlossen hätten.

Wir versprechen dieselbe auf das heiligste zu beobachten, und so viel an uns ist, nicht zu gestatten, daß dawider gehandelt werde.

Zu dessen Urkunde haben Wir gegenwärtigen Akzessionsakt eigenhändig unterschrieben und besiegelt.

München, den 4ten November, 1804.

LUDWIG, CHURPRINZ.

(Regierungsblatt 1805. VI. Stück. Seite 212. 213.)

XXXVII.

(Zu dem II. Titel, §. XI.)

E d i k t,

über die Lehenverhältnisse im dem Königsreiche Baiern.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Die neue Verfassung des Reiches fodert von selbst eine Veränderung des bisher in den verschiedenen Provinzen verschieden bestandenen Lehenwesens.

Indem Wir daher bedacht waren, auch diesem Zweige der Staatsverwaltung, so viel es ohne Verletzung gegründeter Rechte der Einzelnen geschehen konnte, eine dem Geiste der Konstitution angemessene gleichförmige Gestalt zu geben, sind Wir von dem Gesichtspunkte ausgegangen, die Mängel und Gebrechen des alten

ten

ten Lehenwesens zu heben, den Uebergang in freies Eigenthum, zur Beförderung des Nationalwohlstandes, möglichst zu erleichtern, und dieses Institut, von Mißbräuchen und schädlichen Nebenbestimmungen befreit, in einfachere Formen zurückzuführen.

In dieser Absicht haben Wir beschlossen, über die Verhältnisse, unter welchen in Zukunft Lehen in Unserm Reiche bestehen, und unter welchen die bisher bestandenen in freies Eigenthum übergehen können, das nachfolgende Edikt zu erlassen.

I. Titel.

Allgemeine Bestimmungen.

1. K a p i t e l.

Künftige Lehengattungen.

§. 1. Künftig bestehen keine andere Lehen, als Mannlehen der Krone.

§. 2. Diese werden

a) entweder von dem König selbst verliehen, und heissen Thronlehen, oder

b) im Namen des Königs von dem obersten Lehenhofe, und heissen Kanzleilehen.

§. 3. Die Thronlehen bestehen
in Würden,
in Gütern.

§. 4. Die Thronlehenbaren Würden sind:
das Kronobersthofmeisteramt,
das Kronoberstkämmereramt,
das Kronoberstmarschallamt,
das Kronoberstpostmeisteramt.

§. 5. Die Thronlehenbaren Güter bestehen in jenen grösseren Herrschaften, mit deren Besize die fürstliche oder gräfliche Würde verbunden ist.

§. 6. Als Kanzleilehen können solche Landgüter bestehen, welche mit eigenen Gerichten versehen sind.

2. K a p i t e l.

Behandlung der bisherigen königlichen Lehen.

§. 7. Alle bisher königlichen Lehen, — sie mögen ehemalige deutsche Reichs- oder Pro-

vinziallehen, Ritterlehen oder Beutellehen, Mannlehen oder Kunkellehen u. s. f. gewesen seyn, — sollen einzeln nach ihren Verhältnissen untersucht werden, ob und in welche der oben bestimmten Lehengattungen sie eingereiht werden können.

§. 8. Die Untersuchung und Ausscheidung der Lehen wird durch das Ministerialdepartement der auswärtigen Angelegenheiten verfügt.

§. 9. Diejenigen Lehen, welche bisher die Natur der Beutel-, Gemeinen-, Bauern- und Zinslehen hatten, werden zur weiteren verordnungsmässigen Behandlung dem königlichen Finanzministerium übergeben.

§. 10. Diejenigen kleineren Ritterlehen, welche in Zukunft mit keinem eigenen Gerichte versehen, sondern der Gerichtsbarkeit eines anderen Untergerichts untergeben werden, bleiben zur weiteren Behandlung dem Ministerialdepartement der auswärtigen Angelegenheiten zugetheilt.

§. 11. Alle ausgeschiedenen Lehen, welche nicht in eine der oben (Kapitel 1.) bestimmten Lehengattungen eingereiht werden, sollen die

Leheneigenschaft verlieren, und in andere Grundverträge umgeändert oder vollkommen allodifizirt werden.

§. 12. Zur gütlichen Ausgleichung hierüber wird der Zeitraum bis zum 1sten Jänner 1810 festgesetzt.

§. 13. Wenn bis dahin eine andere Ausgleichung nicht zu Stande kommt, sollen diese Lehen in bodenzinsiges Eigenthum umgeändert werden.

§. 14. Der Bodenzins soll sich dergestalt nach dem Werthe des Lehens richten, daß nach der Verschiedenheit der Umstände der dritte oder vierte Theil des wahren Werths des Lehens zum Bodenzinskapitale angesetzt, und solches mit drei vom Hunderte verzinset werden soll.

§. 15. Der hienach berechnete Bodenzins wird in zwei gleichen Hälften, am 1sten Oktober, und 1sten April jeden Jahres an das betreffende allgemeine Rentamt entrichtet.

§. 16. Der Bodenzins wird alsbald in dem Hypothekenbuche vorgemerkt.

§. 17. Durch die Festsetzung des Bodenzinses wird das Gut von allen, aus dem vorigen Lehenverbande fliessenden Bürden frei gemacht. Es bedarf keiner Konsense mehr zur Verpfändung, Veräusserung, Vererbung; weder in Veräusserungsfällen, noch sonst, dürfen Gebühren bezahlt werden.

§. 18. Der Zinspflichtige kann sein Gut von dem Bodenzinse frei machen, wenn er den Gulden mit fünf und zwanzig zu Kapital erhoben, ablöset.

§. 19. Der Bodenzins kann ganz oder zum Theile abgelöset werden; jedoch dürfen die theilweisen Ablösungssummen nicht unter 100 fl. betragen.

§. 20. Das Bodenzinskapital kann zur Hälfte in flüssigen Staatsobligationen, nach Vorschrift der hierüber bestehenden Verordnungen abgezahlt werden.

§. 21. Von der Umänderung in bodenzinsiges Eigenthum sind diejenigen Lehen ausgenommen, bei welchen ein naher Heimfall zu vermuthen ist. Diese bleiben bis dahin in den vorigen Verhältnissen, oder unterliegen besonderen Unterhandlungen.

3. K a p i t e l.

Von dem Erlöschen der Privat- und
Afterlehen.

§. 22. Alle Lehen können in Zukunft nur von dem König ausgehen. Ausser dem König kann in Baiern kein Lehenherr bestehen.

§. 23. Kein Lehenmann kann königliche Lehen weiter verleihen.

§. 24. Alle Privatlehen und alle Afterlehen sollen daher erlöschen.

§. 25. Alle Privatlehen und alle Afterlehen sollen allodifizirt, oder in andere Grundverträge umgeändert werden.

§. 26. Zur gütlichen Ausgleichung hierüber zwischen den Privat- und Afterlehenherren, dann ihren Lehenholden wird der Zeitraum bis zum 1sten Jänner 1810 festgesetzt.

§. 27. Die Verträge hierüber müssen zu der bei dem Ministerialdepartement der auswärtigen Angelegenheiten angeordneten obersten Lehenskurie zur Bestätigung eingesendet, und sodann alsbald die Vormerkung in den Hypothekenbüchern verfügt werden.

§. 28. Wenn inner solchem Zeitraume eine gütliche Ausgleichung nicht zu Stande kommt, sollen die Privat- und Afterlehen in bodenzinsiges Eigenthum umgeändert werden.

§. 29. Der Bodenzins soll sich dergestalt nach den bisherigen Leheneinkünften richten, daß sämtliche Lehenbürden und Abgaben nach einem zwanzigjährigen Durchschnitte berechnet, und hienach der jährliche Bodenzins bestimmt werden soll.

§. 30. Der auf solche Art festgesetzte Bodenzins wird in zwei gleichen Hälften, am 1sten Oktober und 1sten April eines jeden Jahres an den Zinsherrn abgeführt.

§. 31. Der Bodenzins wird alsbald in das Hypothekenbuch eingetragen.

§. 32. Der Zinspflichtige kann sein Gut von dem Bodenzinse frei machen, wenn er an den Privatzinsherrn für jeden Gulden Zins fünf und zwanzig Gulden Kapital entrichtet.

§. 33. Der Zinspflichtige kann mit halbjähriger Aufkündigung den Bodenzins ganz, oder zum Theile ablösen. Von Seite des Zinsherrn ist das Bodenzinskapital unaufkündbar.

II. T i t e l.

Von der Konstituierung und Er-
langung eines Lehens.

I. K a p i t e l.

Von der Belehnung.

§. 34. Niemand kann im Umfange des
Baierischen Reiches Lehen verleihen, als der
König.

§. 35. Jeder Baierische Staatsbürger kann
Lehen empfangen.

§. 36. Nichts kann zu Lehen gegeben
werden, fals die höheren Kronämter und lie-
gende Güter.

§. 37. Zur Belohnung grosser und be-
stimmter, dem Staate geleisteter Dienste steht es
dem König frei, Lehen zu verleihen, und hiezu
vorzüglich die künftig heimfallenden Lehen,
oder neu erworbene Staatsdomänen zu ver-
wenden.

§. 38. Uebrigens verbleibt es bei den Be-
stimmungen der unterm 20sten Oktober 1804,
wegen Unveräusserlichkeit der Staatsgüter er-
lassenen Pragmatik.

§. 39. Während der Minderjährigkeit des Königs kann kein neues Lehen verliehen werden. Die Lehenserneuerungen nehmen jedoch ihren Fortgang.

§. 40. Die Lehen können auf die Lebenszeit des Lehenmannes, oder auf die männlichen Erben verliehen werden.

§. 41. Ein Lehen kann nur durch die wirkliche Belehnung erworben werden. Zusagen, letzte Willensverordnungen und Anwartschaften sind ohne Wirkung. Mitbelehnenschaften und eventuelle Belehnung finden in Zukunft nicht Statt.

§. 42. Die Belehnung mit den Thronlehen wird von dem König selbst, auf dem Throne, von den Ministern, Kronbeamten und obersten Hofämtern umgeben, vor dem versammelten Hofe vorgenommen, nach den Vorschriften des Belehnungszeremoniels.

§. 43. Die Belehnung mit den Kanzleilehen wird von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, oder in dessen Verhinderung durch einen Kommissär bei dem obersten Lehenhofe vorgenommen. Nach Umständen kann der

Belehnungsakt auch einem Generalkommissär übertragen werden.

§. 44. Die Lehen müssen von dem Lehenmanne selbst empfangen werden. Nur in besonderen Verhinderungsfällen kann mit königlicher Genehmigung die Lehensempfängniß durch einen eigens bevollmächtigten Anwalt aus derselben Klasse der Lehenmänner geschehen.

§. 45. Minderjährige können nicht Lehen empfangen, sondern müssen sich von einem Lehenträger vertreten lassen.

§. 46. Bei der Belehnung muß der Lehenmann folgenden Eid schwören:

„Der gegenwärtige Lehenmann (Lehen-
„träger) soll schwören in seine (in des Lehen-
„mannes) Seele, dem allerdurchlauchtigsten, groß-
„mächtigsten König und Herrn, Herrn Maxi-
„milian Joseph, König von Baiern, als
„seinem allergnädigsten Lehenherrn, getreu und
„gehorsam zu seyn; und alles zu thun und zu
„leisten, was seinem Lehenherrn ein getreuer
„Lehenmann nach den Gesezen des Reiches zu
„leisten schuldig ist, bei unfehlbarem Verluste
„des Lehens.“

S t a b u n g.

„Dem Eide, welcher mir jezt vorgelesen worden, und den ich wohl verstanden habe, schwöre ich, getreulich nachzukommen, so wahr mir Gott helfe und sein heiliges Evangelium.“

§. 47. Ueber den Belehnungsakt wird ein Protokoll aufgenommen und in das Lehenbuch eingetragen, dann ein von dem König unterzeichneter und von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten kontrasignirter Lehenbrief ausgefertigt, und dagegen von dem Lehenmanne ein Revers erholt.

2. K a p i t e l.

Von den Lehengebühren.

§. 48. Die von dem Lehenmanne für die Belehnung zu entrichtenden Gebühren bestehen in der

a) Lehentaxe,

b) in dem Gradationsstempelbetrage,

c) in den Kanzleigebühren, nämlich:

1) Briefgelde,

2) Reversgelde, und

3) Verpflichtungsgebühr.

§. 49. Sämtliche Lehen werden, in Rücksicht der Belehnungsgebühren, in 6 Klassen gereiht.

§. 50. Die Lehen der ersten Klasse bezahlen

zur Lehentaxe		1000 fl.
die der zweiten Klasse		500 —
die der dritten Klasse		250 —
die der vierten Klasse		100 —
die der fünften Klasse		50 —
die der sechsten Klasse		25 —

§. 51. Die Stempelgebühren werden sowohl bei dem Lehenbriefe als dem Reverse nach dem Werth des Lehens berechnet.

Bei den Kronämtern wird der Stempelbetrag für jede Urkunde auf 100 fl. angesetzt.

§. 52. Die Briefträger der ersten Klasse werden mit

.	30 fl.
die der zweiten mit	20 —
die der dritten mit	10 —
die der vierten mit	5 —
und die der fünften und sechsten mit	4 —

bezahlt.

§. 53. Eben dasselbe gilt von dem Reversgelde.

§. 54. Die Verpflichtungsgebühren sind

bei Lehen der ersten Klasse	.	.	100 fl.
der zweiten	.	.	50 —
der dritten	.	.	25 —
der vierten	.	.	10 —
der fünften und sechsten	.	.	5 —

3. Kapitel.

Von der Lehenfolge.

§. 55. Die Lehenfolge beschränkt sich auf den Mannsstamm, nach dem Rechte der Erstgeburt und der agnatisch linealischen Erbfolge, dergestalt, daß der Lehenerbe von dem ersten Erwerber aus einer rechtmässigen, ehelichen Geburt abstammen muß. Die durch nachfolgende Heurath Legitimirten werden den ehelich Gebornen gleich gehalten.

§. 56. Ausnahmsweise kann bei alten Lehen nur dann eine andere Erbfolge oder Ausdehnung auf weibliche Erben statt finden, wenn in dem Lehenbriefe hierüber eine abweichende Bestimmung ausdrücklich getroffen

ist; in welchem Falle auf die bisher bestandenen Provinziallehengeseze Rücksicht genommen werden soll.

§. 57. Die Mannlehen der Krone werden bei Berechnung des Pflichttheiles nicht in das Vermögen eingerechnet.

§. 58. Der Lehenerbe kann die Allodialerbschaft selbst seines Vaters, ausschlagen.

§. 59. Die Erben in aufsteigender Linie folgen der Regel nach den Lehen nicht; ausgenommen, es hätte sich derjenige, der sich des Lehens zu Gunsten eines Lehennachfolgers begibt, auf dessen unbeerbten Abgang den Rückfall ausdrücklich vorbehalten.

§. 60. Die Lehenfolge aus leztwilliger Verfügung kann nur mit ausdrücklicher Bewilligung des Lehenherrn statt finden.

§. 61. Eine Mitbelehnung findet in keinem Falle statt. Die von dem ersten Erwerber abstammenden Lehenerben bedürfen derselben nicht; Anderen kann sie nicht ertheilt werden. Diejenigen, welche bereits durch wirkliche, (nicht eventuelle) Mitbelehnung Rechte erlangt haben, behalten dieselben.

4. K a p i t e l.

Von der Lehenserneuerung.

§. 62. Die Lehenserneuerung muß geschehen, so oft sich ein Lehenfall ergibt.

§. 63. Die Lehenfälle sind:

- a) der Hauptfall, wenn die Person des Lehenherrs,
- b) der Nebenfall, wenn die Person des Lehenmannes verändert wird.

§. 64. Die Lehenserneuerung geschieht durch die Lehensmuthung, Ablegung der Lehenpflicht, Entrichtung der Lehengebühren, Ausfertigung des Lehenbriefes und des Lehenreverses.

§. 65. Was wegen der Belehnung (II. Tit. 1. Kap.) festgesetzt worden, bezieht sich auch auf die Lehenserneuerung.

§. 66. Die Muthung muß bei einem Hauptfalle von dem Lehenmanne, bei einem Nebenfalle von dem Lehenfolger in einem Zeitraume von einem Jahre, sechs Wochen und drei Tagen von dem Tage an gerechnet, geschehen, an welchem sich der Fall ergeben hat.

§. 67. Die Muthung ist bei dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, als oberstem Lehenhofe, anzubringen.

§. 68. In der Lehenmuthung muß:

- a) der dieselbe veranlassende Lehenfall angeführt, und
 - 1. bei einem Hauptfalle sich auf das Lehenberufungspatent bezogen,
 - 2. bei einem Nebenfalle der Todtenschein des letzten Lehenmannes beigebracht, und die richtige Erbfolge dargethan,
- b) eine beglaubte Abschrift des jüngsten Lehenbriefes,
- c) ein genaues Verzeichniß aller Lehenstücke, und
- d) bei minderjährigen Lehenfolgern das Tutorium beigelegt, auch
- e) ein Anwalt zur Insinuation angezeigt, übrigens aber
- f) durchgehends Stempelpapier nach dem Klassenstempel angewendet werden.

§. 69. Wenn die Lehenmuthung inner des vorgeschriebenen Zeitraumes aus böser Absicht, (dolo malo) unterlassen wird, verliert
der

der Lehenmann, oder Lehenfolger das Lehen, und erst nach dessen Tode tritt der nächste Lehenerbe wieder in den Genuß.

§. 70. Wenn der Muthungstermin ohne böse Absicht, (*sine dolo malo*) versäumt wird, findet die Strafe der Entrichtung doppelter Lehengebühren statt.

§. 71. Wenn über die Lehenfolge ein Streit obwaltet, ist der Besizer oder Kurator vorläufig zur Lehensmuthung verbunden.

§. 72. Ueber die geschehene Muthung wird von der Kanzlei des obersten Lehenhofes alsbald ein Muthschein ausgefertigt.

§. 73. Wenn die obigen Erfodernisse alle erfüllt, und der Belehnung keine Anstände im Wege sind, wird dem Lehenmanne ein Tag zur wirklichen Lehensempfangung anberaumt, und die Lehenserneuerung nach den für die Belehnung (II. Tit. 1. Kapitel, §. 42 — 47) festgesetzten Bestimmungen vorgenommen.

§. 74. Bei jeder Lehenserneuerung wird ein neuer Lehenbrief ausgefertigt, und ein neuer Revers erholt.

§. 75. Der neue Lehenbrief muß genau nach dem Inhalte der vorigen abgefaßt wer-

den, wenn nicht der Lehenherr und der Lehenmann, nebst allen Leheninteressenten, über eine neue Fassung überein kommen, oder eine allgemeine gesetzliche Bestimmung eintritt,

§. 76. Wenn ausser diesen Fällen der neue Lehenbrief von den vorigen abweicht, wird ein Verstoss vermuthet, und auf den ersten Lehenansazbrief, oder, wo dieser nicht vorzufinden ist, auf den ältesten vorhandenen Lehenbrief zurückgegangen.

5. Kapitel.

Von der Verjährung.

§. 77. Durch die Verjährung kann kein Lehen konstituiert oder erlangt werden.

III. Titel.

Von den Rechten und Verbindlichkeiten, die aus dem Lehenverbande entspringen.

1. Kapitel.

Von den Rechten des Lehenherrn und Lehenmannes im Allgemeinen.

§. 78. Der Lehenherr hat Rechte:

a) auf das Lehen, und

b) an den Lehenmann.

§. 79. Die Rechte auf das Lehen sind:

1) das Obereigenthum, wodurch das auf den Lehenmann übertragene Nuzeigenthum beschränkt, und derselbe verbindlich gemacht wird, das Lehen nicht zu veräußern, und nicht zu schmälern,

2) das Heimfallsrecht, bei Abgang eines Lehenenerben.

§. 80. Die Rechte an den Lehenmann sind:

1) das Recht, die Lehentreue zu fodern. In Folge dessen kann kein Lehenmann ohne Bewilligung des Lehenherrn in fremde Staats- und Kriegsdienste treten,

2) das Recht, den Leheneid zu fodern,

3) das Recht, die Lehendienste zu fodern.

§. 81. Die Lehendienste bestehen darin, daß der Lehenmann

a) so oft am Hofe des Lehenherrn erscheint, als er einberufen wird,

b) anstatt der ehemal üblichen Lehenpferdestellung eine jährliche Ablösungstaxe an

den obersten Lehenhof abführt. Da, wo bei alten Lehen die Pferdestellung nicht eingeführt war, hat es bei der Befreiung sein Verbleiben.

§. 82. Die jährliche Entrichtung der Lehenpferdegelder wird dahin bestimmt, daß von den reinen Leheneinkünften jährlich zwei Gulden vom Hunderte bezahlt werden sollen.

§. 83. Die Berechnung ist nach einem zwanzigjährigen belegten Durchschnitte herzustellen, und bei jedem Lehen der Betrag der Lehenpferdegelder in den Lehenbrief einzutragen.

§. 84. Die Hülfsvollstreckung zur Bezahlung ausständiger Lehenpferdegelder und anderer Lehengebühren ist durch die ordentlichen Gerichtsstellen, jedoch ohne Gestattung irgend einer Weitläufigkeit, auf die Früchte des Lehens selbst zu verfügen.

§. 85. Dem Lehenmanne kommt das Untereigenthum mit der vollen Nuzniessung des Lehens zu. Er darf sich aller gerichtlichen und aussergerichtlichen Mittel zum Schuze und zur Wiedererlangung des Eigenthums bedienen.

2. K a p i t e l.

Verbot der Veräusserung.

§. 86. Der Lehenmann kann das Lehen nicht veräussern.

§. 87. Unter der verbotenen Veräusserung werden alle Handlungen verstanden, wodurch das Untereigenthum des Lehens auf einen Anderen übertragen, oder wenigstens beschwert und geschmälert wird.

§. 88. Ein Lehen kann daher nicht verkauft, nicht verschenkt, nicht an Zahlungsstatt gegeben, nicht durch Vergleich abgetreten, nicht durch letzten Willen vermacht, nicht anverheurathet, nicht vertheilt, auch nicht durch einen Grund - oder Afterlehenvertrag weiter vergeben werden.

§. 89. Ein Lehen kann auch nicht verpfändet, noch mit einer Zinsabgabe, Stiftung, Dienstbarkeit, oder anderen Bürde beschwert werden. Bei allen Lehen ist daher die Lehen-eigenschaft in den Hypothekenbüchern ausdrücklich vorzumerken.

§. 90. Ein Lehen kann in Zeitpacht gegeben werden. Ueber die Früchte des Lehens kann der Lehenmann für seine Lebenszeit verfügen.

3. K a p i t e l.

Von den Lehenkonsensen.

§. 91. Die Veräusserung eines Lehens kann nur durch den ausdrücklichen Konsens des Lehenherrs giltig werden.

§. 92. Dieser Konsens kann nur durch den bei dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten angeordneten obersten Lehenhof ausgefertigt werden. Eine auf die Veräusserung Bezug habende, in einer anderen Rücksicht, von einem Gerichtshofe oder einer anderen Behörde ertheilte Einwilligung hat auf das Lehen keine Wirkung.

§. 93. Die Konsensbriefe werden von dem König selbst unterzeichnet, und von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten contrasignirt.

§. 94. Die Konsensgebühren bestehen, ausser dem Gradationsstempelbetrage, in den geheimen Kanzleitaxen, welche mit 16 fl. 40 krn. von jedem Tausend Gulden des Werthes berechnet werden.

Bei Verpfändungskonsensen werden die Kanzleitaxen auf zwei Drittheile dieses Betrages bestimmt.

§. 95. Der lehenherrliche Konsens ist nach der engsten Auslegung zu erklären, und kann von einer Veräusserungsart auf die andere nicht ausgedehnt werden.

§. 96. Der lehenherrliche Konsens erstreckt seine Wirkung auch auf die Erben des Lehenmannes, und erlischt mit dessen Tode nicht, wenn nicht etwas anders ausdrücklich bestimmt ist.

§. 97. Der Konsens zur Uebertragung des Untereigenthums auf einen Anderen wird nur dann ertheilt werden, wenn hiedurch die Aussicht des Heimfalles sich nicht entfernt, und rücksichtlich der Lehenfolger keine Anstände obwalten.

§. 98. Der Konsens zu beständigen Bürden wird niemals ertheilt werden.

§. 99. Der Konsens zur Verpfändung kann nur auf bestimmte Zeit, in keinem Falle über 15 Jahre ertheilt werden.

§. 100. Die Lehenkonsense können nicht zur Verpfändung über die Hälfte des Werths ertheilt werden.

§. 101. Jeder Konsensbewilligung muß daher der Beweis über den wahren Werth des

Lehens, dann die Anzeige: welche Lehenschulden erster und zweiter Gattung, (Tit. III. Kap. 8. §. 149 — 155.) darauf haften, und wozu das aufzunehmende Kapital verwendet werden wolle, vorhergehen.

§. 102. Wenn eine ältere Lehenschuld durch das neue Anlehen abgeführt wurde, so muß auch die Urkunde der älteren Schuld als Beweis derselben in Urschrift vorgelegt werden.

§. 103. Ein gültiges Zeugniß, daß die mit zu verpfändenden lehenbaren Gebäude dem Brandversicherungskataster, und wie hoch einverleibt seyen, gehört ebenfalls zu den Vorbedingnissen des Konsenses.

§. 104. Wenn ein Vormünder einen Konsens nachsucht, muß er ausser dem Tutorium auch die obervormundschaftliche Einwilligung urschriftlich beibringen.

§. 105. Die Lehenherrliche Konsense müssen in die Hypothekenbücher eingetragen werden.

§. 106. Für die Dauer des Konsenses haftet nicht nur der Lehenherr bei dem Heimfalle, sondern auch die Lehenfolger. Die Einstim-

mung derselben muß daher ebenfalls beigebracht werden.

§. 107. Die Hülfsvollstreckung zur Bezahlung der Lehenschulden findet nur durch die ordentlichen Gerichte statt, welche jedoch die Vernehmung des obersten Lehenhofes nicht umgehen sollen.

§. 108. Zu den gerichtlichen Zwangsveräußerungen, wegen Lehenschulden, ist der lehenherrliche Konsens nothwendig; er soll jedoch bei einer Veräußerung, wegen Lehenschulden erster Gattung, nicht verweigert werden. Ohne denselben ist auch die gerichtliche Zwangsveräußerung ungültig.

4. K a p i t e l.

Von der Strafe der Lehenveräußerung ohne Konsens.

§. 109. Die ohne lehenherrliche Einwilligung vorgenommene Lehenveräußerung ist nicht nur an sich ohne Kraft und Wirkung, sondern auch eine Art der Felonie.

§. 110. Die Heimfälligkeit, als Strafe der Felonie, tritt nur dann ein, wenn die Veräußerung wirklich vollzogen worden ist.

§. 111. Die Verpfändung ohne Einantwortung des Lehens, die Kaufs- oder Tauschunterhandlungen, und die Errichtung eines Grundvertrages ziehen die Heimfälligkeit nicht, wohl aber die Nichtigkeit der Handlung und eine willkührliche Strafe nach sich.

§. 112. Das Ansuchen um den lehenherrlichen Konsens, ohne dessen wirklichen Erfolg, befreit von der Heimfälligkeit nicht.

§. 113. Wenn nicht das ganze Lehen, sondern nur ein Theil davon veräussert wird: so ist nur der veräusserte Theil der Heimfälligkeit unterworfen.

§. 114. Derjenige, welcher ein Lehen ohne lehenherrliche Bewilligung an sich gebracht hat, muß das heimfällige Gut dem Lehenherrschaft, ohne Erstattung des Kaufschillings, oder einer anderen Auslage, abtreten.

§. 115. Der Käufer hat jedoch seinen Regress gegen den Veräusserer und seine Erben.

5. K a p i t e l.

Von der Vindikation veräusselter Lehen.

§. 116. Das ohne lehenherrliche Bewilligung veräusserte Lehen kann der Lehenmann

selbst, gegen Zurückerstattung des Empfangenen, wieder vindiziren.

§. 117. Hiezu wird jedoch erfordert, daß die Veräußerung mit gutem Glauben und in der Meinung, es sey ein Allode, von dem Lehenmanne geschehen, und solches gerichtlich hergestellt sey.

§. 118. Wenn der Lehenmann die Veräußerung, wegen Mangels an gutem Glauben, nicht mehr zurückrufen kann, so steht es dem Lehenherrn frei, das Lehen allenthalben zu vindiziren und an sich zu bringen.

§. 119. Dieß kann jedoch andergestalt nicht, als ohne Nachtheil der Lehenschulden, um welche das Lehen zu haften hat, und unabbrüchig dem Wiederrufungsrechte der rechtmässigen Lehenfolger geschehen.

§. 120. Unter mehreren Lehenfolgern muß die Ordnung bei dem Wiederrufe eben so, wie bei der Erbfolge selbst, beobachtet werden, dergestalt, daß der Nähere den Entfernteren ausschließt.

§. 121. Unter gleich Berechtigten hat der Wiederruf pro rata statt, und zwar ohne Unterschied, ob das Lehen an einen unter ih-

nen selbst, oder an einen Dritten veräußert wurde.

§. 122. Der Wiederruf kommt nicht nur den Agnaten und Lehenfolgern von der Seitenlinie, sondern auch den Kindern, und Deszendenten des Veräußerers zu. Jedoch haften diese mit der Allodialerbschaft, in so ferne sie sich derselben nicht entschlagen,

§. 123. Wenn der nächste Lehenfolger entweder nicht wiederrufen will, oder nicht kann, so hindert dieß den nachfolgenden nicht, dann, wann die Erbfolge an ihn kommt, den Wiederruf anzustellen.

§. 124. Der Vindizirende ist den Werth des Lehens zu erstatten nicht schuldig. Jedoch ist dem Adquirenten der Regreß an den Veräußerer und seine Erben vorbehalten.

§. 125. Bei theilweisen Veräußerungen geht der Wiederruf nicht auf das ganze Lehen, sondern nur auf das veräußerte Stück.

§. 126. Der Vindizirende hat auf die Früchte des Lehens kein weiteres Recht, als von der Zeit der gestellten Klage an.

§. 127. Der Wiederruf der Lehenfolger hat nicht statt, wenn

- a) die Veräußerung an den nächsten Lehenfolger, oder
- b) wegen Lehenschulden geschehen, oder
- c) noch nicht wirklich vollzogen worden ist,
- d) bei einer weiteren Vergebung auf einen Grundvertrag,
- e) so lange der Veräußerer noch am Leben ist. In diesem Falle hat auf die Lebenszeit des Lehenmannes, wenn das Lehen mit lehenherrlichem Konsense veräußert wurde, derjenige, welcher das Leben an sich gebracht hat, und wenn es ohne Konsens geschehen ist, der Lehenherr, vermög des Heimfalles, den Lehengenuß;
- f) wenn der Vindizirende bereits in die Veräußerung eingewilligt hat.

§. 128. Um die Lehenfolger aus dem Grunde der geschehenen Einwilligung von dem Wiederrufe auszuschliessen, wird erfordert, daß die Einwilligung ausdrücklich und schriftlich geschehen sey.

§. 129. Die Einwilligung schadet nur dem Bewilliger und seinen Erben allein, nicht aber den anderen Lehenfolgern, welche nicht eingewilliget haben.

§. 130. Ein Einstandsrecht hat bei Lehenveräußerungen nicht statt.

6. K a p i t e l.

Von leztwilligen Verfügungen.

§. 131. Ein Lehen kann durch leztwillige Verfügungen ohne Bewilligung des Lehenherrn auf Andere nicht übertragen werden.

§. 132. Ein Vermächtniß über ein Lehen ist vollkommen nichtig.

§. 133. Unter einer allgemeinen leztwilligen Verfügung werden die Lehen als nicht begriffen angesehen.

§. 134. Wenn der Lehenmann das Lehen nur einem Nachfolger aus mehreren gleich Berechtigten, oder den sämtlichen Nachfolgern zu ungleichen Theilen vermacht, so ist diese Verfügung ungültig.

§. 135. Der Lehenmann kann über die zu seiner Verlassenschaft gehörigen Früchte und Verbesserungen des Lehens durch lezten Willen verfügen.

§. 136. Erbverträge können über Lehen ohne Einwilligung des Lehenherrn nicht eingegangen werden.

7. K a p i t e l.

Von der Vormundschaft des Lehenmannes.

§. 137. Eine eigene Lehensvormundschaft findet nicht statt, sondern, wenn ein Lehenmann mit Hinterlassung minderjähriger Kinder stirbt, tritt die durch das bürgerliche Gesetzbuch bestimmte Vormundschaft ein.

§. 138. Der Vormünder ist Lehenträger; er muß daher lehenfähig seyn. Wenn er es nicht ist, muß ihm von der Obrigkeit ein lehenfähiger Mitvormund beigegeben werden.

§. 139. Der Vormünder muß inner der gesetzlichen Zeitfrist das Lehen muthen, empfangen, und die Gebühren entrichten.

§. 140. Wenn in der Person des Vormünders eine Aenderung vorgeht, vor der Lehenmann die Großjährigkeit erlangt, muß der neue Vormünder neuerdings die Lehenpflicht ablegen, den Lehenbrief erholen, und den Revers ausstellen.

§. 141. Nach erlangter Großjährigkeit muß der Lehenmann selbst die Lehenpflicht ablegen, einen neuen Lehenbrief erholen, und Revers ausstellen.

§. 142. In diesen Fällen (§. 140 und 141.) wird die Lehentaxe nicht mehr entrichtet, wohl aber der Stempelbetrag und die Kanzleigebühren.

§. 143. Die Rechte und Pflichten des Vormünders bei Verwaltung der Lehen sind dieselben, wie sie das bürgerliche Gesetzbuch, rücksichtlich der allodialen Güter, bestimmt.

8. K a p i t e l.

Von den Lehenschulden.

§. 144. Die Schulden des Lehenmannes sind Erb- oder Lehenschulden.

§. 145. Die Erbschulden sind aus dem Allode des Lehenmannes zu bezahlen.

§. 146. Für die Erbschulden haftet das Lehen nicht, sondern nur die Lehenfrüchte, so weit sie dem schuldenden Lehenmanne, nach Bestreitung der Lehenabgaben, zukommen.

§. 147. Die Lehenfolger können um Erbschulden nur in soferne belangt werden, als sie zugleich Allodialerben sind, oder in die Schulden eingewilliget haben.

§. 148. Im Zweifel steht die Vermuthung mehr für Erb-, als Lehenschulden.

§. 149.

§. 149. Die Lehenschulden sind entweder

a) der ersten, oder

b) der zweiten Gattung.

§. 150. Unter Lehenschulden der ersten Gattung werden nur diejenigen gerechnet, welche zum beständigen und erweislichen Nutzen des Lehens verwendet wurden.

§. 151. Hieher gehören diejenigen, welche auf die nothwendigen Proceßkosten in Streitigkeiten, welche das Lehen selbst betreffen, auf die in Rücksicht des Lehens erlegten feindlichen Kontributionen, oder auf Herstellung nützlicher Gebäude verwendet wurden.

§. 152. Was auf gültige und rechtsbeständige Erkaufung des Lehens verwendet wurde, ist nur rücksichtlich der Lehenfolger unter die Lehenschulden erster Gattung zu zählen.

§. 153. Um diese in die Substanz des Lehens verwendete Schulden haften nicht nur die Lehenfrüchte, sondern auch die Substanz des Lehens, dergestalt, daß das Allode des Lehenmannes nur subsidiarisch angegriffen werden kann.

§. 154. Dasjenige, was zur Abführung der Lehenschulden erster Gattung verwendet wird, tritt in gleiche Eigenschaft ein.

§. 155. Lehenschulden der zweiten Gattung sind diejenigen, in welche der Lehenherr und die Lehenfolger eingewilliget haben.

§. 156. Der Lehenkonsens hat seine Wirkung nur auf die Zeit, auf welche er beschränkt ist.

§. 157. Wenn die bestimmte Zeit ohne Abführung der Schuld verfließt, und keine Verlängerung bewilliget wird, nimmt die Lehenschuld die Eigenschaft einer Erbschuld an.

§. 158. Der Konsens erstreckt sich von dem Kapital auch auf die Zinsen. Während der Dauer des Konsenses soll daher die Abführung der Zinsen dem Lehenhofe nachgewiesen werden.

§. 159. Für die Lehenschulden zweiter Gattung haftet die Substanz des Lehens nicht vorzüglich, sondern nur subsidiarisch, wenn die Lehenfrüchte und das Allode des Vasallen nicht hinreichen.

§. 160. Zu dieser subsidiarischen Haftung der Substanz ist nothwendig, daß sich der Gläubiger vor Verflusse des im Konsense bestimmten Zeitraumes durch die gerichtliche Klage vorgesehen haben muß.

§. 161. Die Lehenschulden zweiter Gattung weichen denen erster Gattung im Konkurse aus, sowohl, was die Substanz des Lehens, als die Lehenfrüchte betrifft.

§. 162. Mehrere Lehenschulden zweiter Gattung unter sich reihen sich nach dem Vorzugsrechte der Erbschulden.

9. K a p i t e l.

Von dem Wittwengehalte und Heurathsgute.

§. 163. Mit einem Wittwengehalte kann ein Lehen ohne Konsens des Lehenherrs und der Lehenfolger nicht beschwert werden.

§. 164. In Ermangelung anderer Alimentation der Wittwe des Lehenmannes aus dessen Erbvermögen, bedarf es der Einwilligung der Lehennachfolger zur Bestimmung eines Witthums aus den Lehenfrüchten nicht.

§. 165. Die Bestimmung des Witthums ist in diesem Falle, wenn keine frühere, von dem Lehenherrs bewilligte Verfügung getroffen ist, dem Gerichte überlassen.

§. 166. Die Gerichtsstelle muß jedoch hierüber die lehenherrliche Einwilligung erholen, welche auf einen höheren Betrag, als den dritten Theil der reinen Leheneinkünfte nicht ertheilt werden soll.

§. 167. Wenn mehrere Wittwen zugleich vorhanden sind, können die Wittwengehalte zusammen den dritten Theil der reinen Leheneinkünfte nicht übersteigen.

§. 168. Das eingebrachte Heurathgut kann ohne Konsens auf dem Lehen nicht versichert werden. Nach seiner verschiedenen Verwendung nimmt es die Natur einer Erb- oder Lehenschuld an.

§. 169. Die Töchter des Lehenmannes können, wenn sie nicht durch besondere Verfügung in dem Lehenbriefe zur Lehenfolge berufen sind, aus dem Lehen keinen Pflichttheil und kein Heurathgut fodern.

§. 170. Die zur Bezahlung des Heurathguts der Töchter aufgenommenen Gelder nehmen nur dann die Natur von Lehenschulden an, wenn sie konsentirt sind.

10. K a p i t e l.

Von der Absonderung des Lehens vom Erbe.

§. 171. Das Lehen muß von dem Erbgute abgesondert werden,

- a) wenn das Lehen an einen Lehenfolger kommt, welcher nicht zugleich Allodialerbe ist,
- b) wenn das Lehen dem Lehenherrn heimfällt, oder
- c) wenn das Allode, wegen Schulden des Lehenmannes, in den Konkurs geräth.

§. 172. Die Absonderung kann

- a) entweder aussergerichtlich, durch gütliches Einverständniß sämtlicher Betheiligter, oder
- b) gerichtlich, durch förmliche Verhandlung vor dem Richter geschehen.

§. 173. In jedem Falle wird die Mitwirkung des Lehenherrn hiezu erfordert, und ohne dieselbe ist die Auseinandersezung ungültig.

§. 174. Bei Bestimmung der Lehenstücke wird vor allem auf die Lehenbriefe und Reverse, dann auf die bei dem obersten Lehen-

hofs anliegenden Beschreibungen, Fassionen und Kataster gesehen.

§. 175. Im Zweifel ist im Allgemeinen die Vermuthung für das Allode.

§. 176. Wo aber ein ganzer Körper zu Lehen verliehen, oder bei der Belehnung der Ausdruck „mit Zugehör“ gebraucht ist, steht die Vermuthung für das Lehen, und die Allodial-eigenschaft der einzelnen Stücke muß bewiesen werden.

§. 177. Allodial sind:

- a) die Früchte des Lehens,
- b) dasjenige, was das bürgerliche Gesezbuch unter beweglichen Gründen begreift.

§. 178. Wo ein ganzer Körper lehenbar ist, steht die Vermuthung dafür, daß alles unbewegliche Eigenthum zu dem Lehen gehöre.

§. 179. Die Früchte werden zwischen den Allodialerben des Lehenmannes und den Lehenfolgern, oder im Heimfall, dem Lehenherrs in dem Verhältnisse getheilt, wie das bürgerliche Gesezbuch die Theilung zwischen dem Nuzniesser und Eigenthümer bestimmt.

§. 180. Eben dasselbe gilt von dem Zuwachse und den Verbesserungen.

IV. T i t e l.

Von der Auflösung des Lehenverbandes.

1. Kapitel.

Von den Arten, den Lehenverband aufzulösen.

§. 181. Der Lehenverband wird aufgelöset:

- a) durch die Felonie,
- b) durch Aufsendung des Lehenmannes,
- c) durch den Heimfall bei Abgang des Lehen-
erben,
- d) durch die Allodifikation,
- e) durch Surrogirung, und
- f) durch den Untergang des Lehens.

2. Kapitel.

Von der Felonie.

§. 182. Felonie ist Verletzung der beschwornen Lehenstreue.

§. 183. Die Lehenstreue wird verletzt,

- a) durch Verbrechen gegen die Person des Lehenherrn,
- b) durch die Annahme fremder Dienste (Tit. III. Kap. 1. §. 80.)
- c) durch die auf dreimalige Anmahnung fortgesetzte Verweigerung der schuldigen Lehendienste, Pflichten und Gebühren,
- d) durch Unterlassung der Lehenesmuthung aus böser Absicht (*dolo malo*),
- e) durch Veräusserung des Lehens ohne Einwilligung des Lehenherrn,
- f) wenn das Lehen durch die Schuld des Lehenmannes um ein Drittheil des Werths vermindert wird,
- g) durch wiederholten schweren Mißbrauch der gutsherrlichen Rechte, nachdem der Lehenmann schon einmal wegen eines solchen Exzesses bestraft worden ist.

§. 184. Die Strafe der Felonie ist Einziehung des Lehens.

§. 185. Die Kaduzität kann nur durch einen Ausspruch der ordentlichen Gerichtsstelle erkannt werden.

§. 186. Die Kaduzität findet nur bei einer offenbar bösen Absicht (*dolo malo*) statt. Bei einem blossen Verschulden tritt eine willkürliche Strafe ein.

§. 187. Die Kaduzitätsklage ist persönlich, und geht nicht auf die Erben.

§. 188. Die Strafe der Felonie trifft nur den Lehenmann, nicht aber die Lehenerben. Der Lehenherr genießt das Lehen, so lange der straffällige Lehenmann lebt. Nach dessen Tode kommt es an den rechtmässigen Lehenfolger, ohne Unterschied, ob er der Allodialerbe des Verstorbenen ist oder nicht.

§. 189. Die Felonie des Vormünders trifft den minderjährigen Lehenmann nicht, sondern nur den ersteren mit einer willkürlichen Strafe.

3. Kapitel.

Von der Lehensaufsendung.

§. 190. Der Lehenverband wird aufgelöst, wenn der Lehenmann das Lehen aufsendet.

§. 191. Die Aufsendung kann geschehen,

a) an den Lehenherrn selbst,

- b) an den nächsten Lehenfolger,
- c) an einen entfernteren Lehenerben,
- d) an ein von dem ersten Erwerber nicht abstammendes Individuum.

§. 192. Wenn das Lehen dem Lehenherrn aufgesendet wird, vereinigt sich das Obereigenthum mit dem Untereigenthume und das Lehen hört so lange auf, Lehen zu seyn, als der aufsendende Lehenmann lebt.

§. 193. Wenn kein rechtmässiger Lehenfolger mehr vorhanden ist, fällt das Lehen durch die Aufsendung dem Lehenherrn gänzlich heim.

§. 194. Durch die Aufsendung an den nächsten Lehenfolger hört der Lehenverband nur in Rücksicht des aufsendenden Lehenmanns auf.

§. 195. Die Einwilligung des Lehenherrn muß hiezu erholt, kann aber nicht abgeschlagen werden.

§. 196. Bei Aufsendungen des Lehens an einen entfernteren Lehenerben, oder an einen Dritten treten alle Bestimmungen ein, wel-

che im Allgemeinen über Lehenöveräusserungen festgesetzt sind.

§. 197. Wenn unter mehreren gleichen Lehenerben Einer das Lehen übernimmt, und die Uebrigen auf andere Art ihrer Lehenantheile wegen, befriediget, müssen diese für sich und ihre Erben das Lehen aufsenden, und sich der ferneren Ansprüche auf dasselbe begeben.

4. K a p i t e l.

Von dem Heimfalle bei Abgang der Lehenerben.

§. 198. Wenn der Lehenmann ohne Hinterlassung rechtmässiger Lehenerben verstirbt, fällt das Lehen dem Lehenherrn heim, und der Lehenverband wird gänzlich aufgelöset.

§. 199. Der Lehenherr kann das heimgefallene Lehen wieder weiter verleihen. Hiebei treten jedoch die Bestimmungen ein, welche (Tit. II. Kap. 1. 37—40.) wegen neuer Verleihung der Lehen festgesetzt sind.

5. K a p i t e l.

Von der Lehenseignung.

§. 200. Der Lehenverband wird aufgelöset durch die Allodifikation.

§. 201. Thronlehen und mit Gerichtsbarkeit versehene Kanzleilehen können nicht allodifizirt werden.

§. 202. Alle übrigen Lehen können geeignet werden, wenn alle lebenden Lehenfolger hiezu einstimmen.

§. 203. Für die Leheneignung muß der Lehenmann dem Lehenherrn, nach Verschiedenheit der Verhältnisse den dritten, oder vierten Theil des Lehenwerths entrichten.

§. 204. Auch kann eine, dem dritten oder vierten Theile des Lehenwerths entsprechende jährliche Grundrente, anstatt der baaren Ablösung, für die Lehenseignung festgesetzt werden.

§. 205. Lehen, welche auf dem nahen Heimfalle ruhen, können nicht, oder nur nach einem anderen Maasstabe geeignet werden.

6. K a p i t e l.

Von anderen Arten, den Lehenverband aufzulösen.

§. 206. Der Lehenverband wird noch aufgelöset

durch Surrogirung, und

durch den gänzlichen Untergang des Lehens:

§. 207. Die Surrogirung findet dann statt, wann, nach vorgängiger Untersuchung, mit Einwilligung des Lehenherrs und der lebenden Lehenfolger der Lehenverband von einem Gute auf ein anderes von gleichem Werthe übertragen wird.

§. 208. Das Lehen tritt hiedurch in die Eigenschaft eines freien Erbguts ein, und das dafür surrogirte Gut nimmt alle Verhältnisse des vorigen Lehenguts an.

§. 209. Bei der Surrogirung muß eine neue Belehnung vorgenommen werden, bei welcher der Lehenmann jedoch keine Lehentaxe, sondern nur die Stempel- und Kanzleigebühren zu entrichten hat. Auch müssen die Konsens-taxen in diesem Falle abgeführt werden.

§. 210. Durch den völligen Untergang des Lehens, wenn derselbe ausser dem Verschulden des Lehenherrs und des Lehenmannes liegt, wird der Lehenverband dergestalt aufgelöst, daß weder der Lehenherr dem Lehenmanne, noch dieser jenem eine Entschädigung zu leisten hat.

§. 211. Durch die Verjährung wird der Lehenverband nicht aufgelöst.

7. K a p i t e l.

Von der Theilung der Lehenfrüchte, und den Lehenbesserungen bei Auflösungen des Lehenverbandes.

§. 212. Die Lehenfrüchte werden bei Auflösung des Lehenverbandes so getheilt, wie bei der Absonderung des Lehens vom Erbe (Tit. III. Kap. 10. §. 179.) festgesetzt wurde.

§. 213. Eben dasselbe gilt von dem Ersaze des Zuwachses und der Lehenbesserungen (das. §. 180.)

V. T i t e l.

Von der Lehengerichtsbarkeit und den Lehenstreitigkeiten.

§. 214. Es soll keine eigene Lehengerichtsbarkeit bestehen, sondern alle streitigen Lehensachen sollen vor den Gerichtshöfen verhandelt werden.

§. 215. Die Lehenstreitigkeiten sind an keine besondere Weise, sondern wie andere

Rechtssachen von den Gerichtsstellen zu verhandeln.

VI. Titel.

Von der Anordnung eines obersten Lehenhofes.

§. 216. Zur Behandlung der nicht streitigen Lehensachen für sämtliche Lehen des Reiches wird ein oberster Lehenhof angeordnet.

§. 217. Der oberste Lehenhof des Reiches besteht bei dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

§. 218. In allen Lehengegenständen werden die Berichte der Unterbehörden und die Vorstellungen der Partheien, nach der vorgeschriebenen Courtoisie, unmittelbar an den König gerichtet, unten mit der Ueberschrift:

An das Ministerium der auswärtigen
Angelegenheiten,

und mit dem Beisaze:

Zum obersten Lehenhofe.

§. 219. Die wichtigeren Gegenstände werden unter der Unterschrift des Ministers

ausgefertiget, die minder wichtigen und laufenden Geschäfte von dem obersten Lehenhofe.

§. 220. Alle Lehenbücher, Protokolle und Lehenakten der bisher bestandenen Provinziallehenhöfe werden in ein allgemeines Reichslehenarchiv vereiniget.

§. 221. Alle Belehnungen mit Kanzleilehen werden bei dem obersten Lehenhofe vorgenommen.

§. 222. Wenn eine Belehnung auftragsweise bei einem Generalkreiskommissariate vorgenommen wird, (Tit. II. Kap. 1. §. 43.) muß das Belehnungsprotokoll, worüber das Generalkreiskommissariat die Vorschrift erhält, an den obersten Lehenhof eingesendet, und dort in das Lehenbuch eingetragen werden.

§. 223. Die Provinziallehenbücher werden durchaus geschlossen, und bei dem Reichslehenhofe mit dem 1sten Oktober 1808 neue abgesonderte Lehenbücher angefangen.

a) über die Thronlehen.

b) über die Kanzleilehen.

§. 224. Neben den Lehenbüchern werden eigene Lehenkataster, mit vollständiger Beschreibung sämtlicher Lehen, geführt.

§. 225.

§. 225. Die Lehenstreitsachen werden von dem obersten Lehenhofe geleitet, und hierüber die bei den Gerichtshöfen angestellten Fiskalen instruiert.

§. 226. Die lehenherrlichen Erinnerungen an die Gerichtshöfe werden durch Ministerialrescripte ausgefertigt.

§. 227. Alle ständige Lehengefälle, welche in jährlichen Abgaben bestehen, werden von den allgemeinen Rentämtern eingehoben und verrechnet.

§. 228. Alle Belehnungsgebühren und geheime Kanzleitaxen von allen Thron- und Kanzleilehen werden von dem Taxationsamte des obersten Lehenhofes eingehoben, und mit monatlichen Rechnungsauszügen an die Zentralstaatskasse abgegeben.

§. 229. Für die rückständigen Geschäfte des letzten Hauptlehenfalles, der verfallenen Ritterpferdegelder, u. s. f. wird eine eigene Kommission zu deren Berichtigung ernannt, welche unter der Leitung des mit dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten verbundenen obersten Lehenhofes zu stehen hat.

Nach diesen gleichförmigen und vereinfachten Bestimmungen wollen Wir, vom 1sten Oktober dieses Jahres anfangend das Lehenwesen Unsers Reiches behandelt wissen.

Wir lassen daher solches durch das allgemeine Regierungsblatt mit dem Anhange bekannt machen, daß von diesem Zeitpunkte an alle übrigen, sowohl gemeinen, als besonderen Lehenrechte und Gewohnheiten keine verbindende Kraft mehr haben sollen.

So geschehen, München den 7ten Julius, 1808.

MAX JOSEPH.

Freihr. von Montgelas. Graf Morawizky.
Freihr. von Hompesch.



A n h a n g.

(Zu dem I. Titel, §. II.)

Königliche allerhöchste Erklärung über
die konstitutionellen Geseze, wodurch
Rechte der Privaten aufgehoben wer-
den.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Wir finden uns bewogen, zur Entfernung al-
ler irrigen Ansichten, hiedurch im Allgemeinen
gesezlich zu erklären, daß bei allen Rechten der
Privaten, welche in Folge der Konstitution des
Reiches, und der damit verbundenen Edikte,
ohne ausdrückliche Festsezung eines Ersazanspru-
ches aufgehoben worden sind, die Foderung ei-

ner Entschädigung weder vom Staate, noch von
anderen Interessenten statt habe.

München, den 6ten Jänner, 1809.

MAX JOSEPH.

Freiherr von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
der Generalsekretär

Baumüller.

(Regierungsblatt 1809. V. Stück. Seite 97.)

(Zu dem I. Titel, §. V.)

G e s e z,
die Aufhebung der Edelmännnsfreiheit be-
treffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

In Erwägung der Konstitution Unsers Reiches,
Titel I, §. 2., wo verordnet ist:

„das ganze Königreich soll nach gleichen
„Gesezen gerichtet, nach gleichen Grundsä-
„zen verwaltet werden, und §. 5., wonach
„der Adel seine Titel und sämtliche guts-
„herrliche Rechte behält;“

und in der Absicht, alle persönlichen Vorzüge,
welche dem Sinne dieser Bestimmungen zuwi-
der sind, zu entfernen, beschliessen Wir, wie
folgt:

1) Die sogenannte Edelmännnsfreiheit, wel-
che zwar den Besiz eines Grundeigenthums vor-

aussetzt, an sich aber ein bloß persönliches Privilegium ist, soll weder in Zukunft, Unsern Hausgesetzen zuwider, von neuem verliehen, noch von denjenigen, welchen sie durch ältere, oder neuere Konzessionen zugestanden ist, ferner ausgeübt werden, und Wir erklären sie hie mit als gänzlich aufgehoben. Demnach soll

2) die zu Folge der Edelmannsfreiheit auf den sogenannten einschichtigen Gütern ausgeübte Gerichtsbarkeit, und auf denselben

3) die Gerichtsscharwerk von nun an nicht ferner Statt finden; auch fällt

4) die Befugniß zur Ausübung des kleinen Weidwerkes, oder niederen Jagdrechtcs hinweg, welches den Edelmannsfreiheitsfähigen für ihre eigene Person mit gewissen Beschränkungen zugestanden war;

5) eben so erlischt der Mannsvortheil, vermög dessen der älteste Mannserbe einen gewissen Antheil des freien älterlichen Vermögens, nach Familienverträgen oder richterlichen Bestimmungen, zum Voraus fodern kann; und

6) der Verzicht der adelichen Töchter auf die väterliche, mütterliche und brüderliche Erbschaft, zu Gunsten der männlichen Erben.

Endlich

7) erklären Wir das privilegierte Einstandsrecht des Adels auf landsässigen Gütern hiemit gleichfalls für aufgehoben.

Die Bestimmungen über die Folge der Aufhebung der Verzicht adelicher Töchter sind dem Geseze über die Fideikomnisse und der Konstitution des Adels vorbehalten.

München, den 20sten April, 1808.

MAX JOSEPH.

Freiherr v. Montgelas. Graf Morawitzky.

Freiherr v. Hompesch.

(Regierungsblatt 1809. VI. Stück. Seite 213—215.)

(Zu dem I. Titel, §. V.)

G e s e z,
die Aufhebung der Siegelmässigkeit be-
treffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern:

In Erwägung des I. Titels, 2. §. der Konstitution
Unsers Reiches, worin festgesetzt ist:

„das ganze Königreich wird nach gleichen
„Gesezen gerichtet etc.“

und in der Absicht, alle Hindernisse zu entfer-
nen, welche der Einführung gedachter Kon-
stitution entgegen stehen können, haben Wir
beschlossen:

das Privilegium der Siegelmässigkeit, (wel-
ches mehrere Begünstigungen in gerichtlichen
und aussergerichtlichen Handlungen, und an-
dere persönliche Vorrechte begreift) es möge

Jemanden mit oder ohne Adelsrecht zustehen, gänzlich aufzuheben.

Demnach erklären Wir hiemit folgende besondere Rechte als erloschen:

1) Das Recht, schriftlichen Handlungen, durch die Fertigung von zwei Siegelmässigen, oder eines Siegelmässigen und zwei Zeugen die Kraft einer öffentlichen Urkunde zu geben;

2) Handlungen, wozu bei unsiegelmässigen Personen die obrigkeitliche Protokollirung und Verbriefung nöthig ist, z. B. Eheverträge, Vollmachten, Vergleiche, selbst und mit gleicher Kraft zu fertigen;

3) insbesondere Hypothekbriefe auf solche Art auszustellen;

4) den Vermögens- und Schuldenstand auf Treue und Glauben vor Gericht anzugeben;

5) die Errichtung und Fertigung der aus den Grund- und Lehensverträgen hervorgehenden Urkunden bei Grund- oder Lehenherren, welche mit der Gerichtsbarkeit nicht versehen sind;

6) die Certioration der Frauen, welche sich für ihre Ehemänner bürgschaftsweise, oder als Selbstzahler verschreiben, durch einen Anweiser und ohne Mitwirkung der Obrigkeit;

7) das Recht, durch unbetheiligte Blutsverwandte des Verstorbenen bei Verlassenschaft den die Besieglung, Beschreibung und die gänzliche Verhandlung vornehmen zu lassen;

8) das Vorrecht eines Siegelmässigen Testamentsexekutors, das Inventar selbst zu errichten;

9) die den nächsten Verwandten eines verstorbenen Siegelmässigen zugestandene Freiheit, aus ihrer Mitte Vormünder zu wählen;

10) das Befugniß siegelmässiger Vormünder, der Obrigkeit die Vormundschaftspflicht schriftlich zu überreichen;

11) das Recht des siegelmässigen Vaters, den Kindern das Muttergut in Gegenwart der Verwandten auszuzeigen; und

12) dasselbe bis zu seinem Tode zu geniessen;

13) das Recht eines befreiten Gerichtsstandes;

14) in bürgerlichen Rechtshändeln unbeschwornes und bloß schriftliches Zeugniß zu leisten;

15) der Unterschied in der Vertretung vor Gericht, und in Ueberreichung der Vorstellun-

gen zu Unsern Justiz- und Verwaltungsstellen, welcher zwischen Siegel- und Unsiegelmässigen bisher statt gefunden hat; und

16) die ausgezeichnete Form der Ausfertigungen an Siegelmässige;

17) das Befugniss, bei Vergantungen die Bestimmung einer Kompetenz zu fodern;

18) die Begünstigung, dass Siegelmässige ohne Unsern besonderen Befehl nicht zu Verhaft gezogen werden können; endlich

19) die ihnen bei dem Kriminalverfahren zugestandene mildere Behandlung;

20) eben so erklären Wir alle übrigen, aus der nämlichen Quelle entstandenen, oder diesen ähnliche persönliche Vorrechte, welche in den verschiedenen Theilen Unsers Reiches noch bestehen könnten, und die hier etwa nicht besonders angeführt sind, als gleichfalls aufgehoben.

Die neuen Bestimmungen über die Förmlichkeiten der aussergerichtlichen Geschäfte und über den Gerichtsstand bleiben dem bürgerlichen Gesetzbuche und der Gerichtsordnung Unsers Reiches vorbehalten.

Das gegenwärtige organische Gesez tritt mit diesen beiden Gesezbüchern in Wirkung und erstreckt sich auf vorhergehende Fälle nicht.

München, den 20sten April, 1809.

MAX JOSEPH.

Freiherr v. Montgelas. Graf Morawitzky.

Freiherr v. Hompesch.

(Regierungsblatt 1809. VI. Stück. Seite 115—118.)

(Zu dem I. Titel, §. V.)

V e r o r d n u n g,
die Fideikommissse der nicht adelichen
Familien betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Wir haben in dem §. 69. Unsers Ediktes über den Adel alle dermaligen Fideikommissse der adelichen Familien in allen ihren rechtlichen Wirkungen aufgehoben. Obgleich in diesem Geseze von den Fideikommissen der Nichtadelichen keine ausdrückliche Erwähnung geschieht, so liegt doch in dem Geiste desselben die allgemeine Aufhebung aller dermaligen Familienfideikommissse, sie mögen von Adelichen oder Nichtadelichen errichtet worden seyn, welcher Sinn aus dem §. 70. des nämlichen Ediktes deutlich zu entnehmen ist.

Damit darüber künftig kein Zweifel entstehen möge, so soll diese Erklärung als eine nähere Erläuterung des obigen §. 69. durch das Regierungsblatt bekannt gemacht werden, und hienach dieser §. mit dem 72. §. auch bei den nicht adelichen Familien seine vollständige Anwendung erhalten.

München den 5ten Dezember, 1808.

MAX JOSEPH.

Freiherr v. Montgelas. Graf Morawitzky.
Freiherr v. Hompesch.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
der Generalsekretär
Baumüller.

(Regierungsblatt 1808. LXXII. St. S. 2887.)

(Zu dem I. Titel, §. VII.)

Königliche Erklärung des Edikts über
den Adel im Königreiche Baiern.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Durch verschiedene Uns zur Kenntniß gebrachte Mißdeutungen des fünften Kapitels im ersten Titel des Edikts, den Adel in Unserm Königreiche betreffend, finden Wir Uns bewogen, folgende Erklärungen und nähere Bestimmungen hiemit eintreten zu lassen.

Zu §. 15. Lit. a. hätte es sich zwar von selbst schon verstanden, daß nicht jeder Unserer Beamten oder Diener geeignet, oder berechtigt sey, die Abschriften der Adelsdiplomen, oder anderer auf die Adelstitel Bezug habenden Urkunden zu beglaubigen.

Um nun mehrere hiebei Uns bekannt gemachte Mißbräuche sowohl für jezt, als für die

Zukunft zu heben, erklären Wir somit, daß neben Unserm Reichsheroldenamte nur folgende Körperschaften, oder einzelne Personen die obengedachte Urkunden beglaubigen zu können berechtigt seyen, nämlich:

- 1) Unsere Generalkreiskommissäre.
- 2) Unsere obern Justiztribunale unter der Fertigung ihrer Präsidenten, oder Direktoren.
- 3) Unsere Archivaren und Generalsekretäre der Ministerialdepartements.
- 4) Die Vorstände Unserer Stadt- und Landgerichte.
- 5) Die die Stelle der Archivare vertretenden Sekretäre der inländischen Ritterorden nach vorläufiger Anzeige bei den einschlägigen Ordenskanzlern.
- 6) Die immatrikulirten, und von Uns bestätigten öffentlichen Notarien.

Bei Lit. b. eben dieses §. ist zur aufgegebenen Anzeige der Familienwappen die Einsendung eines blossen gewöhnlich sehr unkenntlichen Abdruckes des Siegels nicht hinreichend; sondern den beglaubten Diplomsabschriften sind jedesmal mit Farben gemalte oder wenigstens heraldisch bezeichnete Wappen beizulegen.

Bei

Bei Lit. c. ist ferner die Angabe der Familienglieder und das Alter derselben von dem produzierenden Haupte der Familie (dasselbe mit eingeschlossen) mit pfarrlichen aus den Taufregistern genommenen Extrakten zu belegen, wobei über dieses die Aechtheit der pfarrlichen Unterschriften und Fertigung entweder von dem einschlägigen Ordinariate, oder von der weltlichen Gerichtsstelle, unter welcher der Pfarrer steht, legalisirt werden muß.

Auch ist der Anzeige des Wohnorts der Familie, oder ihrer verschiedenen Glieder der Kreis und das Landgericht Unsers Königreichs, worin diese Wohnorte gelegen sind, unter Vermeidung der sonstigen Nichtannahme der Einlangen, beizufügen.

Da hiernächst in Hinsicht auf den 17ten §. des nämlichen 5ten Kapitels zur Bevollständigung, und legalen Fortsetzung der Adelsmatrikel auch alle Veränderungen, die sich fernerhin in dem Zustande einer Familie ergeben werden, in derselben vorgemerkt werden müssen; so erklären und verordnen Wir, daß auch von nun an, und in Zukunft jeder Zuwachs und Abgang der adelichen Familienglieder durch legalisirte Tauf- und Todtenscheine, so wie durch Aus-

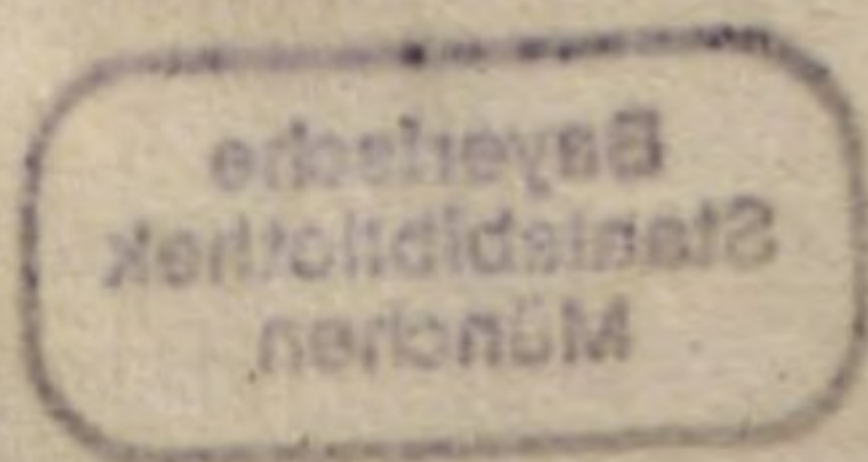
züge aus den Trauungsbüchern auf die nämliche Art, wie es bei der dermaligen Production der Taufscheine geschieht, angezeigt werden solle.

Wo sich eine Familie in mehrere Zweige eben desselben adelichen Grades theilet, hat für jezt diese Obliegenheit der Chef der Familie (wofür hiedurch von Uns, doch nur hinsichtlich dieses Vorkommnisses, der Aelteste, oder wenn dieser Altersschwäche halber diesem Geschäfte sich nicht unterziehen könnte, der nächste Aelteste des Geschlechts bestimmt und erklärt wird) zu übernehmen, und das gemeinschaftliche Diplom in beglaubter Abschrift mit den nöthigen Belegen für sämtliche Familienglieder einzusenden.

Wenn aber das Geschlecht sich in mehrere Zweige verschiedenen Ranges und Standes theilt, so, daß der Eine ein fürstliches — der Andere ein gräfliches, oder der Eine ein gräfliches, und der Andere ein freiherrliches Diplom etc. besitzt, so hat bei jedem Zweige der Chef, oder wie vorsteht, der Aeltetse desselben die Adelstitel dieses Zweiges und die legalisirte Anzeige der dazu gehörigen Familienglieder sonderheitlich einzureichen.

Damit nun die Produktion der Adelstitel von den Chefs ganzer Familien sonderheitlicher Zweige, oder auch nach Umständen von den einzelnen Impetranten nach gegenwärtiger Unserer erneuerten Vorschrift desto pünktlicher vollzogen, auch von denjenigen, welche bisher ihre Auflage nur erst auf eine mangelhafte Art erfüllt haben, der Abgang desto gewisser nachgetragen werde, wollen Wir den Produktionstermin bis auf den letzten Junius des künftigen Jahres 1809 mit dem Beisaze hiedurch verlängern, daß der oder diejenigen, welche in dieser Zeit diesen Unsern königlichen Verordnungen die gebührende Folge nicht geleistet, und ihre Adelstitel in gehöriger Weise nicht produziert, oder nachgewiesen haben würden, in die Adelsmatrikel nicht mehr eingetragen, sohin in Unserm Königreiche bei allen öffentlichen Verhandlungen weiters nicht mehr für adelich anerkannt werden sollen.

Da sich endlich mehrmal gezeigt hat, daß auch die Vorschriften des 15ten §. im dritten Titel Unsers organischen Edikts, die Anordnung der Reichsheroldenamtssektion bei Unserm Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten betreffend, bei mehrern um die Immatrikulation der Adelstitel übergebenen Gesuchen ihren For-



men nach, (da sie nämlich unmittelbar an Unsere allerhöchste Person zu richten sind) keineswegs gehörig beobachtet worden, wohl auch selbst bei dergleichen Vorstellungen entweder gar keines, oder doch nicht das nach der bestehenden Verordnung vom 13ten Mai 1805, zumal nach §. VII. Klasse 4. etc. normalmässige Stempelpapier gebraucht worden sey, so wird der 15te §. des oben gedachten organischen Edikts nicht nur allein wiederholt, sondern es ist auch für dergleichen bis jezt mangelhaft eingereichte Vorstellungen bei Erlegung der Immatrikulationstaxen der abgängige oder mangelhafte Stempel in der zweifachen Gebühr, bei ähnlichen Unterlassungen für die Zukunft aber die diessfalls gesetzliche Pön unnachlässig zu erholen.

München, den 22sten Dezember, 1808.

MAX JOSEPH.

Freiherr von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl.

der Generalsekretär

Baumüller.

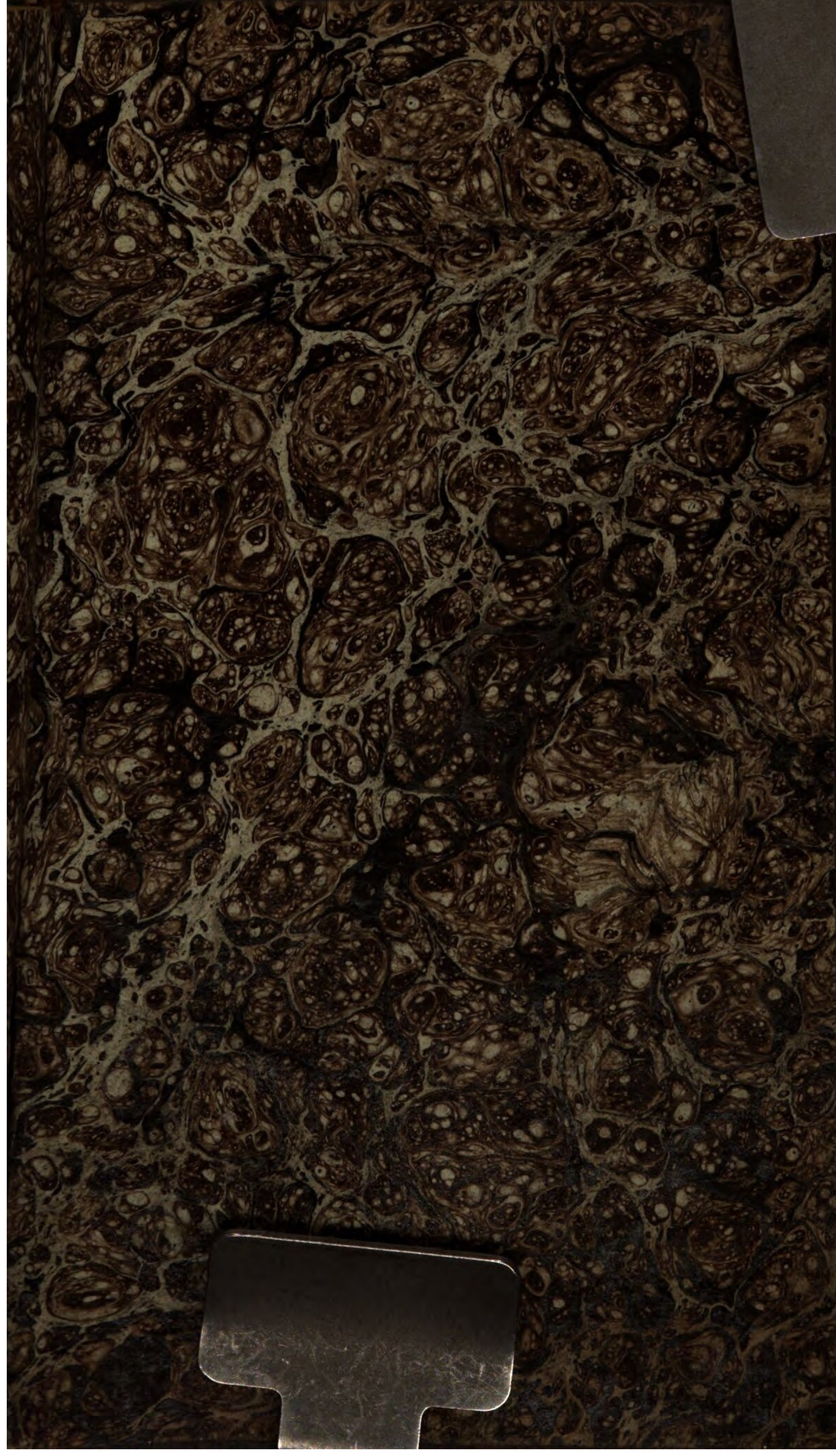
(Regierungsblatt 1809. III. Stück. Seite 49 — 53.)

Berichtigungen.

Seite 85 (§. 4.) Zeile 4 lese man: welche sie mit auswärtigen etc.

- 97 Zeile 9 Alle Abgaben,
 - 105 — 2 Mandats statt Monats
 - 217 Zu dem I. Titel §. VII. statt V.
 - 236 Zu dem I. Titel §. VIII. statt VII.
 - 284 §. 9. Die Kronbeamten können während ihrer Anwesenheit etc.
-









Handbuch der Staatsverfassung und Staatsverwaltung des Königreichs Baiern

Bd.: 1

München (1809)

Bibl.Mont. 4781-1

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10725865-7